

Interregionale Kooperation als Motor der Transformation:
deutsch-russische Zusammenarbeit bei der
Regionalentwicklung in Russland

DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DES AKADEMISCHEN GRADES

DOCTOR RERUM POLITICARUM

AN DER

FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

DER RUPRECHT-KARLS-UNIVERSITÄT HEIDELBERG

vorgelegt von

Manuela Jungmann

Heidelberg, April 2015

Gutachter:

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Klaus von Beyme

Prof. Dr. Peter Schlotter

Meinen Eltern

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
1. Begriffsklärung und thematische Einordnung	23
2. Theoretische Einbettung der Arbeit	26
2.1. Themenbereich Internationale Beziehungen	27
2.1.1. Deutschland als Zivilmacht und Handelsstaat.....	33
2.1.2. Russische Außenpolitik	37
2.2. Themenbereich Föderalismus	40
2.3. Themenbereich Transformationsansätze	46
2.4. Themenbereich Externe Demokratieförderung	51
3. Föderalismus in der Sowjetunion	58
3.1. Die Entstehung der föderalen Idee	58
3.2. Föderalismus und das sowjetische Wirtschaftssystem	61
4. Gorbačev und die Reformen der Perestrojka	66
4.1. Das Wirtschaftssystem der Perestrojka	68
4.1.1. Zur Kapitalisierung Russlands.....	70
4.2. Politische Reformen der Perestrojka.....	71
5. Russland in den 90er Jahren	74
5.1. El'cins Schocktherapie	74
5.2. Das politische System unter El'cin.....	84
5.3. Regionalpolitik in der Ära El'cin.....	90
5.3.1. Die Institutionalisierung eines föderalen Systems.....	91
5.3.2. Die Umsetzung der Liberalisierung und Privatisierung in den Regionen.....	94
5.4. Fazit der Ära El'cin	100
6. Die Ära Putin	104
6.1. Reformen unter der Prämisse der Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit.....	104
6.2. Die Föderalreform und ein politisches neues Institutionendesign	107
7. Die Historie der deutsch-russischen Beziehungen	112
7.1. Deutsch-russische Beziehungen vom 17.-19. Jahrhundert	113
7.2. Deutsch-russische Beziehungen im 20. Jahrhundert	119
7.3. Die deutsch-russischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Kriegs.....	121
7.3.1. Die Wirtschaftsbeziehungen	125
7.3.2. Wissenschafts- und Forschungszusammenarbeit	132
7.4. Fazit	133

8. Empirische Erarbeitung	134
8.1. Foreign Direct Investment als erster verlässlicher Faktor	139
8.2. Zusammensetzung der Variablen	141
8.2.1. Variable 1: Wirtschaftspotential einer Region	144
8.2.2. Variable 2: Humankapital	144
8.2.3. Variable 3: Internationalisierung.....	147
8.2.4. Variable 4: Deutsche Unternehmen vor Ort	147
8.2.5. Variable 5: Deutsche Institutionen vor Ort	148
8.3. Erstellung eines Modells mittels einer QCA-Analyse	149
8.3.1. Forschungsdesign	152
8.3.1.1. Der Kontext	153
8.3.1.2. Die Typologie	153
8.4. Die Untersuchungsgegenstände: die russischen Regionen	154
8.4.1. Region 1: Sankt-Petersburg mit Leningrader Gebiet	154
8.4.2. Region 2: Region Krasnodar	165
8.4.3. Region 3: Jamal-Nenzisches Autonomes Gebiet	170
8.4.4. Region 4: Gebiet Sverdlovsk.....	175
8.4.5. Region 5: Gebiet Tjumen'	182
8.4.6. Region 6: Republik Kalmykien	187
8.4.7. Region 7: Republik Marij El	193
8.5. Zusammenfassung	198
9. Durchführung einer QCA-Analyse	200
9.1. Versuch einer fsQCA	200
9.2. Versuch einer csQCA	201
9.3. Interpretation der Ergebnisse	213
10. Interregionale Netzwerke als Motor der Transformation der regionalen Transformation	216
10.1. Clusterpolitik in der Region Kaluga als Beispiel.....	216
10.2. Regionalpartnerschaft Karlsruhe-Krasnodar	217
10.3. Regionalpartnerschaft Hamburg-Sankt-Petersburg.....	219
11. Fazit	221

Einleitung

Was für den Russen gut, ist für den Deutschen der Tod- das besagt ein altes russisches Sprichwort. Tatsächlich ist das gegenseitige Bild von Anziehung und Abschreckung, von Faszination und Furcht gleichermaßen geprägt. Pflichtbewusstsein, Disziplin, technischer Fortschritt- das sind Attituden, die Russen Deutschen zuschreiben würden. Umgekehrt herrscht ein großes Unbehagen und Unverständnis des russischen Lebens von deutscher Seite gegenüber dem „Bär“ aus dem Osten. Dennoch sind die deutsch-russischen Beziehungen traditionell sehr eng und auf gesellschaftlicher Ebene von großer Herzlichkeit geprägt. Allerdings gilt auch für die deutsch-russischen Beziehungen seit Jahrhunderten: „Mit dem Verstand ist Russland nicht zu verstehen, an Russland kann man nur glauben“. Mit diesem bekannten Zitat des russischen Dichters Fjodor Tjučevs ist die Perzeption Russlands aus einer Außenansicht wohl sehr gut beschrieben. Bezogen auf eine Transformationsbilanz Russlands der letzten 20 Jahre, kommt man nicht umhin Fjodor Tjučevs Zitat immer mehr Glauben zu schenken. Gerade hat die dritte Amtszeit Vladimir Putins als Präsident der Russischen Föderation nach einem Ämtertausch mit seinem Vorgänger Dmitrij Medvedev begonnen und man muss sich wohl von dem Gedanken verabschieden, dass Russland in naher Zukunft eine Demokratie nach westlich-liberalem Vorbild werden wird. Zugegebenermaßen waren die Voraussetzungen zur Etablierung demokratischer Strukturen nach dem Untergang der Sowjetunion 1991 denkbar schlecht. Wie sollte in einem Land ohne demokratische Vorerfahrung und 70 Jahre Sowjetdiktatur quasi über Nacht eine Demokratie aufgebaut werden? Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob es aufgrund dieser historischen Pfadabhängigkeit jemals möglich war, eine Demokratie nach westeuropäischen Maßstäben zu installieren. Erschwerend kommt in Russland hinzu, dass das Land vor einem Dilemma der Gleichzeitigkeit¹ stand, was bedeutet, dass Russland doppelt transformiert werden musste². Einerseits sollte der Übergang von der sowjetischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft mit Einbindung in die Weltwirtschaft gelingen, andererseits sollten die dafür als notwendig geltenden demokratischen und ordnungspolitischen Strukturen etabliert werden. Die

¹ Claus Offe prägte diesen Begriff in Bezug auf die Besonderheiten der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa

² Darin unterscheidet sich Russland sowie alle anderen Mitgliedstaaten der Sowjetunion von vorherigen Transformationswellen, wie z.B. der in Südeuropa. Dort waren bereits marktwirtschaftliche Strukturen und die Anbindung an den Weltmarkt vorhanden und der Fokus lag auf der Transformation des politischen Systems.

Radikalreformer um El'cin und Gajdar verordneten dem Land eine Schocktherapie, die Russland Anfang der 90er Jahre in Zerstörung und Chaos stürzte mit dem Ergebnis, dass große Teile der Bevölkerung verarmten. Darum ist es auch nicht verwunderlich, dass viele Russen heute mit dem Begriff Demokratie Anarchie und Chaos verbinden. Erst unter der ersten Amtszeit Putins konnte das Land wirtschaftlich stabilisiert werden und erlebt seitdem ein Wirtschaftswachstum von rund 7%³ pro Jahr. Dabei profitiert Russland nicht zuletzt von seinem gigantischen Ressourcenreichtum. Gemessen daran zählt es zu den reichsten Ländern der Erde. Neben fruchtbaren Schwarzerdeböden verfügt es über eine unerschöpfliche Weite an Wäldern, sodass der Holzreichtum den eigenen Bedarf bei weitem übersteigt. Ebenso kann der Energiebedarf aus eigenen Vorkommen an Wasser, Öl, Gas und Kohle gedeckt werden und vor allem Sibirien und der Ural bieten darüber hinaus eine Vielfalt an Eisen-, Bunt- und Schwermetallen. Dazu konnte zu Zeiten der Sowjetunion ein technologisches Entwicklungsniveau erreicht werden, das zur Weltspitze gehörte.⁴ Warum aber konnte im Zuge dessen nicht ein ähnlicher Lebensstandard wie im Westen erreicht werden? Und warum gibt es solch große Disparitäten innerhalb Russlands in den Regionen bezogen auf das wirtschaftliche Entwicklungsniveau und den Lebensstandard?

Diese Frage ist Bestandteil der vorliegenden Arbeit, die das Thema der Regionalentwicklung in Russland zum Gegenstand hat. Erforscht werden soll anhand ausgewählter Regionen deren Transformation nach dem Ende der Sowjetunion. Das bedeutet, dass sich der Untersuchungszeitraum auf die letzten 20 Jahre bezieht, wobei der Fokus eindeutig auf den beiden ersten Amtszeiten Vladimir Putins liegen soll. Die Amtszeit El'cins muss als eine Vergleichsbasis herangezogen werden, um die Prozesse und Politik unter Putin vernünftig einordnen und bewerten zu können. Zudem soll die Arbeit in einen internationalen Rahmen eingebettet werden, insofern, als die Regionalentwicklung als Bestandteil der deutsch-russischen Beziehungen gesehen wird. Konkret bedeutet dies ein Zusammenspiel interner und externer Kräfte bei der Transformation der russischen Regionen. Es wird folglich nicht nur danach gefragt, wie

³ Diese Zahlen beziehen sich auf die Periode der ersten Amtszeit Putins als Präsident Russlands

⁴ Gehrke, Carsten: Das Rußländische Imperium im Windschatten, in: Osteuropa 2007, Jg 57, Heft 4, S.3.

sich die russischen Regionen innerhalb eines föderativen Systems entwickelt haben, sondern danach, welchen Anteil und welchen Beitrag Deutschland⁵ dabei geleistet hat.

Traditionell sind die deutsch-russischen Beziehungen gut. Schon zu Zarenzeiten bestanden vielfältige Kontakte, darunter auch viele Ehen zwischen deutschen Adelshäusern und der russischen Zarenfamilie. Zu Sowjetzeiten hatte die Bundesrepublik eine Sonderstellung unter den westeuropäischen Staaten aufgrund der Teilung Deutschlands und dem sowjetischen Einfluss, unter dem die DDR stand. Nach der deutschen Vereinigung konnte Gesamtdeutschland von den zahlreichen ökonomischen Verbindungen profitieren, die die DDR zu Sowjetrußland aufgebaut hatte. Zudem war Deutschland eines der wenigen Länder der euro-atlantischen Gemeinschaft, das Rußland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowohl finanziell als auch politisch nicht im Stich gelassen hat und sich zunehmend als Anwalt russischer Interessen in Europa gesehen hat.

Hintergrund zur Entstehung der Arbeit ist die zunehmende wissenschaftliche Konzentration auf die zentralstaatliche Ebene Rußlands. Diese ist besonders zu beobachten seit der Jahrtausendwende, die mit dem Amtsantritt Vladimir Putins als Präsident Rußlands zusammenfällt. Im Zuge der von ihm eingeführten Föderalreform stand vorwiegend die Frage der Rezentralisierung und Autokratisierung Rußlands im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses. In Verbindung damit wird im Umkehrschluss die Frage nach der Demokratisierung und die Einrichtung oder Demontage demokratischer Institutionen gestellt. Als Konsequenz dessen wurde die Entwicklung der Regionen im Rahmen der durchgeführten Föderalreformen ab diesem Zeitraum aus wissenschaftlicher Sicht in den Hintergrund gerückt. Damit ist eine entgegengesetzte Tendenz zu beobachten, wenn man die 90er Jahre als Vergleichszeitraum heranzieht. Ein Erklärungsansatz dafür wäre, dass nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion anfangs weder die territoriale noch die staatliche Souveränität der Russischen Föderation gesichert war. Zahlreiche Regionen, vor allem die autonomen Republiken erklärten Anfang der 90er Jahre nacheinander ihre Unabhängigkeit, ethnische Konflikte brachen aus und die territoriale Integrität Rußlands schien in Frage gestellt. Die Zentralregierung in Moskau unter Präsident

⁵ Unter Deutschland sind in diesem Fall deutsche Unternehmen, deutsche politische Institutionen, sei es von Regierungsseite oder NGOs, Stiftungen etc. zu subsumieren.

El'cin hatte der zunehmenden Macht der Regionen mit ihren als Regionalfürsten auftretenden Gouverneuren programmatisch wenig entgegenzusetzen und ließ sich auf bilaterale Verträge mit den Regionen ein, was für Regionen mit großem Ressourcenreichtum aufgrund ihres Erpressungspotentials besonders von Vorteil war. Über den ganzen Zeitraum seiner Präsidentschaft ist es El'cin nicht gelungen ein auf Wirtschafts- und Strukturfragen bezogenes regionalpolitisches Konzept zu entwerfen und ihm Gesetzeskraft zu verleihen. Das Hauptaugenmerk lag auf finanzpolitischen Fragen. Ein Land jedoch, das sich von West nach Ost über 9000 km und neun Zeitzonen erstreckt, das bis auf die Tropen allen Klimazonen angehört, das landschaftlich so vielfältig, so reich an Natur, Bodenschätzen, Geschichte und Kultur ist, auf das Handeln der Zentralregierung zu reduzieren – damit würde man der Vielschichtigkeit dieses Landes nicht gerecht werden, auch und gerade aus wissenschaftlicher Sicht.

Natürlich gibt es auch sehr viele Werke zur Föderalismusthematik in Russland, wie z.B. Kappeler: Regionalismus und Nationalismus in Russland, Segbers: Russlands Zukunft: Räume und Regionen, Duwendag: Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, von Beyme: Föderalismus in der Sowjetunion und viele russische Wissenschaftler wie z.B. Mitrochin oder Luchterhandt-Michaleva. Vorwiegend geht es um die Problematik des Verhältnisses zwischen Zentrum und Regionen. Nur selten werden Transformationsprozesse innerhalb der russischen Regionen untersucht. Für Sankt Petersburg und Jekaterinburg hat das Robert Rudolph (Stadtzentren russischer Großstädte in der Transformation) getan. Auffallend ist auch, dass alle bisher genannten Werke sich auf die Periode der 90er Jahre beziehen.

Diese Arbeit soll dazu beitragen, die Transformationsleistung ausgewählter Regionen im Vergleich zu Moskau und St. Petersburg vor allem der letzten 10 Jahre unter der Präsidentschaft Putins darzustellen.

Um dem Anspruch politikwissenschaftlicher Arbeit gerecht zu werden, muss die Arbeit in einen theoretischen Rahmen eingebettet werden. Die Problematik in diesem Fall besteht darin, dass die Untersuchung in mehrere Themenbereiche der Politikwissenschaft fällt. Deshalb kann an dieser Stelle bereits vorweggenommen werden, dass mit einem interdisziplinären theoretischen Pluralismus gearbeitet werden muss.

Wenn man die Regionalentwicklung in Russland erforscht, so muss zunächst einmal geklärt werden, was Regionen in Russland denn überhaupt sind. Das heißt, im ersten Teil der Arbeit soll das System des Föderalismus in Russland näher betrachtet werden. Um die Prozesse der regionalen Entwicklung in Russland nach 1990 jedoch zu verstehen, muss man zunächst das föderale System der Sowjetunion untersuchen, um dann Rückschlüsse auf Veränderungen unter Präsident El'zins und seinem Nachfolger Putin ziehen zu können. Insbesondere muss hier auf verfassungsrechtliche Grundlagen eingegangen werden, die das Verhältnis von der Region zum Gesamtstaat festschreiben. Von besonderer Bedeutung wird hier die Kompetenzverteilung zwischen Region und Gesamtstaat sein, gerade was politische Selbstverwaltung und Eigenständigkeit im Aufbau von Außenhandelsbeziehungen mit Regionen innerhalb des Landes, aber auch zu ausländischen Regionen betrifft.

Der zweite große Teil der Arbeit wird der empirischen Überprüfung des Vorangegangenen gewidmet sein. Anhand von Beispielregionen sollen die Umsetzung bilateraler deutsch-russischer Programme, sofern diese für russische Regionen existieren, überprüft werden, der Transformationsfortschritt und das noch vorhandene Verbesserungspotential. Aus Machbarkeitsgründen beschränkt sich die Auswahl auf die Regionen Sankt Petersburg mit Leningrader Gebiet, auf das Gebiet Krasnodar (Gebiet Kuban), auf das Gebiet Sverdlovsk, auf die beiden Erdölregionen Tjumen' und das Jamal-Nenzische Gebiet, sowie auf zwei entwicklungsferne Gebiete, wie die Republik Marij El und die Republik Kalmykien. Sankt Petersburg als traditionell internationales Gebiet gilt sicherlich neben Moskau als die russische Vorzeigeregion, die sich mit der größten Geschwindigkeit entwickelt. Als Vergleich dazu wird die Region Sverdlovsk als klassisches Schwerindustrie- und Militärgebiet interessant sein, da sie aufgrund eben dieser Wirtschaftsstruktur mit die größte transformatorische Last zu tragen hat. Das Gebiet Kuban mit der Hauptstadt Krasnodar scheint als Kornkammer Russlands nicht auf den ersten Blick eine der Regionen Russlands zu sein, der man besonders große Beachtung zukommen lässt. Schenkt man jedoch beispielsweise dem Deutsche Bank Research-Bericht zu den russischen Regionen Glauben, rangiert Krasnodar auf Platz fünf der Top-Regionen Russlands⁶, was das Investitions- und Entwicklungspotential betrifft. Ein weiterer Grund für diese Region sind schlussendlich die Olympischen

⁶ http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000250255.pdf (letzter Zugriff: 29.09.2011)

Winterspiele in Soči 2014, die die Region wirtschaftlich gesehen noch um ein weiteres großes Stück voranbringen dürften.

Als Teil der empirischen Analyse soll dann auf die internationale Kooperation der genannten Regionen eingegangen werden. Dabei werden vor allem Partnerschaften mit deutschen Metropolregionen oder Städtepartnerschaften von Interesse sein. Es soll vor allem untersucht werden, mit welchen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Institutionen Deutschland in diesen Regionen vertreten ist und welche Fortschritte im Transformationsprozess dadurch erreicht werden konnten und noch erreicht werden können. Darüber hinaus wird auch die wirtschaftliche Präsenz deutscher Firmen in den Regionen erforscht, welche erfolgreichen Joint Ventures in welchen Industriezweigen geschlossen werden konnten, denn oftmals wird an Russland der Vorwurf herangetragen, es stütze seine Wirtschaft zu sehr auf seinen Ressourcenreichtum und diversifiziere seine restlichen Wirtschaftszweige zu wenig. Ein Ziel dieser Arbeit soll sein, anhand von Beispielen zu zeigen, dass diese Kritik angesichts der Entwicklung und der Programme der letzten Jahre relativiert werden muss.

In einem Fazit soll letztendlich überprüft werden, wie weit der Transformationsprozess in den genannten Regionen fortgeschritten ist. Es soll des Weiteren die Frage beantwortet werden, ob und wie durch eine deutsch-russische Kooperation ein Fortschritt erlangt werden konnte und ob es neben ökonomischen Erwägungen noch weitere Beweggründe gab bzw. gibt.

Methodische Vorgehensweise und Theorieeinbindung

Das Projekt soll auf einem empirisch-analytischen Ansatz basieren. Ausgehend von den Rahmenbedingungen, unter denen die Systemtransformation in der Perestrojka ihren Ursprung genommen hat und in den 90er Jahren fortgesetzt wurde, und einer Analyse des föderalen- Systems in Russland, soll anhand vorhandener Daten des russischen Statistikamtes Rosstat und Informationen in den russischen Regionen der Transformationsprozess bewertet werden.

Das legt eine theoretische Einbettung der Arbeit zu Grunde. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 gewannen system- und modernisierungstheoretische Erklärungsansätze wieder an Bedeutung, nachdem die Transformationsprozesse in

Lateinamerika noch bevorzugt mit akteurstheoretischen Ansätzen erklärt wurden. Für dieses Projekt ergibt sich allerdings von vorn herein ein theoretisches Problem: Untersuchungsgegenstand sind die russischen Regionen, die jeweils für sich über ein eigenes System mit Regierung und Parlament verfügen, also schon für sich genommen auf der systemischen Ebene in ihrer Transformationsphase untersucht werden könnten. Jedoch sind die Regionen in ihrem politischen Handeln gleichzeitig der Gesetzgebung in Moskau unterworfen. Das Problem ist folglich ein ebenenspezifisches, das sich mit einem systemspezifischen überschneidet. Wie ist die Interdependenz der Makro (der Gesamtstaat)- mit der Mikroebene (die Regionen) in einem transformatorischen Erklärungsansatz zu verbinden?⁷

Inhaltliche Zusammenfassung

Russland nennt sich offiziell Russische Föderation (Российская Федерация/ Rossijskaja Federazija). Dies impliziert bereits, dass es sich um einen Staat mit föderaler Gliederung handeln muss. Die 1993 verabschiedete Verfassung spricht in Art. 1 i.V.m. Art. 65 von einem demokratischen, föderativen Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform⁸. Es bestehen sieben administrative Föderationskreise, die sich in 83⁹ Föderationssubjekte unterteilen. Man spricht in diesem Zusammenhang von Subjekten, da sich die einzelnen territorialen Einheiten (Republiken, autonome Gebiete und Kreise, Regionen, föderale Städte und Gebiete) in ihrem Autonomiegrad voneinander und in Abgrenzung zum Gesamtstaat unterscheiden¹⁰. Im Folgenden soll jedoch auf die genannte Unterscheidung der territorialen Einheiten nach ihrem Autonomiegrad verzichtet werden. Sinnvoller erscheint es bei der Erforschung der

⁷ vgl. Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation. Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: von Beyme, Klaus/ Offe, Claus: Politische Theorien in der Ära der Transformation, 1995, S. 31f.

⁸ http://www.gtai.de/DE/Content/___SharedDocs/Anlagen/PDF/Anlagen-Recht-kompakt/recht-kompakt-russland,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/recht-kompakt-russland?show=true (letzter Zugriff: 29.09.2011)

⁹ Die Arbeit befand sich bei Ausbruch der Ukraine Krise im Endstadium. Da der völkerrechtliche Status der Krim bis Abgabe der Arbeit nicht endgültig geklärt sein wird, wird in der Arbeit auch weiterhin von 83 russischen Föderationssubjekten ausgegangen.

¹⁰ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/RussischeFoederation/Innenpolitik_node.html (letzter Zugriff: 29.09.2011)

Regionalentwicklung den Begriff der „Region“ als Oberbegriff für alle räumlichen Unterteilungen der Russischen Föderation zu bestimmen.¹¹

Für Russland als flächenmäßig größtem Land der Erde ist eine eigenständige Entwicklung seiner Regionen ohne Zweifel von besonderer Bedeutung. Dies gilt sowohl für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der gesamtrussischen Wirtschaft als auch für die politische Transformation. Gerade deshalb ist es interessant anhand ausgewählter Regionen deren Entwicklung insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in ihrer Transformationsphase zu untersuchen. Denn nicht wenige hatten nach dem Ende des sowjetischen Imperiums die Befürchtung, Russland könnte auch innerhalb instabil werden und in seine regionalen Bestandteile auseinander fallen¹².

Föderalismus in der Sowjetunion

Vorab sei angemerkt, dass bei der Erörterung des föderalen Systems der Sowjetunion und später Russlands nicht der Fehler gemacht werden soll, den Föderalismus nach westeuropäischen Maßstäben zu messen. Es ist wohl sinnvoll die Systeme zu vergleichen, aber es wäre falsch, die gleichen Maßstäbe anzulegen, denn in der Sowjetunion und Russland sind die systemischen Voraussetzungen für ein föderales System gänzlich andere, als sie es beispielsweise in Deutschland sind¹³.

Die Wurzeln des Sowjetföderalismus reichen streng genommen bis in das Zarenreich zurück. Durch die Ausdehnung des russischen Imperiums unter den Zaren ist das russische Reich zu einem Vielvölkerstaat mit weit über 100 Ethnien geworden. Dieser Tatsache geschuldet, wäre es eine logische Konsequenz gewesen über eine föderative Umgestaltung des Reiches nachzudenken. Unter den Zaren hielt man jedoch unentwegt am Prinzip des einheitlichen und unteilbaren Staates fest. Erst mit Aufkommen des Gedanken eines Selbstbestimmungsrechts der Völker erhielt auch in Russland die föderative Idee zur Lösung der Nationalitätenfrage wieder neuen Auftrieb¹⁴. Lenin selbst verstand unter einem Selbstbestimmungsrecht das Recht einer durch Territorium

¹¹ vgl. Götz/Bell: Die wirtschaftliche Dimension von Regionalismus in der Russländischen Föderation, in: Kappeler, Andreas: Regionalismus und Nationalismus in Russland, 1996, S.225.

¹² Kappeler, Andreas: Regionalismus und Nationalismus in Russland, 1996, S. 9.

¹³ Vgl. Von Beyme, Klaus: Der Föderalismus in der Sowjetunion, 1964, S.11.

¹⁴ Meissner, Boris: Sowjetföderalismus und staatsrechtliche Stellung der Nationalitäten der RSFSR bis 1991, in: Kappeler, Andreas: Regionalismus und Nationalismus in Russland, S. 41.

bestimmten Nation für oder gegen einen Verbleib in dem ihr übergeordneten Staatsverband zu votieren, wobei er die Idee des Föderalismus jedoch ablehnte. In Russland waren dies vor allem die beiden sozialrevolutionären Parteien, die sich für eine föderative Umgestaltung einsetzten¹⁵. Lenin schloss sich schließlich der von Stalin begrüßten Struktur einer Föderation an. Diese sah eine formale föderale Gliederung vor mit dem Ziel, aufkeimende Nationalitätenfragen zu befrieden, um damit aber gleichzeitig die Macht im Zentrum zu festigen. Die föderale Gliederung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) wurde 1936 in der Verfassung verankert. Den Sowjetrepubliken wurde zwar auch das Recht auf Abspaltung zugestanden, dies galt jedoch nicht für die Regionen innerhalb der RSFSR¹⁶. Obschon die RSFSR föderal gegliedert war, muss davon ausgegangen werden, dass unter Stalin alle Macht beim Zentrum lag. Erst unter Brežnev konnten sich in den Regionen informelle Macht- und Entscheidungsstrukturen entwickeln, wodurch es auch zu eigenmächtigen Aktionen kommen konnte, die nicht mit Moskau abgesprochen waren¹⁷.

Föderalismus unter der Präsidentschaft El'cins

Der Föderalismus unter der Präsidentschaft El'cins charakterisiert sich dadurch, dass es keine ausgearbeitete und durchdachte föderalistische Konzeption gab. Während des Machtkampfes zwischen Gorbačev und El'cin ging es vielmehr darum die Regionen für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, d.h. es war ein Kampf der alten sowjetischen Kräfte gegen pro-russische Reformer. El'cin versuchte sich die Loyalität der Regionen zu erkaufen indem er ihnen Zugeständnisse machte, z.B. in ihren Autonomiebestrebungen. Die Eliten der Regionen wiederum nutzten diese Situation aus um ihrerseits ihre eigene Position gegenüber dem Zentrum zu stärken, indem sie ihren politischen Status, die ökonomische Lage oder den Ressourcenreichtum in die Waagschale warfen¹⁸.

¹⁵ Meissner, Boris: Sowjetföderalismus und staatsrechtliche Stellung der Nationalitäten der RSFSR bis 1991, in: Kappeler, Andreas: Regionalismus und Nationalismus in Russland, 1996, S.42.

¹⁶ Fruchtmann, Jakob: Die Entwicklung des russischen Föderalismus-eine Zwischenbilanz, in: Buhbe, Matthes/Gorzka, Gabriele: Russland heute-Rezentralisierung des Staates unter Putin, 2007, S.52f.

¹⁷ Fruchtmann, Jakob: Die Entwicklung des russischen Föderalismus-eine Zwischenbilanz, in: Buhbe, Matthes/Gorzka, Gabriele: Russland heute-Rezentralisierung des Staates unter Putin, 2007 S.54.

¹⁸ ebd. S.61.

Es entstand von der Struktur ein asymmetrisches föderales System, das seine Grundlage in der Verfassung von 1993 fand. Vorausgegangen waren der Verfassung Föderationsverträge mit dem Zentrum. Asymmetrisch ist das System deshalb, weil es eine deutliche Besserstellung der nationalen Republiken festlegt. Art. 5 der Verfassung schreibt zwar die Gleichberechtigung aller Föderationssubjekte nieder, dennoch ist es Republiken vorbehalten, sich als staatliche Gebilde zu definieren, sich eine eigene Verfassung zu geben und eine unabhängige Gesetzgebung zu implementieren. Problematisch ist weiterhin, dass die Verfassung ein Kompetenzgerangel zwischen Zentrum und Regionen hervorruft, da diese in der Verfassung nicht eindeutig zugeordnet werden. Die Folge waren eine Flut von bilateralen Machtabgrenzungsverträgen zwischen den einzelnen Regionen und Moskau¹⁹.

Aus institutioneller Hinsicht sind die Regionen im Föderationsrat, der zweiten Kammer des Parlaments vertreten. Dorthin werden zwei Mitglieder (eines der Exekutive und eines der Legislative) je Region entsandt. 1995 wurde per Gesetz bestimmt, dass dies jeweils die Gouverneure bzw. Präsidenten der regionalen Exekutive und die Parlamentssprecher sein sollten. Sie wurden bis 1996 von El'cin selbst ernannt. Erst nach dessen Wiederwahl im gleichen Jahr wurden sie durch Volkswahl bestimmt.²⁰

Föderalismus unter der Präsidentschaft Putins

Der ausufernden Verselbständigung der Regionen hatte Putin gleich zu Beginn seiner ersten Amtszeit den Kampf angesagt. Durch eine Rezentralisierung, der der Gedanke zu Grunde lag, dass es in Russland keinen wirklichen Föderalismus geben konnte, wollte er eine politische Ordnungsstruktur in das föderale System bringen. Das größte Problem bei einer Restrukturierung war das Aufbrechen der informellen Netzwerke und der Vetternwirtschaft. Dafür initiierte er folgende Reformen: Durch die Gliederung Russlands in sieben föderale Großkreise und Einsetzen von Präsidentenbevollmächtigten sollte die Kontrolle über die Regionen zurückerlangt werden. Mit dem Ziel die regionalen Gouverneure und Präsidenten der Republiken zu

¹⁹ Mommsen, Margareta: Das politische System Russlands, in: Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas, 2004, S.328f.

²⁰ Mommsen, Margareta: Das politische System Russlands, in: Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas, 2004, S.320.

entmachten wurde des Weiteren ein Gesetzesentwurf zur Reformierung des Föderationsrates eingebracht. Mit dem Gesetz über die Organisation der kommunalen Selbstverwaltung wurde dem Präsidenten die Befugnis erteilt, bei Verstößen der Regionen gegen föderale Gesetze, deren Regionalparlament aufzulösen und die Exekutive abzusetzen. Ebenso ist der Präsident berechtigt die Gouverneure bis zu einem Gerichtsurteil abzusetzen, sollte diesen durch die Generalstaatsanwaltschaft ein schwerwiegendes Verbrechen angelastet werden²¹. Wie bereits erwähnt, wurde der Föderationsrat weitgehend entmachtet und anstelle dessen ein Staatsrat eingesetzt, dessen Präsidium sich größtenteils aus amtierenden oder ehemaligen Regionalleitern zusammensetzt. Die Entscheidungen des Staatsrats haben lediglich empfehlenden Charakter. Putin wird mit der Errichtung des Staatsrates ein machtpolitischer Schachzug nachgesagt, mit dem er durch Berufung seiner politischen Rivalen²² in das Präsidium des Staatsrates das Gefühl der Bevorzugung und den direkten Draht zum Präsidenten gibt und gleichzeitig sich selbst die Türen in diese Regionen öffnet, und dort von zentraler Ebene aus Problemlösungsstrategien lancieren kann²³.

Föderale und regionale Programme zur Regionalentwicklung

Die vorher beschriebenen Reformen beziehen sich ausschließlich auf institutionelle Änderung und auf den Machtkampf zwischen Region und Zentrum, sie geben jedoch keinerlei Aufschluss darüber, was wirklich in den Regionen getan wird um diese weiter zu entwickeln, sei es durch föderale oder zentrale Programme. Denn wie Rudolph²⁴ richtig anmerkt, ist es charakteristisch für den Transformationsprozess Russlands, dass die makroökonomische Situation im Allgemeinen im Wesentlichen auf der Ebene der Gesamtföderation abgebildet wird, d.h. nur generalisiert wiedergegeben werden kann und dabei die Situation in den Regionen verzerrt dargestellt wird.

²¹ Luchterhandt-Michaleva, Galina: Russlands Regionen in der Politik. Zum Verhältnis von Zentrum und Peripherie in der Russländischen Föderation, in: der Bürger im Staat, 51.Jg. Heft2/3, 2001. S.120.

²² dies sind jeweils die Gouverneure, Präsidenten oder Bürgermeister der wirtschaftlich stärksten Regionen, wie Moskau, St. Petersburg, Kazan', Tjumen' etc.

²³ Luchterhandt-Michaleva, Galina: Russlands Regionen in der Politik. Zum Verhältnis von Zentrum und Peripherie in der Russländischen Föderation, in: der Bürger im Staat, 51.Jg. Heft2/3, 2001. S.120.

²⁴ Rudolph, Robert: Stadtzentren russischer Großstädte in der Transformation- St. Petersburg und Jekaterinburg, 2004, S.36.

Zu Zeiten der Sowjetunion präsentierte sich dem Betrachter ein geschlossener Wirtschaftsraum, der auf die Nutzung binnenwirtschaftlicher Ressourcen zurückgegriffen hat. Eine regionale Integration machte den Zugang zu diesen leichter. Darüber hinaus wurde die zentralistische Verwaltung durch oben genannte regionale Integration stark vereinfacht. Planung und Kontrolle waren erleichtert. Durch den Zusammenbruch des Systems brachen auch diese künstlichen regionalen Zusammenschlüsse auseinander und wirtschaftlich bedeutsame Kooperationen wurden beendet²⁵. In der Folge verstärkten sich die Disparitäten der einzelnen Regionen und äußerten sich in starker Ungleichverteilung der Bevölkerung aufgrund verschiedener natürlicher Bedingungen, in einer Überindustrialisierung einiger Regionen bei gleichzeitiger Verkümmern der Infrastruktur, in festgefahrenen Monopolstrukturen gewisser Branchen in einzelnen Regionen und in Umweltzerstörung in ressourcenreichen Regionen mangels moderner technischer Ausstattung²⁶. Rudolph unterscheidet zwei Typen erfolgreicher Regionen im Transformationsprozess. Dies sind einerseits die Hauptstadtregionen, Moskau und St. Petersburg, die auch schon zu Sowjetzeiten weit entwickelt waren und bei denen die Ausgangsbedingungen aufgrund des schon vorhandenen Potentials ungleich günstiger waren. Andererseits sind die ressourcenreichen Regionen als Erfolg versprechend zu werten, wie z.B. die Region um Tjumen‘ oder die Republik Tatarstan.

In Folge dieser Ungleichentwicklung der Regionen ist fraglich, inwiefern gesamtföderale Entwicklungs- und Transformationsprogramme ihren Zweck erfüllen können. Ein bekanntes Programm zur zukünftigen Wirtschaftspolitik Russlands ist das sog. Gref-Programm, benannt nach dem damaligen Wirtschaftsminister German Gref. Mit dem „Programm der sozial-ökonomischen Entwicklung Russlands in langfristiger Perspektive“, verabschiedet im Jahr 2000, entschied man sich zumindest auf föderaler Ebene für ein liberales Wirtschafts- und Entwicklungsmodell²⁷.

Für die Regionen selbst ist es unabdingbar einige grundlegende Prinzipien zu berücksichtigen, wenn sie sich bei ihrer Entwicklung auf ausländische Investoren

²⁵ Prostenko, Oleg: Marktformen und unternehmerische Tätigkeit in Russland, in: Duwendag, Dieter: Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, 2002, S.103.

²⁶ Rudolph, Robert: Stadtzentren russischer Großstädte in der Transformation- St. Petersburg und Jekaterinburg, 2004, S.40.

²⁷ Cherkasov, Vitaly: Verwaltungsreformen und Wirtschaft, in: Duwendag, Dieter: Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, 2002, S.89.

stützen wollen: ein verlässliches Rechtssystem, das vor allem den Eigentumsschutz garantiert, ein für Firmen attraktives Mittelstandsförderungsprogramm, Entwicklung des Kredit- und Bankensektors, und Zuverlässigkeit bei der Einhaltung von Verträgen²⁸.

Kurzprofile der zu untersuchenden Regionen

Sankt Petersburg mit Leningrader Gebiet: 1703 von Peter dem Großen gegründet, wurde schon immer das „Fenster nach Europa“ genannt. Mit 4,5 Mio. Einwohnern ist sie die nördlichste Millionenstadt der Welt und gleichzeitig Verwaltungshauptstadt des nordwestlichen Föderalkreises. Ebenso wie Moskau ist St. Petersburg ein besonders attraktiver Investitionsstandort. Zurückzuführen ist dies einerseits auf die Historie der Stadt, die sich schon immer nach Europa hingezogen fühlte und andererseits auf das enorme wissenschaftliche Potenzial der Stadt, das sich in hoch qualifizierten Arbeitskräften äußert²⁹.

Gebiet Krasnodar: Die Region Krasnodar (Gebiet Kuban), gegründet 1937, liegt im Süden Russlands, angrenzend an Abchasien, das Gebiet des Asovschen Meeres und an die Krim. Es ist die einzige Region Russlands mit Zugang zum Schwarzen Meer. Aufgrund günstiger klimatischer Bedingungen eignet sich die Region sehr gut für den landwirtschaftlichen Anbau- nicht umsonst wird sie als Kornkammer Russlands bezeichnet. Darüber hinaus gilt sie als eine der am weitesten entwickelten Regionen Russlands. Neben der landwirtschaftlichen Nutzung ist die Region bekannt für den landwirtschaftlichen Maschinenbau, Metallverarbeitung, Petrochemie, Holzverarbeitung sowie Öl- und Gasförderung. Ein weiterer Wirtschaftsfaktor der Region ist der Tourismus. Die Region gilt als beliebtestes Erholungsgebiet Russlands. Die Stadt Krasnodar zählt rund 800 000 Einwohner. Mit einem Flughafen und drei Fernbahnhöfen ist sie ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt Südrusslands³⁰.

²⁸ vgl. Prostenko, Oleg: Marktreformen und unternehmerische Tätigkeit in Russland, in: Duwendag, Dieter: Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, 2002, S.103.

²⁹ <http://regionen.ru/> (letzter Zugriff: 03.10.2011)

³⁰ <http://regionen.ru/> (letzter Zugriff: 03.10.2011)

Das Gebiet Sverdlovsk: mit seiner Hauptstadt Ekaterinburg, die bis 1991 Sverdlovsk hieß und für Ausländer gesperrt war, ist industrielles Zentrum des Ural. Aufgrund seines Reichtums an Bodenschätzen, vor allem an wertvollen Mineralien und Metallen, schickte Zar Peter I Wissenschaftler in das Gebiet des Urals um diesen zu ergründen und sein wirtschaftliches Potential frei zu legen. Typisch für die Region Sverdlovsk ist das Entstehen der Städte aus sogenannten goroda-zavody – Städte, die sich um eine Zeche bzw. um einen Betrieb herum ansiedelten und wuchsen. Im 20. Jahrhundert entwickelte sich die Hauptstadt zum industriellen Zentrum der Region und wurde eine der wichtigsten Produktionsstätten militärischer Ausrüstung. Ganze Stadtteile entstanden, deren Bevölkerung in einem einzigen großindustriellen Betrieb beschäftigt war. Daher traf der wirtschaftliche Niedergang Ekaterinburg nach dem Ende der Sowjetunion besonders hart. Auch wenn der bekannte Gouverneur Eduard Rossel und das bekannteste Kind der Stadt, Boris El'cin, sich besonders engagiert für die Region zu kämpfen, sind hier die Hinterlassenschaften der kommunistischen Planwirtschaft besonders sichtbar und schwer zu beseitigen.

Das Gebiet Tjumen: gehört zu den reichsten Russlands- in jeglicher Hinsicht. Die langjährige Hauptstadt Tobolsk war mehrere Jahrhunderte geistiges und kulturelles Zentrum Westsibiriens. Doch trotz der ähnlichen Geschichte mit der Nachbarregion Sverdlovsk war die Region nie in dem Maße von der kommunistischen Regierung abhängig, wie es andere Regionen waren, da das Gebiet Tjumen mit seinen Verwaltungseinheiten Chanty-Mansijsk und das Jamal-Nenzische Gebiet über die größten Erdöl- und Erdgasvorkommen des Landes verfügt. Auch wenn das Gebiet aufgrund konstanter Erdöl- und Erdgasausfuhren in den 90er Jahren zu den wirtschaftlich stabilsten zählte, erlebte es gleichzeitig auch die härtesten Machtkämpfe, da hier die zu privatisierenden Betriebe den größten Wert besaßen. Gleichzeitig war die Gebietsregierung für junge ambitionierte Politiker ein gutes Sprungbrett für eine Karriere in Moskau. Prominentestes Beispiel ist der derzeitige Moskauer Bürgermeister Sobjanin, der zuvor Gouverneur in Tjumen war.

Das Jamal-Nenzische Autonome Gebiet: ist aus dem Grund interessant, da es über 90% der russischen Erdgasvorkommen verfügt und sich dabei aber seine sowjetische Städteinfrastruktur beibehalten hat. Noch bis in die 60er Jahre galt das Gebiet als arm und die indigene Bevölkerung der Nenzen lebte vornehmlich von der Rentierzucht. Erst als in den 60er Jahren Gas und Ölfelder auf dem Gebiet entdeckt wurden, wurden Städte errichtet, deren Bewohner im Vergleich zum Rest des Landes überdurchschnittlich gut verdienen, auch dank der Zulagen, die gezahlt werden, da das Gebiet nahe des Polarkreises klimatisch äußerst menschenfeindlich ist. Der einzige Arbeitgeber in den Städten der Region ist Gazprom. Ebenso wie in der Sowjetunion sorgt der Konzern für die komplette Infrastruktur und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung des Gebiets.

Die Republik Marij El: bekam ihren Namen durch die Titularnation der Mari, wobei heute nur noch die Minderheit der Mari in der Republik selbst lebt. Wirtschaftlich ist die Region an der Wolga äußerst schwach, überwiegend landwirtschaftlich und vor allem forstwirtschaftlich geprägt. Die wenigen Rüstungsbetriebe, die von den Sowjets dort angesiedelt wurden, waren nicht mehr rentabel. Zudem hat das Gebiet durch den Stausee Čeboksary, in den Abwasser ungefiltert abgelassen werden, mit einer ökologischen Katastrophe zu kämpfen, die das Gebiet für ausländische Investoren nicht attraktiver macht.

Die Republik Kalmykien: verdankt ihren Namen ebenfalls der Titularethnie der Kalmyken, die ein mongolisches Volk sind und über Jahrhunderte hinweg den Weg in ihr jetziges Siedlungsgebiet an der Wolgamündung ins Kaspische Meer gefunden haben. Im 16. Jahrhundert trat das Volk dem russischen Reich bei. Ebenfalls wie die Republik der Marij, ist die Republik Kalmykien bis heute weitestgehend von der Landwirtschaft geprägt. Eine Besonderheit, die Kalmykien aufzuweisen hat, ist, dass die Bevölkerung der Republik überwiegend dem buddhistischen Glauben anhängt.

Die deutsch-russische Kooperation in den Regionen

Immer wieder wird betont, dass Deutschland in Europa der wichtigste Handelspartner Russlands ist und auch sonst politisch innerhalb Europas die besten Beziehungen zu Russland pflegt. In dieser Arbeit aber soll sich dies nicht auf die gesamtrussische Ebene beziehen, sondern die deutsche Rolle für jede Region einzeln überprüft werden.

Was die wirtschaftliche Kooperation angeht, profitiert Deutschland sicherlich noch von den engen Handelsbeziehungen der ehemaligen DDR zu Russland. Ebenso wurde bereits in 70er Jahren ein Abkommen über Erdöl- und Gaslieferungen nach Westdeutschland abgeschlossen. Auf vertragsrechtlicher Ebene wurde schon 1990 mit drei Grundlagenverträgen die Basis für eine bilaterale Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene gelegt: erstens der Zwei-plus-vier-Vertrag, zweitens der Wirtschaftsvertrag und drittens der Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit.

Schon am 9. November 1990 wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein gemeinsamer Vertrag über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik abgeschlossen, der zwanzig Jahre Gültigkeit haben sollte. Geregelt wurde die Kontinuität der schon bestehenden Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene, sowie die Beibehaltung der bereits bestehenden Übereinkünfte bezüglich der Warenlieferungen und Dienstleistungen zwischen der DDR und der Sowjetunion³¹. Abseits wirtschaftlicher Aspekte, wird Deutschland als russischer Partner präferiert, da es eines der wenigen Länder war, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion versucht hat, Russland aktiv in europäische Belange einzubeziehen und oft als Anwalt russischer Interessen gehandelt wurde. Inwieweit dieser auf die gesamtrussische Ebene bezogene Fakt auch in den Regionen Gültigkeit besitzt, soll in der Arbeit überprüft werden.

Die zu untersuchenden Regionen wurden auf der Grundlage näher zu erläuternder Rankings gewählt. Es soll versucht werden ein möglichst weites Spektrum der Diversität, die der Größe Russlands gerecht wird, abzubilden, was intendiert, dass aus

³¹ Wagensohn, Tanja: Von Gorbatschow zu Jelzin. Moskaus Deutschlandpolitik (1985-1995) im Wandel, 2000, S.174.

dem Blickwinkel der Transformation erfolgreiche und weniger bis gar nicht erfolgreiche Regionen ausgewählt wurden.

Am Ende der Arbeit soll ein Lösungsansatz unterbreitet werden, der u.a. den Titel der Arbeit rechtfertigt und einen bottom-up Ansatz verfolgt. Viele russische Regionen verfügen über Partnerschaften mit deutschen Städten oder Regionen. Der Ansatz legt nahe, dass man Potentiale auf dieser Ebene bündeln sollte und in bilateraler Kooperation unter Ausschluss der zentralen Ebene soz. Interregionale Kooperationen aufzubauen um durch gezielte Programme und Initiativen, die auf lange Sicht gesehen institutionalisiert werden könnten, den Transformationsprozess in Russlands Regionen zu unterstützen.

Zuletzt soll angemerkt werden, dass in der Arbeit die wissenschaftliche Transliterationsweise des Kyrillischen angewendet wird, wobei jedoch zitierte Werke in ihrer Originalschreibweise angegeben werden, die von der wissenschaftlichen Transliteration abweichen kann.

1. Begriffsklärung und thematische Einordnung

Am Beginn dieser Arbeit müssen zunächst wichtige, die Untersuchung prägende Begriffe, geklärt und definiert werden, da sie im Nachfolgenden immer wiederkehren und somit auch als Orientierungspunkt und Kernbegriffe zu verstehen sind. Zudem trägt eine begriffliche Klarheit erheblich zum eindeutigen Verständnis des Themas bei, sodass das Ziel der Arbeit nicht verschwommen bleibt.

Im Großen und Ganzen behandelt die Arbeit zwei große Themenkomplexe der Politikwissenschaft: die Vergleichende Politikwissenschaft und die Internationalen Beziehungen. Zu dieser Problematik soll später noch etwas gesagt werden. Es geht einerseits um innere Entwicklungen in Russland, genauer um regionale Entwicklung und andererseits um die internationale Komponente der deutsch-russischen Beziehungen. Was ist zunächst unter Regionalentwicklung zu verstehen? Man könnte Regionalentwicklung als „Bezeichnung für Konzepte und Maßnahmen, welche die wirtschaftliche Entwicklung einer Region unterstützen³²“ und Regionalpolitik als „Pläne und Maßnahmen der regionalen Wirtschaftspolitik, regionale Unterschiede in der ökonomischen Leistungsfähigkeit (regionale Disparitäten) abzubauen³³“ definieren. Auch wenn bei dieser Definition der Schwerpunkt auf dem ökonomischen Aspekt liegt, verbirgt sich hinter dem Begriff Regionalentwicklung die Synthese unterschiedlicher wissenschaftlicher Teildisziplinen. Einerseits die natürliche Einordnung von Regionen durch die Geographie, die Unterteilung von Regionen in ökonomische Einheiten durch die Wirtschaftsgeographie sowie die territorial-administrative Einteilung durch die Verwaltungswissenschaften³⁴. In der vorliegenden Untersuchung jedoch soll der Begriff Regionalentwicklung noch einen weiteren Bedeutungsgehalt bekommen. Er soll aus politikwissenschaftlicher Sicht vielmehr im Sinne des Begriffs Transformation ausgelegt werden. Nach Merkel ist unter Transformation der „Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsels“³⁵ zu verstehen, der „Regimewandel/-wechsel, Systemwandel/-wechsel und Transition mit einschließt. Regime/Systemwandel unterscheiden sich vom Wechsel dadurch, dass beim Wandel noch grundsätzlich offen ist, ob es nach einem Veränderungsprozess tatsächlich

³² <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/regionalentwicklung.html> (letzter Zugriff: 19.09.2012)

³³ <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/regionalpolitik.html> (letzter Zugriff: 19.09.2012)

³⁴ vgl. von Beyme, Klaus: Reformpolitik und sozialer Wandel in der Sowjetunion, 1988, S.31.

³⁵ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation: eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2010, S.66.

zu einem anderen Regimetyp kommt oder nicht. Unter Transition versteht Merkel den Übergang von einem autokratischen System zu einem demokratischen System³⁶. O'Donnell/Schmitter dagegen definieren Transition im weiteren Sinne eines Systemwechsels, also einem Intervall zwischen zwei politischen Systemen, dem Übergang von einem autokratischen System zu einem unbestimmten, das mag wieder ein autokratisches, ein demokratisches oder sonstiges System sein³⁷. Für diese Untersuchung soll allerdings der weitere Begriff der Transformation verwendet werden, da er den Facettenreichtum des Prozesses besser nachvollzieht. Das demokratische System wird aber deshalb als Maßstab verwendet, weil es (nimmt man den veranschlagten Untersuchungszeitraum als Grundlage) das selbst erklärte Ziel der russischen Regierung unter El'cin war, demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen zu schaffen. Aus Gründen der Operationalisierbarkeit soll in der Arbeit dem Transformationsziel Demokratie die Definition von Robert A. Dahl als Maßstab dienen. Diese Entscheidung beruht auf mehreren Gründen. Zum einen entspricht sie einer Minimaldefinition an Merkmalen, die ein Regime erfüllen muss, um als demokratisch bezeichnet werden zu können. Zum anderen enthält sie mehrere Kriterien, die nachvollziehbar und messbar sind. Dahl benennt sieben formal-rechtliche und institutionelle Indikatoren zur Regimebestimmung: 1) gewählte Volksvertreter, 2) freie Wahlen, 3) ein allgemeines aktives Wahlrecht, 4) ein allgemeines passives Wahlrecht, 5) Meinungsfreiheit, 6) Informationsfreiheit, 7) Vereinigungsfreiheit³⁸. Ausdrücklich sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich diese Kriterien ausschließlich auf die El'cin-Ära beziehen. Diese Auswahl ist sinnvoll, da bereits empirisch erwiesen ist, dass für diesen Untersuchungszeitraum der Transformationsfortschritt gering war, die Kriterien zwar erfüllt waren, Russland dennoch nicht als gefestigte Demokratie bezeichnet werden kann und zudem rückwirkend dazu in dieser Arbeit keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse erzielt werden können. Erwiesen ist ebenfalls, dass Russland nicht dem klassischen Transformationsschema Liberalisierung – Demokratisierung –

³⁶ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation: eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2010, S.65.

³⁷ Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, 1994, S.84.

³⁸ Rüb, Friedbert: Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, 1996a, S.112f.

Konsolidierung folgt³⁹. Es steht vielmehr die Frage im Raum, ob Russland im Aggregatzustand der Demokratisierung stecken geblieben ist bzw. stecken bleiben wird, sich dabei ein eigener Regimetypus herausbildet, der sich konsolidiert, oder ob es möglich ist, dass Russland auf Umwegen noch den von der Theorie vorgesehenen Weg der Konsolidierung nach einer Demokratisierungsphase, der den oben genannten Kriterien entspricht, einschlagen wird. Darüber hinaus ist diese Epoche der russischen Geschichte bereits wissenschaftlich äußerst breit erforscht, sodass vorausgesetzt werden kann, dass die Ergebnisse als wissenschaftlich gesichert angesehen werden können. Ebenso ist es nicht Ziel und Forschungszweck dieser Arbeit den Transformationsfortschritt dieser Periode zu untersuchen. Sie dient lediglich als Voraussetzung und Verständnisgrundlage, sie kann aber aufgrund ihrer Pfadabhängigkeit schlicht nicht außen vor gelassen werden. Für den eigentlichen Untersuchungszeitraum ab 2000 müssen die Kriterien Dahls von einer minimalistischen auf eine maximalistische Definition ausgeweitet werden. Das erscheint sinnvoll, da die deutsche Position mit einbezogen werden muss. Es muss davon ausgegangen werden, dass die deutsche Seite als eine seit Jahrzehnten fest etablierte Demokratie ein weitaus ausgereifteres Demokratieverständnis an Russland herantragen würde, damit eine fruchtbare Kooperation zustande kommt, was folglich als Maßstab zur Bewertung genommen werden muss. Deswegen müssen die Dahl'schen Merkmale um folgende Merkmale ergänzt werden: a) eine freie und lebendige Zivilgesellschaft, b) Rechtsstaatlichkeit, c) eine demokratisch loyale Bürokratie, d) eine institutionalisierte ökonomische Gesellschaft⁴⁰. Damit beschränken sich die definitorischen Merkmale nicht mehr nur auf institutionelle Prozesse, sondern auf eine gesellschaftliche Konsolidierung der Demokratie. Dies impliziert einen bottom-up-Ansatz, der Demokratisierungsprozesse von unten und aus der Gesellschaft heraus vorsieht. Daher ist eine der leitenden Forschungsfragen dieser Arbeit, ob nicht zuerst die Subjekte einheitlich, demokratisch konsolidiert werden müssen, damit eine demokratische, rechtstaatliche Russische Föderation entstehen kann. Da sich der erste Teil der Begriffsklärung auf das politische System bezieht, in Russland aber bekanntermaßen zusätzlich noch das ökonomische System verändert werden musste, muss unter einem

³⁹ von Beyme, Klaus: Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel/Sandschneider: Systemwechsel 3-Parteien im Transformationsprozess, 1997, S.23.

⁴⁰ Kriterien vgl.: von Beyme, Klaus: Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel/Sandschneider: Systemwechsel 3-Parteien im Transformationsprozess, 1997, S.31.

Teilaspekt der Transformation ebenfalls das Wirtschaftssystem mit einbezogen werden. Hier ist der Maßstab der Übergang vom Planwirtschaftssystem zu einer funktionierenden Marktwirtschaft. Der Begriff der Markttransformation ist nach Steffen als „revolutionärer politischer Prozess der (Rück-)Verwandlung des realsozialistischen in ein kapitalistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem definiert (...) Grundlegendes Ziel und damit Schwerpunkt dieser Politik ist die Einführung des marktwirtschaftlich organisierten Kapitalismus auf der Grundlage des Ensembles überlieferter realsozialistischer Wirtschaftselemente und Institutionen. Kernbereich dieser System- oder Ordnungspolitik ist daher die Schaffung einer Nationalökonomie, die auf Basis von Privateigentum und einem relativ wertbeständigen Nationalkredit alle ökonomischen Aktivitäten in einem stetigen, gesellschaftsweiten und auf Märkten beruhenden unternehmerischen Kostenüberschuss oder Kapitalisierungsprozess integriert“.⁴¹ Daraus leiten sich folgende Kriterien ab, die zur Etablierung einer funktionierenden Marktwirtschaft von Nöten sind: 1) freie Preisbildung, 2) Garantie von privatem Eigentum, 3) ein freier Markt, der geschützt ist vor staatlicher Bevormundung, 4) Wettbewerbs-, Gewerbe- und Vertragsfreiheit⁴². Diesen Mindestanforderungen wird Russland genügen müssen, um der Prüfung einer Marktwirtschaft standzuhalten.

2. Theoretische Einbettung der Arbeit

Die theoretische Einbettung dieser Arbeit stellt sich als äußerst komplex dar, da sie mehrere Teilbereiche der Politikwissenschaft bemüht. Es kann deswegen vorweg genommen werden, dass das Thema nicht mit einer einzigen Theorie erfasst werden kann, sondern, dass vielmehr ein interdisziplinäres theoretisches Konstrukt erarbeitet werden muss. Die Komplexität kann in folgendem Schaubild verdeutlicht werden:

⁴¹ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland- Ursachen, Programme und Krise der Transformationspolitik, 1997, S.21.

⁴² Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon, 2006, S. 191.

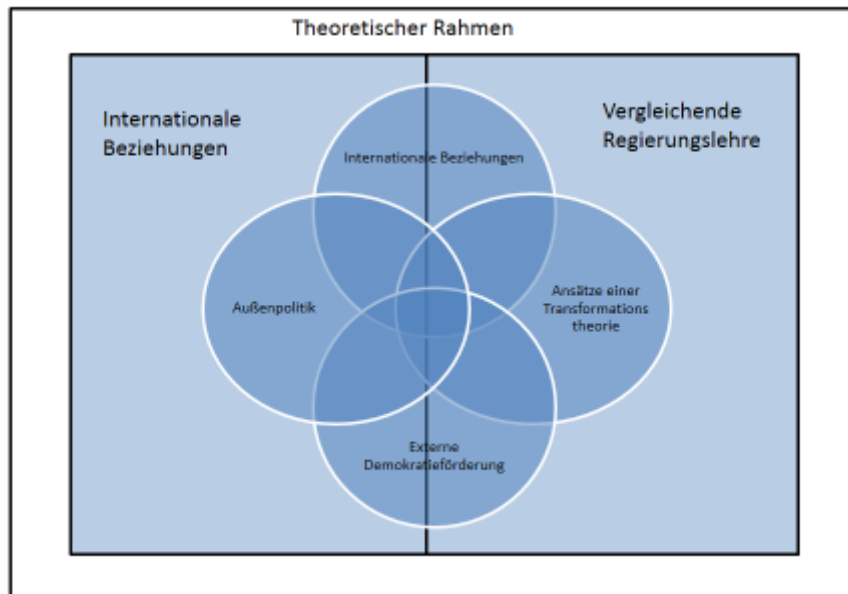


Abbildung 1: Theoretische Einbindung

Quelle: eigene Darstellung

Das Schaubild zeigt eine Schnittmenge der Teilbereiche der Politikwissenschaft - Internationale Beziehungen und Vergleichende Regierungslehre. Dabei sind vor allem die Subkategorien transformationstheoretischer Ansätze, externe Demokratieförderung als deren internationale Dimension und Außenpolitik von Bedeutung. Die Schwierigkeit besteht darin, einen konsistenten Theoriestrang zu erarbeiten, der für sich genügend Erklärungskraft besitzt, denn bei Bemühung zu vieler Teiltheorien minimiert sich gleichzeitig die Gesamtaussagekraft. Erschwerend kommt in diesem Fall hinzu, dass sowohl bezüglich der Transformationstheorie und der Externen Demokratieförderung noch keine allgemein gültige Theorie entstanden ist, sondern auf theoretische Teilaspekte zurückgegriffen werden muss.

2.1. Themenbereich Internationale Beziehungen

In einem ersten Schritt muss zunächst theoretisch hergeleitet werden, warum es zwischen Deutschland und Russland zu Kooperation kommt, welche innen- und außenpolitischen Motive auf beiden Seiten dahinter stehen und ob es ein präferiertes Politikfeld gibt, von dem aus eine vertiefte Kooperation ausgeht mit möglichen spill-

over-Effekten auf andere Bereiche. Es geht also grundlegend um die Frage nach der Ausrichtung der Außenpolitik und welche gemeinsame Schnittmenge es gibt, damit beide Staaten an Kooperation interessiert sind, konkret: Warum sollte Deutschland ein Interesse an einer vitalen Regionalentwicklung in Russland haben?

Besonders nach dem Ende des Kalten Kriegs intensivierte sich die Theoriedebatte in der Außenpolitikforschung und den Internationalen Beziehungen. Systemtheorien, wie der (Neo)-Realismus, dem bis dato große Erklärungskraft zugesprochen wurde, wurden in Frage gestellt, da sie nicht in der Lage waren, das Ende der bipolaren Welt vorherzusagen oder zu erklären⁴³. Eine Weiterentwicklung des (Neo-)realismus stellt der in den 70/80er Jahren entwickelte Neoinstitutionalismus dar. Zentrale Referenzwerke sind dabei Neoliberal Institutionalism: a perspective on world politics von Robert Keohane und Power and Interdependence von Keohane und Joseph Nye. Grundlegend beziehen sie sich auf drei Hauptannahmen der (neo-)realistischen Schule: erstens, dass Staaten die einzig wichtigen Akteure der Weltpolitik sind, zweitens, dass Macht das effektivste Mittel zur Durchsetzung von Politik ist und drittens, dass es eine klare Hierarchie von policies gibt - an der Spitze steht die militärische Sicherheit als sog. high politics, sie dominiert Fragen der Wirtschaft oder Soziales, sog. low politics⁴⁴. Zur Negierung dieser drei Annahmen steht im Mittelpunkt der Werke der Begriff der Interdependenz sowie die Überlegung wie diese das internationale System von Staaten beeinflusst. Entstehungshintergrund ist das Ziel der Optimierung amerikanischer Außenpolitik im Hinblick auf die offenbar gewordene Illusion einer autonomen Hegemonie im internationalen System⁴⁵. Ebenso wie beim (Neo-)realismus werden Staaten als entscheidende Akteure erachtet, d.h. das Internationale System ist die Referenzgröße. Entgegen der (neo-)realistischen Sicht wird jedoch angenommen, dass nicht mehr die Staaten mit der größtmöglichen militärischen Macht das Weltgeschehen dominieren. Seit den 70er Jahren, besonders vor dem Hintergrund des Ölpreisschocks, wurde offensichtlich, dass es eine auf militärischer Macht basierende Autonomie nicht mehr gibt und dass militärisch schwache Staaten, die aber über einen beträchtlichen Teil

⁴³ Heinecke, Susann: Deutsche Russlandpolitik 1991-2005. Entwicklungen und gesellschaftliche Einflüsse in außenpolitischen Entscheidungsprozessen, 2011, S.132.

⁴⁴ Keohane, Robert/Nye, Joseph: Power and Interdependence, 1989, S.24.

⁴⁵ Spindler, Manuela: Interdependenz, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela: Theorien der Internationalen Beziehungen, 2006, S. 106.

nachgefragter Rohstoffe verfügen, erst genanntes Manko so kompensieren können⁴⁶. Nicht nur auf ökonomischer Ebene wurde die Abhängigkeit sichtbar: wirtschaftliche Abhängigkeiten implizieren politische Abhängigkeiten. Die Protestbewegung von 1968 zeigt aber auch, dass es durch einen gestiegenen Informationsaustausch, zu einem Überschwappen auf soziale Bereiche kommen kann⁴⁷. Das Problem für politische Akteure besteht darin, dass eine wechselseitige Abhängigkeit immer mit Kosten verbunden ist, da die politische Handlungsautonomie des einzelnen Staates z.B. in der Währungspolitik, durch Unternehmensregulierung oder ökologische Restriktionen beschränkt ist. Die Anpassungsleistungen in Form einer veränderten politischen Strategie verursachen Kosten. Logische Konsequenz dieses Kosteneffekts ist, dass Staaten versuchen, die Anpassungsleistungen zu minimieren oder ganz zu umgehen und im internationalen Austausch Kosten und Nutzen zu ihren Gunsten auf andere abzuwälzen⁴⁸. Die zentrale Frage für eine nationalstaatliche Außenpolitik ist also, wie man aus internationalem Austausch größtmöglichen Nutzen zieht unter gleichzeitiger Beibehaltung größtmöglicher nationalstaatlicher Autonomie und wie internationale Kooperation im Staatensystem zu Gunsten eines Staates manipulierbar ist⁴⁹. Dabei ist das Ausmaß abhängig vom jeweiligen Politikfeld, da sich zuweilen asymmetrische Interdependenzen ergeben können. Verschiedene Staaten sind in Abhängigkeit ihrer Ressourcen in verschiedenen Politikfeldern unterschiedlich verwundbar. Befinden sich Staaten bezogen auf ein bestimmtes Politikfeld in einem Zustand relativer Unverwundbarkeit, sind dadurch die Anpassungskosten gering und die Möglichkeit der Manipulation des Systems besonders hoch⁵⁰. Dennoch kann es aufgrund von Interdependenz zu Kooperation kommen, da durch sie die Möglichkeit gemeinsamer Gewinne besteht. Ausgehend von der verloren gegangenen Handlungsautonomie hängt die Verwirklichung eines Ziels eines Nationalstaates vom Verhalten anderer Nationalstaaten ab. Im Falle unilateraler Zielverfolgung bleibt der output für alle Staaten unter dem Optimum⁵¹. Eine Arena zur Koordination von Kooperationsbestrebungen bilden Institutionen. Keohane definiert Institutionen als

⁴⁶ Keohane, Robert/Nye, Joseph: Power and Interdependence, 1989, S.11.

⁴⁷ Keohane, Robert/Nye, Joseph: Power and Interdependence, 1989, S.12.

⁴⁸ Spindler, Manuela: Interdependenz, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela: Theorien der Internationalen Beziehungen, 2006, S. 104f.

⁴⁹ ebd. S.105.

⁵⁰ Spindler, Manuela: Interdependenz, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela: Theorien der Internationalen Beziehungen, 2006, S. 105.

⁵¹ Keohane, Robert/Nye, Joseph: Power and Interdependence, 1989, S.32.

„persistent and connected set of rules (formal and informal) that prescribe behavioral roles, constrain activity, and shape expectations“⁵². Weiter argumentiert er, dass “state actions depend to a considerable degree on prevailing institutional arrangements, which affect the flow of information and opportunities to negotiate, the ability of governments to monitor others’ compliance and to implement their own commitments-hence their ability to make credible commitments in the first place, and prevailing expectations about the solidity of international agreements”⁵³.

Bei der Assoziation des Begriffs der Interdependenz könnte man schnell zu dem Schluss gelangen, dass er auch auf die Kooperation zwischen Deutschland und Russland zutrifft und die Theorie des (Neo-)institutionalismus große Erklärungskraft besitzt. Man könnte schlussfolgern, dass zwischen beiden Staaten eine Interdependenz vor allem auf ökonomischem Gebiet besteht. Deutschland ist abhängig von russischen Rohstofflieferungen und Russland abhängig vom Import technischen Know-hows zur Modernisierung seiner Wirtschaft. Diese Überlegung ist sicherlich zu großen Teilen zutreffend, andererseits zu oberflächlich. Denn bereits wenn man sich in Erinnerung ruft, dass im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht, wie Staaten um ihren Machterhalt bzw. – gewinn konkurrieren bei möglichst geringem Autonomieverlust aufgrund institutioneller Verflechtung, stößt man mit diesem Erklärungsversuch bei den deutsch-russischen Beziehungen an seine Grenzen. Der (Neo-)institutionalismus ist ein Denkansatz, der entstanden ist angesichts der zunehmenden Verflechtung der Staaten in internationalen Institutionen wie GATT, IWF oder später die EU. Durch die Mitgliedschaften beider Staaten in vielen internationalen Organisationen⁵⁴. Jedoch sollte überprüft werden, ob nicht eine andere Theorie der Internationalen Beziehungen im Stande ist, den Zwang zu Kooperation besser zu definieren.

Nach dem Ende des Kalten Krieges war klar, dass das sowjetische Regime an systemimmanenten Faktoren gescheitert war und die USA vorerst als alleinige Supermacht übrig geblieben waren. Aufgrund der zahlreichen Umbrüche, die Russland infolge des Zusammenbruchs des Kommunismus durchlebt hat, mangelte es lange Zeit an Ressourcen um im globalen Kräfterennen als gleichwertiger Akteur gegenüber den

⁵² Keohane, Robert: Neoliberal Institutionalism: a perspective on world politics, in: International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory, 1989, S.3.

⁵³ Keohane, Robert: Neoliberal Institutionalism: a perspective on world politics, in: International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory, 1989 S.2.

⁵⁴ beispielsweise die UN, der IWF, die WTO, die G8, der Europarat

USA aufzutreten und durch Schaffung multipolarer Zentren ein Kräftegleichgewicht zu erzielen⁵⁵. D.h. bei Betrachtung der deutsch-russischen Beziehungen kann es nicht um die Frage der Macht und dem Streben nach Sicherheit gehen um im Sinne des (Neo-)realismus in einer anarchischen Welt ein Kräftegleichgewicht („balance of power“) herzustellen. Ebenso wenig geht es in dieser Arbeit um die Frage, wie die vom (Neo-)institutionalismus postulierte Interdependenz des internationalen Staatensystems auf die deutsch-russischen Beziehungen einwirkt. Es müsste also vielmehr darum gehen, inwiefern die deutsch-russischen Beziehungen bereits institutionalisiert sind und wie dies sich auf die Kooperation auswirkt. Das aber erklärt noch nicht, warum es zu Kooperation kommt. Für den Untersuchungszeitraum ab dem Jahr 2000 steht unzweifelhaft fest, dass Kooperation zwischen Russland und Deutschland stattgefunden hat. Die zentrale Frage ist, von welchem Politikfeld aus sie motiviert war. Dies impliziert zunächst, dass der Staat in diesem Fall nicht als Einheit betrachtet werden sollte, da dies zu kurz gegriffen wäre und mögliche einflussreiche Subeinheiten ihrer Erklärungskraft beraubt würden. Darin besteht die Schwäche des Erklärungsansatzes von Keohane/Nye. Sie sprechen zwar gesellschaftlichen und transnationalen Akteuren ihren Einfluss nicht ab, vertreten aber eine weithin staatszentrierte Sichtweise⁵⁶. Damit wird der Entwicklung der funktionalen Differenzierung innerhalb einer Gesellschaft nicht genug Rechnung getragen. Demzufolge kann auch die Generierung staatlicher Interessen auf der Grundlage der Einflussnahme gesellschaftlicher Akteure oder transnationaler Netzwerke auf staatliche Außenpolitik nicht erklärt werden. Das hier enthaltene Schlagwort als Motor für zwischenstaatliche Kooperation ist „das Interesse“.

Ein theoretischer Ansatz, bei dem dieser Begriff im Zentrum steht, ist der utilitaristische Liberalismus nach Andrew Moravcsik. Er soll im Folgenden näher erläutert werden und als Erklärungsvariable zu Rate gezogen werden. Folgende Gründe sprechen dafür:

- Nicht Staaten als übergeordnete Einheit stehen im Fokus des Interesses, sondern gesellschaftliche Akteure, die in der Lage sind, staatliche außenpolitische Präferenzen zu artikulieren

⁵⁵ Timmermann, Heinz: Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: die europäische Richtung, in: APuZ B16-17, 2003, S.22.

⁵⁶ Spindler, Manuela: Interdependenz, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela: Theorien der Internationalen Beziehungen, 2006, S. 110.

- Anhand dessen kann überprüft werden, welche Akteure aus welchen Politikfeldern die Außenpolitik gegenüber Russland maßgeblich beeinflussen, beispielsweise der Einfluss der deutschen Wirtschaft
- Ein liberaler Ansatz deckt aufgrund seiner Hauptannahmen die Vielschichtigkeit bilateraler Kooperation ab, wohingegen beispielsweise ein systemischer Ansatz auf die Staaten als Analyseebene beschränkt
- Der liberale Ansatz ist kooperationsorientiert und nicht konfrontativ⁵⁷

Der Ansatz des utilitaristischen Liberalismus von Andrew Moravcsik entstand Ende der 90er Jahre in einer Phase der zunehmenden Globalisierung und einer aufgrund dessen notwendig gewordenen funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Somit steht beim utilitaristischen Liberalismus das Individuum als Akteur im Mittelpunkt. Dieses kann ausgehend von einer bottom-up-Perspektive Präferenzen der staatlichen Außenpolitik beeinflussen⁵⁸. Individuen als Akteure können dabei auch als Interessengruppe auftreten. Es wird angenommen, dass sie im Sinne eines homo oeconomicus handeln, d.h. sie versuchen den Eigennutz zu maximieren und dabei rational zu handeln mit dem übergeordneten Ziel das eigene Überleben zu sichern⁵⁹.

“The fundamental actors in international politics are individuals and private groups, who are on the average rational and risk-averse and who organize exchange and collective action to promote differentiated interests under constraints imposed by material scarcity, conflicting values, and variations in societal influence”⁶⁰.

Zentraler Aspekt der liberalen Theorie ist die Interessengenerierung verschiedener gesellschaftlicher Akteure, die ihre Interessen im Wettbewerb mit anderen gesellschaftlichen Akteuren durchsetzen und so staatliche Präferenzen für die

⁵⁷ Vgl. Heinecke, Susann: Deutsche Russlandpolitik 1991-2005. Entwicklungen und gesellschaftliche Einflüsse in außenpolitischen Entscheidungsprozessen, 2011, S.131.

⁵⁸ Bienen/Freund/Rittberger: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus, in: Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr.33,1999, S.2.

⁵⁹ Ebd. S.3.

⁶⁰ Annahme 1 in Moravcsik, Andrew: Taking preferences seriously. A liberal theory of international politics, in: International Organization, Vol. 51, 09/1997, S. 516.

Ausrichtung der Außenpolitik definieren. Dabei bleiben Grundinteressen der Akteure meist gleich, wohingegen Präferenzen sich einem Wandel unterziehen können⁶¹.

“States (or other political institutions) represent some subset of domestic society, on the basis of whose interests state officials define state preferences and act purposively in world politics”⁶².

“The configuration of interdependent state preferences determines state behavior. States require a “purpose”, a perceived underlying stake in the matter at hand, in order to provoke conflict, propose cooperation, or take any other significant foreign policy action”⁶³

Welche Interessengruppen sich durchsetzen können, hängt ganz entscheidend von der sozioökonomischen Binnenstruktur eines Staates ab. Im Falle Deutschlands muss also von der Grundlage eines Handelsstaates ausgegangen werden. Deutschland muss bei der Formulierung seiner außenpolitischen Maxime folglich daran gelegen sein, erstens in einer von Frieden geprägten Umwelt zu agieren, um zweitens die für die deutsche Wirtschaft so wichtigen Absatzmärkte nicht zu verlieren. Jedoch ergeben sich in Bezug auf Russland einige nicht zu unterschätzende institutionelle Restriktionen, die sich aus der Nachkriegshistorie Deutschlands schöpfen. Sie müssen bei einer Analyse stets miteinbezogen werden.

2.1.1. Deutschland als Zivilmacht und Handelsstaat

Der Weg zu Zivilmacht und Handelsstaat Deutschlands⁶⁴ als sozioökonomischer Binnenstruktur Deutschlands war mangels Alternativen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs quasi vorgegeben. Die Souveränität innen- und außenpolitischen Handelns war durch das Besatzungsstatut beschränkt, von 1949 bis 1955 übernahm Kanzler Adenauer auch den Posten des Außenministers, bevor dieser 1955 an Heinrich von Brentano überging. Vorrangigstes Ziel der Bundesregierung musste es also sein, eigenen außenpolitischen Handlungsspielraum trotz Besatzungsmacht durch die

⁶¹ Bienen/Freund/Rittberger: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus, in: Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr.33,1999, S.6.

⁶² Annahme 2 in Moravcsik, Andrew: Taking preferences seriously. A liberal theory of international politics, in: International Organization, Vol. 51, 09/1997, S. 518.

⁶³ Annahme 3 in Moravcsik, Andrew: Taking preferences seriously. A liberal theory of international politics, in: International Organization, Vol. 51, 09/1997, S. 520.

⁶⁴ Gemeint ist hier Westdeutschland. Es wird hier zur Grundlage genommen, da die DDR später in die BRD eingegliedert wurde, somit also für den weiteren Verlauf nach 1990 die Weichenstellungen in der BRD entscheidend waren.

Alliierten zu gewinnen. Dieser sollte unter der Maxime der Freiheit, des Friedens und der Einheit erlangt werden. Dies schloss, was aufgrund der Rahmenbedingungen ohnehin nicht möglich war, eine auf Machtstreben basierende Politik aus. Die Lehre des Kriegs – das Scheitern einer Schaukelpolitik zwischen Ost und West und das Scheitern einer auf Alleingänge ausgerichtete Außenpolitik- veranlasste die Regierung Adenauer, unnachgiebig ihr Ziel zu verfolgen, die BRD in geistiger, kultureller, politischer und ökonomischer Hinsicht unumkehrbar an den Westen zu binden⁶⁵. Innerhalb eines atlantisch-europäischen Bündnisses sollte ein neues starkes Deutschland entstehen, ohne dabei jedoch Sonderwege oder politische Alleingänge zu gehen. Das deutsche Interesse der Westanbindung traf sich dabei mit dem amerikanischen Interesse der Eindämmungspolitik gegenüber dem Kommunismus und dem französischen Interesse Deutschland militärisch zu kontrollieren. Anlässlich der weltpolitischen Ereignisse (Korea-Krise, Kuba-Krise) und Umstände wurde allen Beteiligten klar, dass konstruktive Lösungsansätze nur auf einer partnerschaftlichen Basis zu erreichen waren. Im Rahmen dessen kam auch die Idee der deutschen Wiederbewaffnung zur Sprache. „Die Bereitschaft zu einem deutschen Wehrbeitrag, innenpolitisch an sich bereits hoch kontrovers diskutiert und auch innerhalb der Regierungskoalition keineswegs unumstritten, verknüpfte Adenauer mit der Forderung, das Besatzungsstatut aufzuheben und der deutschen Bevölkerung „Handlungsfreiheit und Verantwortlichkeit“ zurückzugeben, um „die Erfüllung dieser Pflichten sinnvoll erscheinen“ zu lassen. Der Bundesrepublik müsse, so erklärte der Kanzler, „wie allen anderen westeuropäischen Völkern der Weg zur Freiheit offen sein“⁶⁶. In der Folge wurde der Bundesrepublik 1952 die Wiedereinrichtung eines eigenständigen Außenministeriums gestattet und die damit verbundene Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu anderen Staaten. Im Zuge der Wiederbewaffnung war auch eine Souveränitätsrückgabe der Alliierten an die BRD evident geworden. Sie erfolgte in Form des Deutschlandvertrages 1955. Trotz der Selbstbestimmung innerer und äußerer Angelegenheiten wich keine Regierung der BRD bis zur Wiedervereinigung vom Grundkurs der euro-atlantischen Einbindung ab. Die Mitgliedschaft in der NATO sowie die Idee der Schaffung eines vereinten Europas

⁶⁵ Kronenberg, Volker: Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr.304/2009, S.16.

⁶⁶ Kronenberg, Volker: Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr.304/2009, S.17.

waren zur Staatsräson geworden⁶⁷. Die Staatsräson schlägt sich institutionell im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nieder. Die wichtigsten Grundpfeiler deutscher Außenpolitik weist bereits die Präambel auf mit dem Ziel „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“⁶⁸. Art. 26 (1) GG deklariert alle „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“⁶⁹ für verfassungswidrig und strafbar. Die Einordnung in ein System kollektiver Sicherheit zur Sicherung des Weltfriedens beschreibt Art. 24 (2) GG: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern“⁷⁰. Art 23 (1) symbolisiert den offenen Staat, der gewillt ist zugunsten der Verwirklichung der europäischen Idee auf Hoheitsrechte zu verzichten: „Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen“⁷¹. Die deutsche Grundüberzeugung nach zwei verheerenden Weltkriegen weitestgehend auf militär- und machtpolitische Instrumente zur Konfliktlösung zu verzichten und sich im Gegenzug eine auf friedliche Kooperation angelegte Staatengemeinschaft einzugliedern, brachte Deutschland den Ruf einer Zivilmacht⁷² ein. Dieser Begriff jedoch impliziert, dass die Stärke Deutschlands, wenn sie nicht auf dem militärischen Aspekt gründet, auf einem anderen sehr soliden Fundament aufgebaut sein muss. Das Konzept des Handelsstaats fußt auf dem der Zivilmacht und ergibt sich aus den geographischen und geopolitischen Rahmenbedingungen. Das Konzept des Handelsstaates als Instrument der

⁶⁷ Kronenberg, Volker: Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr.304/2009, S.18.

⁶⁸ Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

⁶⁹ Art. 26 Abs.1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

⁷⁰ Art. 24 Abs. 2 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

⁷¹ Art. 23 Abs.1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

⁷² der Begriff wurde maßgeblich von Hanns Maull geprägt.

Außenpolitikanalyse wurde 1986 von Rosecrance eingeführt. Danach bilden wirtschaftliche Entwicklung und Wohlfahrtsmaximierung die vorrangigsten politischen Ziele. Als Analysekonzept für die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg setzt der Handelsstaat eine generell auf Freihandel abzielende und arbeitsteilige Weltwirtschaftsordnung voraus, durch welche eine einzigartige Interdependenz zwischen Staaten entstanden ist. Diese zwingt Staaten zur Kooperation, denn nur so sei das Ziel der Wohlstandsmaximierung zu erreichen. Nach dem Konzept des Handelsstaats hat sich die Bundesrepublik gegen die militärisch-territoriale Welt und für die Welt des Handels entschieden⁷³. Deutschland als ressourcenarmes Land ist auf den Import von Rohstoffen und Energieträgern angewiesen und muss dabei mehr exportieren um einen Haushaltsüberschuss zu erzielen. Dabei ist Deutschland vor allem auf den Export von Maschinen und Anlagen spezialisiert. Die Folge ist, dass der Wohlstand Deutschlands von einer florierenden Exportwirtschaft abhängt. Denn nur so, so der theoretische Grundgedanke, kann das Politikziel „Wohlstand für alle“⁷⁴ nachhaltig realisiert werden. Das Prinzip Wohlstand für alle zielt darauf ab, einer möglichst breiten Gesellschaftsschicht ein Auskommen für eine gesicherte Existenz zu ermöglichen, d.h. eine möglichst breite Mittelschicht zu schaffen. Erfolgsgarant dafür sind in Deutschland vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)⁷⁵. Folglich geht es vor allem darum, dass diese mit spezialisierten Technologien international expandieren und auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind. Deshalb muss jeder deutschen Regierung daran gelegen sein, dass deutsche Unternehmen möglichst barrierefrei, d.h. ohne Handelshemmnisse, ihre Waren vertreiben können. Daher ist es selbstverständlich, dass Deutschland Projekte wie den europäischen Binnenmarkt trotz anfänglicher Vorbehalte wegen Bevorzugung eines weltweiten Freihandels hauptsächlich vorangetrieben hat, da es davon Hauptprofiteur ist. Eine Kosten-Nutzen-Rechnung basierend auf rationalen Kalkulationen wird für Deutschland also immer das Ergebnis haben, staatliche Souveränität zugunsten ökonomischer Barrierefreiheit

⁷³ Staack, Michael: Handelsstaat Deutschland, 2000, S.29ff.

⁷⁴ Dieser Slogan wurde vom damaligen Wirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler der BRD, Ludwig Ehrhard, geprägt. So benannte er sein 1957 erschienenes Buch, in dem er seine Vorstellungen zur sozialen Marktwirtschaft darlegt.

⁷⁵ Laut dem Bundeswirtschaftsministerium tragen die KMU fast 52% der gesamten Wirtschaftsleistung Deutschlands bei und erwirtschaften dabei fast 39% des gesamten Umsatzes deutscher Unternehmen siehe: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/factbook-german-mittelstand,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (letzter Zugriff: 19.04.2013)

abzugeben um über den Erfolg der Unternehmen nationalstaatliche Wohlfahrt zu gewährleisten.

2.1.2. Russische Außenpolitik

Ähnlich wie das vereinte Deutschland musste Russland nach dem Ende der Sowjetunion seinen Platz in der Weltgemeinschaft zunächst wieder neu bestimmen. Dabei hatte die Regierung unter Präsident El'cin vor allem den Balanceakt zu stemmen, eine Annäherung an die westliche Staatengemeinschaft zu schaffen ohne dabei die Führungsrolle in seinen traditionellen Einflusssphären des „Nahen Auslands“⁷⁶ zu verlieren. Ungeachtet der prowestlich eingestellten Außenpolitik unter Präsident El'cin waren die Hauptstreitpunkte zwischen Russland und dem Westen die NATO-Osterweiterung, der erste Tschetschenienkrieg und die Kriege auf dem Balkan (siehe dazu vorheriges Kapitel). Seit dem Amtsantritt Vladimir Putins im Jahr 2000 unterlag der außenpolitische Kurs der höchsten innerstaatlichen Priorität: die wirtschaftliche Modernisierung des Landes. Denn nach der Augustkrise 1998 drohte das Land auf dem Weltmarkt abgehängt zu werden. Einen dementsprechend pragmatischen Kurs schlug Präsident Putin ein. Denn nur wenn Russland innenpolitisch stark aufgestellt war, konnte es nach außen seinen Großmachtanspruch glaubwürdig vertreten. Die Außenpolitik musste also so justiert werden, dass möglichst viele ausländische Investoren angelockt werden, folglich lag der Fokus auf einer Außenwirtschaftspolitik. Da bereits mehr als 50% der Direktinvestitionen aus Ländern der EU kamen, war es naheliegend die EU als präferierten Partner bei der Wirtschaftsmodernisierung auszuwählen⁷⁷. Gleichzeitig schlug Putin eine politische Brücke zu den USA, indem er sich nach den Terroranschlägen des 11. September unterstützend an deren Seite stellte – ein Signal für partnerschaftliche Beziehungen zur euro - atlantischen Gemeinschaft. Damit schaffte er es auch die innenpolitische Opposition zu beruhigen, indem er seinen westlichen Kurs dem Dogma der gemeinsamen Terrorismusbekämpfung unterwarf. Allerdings sollte daran gezweifelt werden, dass allein das verbindende Element des gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus stabile Beziehungen zwischen den USA

⁷⁶ Unter den Begriff des Nahen Auslands fallen in Russland die Staaten der ehemaligen Sowjetunion

⁷⁷ Timmermann, Heinz: Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: die europäische Richtung, in: APuZ B16-17, 2003, S.27.

und Russland generieren kann, da die Interessen in anderen Regionen zu unterschiedlich sind. Während beispielsweise der Iran für die USA eine nukleare Bedrohung für den Weltfrieden darstellt, wird Russland seine guten Geschäftsbeziehungen (Russland liefert den Großteil des Urans) dorthin nicht aufs Spiel setzen.

Ebenso sollte Putins Annäherungskurs an den Westen nicht dahingehend fehlinterpretiert werden, dass Russland in starkem Maße in die Strukturen der EU integrierbar wäre. Denn hinter der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Modernisierung steht nach wie vor das Ziel der Reetablierung Russlands als Großmacht im eurasischen Raum- nur die Mittel zur Erreichung haben sich geändert. So darf davon ausgegangen werden, dass Russland lediglich die Strukturen des internationalen Handels übernimmt, die der Regierung für die innere Entwicklung sinnvoll erscheinen. Grundlagendokumente für die EU-Russlandbeziehungen sind der Vertrag über Partnerschaft und Kooperation von 1994 sowie die von der EU verabschiedete Gemeinsame Strategie gegenüber Russland von 2003. Beide Dokumente gelten jedoch als zu allgemein und beziehen sich zweidimensional auf Politik und Wirtschaft mit wenig konkret ausformulierten Projektvorschlägen⁷⁸. Timmermann bemerkt bei seiner Analyse russischer Außenpolitik richtig: „ Der Charme einer EWR⁷⁹-analogen Einbeziehung Russlands liegt für Moskau darin, dass ihre Verwirklichung den politischen Status und die souveränen Rechte Russlands damit nicht verkürzen würde. Allerdings ist nicht sicher, inwieweit Russland tatsächlich bereit ist, sein Wirtschaftssystem in großen Teilen an die im EWR angelegten gemeinsamen Normen anzupassen. So verweisen Politiker und Experten in Moskau darauf, dass die wachsende wirtschaftliche Verklammerung mit der EU nicht auf die faktische Übernahme des Gemeinsamen Besitzstandes (*acquis communautaire*) durch Russland hinauslaufen werde. Russland habe auch auf wirtschaftlichem Felde seine gewachsenen Eigenheiten, die nicht einfach im Regel- und Normenwerk der EU aufgehen können“⁸⁰. Russland selbst sieht sich also ein System *sui generis*, das nicht ohne weiteres in multinationale Organisationen integrierbar ist und das die für eine Integration notwendigen

⁷⁸ Timmermann, Heinz: Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: die europäische Richtung, in: APuZ B16-17, 2003, S.25.

⁷⁹ EWR steht für Europäischer Wirtschaftsraum und basiert auf den vier Freiheiten Freizügigkeit für Personen, freier Warenaustausch, Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit und Freiheit des Kapitalverkehrs

⁸⁰ Timmermann, Heinz: Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: die europäische Richtung, in: APuZ B16-17, 2003, S.27.

Anpassungskosten nicht gewillt ist zu zahlen. Die Folge ist, dass sich die EU-Russland-Beziehungen nur insoweit positiv weiterentwickeln werden, als die Interessen beider Seiten in Einklang gebracht werden können. In diesem Fall ist zu beachten, dass hier bereits innerhalb der Union Uneinigheiten darüber bestehen, wie und wie weit Russland an die EU angenähert werden darf. Während die westeuropäischen Staaten Befürworter dessen sind, hegen die neu beigetretenen osteuropäischen Staaten aufgrund historischer Erfahrungen starke Vorbehalte gegenüber Russland. Dies wiederum hat dazu geführt bzw. führt dazu, dass Russland sich verstärkt bilateralen Beziehungen zu ausgewählten Staaten innerhalb der EU widmet. Der stärkste Bezug ist nach wie vor zu Deutschland vorhanden.

Für die theoretische Einbindung bedeutet dies Folgendes: Die Problematik eines (neo-)institutionalistischen Ansatzes besteht darin, dass die Theorie auf den Zentralstaat als Analyseebene und maßgeblichen Akteur im internationalen Kräftefeld abzielt. In der Analyse geht es aber um die Regionen als Subeinheiten des Zentralstaates und wie diese die doppelte Transformation bewältigen. Da die Regionen Untersuchungsgegenstand sind, stellt es sich als schwierig dar, die Komponente des internationalen Systems zu integrieren. Letzteres ist nur über die zentralstaatliche Ebene möglich. Die Frage kann also nicht sein, inwieweit die Regionen bereit sind, Souveränität abzugeben und sich Institutionen zu unterwerfen um in das internationale System integriert zu werden. Die zentrale Frage ist, wie eingangs erwähnt wurde, wer in Deutschland Interesse an einer lebhaften Entwicklung der Regionen Russlands hat und welche Gründe dahinter stehen. Daher ist in diesem Fall der Ansatz des utilitaristischen Liberalismus nach Moravcsik zu wählen. Auf Basis dieser theoretischen Grundannahmen lässt sich für den Anreiz deutsch-russischer Kooperation folgende These formulieren:

These 1: Aufgrund der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Pfadabhängigkeit Deutschlands als Handelsstaat ist es in Bezug auf Russland vor allem die deutsche Wirtschaft als gesellschaftlicher Akteur, die die außenpolitischen Präferenzen und damit die Handlungsgrundlage deutscher Russlandpolitik bestimmt. Das heißt konkret, dass Deutschland vorrangig aus eigenen exportstrategischen Gründen ein Interesse daran hat, dass sich die russischen Regionen als eigenständige Subeinheiten eines Zentralstaates zu infrastruktur- und kaufkraftstarken Regionen entwickeln.

In einem zweiten Schritt, der nach dem oben aufgezeigten Schaubild dem Zweig der Transformationstheorie entspricht, muss geklärt werden, warum die Regionen den substantielleren Untersuchungsgegenstand darstellen als die zentralstaatliche Ebene. Russland bezeichnet sich selbst als Russische Föderation, dies suggeriert die Existenz eines föderalen Systems. Die Grundpfeiler dessen wurden in dieser Arbeit bereits aufgeführt. Nun soll theoretisch hergeleitet werden, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen Föderalismus, Demokratie und Marktwirtschaft und wie dieser in Russland gegebenenfalls aussehen könnte und ob in einem föderalen Russland die Transformationsprobleme schneller zu lösen sind.

2.2. Themenbereich Föderalismus

Unter dem Begriff Föderalismus haben sich im Laufe der Zeit viele verschiedene Subkategorien angesammelt, sodass die Benutzung des Begriffes „der Föderalismus“ dazu neigt unter der Vielzahl der Definitionen zu verschwimmen. Von Beyme nennt dazu Unterbegriffe wie Konföderation, assoziierte Staaten, Union oder Regionalisierung⁸¹, die alle unter Föderalismus subsumiert werden. Daraufhin stellt sich die Frage, ob es einen Kerninhalt gibt oder sogar zwingend geben muss, damit ein System als föderal bezeichnet werden kann. Im Rahmen der Föderalismusforschung innerhalb der Politikwissenschaft, haben sich gängige Definitionen herausgebildet, was ein föderales System konstituiert:

„...a system in which some matters are exclusively within the competence of certain local units-cantons, states, provinces- and are constitutionally beyond the scope of the authority of the national government, and where certain other matters are constitutionally outside the scope of the authority of the smaller units⁸²“

oder

“In addition to the primary federal principle of a central-regional division of power, five secondary characteristics of federalism can be identified: a written constitution, bicameralism, the right of the component units to be involved in the process of amending the federal constitution but to change their

⁸¹ Von Beyme, Klaus: Föderalismus (asymmetrischer) und Regionalismus/regionales Bewusstsein in vergleichender Perspektive, in: Härtel, Ines: Handbuch Föderalismus-Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt, 2012, S. 283.

⁸² Robert Dahl zitiert in: Kahn, Jeffrey: Federalism, Democratization, and the rule of law in Russia, 2002, S.20.

own constitution unilaterally, equal, or disproportionately strong representation of the smaller component units in the federal chamber and decentralized government”⁸³

oder

“The rule for identification is: A constitution is federal if: 1. Two levels of government rule the same land and people, 2. each level has at least one area of action in which it is autonomous, and 3. there is some guarantee (even though merely a statement in the constitution) of the autonomy of each government in its own sphere”⁸⁴.

Kahn⁸⁵ schlussfolgert daraus, dass es drei Kernanforderungen an ein föderales System gibt: eine Aufteilung in zentrale und regionale Regierung, eine geschriebene Verfassung sowie eine explizite Aufteilung in exklusive und konkurrierende Gesetzgebung. Für den Fall Russland würde das bedeuten, dass es ein de jure föderales System ist, da die Verfassung die anderen beiden Bedingungen erfüllt - wie genau das föderale System in Russland funktioniert und welche Hypothesen Putin vom asymmetrischen Föderalismus El'cins übernommen hat, wurde bereits ausführlich in Kapitel 1 behandelt und soll an dieser Stelle nicht noch einmal aufgerollt werden. Ein anderer Aspekt soll hier im Vordergrund stehen und zwar, wie eingangs erwähnt, der Zusammenhang von föderalem System und beschleunigter Transformation.

Die vielleicht größte Hypothek des untergegangenen Sowjetsystems war der unnatürliche Wirtschaftsaufbau. Ein fehlender Markt, Arbeiterimmobilität und das zwanghafte Streben nach Angleichung der ökonomischen Lebensverhältnisse entgegen der Verteilung der natürlichen Ressourcen musste durch die Neuordnung der föderalen Verhältnisse bewältigt werden. Dieser Gedanke wirft die Frage auf, warum in einem föderalen System? Es ist unzweifelhaft, dass die Sowjetunion kein de facto föderales Gebilde war, sondern stringent hierarchisch und zentralstaatlich regiert wurde. Die Grenzziehung zwischen den Subjekten innerhalb Sowjetrusslands entsprach ethnischen Gesichtspunkten, nicht aber ökonomisch effizienten. Diese Einteilung wurde auch unter Präsident El'cin nicht angetastet. Weiterhin verschlechterte der asymmetrische Föderalismus mit Handelschranken zwischen den Regionen und der einseitigen

⁸³ Arend Lijphart zitiert in: Kahn, Jeffrey: Federalism, Democratization, and the rule of law in Russia, 2002, S.20.

⁸⁴ William H. Riker zitiert in: Arend Lijphart zitiert in: Kahn, Jeffrey: Federalism, Democratization, and the rule of law in Russia, 2002, S.20.

⁸⁵ Kahn, Jeffrey: Federalism, Democratization, and the rule of law in Russia, 2002.

Begünstigung der Regionen mit dem besten Bargaining-Potential die ökonomische Effizienz. Da Putin die innere Wirtschaftsmodernisierung als oberstes Ziel ausgegeben hatte, konnte auch die föderale Struktur nicht unangetastet bleiben. Die Gründe hierfür bietet Barry Weingast mit seinem theoretischen Ansatz zur Wirtschaftsmodernisierung in einem föderalen System – dem sog. market-preserving federalism. Seine grundlegende Fragestellung und gleichzeitige Grundprämisse ist, wie ein föderales System sein eigenes Überleben sichert, also welche Effekte ein föderales System bedingt, dass die Restriktionen, denen es unterliegt, selbst auferlegt sind. Daran schließt die Frage an, was Interessengruppen, die in einem föderalen System nur bedingten Einfluss auf untergeordnete Regierungen haben, daran hindert, auf die Zentralregierung einzuwirken, die Einschränkungen des Föderalismus aufzuheben und in der Wirtschaft zu intervenieren⁸⁶. Die Grundprämisse ist also, dass es selbst auferlegte Restriktionen geben muss, die es für verschiedene gesellschaftliche und politische Akteure uninteressant machen, ein föderales System ändern zu wollen.

Basierend auf der Feststellung, dass in den letzten 300 Jahren die reichsten Staaten föderal gegliedert waren, stellt er für den Zusammenhang zwischen föderalem System und ökonomischer Entwicklung folgende Grundannahmen auf:

- Ein föderales System ist market-preserving, wenn es drei essentielle Bedingungen erfüllt: erstens die subnationalen Regierungen verfügen über die Hauptverantwortung über die Wirtschaft in der Region, zweitens ein gemeinsamer Markt wird garantiert, der verhindert, dass subnationale Regierungen ihre regulatorische Macht missbrauchen um Handelsbarrieren zu errichten, um sich gegen Güter aus anderen Regionen zu schützen und drittens die subnationalen Regierungen einer harten Budgetpolitik unterliegen, sodass diese der Möglichkeit beraubt sind Geld zu drucken oder unbegrenzt Kredite zu vergeben. Denn finanzielle Probleme einer Region sollten auch deren bleiben, da sie wichtige Anreize für lokale Regierungen bewirken, sich an Haushaltsdisziplin zu halten⁸⁷.

⁸⁶ Weingast, Barry: The economic rule of political institutions: market-preserving federalism and economic development, in: Journal of Law, Economics & Organization, Vol.11, No.1, 1995, S.3.

⁸⁷ Weingast, Barry: The economic rule of political institutions: market-preserving federalism and economic development, in: Journal of Law, Economics & Organization, Vol.11, No.1, 1995, S.4.

- Der Haupteffekt des market-preserving federalism ist Wettbewerb unter den subnationalen Einheiten. Denn durch die Restriktionen der Zentralregierung in Kombination mit Wettbewerb unter den subnationalen Einheiten wird bedingt, dass keine Regierung ein Monopol über ökonomische Regulierung besitzt. Denn solange Kapital und Arbeit mobil bleiben, beschränkt der market-preserving federalism Versuche von subnationalen Regierungen ökonomische Tätigkeiten zu limitieren, denn dies hätte den Effekt, dass Ressourcen in andere Regionen abwandern⁸⁸.
- Letzteres impliziert für politischen Wettbewerb, dass Regierungen um Kapital, Arbeit und Wirtschaftstätigkeit werben müssen, indem sie öffentliche Güter wie Besteuerung, Rechtsstaatlichkeit und öffentliche Güter zu günstigen Konditionen anbieten müssen um wettbewerbsfähig zu bleiben.
- Die Ressourcenmobilität erhöht die Kosten für diejenigen Regierungen, die Barrieren konstruieren, da sie andere Güter bereitstellen müssten, um ihre Legitimität in der Bevölkerung nicht zu verlieren⁸⁹.
- Die Allokation von Autorität und Verantwortlichkeit muss einer institutionalisierten Dauerhaftigkeit unterliegen, sodass letztere weder einseitig von der nationalen Regierung noch von lokalen Regierungen abgeändert werden kann. Der Zweck dieser Institutionen ist, dass ein politisches System nicht beliebig in Märkte eingreifen kann⁹⁰.

Der wohl interessanteste Aspekt in Weingasts theoretischem Ansatz ist, dass Föderalismus zwar immer mit Dezentralisierung einhergeht, aber nicht zwingend auch mit Demokratisierung. Er belegt dies am Beispiel China, dass zwar die Regierung den Markt für marktwirtschaftliche Reformen geöffnet hat und sich dadurch die Zentrum-Regionen-Beziehungen nachhaltig verändert haben, dies aber nicht gleichzeitig auch zu demokratischen Reformen geführt hat. Er sieht den Fehler darin, dass wenn von politischer Reform gesprochen wird, dies immer die

⁸⁸ Weingast, Barry: The economic rule of political institutions: market-preserving federalism and economic development, in: Journal of Law, Economics & Organization, Vol.11, No.1, 1995, S.5.

⁸⁹ ebd. S.6ff.

⁹⁰ Montiola/Qian/Weingast: Federalism, Chinese Style, in: World Politics, Vol. 48, No.1, 1995, S.55.

Demokratisierung inkludiert⁹¹. Ebenso ist es in seinen Augen irrelevant, ob ein System sich föderal nennt und ein de-jure-Föderalismus existiert - wichtig ist, dass die oben genannten Bedingungen tatsächlich erfüllt werden. Dies impliziert, dass Föderalismus Dezentralisierung bedingt, aber nicht jedes dezentrale System föderal ist, wenn es eben nicht alle Bedingungen erfüllt.

Die Schlussfolgerung dessen ist, dass der market-preserving federalism nicht westlichen Ansprüchen an ein föderales System genügt. Dort wird unterstellt, dass ein föderales System mit politischer Freiheit, Repräsentation und Demokratisierung assoziiert wird. Der market-preserving-federalism ist jedoch unabhängig von diesen Faktoren. Er wird bestimmt vom Verhältnis der verschiedenen Regierungsebenen⁹². Folglich kann auch in einem autokratisch regierten Land unter Einhaltung der Bedingungen des market-preserving-federalism ökonomische Performanz erlangt werden. Im Umkehrschluss ist damit aber nicht bewiesen, ob die ökonomische Leistungsfähigkeit unter einem demokratischen Regime noch größer wäre. Der market-preserving-federalism scheint besonders für Staaten in Transformationsphasen geeignet zu sein, als erstem Transformationsschritt. Durch die Einhaltung der Kriterien, die Wettbewerb unter den subnationalen Einheiten generieren, kann ökonomischer Fortschritt erreicht werden, der sich auf die Entwicklung und das Gedeihen einer Region positiv auswirkt. Eine demokratische Entwicklung kann in diesem Zusammenhang als ein sekundärer Effekt wirtschaftlichen Wohlstands gesehen werden, so gesehen als ein spillover-Effekt einer post-materialistischen Gesellschaft. In diesem Zusammenhang könnte auch die Frage beantwortet werden, die sich im Falle Russlands aus dem Dilemma der Gleichzeitigkeit ergibt, welcher Teil des gesellschaftlichen Systems zuerst transformiert werden muss. Empirisch belegt durch Putins Fokus auf die Wirtschaftsmodernisierung, muss davon ausgegangen werden, dass zunächst das Wirtschaftssystem transformiert werden muss, was in der Folge der Generierung von Wohlstand zu Demokratisierungsbewegungen aus der Mitte der Bevölkerung führen kann.

⁹¹ Montiola/Qian/Weingast: Federalism, Chinese Style, in: World Politics, Vol. 48, No.1, 1995, S.55.

⁹² Montiola/Qian/Weingast: Federalism, Chinese Style, in: World Politics, Vol. 48, No.1, 1995, S. 61.

Für Russland ergeben sich für die Durchführbarkeit dieses Transformationsweges daraus folgende Annahmen:

- Erstens ist aufgrund der geographischen Größe des Landes eine Dezentralisierung sinnvoll, da lokale Eliten die Gegebenheiten der Region am besten einschätzen können.
- Zweitens liegt die Vermutung nahe, dass bei richtiger Einhaltung der Kriterien des market-preserving-federalism, auch in Russland ein bottom-up Ansatz durchführbar ist, der das System zunächst ökonomisch von unten nach oben transformiert und dann zu spillover-Effekten auf weitere gesellschaftliche Bereiche führen kann.
- Drittens ist der Theorie zufolge nicht zwingend ein demokratisches Regime notwendig. Dies entspricht der These, dass Putin bei Amtsantritt aufgrund der Hinterlassenschaften El'cins keine andere Möglichkeit hatte, als eine Rezentralisierung der Macht durchzuführen um dadurch einen einheitlichen Rechts- und Wirtschaftsraum zu schaffen, um einen Staatszerfall zu verhindern. Diese Rezentralisierung widerspricht aber nicht dem Konzept der Dezentralisierung nach Weingast, solange die Kriterien des market-preserving-federalism dafür erfüllt bleiben. Putins Rezentralisierung kollidiert lediglich mit westlichen Vorstellungen eines föderalen Systems, das mit Demokratisierung in Zusammenhang gebracht wird.

Für die Arbeit ergibt sich daraus folgende zweite These:

These 2: Die russischen Regionen sind deshalb zentraler Untersuchungsgegenstand, da sie dem market-preserving-federalism nach Weingast zufolge essentieller Knackpunkt und zugleich Ausgangspunkt sind für eine erfolgreiche Systemtransformation, die im ökonomischen Teil des Gesellschaftssystems ihren Anfang nimmt. Daher ist es zunächst irrelevant, ob die zentrale Ebene autokratisch regiert wird, da es über diesen bottom-up-Ansatz über Generierung wirtschaftlichen Wohlstands auf der subnationalen Ebene, zu spillover-Effekten auf andere Teile des Gesellschaftssystems kommen kann, was eine erfolgreiche Demokratisierung aus der Mitte der Gesellschaft mit einschließt.

Um im Duktus innerstaatlicher Transformation zu bleiben, lässt These 2 im Falle Russlands auf eine gesteigerte Aussagekraft modernisierungstheoretischer Ansätze schließen.

2.3. Themenbereich Transformationsansätze

Insgesamt wurde in den letzten zwanzig Jahren seit dem Untergang des Sowjetimperiums eine Fülle an Werken und Studien zur Transformation in den mittel- und osteuropäischen Ländern veröffentlicht. Vergleiche zu vorangegangenen Transformationswellen, wie z.B. in Lateinamerika oder Südeuropa, wurden herangezogen und schon bestehende theoretische Ansätze als Erklärungsvariable bemüht. Jedoch konnte sich bis heute keine ganzheitliche Theorie herausbilden, die als DIE Transformationstheorie bezeichnet werden könnte und die alleine fähig ist die komplexen Zusammenhänge eines Systemwechsels zu erfassen⁹³. Die Besonderheit des Systemwechsels in Osteuropa besteht zudem darin, dass zwei Gesellschaftssysteme gleichzeitig reformiert werden mussten, was unter Claus Offes Dilemma der Gleichzeitigkeit bekannt wurde: das politische und ökonomische System und die damit verbundene Frage, mit welchem System zu beginnen sei.

Merkel unterscheidet zwischen vier großen Theoriesträngen innerhalb der Transformationstheorie: systembasierte, strukturbasierte, kulturbasierte und aktorsbasierte Ansätze⁹⁴, wobei sich System- und Akteurstheorien in ihrer Beliebtheit stets abwechseln. Die frühe soziologische Systemtheorie nach Parsons setzt den Akzent auf das Theorem der funktionalen Differenzierung als Erklärungsvariable für den Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft. Dabei setzt sich eine moderne Gesellschaft aus vier Teilsystemen zusammen: der Wirtschaft, der Politik, der sozialen Gemeinschaft und der Kultur. Mit evolutionären Universalien einer modernen Gesellschaft sind eine Bürokratie, eine funktionierende Marktorganisation, ein Rechtssystem, demokratisches Assoziationsrecht und allgemeine, freie Wahlen

⁹³ Sandschneider, Eberhard: Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1.Theorie, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung, 1996, S.25.

⁹⁴ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation- Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2010, S.67.

gemeint⁹⁵. Werden Kriterien nicht erfüllt, läuft das System Gefahr seine Legitimität zu verlieren und instabil zu werden, da die Prämisse zugrunde liegt, dass sich moderne, komplexe Gesellschaften nicht einer autoritären Oktroyierung sozialer Normen unterwerfen. Eine moderne Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn alle vier Teilsysteme eine gleichberechtigte Koexistenz führen. Aufbauend auf Parsons hat Seymour Martin Lipset den modernisierungstheoretischen Strang der Transformationsforschung entscheidend geprägt. Seine zentrale Behauptung ist: „The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“⁹⁶. Diese These intendiert, dass die essentielle Voraussetzung zur Etablierung einer Demokratie wirtschaftliche Entwicklung ist bzw. dass in einem wirtschaftlich gut entwickelten Staat die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass sich Demokratie nachhaltig etabliert. Dabei ist die Kausalitätskette, dass wirtschaftliche Entwicklung einerseits zu einem höheren Bildungsstand in der Bevölkerung führt und andererseits zu einer demokratischen Kultur, mit gemäßigten politischen Einstellungen und homogenen, gesellschaftlich konsensfähigen Werten. Der Effekt wirtschaftlicher Entwicklung - Wohlstand- so wird angenommen, minimiert ökonomische und soziale Ungleichheit und fordert eine breite Mittelschicht, die dem politischen Extremismus weniger zuneigt⁹⁷.

Die Schwierigkeit der Modernisierungstheorie besteht darin, festzulegen, ab welchem ökonomischen Entwicklungsstand es am wahrscheinlichsten ist, dass die Transformation von autoritärem zu demokratischem Regime stattfindet und sich dann das demokratische Regime nachhaltig etabliert⁹⁸. Der herkömmlichste Weg den ökonomischen Entwicklungsstand eines Staates zu messen, geht über das Bruttoinlandsprodukt als Anzeiger des Wohlstands und des Wachstums⁹⁹. Jedoch sagt dies noch nichts über die wirtschaftliche Situation eines Einzelnen aus. Im Idealfall beteiligt der Staat seine Bürger am Wachstum. Evident wird dies, wenn das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sich analog zum Bruttoinlandsprodukt verhält, denn dann ist davon auszugehen, dass auch der Lohnzuwachs pro Kopf adäquat steigt. Die

⁹⁵ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation- Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2010, S.68.

⁹⁶ Lipset, Seymour Martin: Political Man, 1959, S. 49f.

⁹⁷Przeworski et al.: Democracy and development. Political institutions and well-being in the world, 1950-1990, 2000, S.88.

⁹⁸ Przeworski et al.: Democracy and development. Political institutions and well-being in the world, 1950-1990, 2000, S.89.

⁹⁹ Lipset, Seymour Martin/Lakin, Jason M.: The democratic century, 2004, S.142.

Unternehmensgewinne steigen in diesem Fall nur moderat an. Zu verdeutlichen ist dies am Beispiel Deutschlands, wo das Wachstum bis 1990 nach diesem Idealfall verlaufen ist. Seit 1950 ist in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um fast 5000% gestiegen, die Arbeitnehmereinkommen um fast 4000%, wohingegen die Unternehmenseinkommen im gleichen Zeitraum bis 2000 nur um rund 2500% angestiegen sind. Folglich sind in Deutschland die Bürger umfassend am wachsenden Wohlstand beteiligt worden. Erst kurz vor der Jahrtausendwende hat sich das Blatt entscheidend zugunsten der Unternehmensgewinne gewendet, da die Arbeitnehmereinkommen deutlich unter die Kurve des BIP abfallen¹⁰⁰.

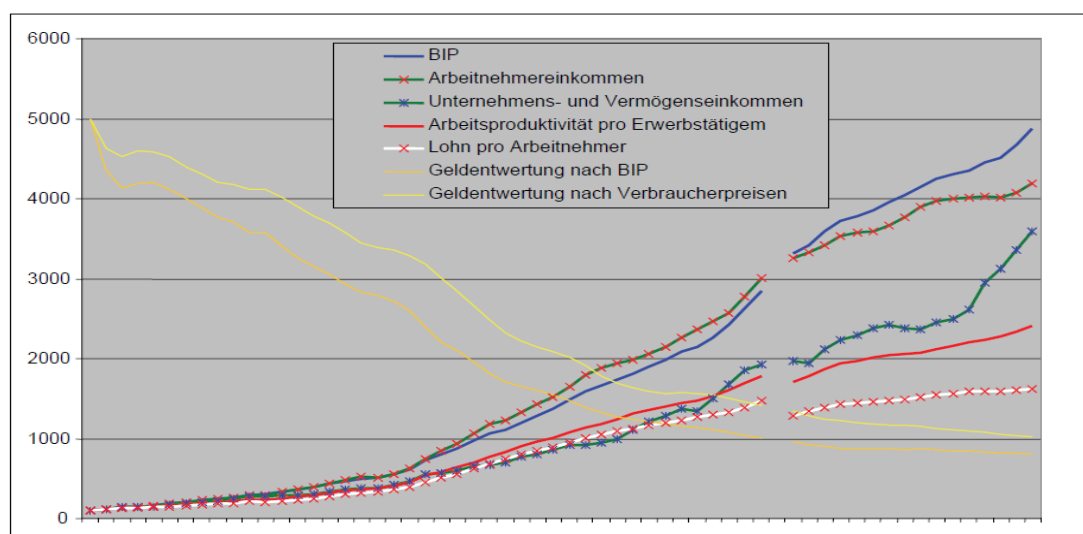


Abbildung 2: Lohn- und BIP-Entwicklung in Deutschland

Quelle: siehe Fußnote¹⁰¹

Das Schaubild zeigt am Beispiel Deutschland, dass nicht nur das Bruttoinlandsprodukt als Indikator wirtschaftlichen Wachstums und Wohlstandes verwendet werden kann, sondern auch, dass ein Zusammenhang zwischen BIP, BIP pro Kopf und Arbeitslohn besteht. Wie erwähnt, sollte der Verlauf dieser drei Kurven im Idealfall parallel sein. Eine allgemeine Schwelle, ab welchem Niveau der Wendepunkt hin zum nachhaltigen demokratischen System erreicht wird, sollte aber länderspezifisch festgelegt werden, da

¹⁰⁰ Land, Rainer: Teilhabe und Lohnentwicklung in Deutschland und im internationalen Vergleich von der Nachkriegszeit bis heute, in: SOEB-Arbeitspapier, 4/2008, S.3.

¹⁰¹ Land, Rainer: Teilhabe und Lohnentwicklung in Deutschland und im internationalen Vergleich von der Nachkriegszeit bis heute, in: SOEB-Arbeitspapier, 4/2008, S.3.

zu viele Faktoren berücksichtigt werden müssen, als dass eine verallgemeinernde Aussage getroffen werden kann.

Vertreter von Akteurstheorien setzen bei ihrem Erklärungsversuch beim Kritikpunkt der Modernisierungs- und Strukturtheorien an. Ihr Vorwurf lautet, dass diese bezüglich des zeitlichen und politischen Realisierungskontextes eines demokratischen Systems zu unkonkret bleiben. Sie machen sich jedoch den Grundgedanken einer ökonomischen und strukturellen Mindestanforderung zueigen und argumentieren sodann, dass wenn diese gegeben sind, von politischen Akteuren ausgehandelte Strategien umso wichtiger werden um den Übergang zu einem demokratischen System zu schaffen.

Akteurstheorien im Allgemeinen setzen im Gegensatz zu Systemtheorien auf der Mikroebene an und versuchen Systemübergänge durch Akteurshandeln zu erklären. Für sie wird das Ergebnis eines Transformationsprozesses letztlich von Präferenzen und Entscheidungen relevanter politischer Akteure bestimmt. Als relevanter Akteur ist in diesem Zusammenhang vor allem die politische Elite eines Landes zu verstehen. System gegebene Rahmenbedingungen werden dabei nur als Handlungsspielraum empfunden innerhalb dessen die Akteure Verlaufsmuster und Prozesse der Transformation bestimmen und steuern¹⁰².

Wenn allerdings Akteure als maßgebliche Entscheidungsträger im Transformationsprozess begriffen werden und Akteure als politische Elite eines Landes definiert werden, so müsste folgerichtig ein Elitenwandel stattfinden, wenn politische Veränderung erzielt werden soll. Wie eingangs beschrieben, hat sich jedoch in Russland dieser Elitenwandel nie vollzogen und die politische Nomenklatura des ehemaligen Sowjetrussland ist zu großen Teilen auch die der neuen Russischen Föderation¹⁰³. Es ist daher stark zu bezweifeln, dass die kommunistische Elite echten demokratischen Reformen zuneigte, denn solche hätten die eigene Entmachtung zwangsläufig mit sich gebracht. Unterstellt man der politischen Elite ein rationales Handlungsschema, das sich an Machterhaltung und -maximierung orientiert, dann ist die Wahrscheinlichkeit schwindend gering, dass grundlegend demokratische Reformen durchgeführt werden. Die Erfahrung der Ära El'cin belegt diesen Gedanken.

¹⁰² Merkel, Wolfgang: Systemtransformation- Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2010, S. 84.

¹⁰³ Ebd. S.87.

Es ist unbestritten, dass im russischen Transformationsprozess die politische Elite eine maßgebliche Rolle gespielt hat. Sie spiegelt sich vor allem im institution-building-Prozess wider. Vor allem die überaus starke Stellung des Präsidenten in der Verfassung symbolisiert die Machtverhältnisse der Anfangszeit der Russischen Föderation. Die bis heute erzielten Transformationsergebnisse offenbaren allerdings, dass gerade zu Beginn der Transformationsphase, als politische Weichenstellungen mit unabhängigen politischen Entscheidungen notwendig gewesen wären, die Durchschlagskraft der alten bzw. neuen Elite augenscheinlich zu gering war – gewollt oder ungewollt – da der Transformationsprozess in der Phase der Demokratisierung stecken geblieben ist. Wie dargelegt, ließen sich Politiker von der neu entstandenen Wirtschaftselite in einer für den Transformationsprozess negativen Weise beeinflussen oder kaufen.

Dass jedoch grobe Fehlentscheidungen des politischen Establishments alleine für das Verfehlen demokratischer und marktwirtschaftlicher Ziele verantwortlich sein sollen, ist als eher unwahrscheinlich einzustufen. Naheliegender ist ein gesteigerter Einfluss systemischer Variablen. Erinnerung sei hier beispielsweise nur an systemimmanente Schwächen des ökonomischen Systems, woraufhin sich die Frage stellt, ob die reformerischen Fehlentscheidungen, die z.B. bei der völligen Preisfreigabe getroffen wurden, Folge systembedingter Zwänge waren, oder die Systemkomponente ohnehin stärker war, sodass die Art und Weise der Akteursentscheidung nicht von großer Bedeutung war.

Einen weiteren Hinweis auf eine gesteigerte Aussagekraft von System- und Strukturtheorien, insbesondere der Modernisierungstheorie, liefern die Ereignisse in Russland im Vorfeld und im Nachgang der russischen Präsidentschaftswahlen 2012. Auffällig ist dabei, dass die Proteste erstens nur in größeren Städten stattfanden und dabei nur die beiden Metropolen Sankt-Petersburg und Moskau besonders ins Gewicht fielen. Das sind die beiden Städte, in denen sich in den letzten 15 Jahren eine nennenswerte und solide Mittelschicht herausgebildet hat, für die postmaterielle Werte wie politische Mitbestimmung und Bürgerrechte nun immer mehr an Bedeutung gewinnen.

An dieser Stelle muss nochmals zur Kausalitätskette zurückgekommen werden, die modernisierungstheoretischen Ansätzen zu Grunde liegt. Russland entspricht nicht dem

Bild eines klassischen Entwicklungslandes, das dem Schema der aufgestellten Kausalitätskette folgt. In Russland muss nicht durch wirtschaftlichen Wohlstand ein höherer Bildungsgrad in der Bevölkerung erlangt werden, da dieser schon auf einem allgemein hohen Niveau ist. Vielmehr müssen wirtschaftliche Potentiale durch den Umbau des Bildungs- und Wissenschaftssektors in ein dynamisches Innovations- und Forschungssystem frei gelegt werden, sodass durch mehr Forschung im Bereich Innovation, eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft erreicht wird, die dann für Wohlstand in der Bevölkerung sorgen kann.

Geht man folglich von der Modernisierungstheorie als der Theorie mit der meisten Erklärungskraft für den russischen Transformationsprozess aus, so lautet die dritte These:

These 3: Für die innere Transformation Russlands- ohne Einbeziehung internationaler Faktoren- hat die Modernisierungstheorie nach Parsons/Lipset die höchste Aussagekraft, jedoch in etwas abgewandelter Form. In Russland trifft nicht die Kausalitätskette wirtschaftlicher Wohlstand führt zu höheren Bildungsstandards zu. Vielmehr ist das russische Bildungssystem der Knackpunkt einer weiteren erfolgreichen ökonomischen Entwicklung. Der Bildungsstand in der russischen Bevölkerung ist auf einem international sehr hohen Niveau. Durch den inflationären Zustrom an Universitäten fehlt es aber an gut ausgebildeten Fachkräften, vor allem in technischen Berufen, die für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebend sind.

Welche Interessen und Motive Deutschland an einer nachhaltigen Regionalentwicklung in Russland hat, wurde im ersten Theorieteil herausgestellt. Ebenso wurden die Motive und Interessen – die Einbindung in den Weltmarkt- der russischen Seite erarbeitet.

2.4. Themenbereich Externe Demokratieförderung

Der Theoriestrang, der sich mit der internationalen Dimension der Transformationstheorie auseinandersetzt und der hier abschließend behandelt werden soll, ist die sog. Externe Demokratieförderung. Konkret muss also in diesem letzten Teil hinterfragt werden, wie und ob überhaupt Deutschland die russischen Regionen bei

ihrem „Modernisierungsprozess“ unterstützen kann und welche Instrumente es dabei gibt. Wegbereiter und theoretischer Gründungsvater war Laurence Whitehead. Anlässlich der Umbrüche in Südeuropa untersuchte er als Erster den Einfluss internationaler Akteure auf den Transformationsprozess und brachte dabei erstmals die Unterstützung in Form externer Demokratieförderung ins Gespräch außerhalb der Sphäre der herkömmlichen internationalen Einflussmöglichkeiten der militärischen Eroberung und der inneren Transformation ohne äußere Einwirkung als einziger Erklärungsvariable eines Transformationsprozesses¹⁰⁴. Er verglich insbesondere die Instrumente der Einflussnahme der USA und der EG. Ein weiterer bedeutender Vertreter, der die Anfänge dieses Teilbereichs der Transformationstheorie maßgeblich mitgeprägt hat, ist Geoffrey Pridham. Er sieht das ausländische Umfeld nicht losgelöst von inneren Faktoren, sondern geht von einer Interaktion aus. Damit erreichte er einen wichtigen Brückenschlag zwischen Vergleichender Politikforschung und Internationalen Beziehungen. Auch betont er die Notwendigkeit Absender und Adressaten externer Wirkungsmöglichkeiten zu bestimmen, denn nur so seien Rückschlüsse auf die Wechselwirkung innerer und externer Faktoren möglich¹⁰⁵. Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus hat die Debatte um internationale Einflussfaktoren deutlich zugenommen. Gerade im Zuge der dritten Welle der Transformation in Osteuropa waren internationale Einflüsse und benötigte Hilfe bei der Restrukturierung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nicht mehr wegzuleugnen. Der internationale Kontext hat zu dieser Zeit nicht nur vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Kommunismus an Bedeutung gewonnen, sondern auch weil er und seine sozioökonomischen Rahmenbedingungen selbst vor einem tiefgreifenden Wandel standen¹⁰⁶. Durch den Wegfall des Ost-West-Konflikts brauchten vor allem die USA eine neue außenpolitische Doktrin um ihre Vormachtstellung in der internationalen Gemeinschaft aufrecht zu erhalten. Mit seiner Enlargement-Doktrin stellte Präsident Clinton „democracy promotion“ in den Mittelpunkt amerikanischen Sendungsbewusstseins. Während democracy promotion die friedliche Verbreitung von Demokratie durch wirtschaftlichen Wohlstand und eine lebendige Zivilgesellschaft

¹⁰⁴ Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne: Externe Faktoren der Demokratisierung, 2008, S.10.

¹⁰⁵ Ebd. S.10.

¹⁰⁶ Pridham, Geoffrey: Rethinking Regime Change. Theory and the International dimension of democratisation: ten years after in east-central-Europe, in: Pridham/Agh: Prospects for Democratic consolidation in East-Central Europe, 2001, S.54f.

propagiert, rückte aus militärischer Sicht die humanitäre Intervention in den Mittelpunkt sicherheitspolitischer Interessen. Diese völkerrechtlich umstrittene militärische Einmischung stellt humanitäre Ziele in den Fokus um das Eingreifen in regionale oder innerstaatliche Konflikte zu rechtfertigen. Die Jugoslawienkriege bieten dafür ein gutes Beispiel¹⁰⁷.

Externe Demokratieförderung selbst wird definiert als „alle nicht militärischen Maßnahmen von Staaten, internationalen Organisationen oder ausländischen Nichtregierungsorganisationen, die direkt zur Bildung, Stärkung oder Vertiefung von Demokratie in einem Zielland beitragen“¹⁰⁸, oder „als die Summe aller Versuche externer Akteure, die darauf abzielen, in einem angebbaren Zielland Grundmuster politischer Entscheidungsfindung und Ordnung dahingehend zu verändern, dass sie mindestens den Minimalkriterien demokratischer Ordnungen entsprechen“¹⁰⁹.

Hier kehrt man wieder zu der Frage zurück, wer genau die Absender und Adressaten sind, welche Instrumente zur Verfügung stehen und in welcher Phase der Transformation welches Instrument am besten zur Entfaltung kommt. Aufgrund der Komplexität dieses Sachverhalts konnte daher für die externe Demokratieförderung noch keine einheitliche Theorie entwickelt werden, allenfalls bestehen Versuche einer Strukturierung von Instrumenten und Einflussmöglichkeiten sowie konkrete empirische Studien¹¹⁰. Einen Versuch zur Erfassung des Spektrums externer Demokratieförderung hat Eberhard Sandschneider 2003 unternommen. Er geht von zwei Grundprämissen aus, die essentiell für externe Demokratieförderung sind. Erstens: „Transformation findet nicht im „luftleeren Raum“ statt, sondern wird durch externe Einflussfaktoren intendierter und nicht intendierter Art maßgeblich beeinflusst. Zweitens, Nationalstaaten suchen die Entstehung und Stabilisierung von ähnlichen oder gleichen Systemtypen zu fördern in der Erwartung, bessere Kooperationsergebnisse mit gleichartigen politischen Systemen erzielen zu können. Für Demokratien ist die Förderung anderer junger Demokratien naturgemäß Bestandteil des Katalogs

¹⁰⁷ Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne: Externe Faktoren der Demokratisierung, 2008, S.10.

¹⁰⁸ Reiber, Tatjana: Instrumente der Demokratieförderung: wer, wann, wie? Eine Strukturierung der Erfolgsbedingungen, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne: Externe Faktoren der Demokratisierung, 2008, S.214.

¹⁰⁹ Sandschneider, Eberhard: Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen, 2003, S.3.

¹¹⁰ Jünemann, Annette/Knodt, Michele: Externe Demokratieförderung durch die EU- European External Democracy Promotion, 2007, S.10.

nationalstaatlicher außenpolitischer Interessen und wird sowohl durch Kooperation mit internationalen Organisationen und durch eigene außenpolitische Stützungsmaßnahmen, als auch indirekt durch NGOs verfolgt¹¹¹.

Sandschneider weist ebenso wie Freise¹¹² darauf hin, dass externe Demokratieförderung nicht mit klassischer Entwicklungspolitik verwechselt werden sollte. Externe Demokratieförderung sollte nur für diejenigen Länder in Betracht kommen, die bereits die Transformationsphase begonnen haben. Dabei stellt sich die Frage: warum externe Demokratieförderung? Sandschneider nennt hier drei Hauptmotive, die sich auf die Absender des Demokratisierungsgedankens beziehen: Erstens fördere das Entstehen von Demokratien das friedliche Miteinander unter den Staaten, zweitens sollten Systemtypen geschaffen werden ähnlich derer des Westens um Kooperation zu erleichtern, drittens intendiere externe Demokratieförderung die Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen und hilft somit die Zielländer zu langfristigen ökonomischen Partnern des Westens zu machen¹¹³. Es geht also grundlegend darum die eigenen politisch-moralischen Werte zu exportieren, in der Hoffnung damit die institutionelle Adaption dieser Werte durch das Zielland und eine erhöhte Kooperationsbereitschaft auf internationaler Ebene erreichen zu können. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass die Hauptbedrohung der Sicherheitsinteressen demokratischer Staaten in nicht-demokratischen Staaten liegt, da Demokratien als allgemein friedensfähiger angesehen werden als autoritär/diktatorisch geführte Staaten. Dem sollte entgegen gehalten werden, dass Demokratie mit ihren Wertevorstellungen ein ureigenes europäisches Konzept ist, das nicht ohne Weiteres auf andere Staaten, z.B. in Osteuropa oder Asien, übertragen werden kann. Diesen Weltregionen ist jedoch gemein, dass entstandenen Demokratien häufig ein ökonomischer Modernisierungserfolg vorausgegangen ist: „Externe Unterstützung von Transformationsprozessen müsste demnach im Falle vorangegangenen Modernisierungserfolgs Demokratieförderung im

¹¹¹ Sandschneider, Eberhard: Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen, 2003, S.2f.

¹¹² Freise, Matthias: Externe Demokratieförderung in post-sozialistischen Transformationsstaaten, 2004, S. 19.

¹¹³ Sandschneider, Eberhard: Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen, 2003, S.15.

engeren politischen Sinne und im Fall ausgebliebener ökonomischer Modernisierung wirtschaftliche Entwicklungsförderung sein“¹¹⁴.

Wie schwierig das Feld der externen Demokratieförderung ist, zeigt das Beispiel der EU. Die EU sieht sich nach außen hin als eine Wertegemeinschaft, die sich für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und good governance einsetzt¹¹⁵. Was aber sollte einen Drittstaat dazu bewegen, diese Werte mit der EU zu teilen und innerstaatlich zu implementieren? Die beste Möglichkeit, die die EU besitzt, ist Konditionalität über die Beitrittsperspektive. Da die EU mit ihren politischen Werten gleichzeitig noch freien Handel und wirtschaftlichen Erfolg propagiert, ist es für viele, gerade kleinere Staaten außerordentlich attraktiv Mitglied der EU zu werden. Die Mitgliedschaft wird jedoch nur unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt, dass die Beitrittskandidaten den sog. Acquis communautaire übernehmen. Eine Negativmaßnahme bestünde in Sanktionen in Form von Wirtschaftsembargos oder politischer Isolation¹¹⁶. Wie jedoch geht man mit Staaten um, mit denen ein symmetrisches Abhängigkeitsverhältnis zwischen EU und Zielland besteht? (gemeint sind beispielsweise Staaten wie China oder Russland) Innerhalb der EU selbst addiert sich die Problematik, dass verschiedene Mitgliedstaaten unterschiedlich intensive bilaterale Beziehungen zu Drittstaaten haben und somit die Präferenzen divergieren. Jünemann/Knodt stellen dazu die These auf: „Je intensiver die bilateralen Beziehungen zwischen einem Drittstaat und zumindest einigen der EU-Mitgliedstaaten, desto niedriger ist die Handlungskapazität der EU, d.h. umso eher wird auf die Anwendung bzw. Implementierung negativer Instrumente verzichtet“¹¹⁷. Für Russland würde dies bedeuten, dass Deutschland und Frankreich als große Mitgliedsstaaten starke bilaterale ökonomische Beziehungen zu Russland pflegen und daher äußerst zurückhaltend sind bei der Verhängung von Sanktionen wegen Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit. Für solche Fälle bleibt der EU nur ihr Instrument der Förderung wirtschaftlicher

¹¹⁴ Sandschneider, Eberhard: Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen, 2003, S.21.

¹¹⁵ Jünemann, Annette/Knodt, Michele: Externe Demokratieförderung durch die EU- European External Democracy Promotion, 2007, S.9.

¹¹⁶ Reiber, Tatjana: Instrumente der Demokratieförderung: wer, wann, wie? Eine Strukturierung der Erfolgsbedingungen, in: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne: Externe Faktoren der Demokratisierung, 2008, S.215.

¹¹⁷ Jünemann, Annette/Knodt, Michele: Externe Demokratieförderung durch die EU. Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien im Vergleich- ein Tagungsbericht, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 13.Jg, Heft 1, 2006, S.114.

Liberalisierungsprozesse, die dann einen spill-over Effekt auf die politische Ebene bewirken könnten¹¹⁸.

Dass es nicht ausreichend ist für einen Staat, der Demokratie exportieren will, mit seinem Institutionensystem Modell zu stehen, hat das Beispiel Russland gezeigt, dessen Verfassungsstruktur stark an die Frankreichs erinnert und das Verwaltungssystem an das Deutschlands. Zwar wurde das Institutionensystem übernommen, jedoch muss Russland heute in die Kategorie einer Wahl- bzw. Pseudodemokratie eingeordnet werden (nach Sandschneider). Wahl-/Pseudodemokratien erlauben zwar formale Wahlen, verfügen aber über keine demokratische politische Kultur. Eine Opposition existiert zwar, aber ohne reelle Chance im offenen politischen Wettbewerb den Machtwechsel zu schaffen. Die abschließend wichtigste Frage im Zusammenhang mit Russland ist, wie empfänglich das Land überhaupt für Programme der EU ist, die auf Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abzielen. Unzweifelhaft hat Russland finanziell mit am stärksten von Programmen der EU profitiert. Genannt sei hier TACIS, das Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States-Programm, das zu Beginn der 90er Jahre installiert wurde und aus dessen Töpfen Russland bis 2007 rund 2,7 Milliarden Euro erhalten hat¹¹⁹. Ab 2007 wurde dieses abgelöst vom ENPI, dem European Neighbourhood and Partnership Instrument, das nicht mehr so sehr auf einseitige Hilfe von der EU aus nach Russland abzielt, sondern vielmehr auf eine koordinierte strategische Partnerschaft in Bezug auf die gemeinsamen vier Räume¹²⁰ abzielt, die die EU definiert hat¹²¹. Dies trägt dem Sachverhalt Rechnung, dass Russland sich aus dem asymmetrischen Verhältnis zur EU der 90er Jahre emanzipiert hat zu einem gleichwertigen Partner, was demzufolge politische Druckmittel, die auf die Umsetzung innenpolitischer Reformen in Russland gerichtet sind, wenig wirksam erscheinen lassen.

¹¹⁸ Jünemann, Annette/Knodt, Michele: Externe Demokratieförderung durch die EU. Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien im Vergleich- ein Tagungsbericht, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 13.Jg, Heft 1, 2006, S.118.

¹¹⁹ http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/russia/russia_en.htm (letzter Zugriff: 12.03.2014)

¹²⁰ Die 4 gemeinsamen Räume sind ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, Zusammenarbeit bei Sicherheit, Justiz und Freiheit, Zusammenarbeit bei äußerer Sicherheit sowie die Kooperation im Bereich Bildung, Forschung und Kultur, in: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Russland/Russland-und-EU_node.html (letzter Zugriff: 12.03.2014),

¹²¹ http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/overview/how-does-enpi-work_en.htm (letzter Zugriff: 12.03.2014)

Der Vorwurf, den sich die EU und damit auch Deutschland gefallen lassen muss, ist, dass die Adressaten der Förderung im Zielland meist die politischen Eliten sind, d.h. es wird ein Top-down-Ansatz verfolgt. Zumindest jedoch berücksichtigen die Programme nicht die intransparenten Strukturen der Mittelvergabe in Russland, die durch EU-Förderung hervorgerufen werden. Dies aber widerspricht dem Postulat der EU, dass Demokratie aus einem breiten gesellschaftlichen Konsens bestehen soll. Im speziellen Fall Russlands fand wie bereits mehrfach erwähnt kein Elitenwandel statt, d.h. die Unterstützung der EU ging in die Hände der alten kommunistischen Eliten und kann damit als fehlgeleitet gewertet werden. Ein weiterer Punkt ist, dass Russlands Großmachtanspruch, der vor allem mit Putins Amtsantritt und der innenpolitischen Stabilisierung des Landes aufkeimte, nicht mit der Einmischung in innere Angelegenheiten konform geht. Seit Putin gilt: ausländische Hilfe bei der wirtschaftlichen Modernisierung ist erwünscht, Einmischung in politische Angelegenheiten nicht. Das reduziert den Einflussspielraum der EU auf ein Minimum, bilaterale Beziehungen zu bevorzugten Handelspartnern wird Vorrang eingeräumt.

Damit spitzt sich das deutsch-russische Verhältnis unter dem Aspekt der externen Demokratieförderung auf den modernisierungstheoretischen Gedanken zu. Das deutsche Motiv ist die Verbreitung von demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen um systemähnliche Mechanismen in Russland zu schaffen mit dem Ziel, Russland langfristig zu stabilisieren, sodass es sich als verlässlicher Handelspartner und gewinnbringender Absatzmarkt profiliert. Folglich könnte man sagen, dass hinter dem good will der externen Demokratieförderung ureigene staatliche Interessen stehen, woraus sich die letzte These ableitet:

These 4: Aufgrund symmetrischer Interdependenzstrukturen ist dem Handlungsspielraum der externen Demokratieförderung im politischen Sinne in Russland ein enger Rahmen gesetzt. Die Einflussmöglichkeiten auf den russischen Transformationsprozess beschränken sich für die deutsche Seite auf wirtschaftliche Modernisierungshilfe.

3. Föderalismus in der Sowjetunion

In diesem Kapitel soll es um das System des Föderalismus in der Sowjetunion gehen. Auch wenn die Sowjetära nicht zentraler Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit ist, so muss davon ausgegangen werden, dass die nachfolgenden Jahrzehnte bezogen auf das föderale System nicht kontextfrei untersucht und bewertet werden können und folglich von einer historischen Pfadabhängigkeit ausgegangen werden muss, denn bereits unter Lenin wurden die Weichen für das spätere föderale System gestellt.

3.1. Die Entstehung der föderalen Idee

Die Oktoberrevolution stellt zweifelsohne eine bedeutende, wenn nicht gar die wichtigste Zäsur in der Geschichte Russlands dar. Die Machtergreifung der Bolschewiki und das damit verbundene Ende der Zarenherrschaft revolutionierten nicht nur die Idee des gesellschaftlichen Aufbaus, sondern auch die des staatlich organisatorischen Überbaus. Unter der Herrschaft der Zaren war an eine föderale Staatskonzeption nicht zu denken. Bis zu ihrem Untergang hielten die Herrscher an einem einheitlichen und unteilbaren Russland fest und manifestierten so ihre Ablehnung gegenüber dem Nationalitätenprinzip und dem Föderalismus¹²². Und dies, obwohl die Vorzeichen für eine Entwicklung Russlands in Richtung Demokratie in der Umbruchphase zu Zeiten des ersten Weltkrieges durchaus nicht schlecht standen. Der Industrialisierungsprozess bescherte Russland solche Wachstumsraten, dass es sich gemessen daran an fünfter Stelle weltweit wiederfand. Die Bildung war auf einem hohen Niveau mit fast 8 Millionen Schülern, knapp 130.000 Studenten und einem regen Austausch mit Westeuropa¹²³. Es ist in diesem Zusammenhang nicht verwunderlich, dass die zeitlich frühere Februarrevolution vom gleichen Geist beseelt war wie etwa die Französische Revolution mit dem Ziel der Sicherung der allgemeinen Menschenrechte im Rahmen einer rechtsstaatlichen Ordnung. Es war eben diese Februarrevolution, die der Autokratie der Zaren ein Ende bereitete und dem russischen Volk eine kurze Periode innerer Freiheit brachte¹²⁴.

¹²² Meissner, Boris: Partei, Staat und Nation in der Sowjetunion, 1985, S. 159.

¹²³ Meissner, Boris: Partei, Staat und Nation in der Sowjetunion, 1985, S.13.

¹²⁴ Ebd. S.25.

Ganz im Gegensatz dazu steht die Oktoberrevolution, die im Grunde genommen das Werk zweier Persönlichkeiten war: Lenin und Trockij. Ebenso wenig war sie spontan, sondern eine von langer Hand geplante Verschwörung zur Machtergreifung einer Minderheit¹²⁵. Aber auch die Bolschewiki äußerten sich anfangs ablehnend gegenüber der Idee eines föderalen Staatsaufbaus, da sie der Idee eines proletarischen Einheitsstaats widersprach. Lenin äußerte sich dazu¹²⁶ folgendermaßen: “Die Marxisten verhalten sich selbstverständlich der Föderation und der Dezentralisation gegenüber feindlich, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Kapitalismus für seine Entwicklung möglichst große und möglichst zentralisierte Staaten verlangt. Bei sonst gleichen Bedingungen wird das klassenbewusste Proletariat stets für den größeren Staat eintreten. Es wird stets gegen den mittelalterlichen Partikularismus ankämpfen und stets den möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenschluss großer Territorien begrüßen, in denen sich der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie breit entfalten kann. Aber solange und soweit verschiedene Nationen einen Einheitsstaat bilden, werden Marxisten unter keinen Umständen das föderative Prinzip oder die Dezentralisation propagieren. Der zentralisierte Staat ist ein gewaltiger historischer Schritt vorwärts auf dem Wege von der mittelalterlichen Zersplitterung zur zukünftigen sozialistischen Einheit der ganzen Welt, und einen anderen Weg zum Sozialismus als über einen solchen Staat gibt es nicht und kann es nicht geben“¹²⁷. Dieses Zitat Lenins stammt aus dem Jahr 1913, doch obwohl die Bolschewiki grundsätzlich antiföderal gestimmt waren, mussten sie anerkennen, dass der proletarische Einheitsstaat mit dem Gedanken der nationalen Selbstbestimmung kollidiert. Lenin selbst erkannte die Kraft des Nationalismus, gerade im Vielvölkerstaat Russland, wo sich zahlreiche nichtrussische Nationalitäten einer einheitsstaatlichen Verfassung zu unterwerfen hatten und somit die Gefahr des Machtverlusts im Falle des Ausbruchs nationalistischer Kräfte allgegenwärtig war. Es waren jedoch die Zaren, die erstmals mit dem Problem des Nationalismus in Folge der Gebietserweiterungen im 18. Jahrhundert zu kämpfen hatten. Mit dem Erwerb der baltischen- und Schwarzmeerregionen vergrößerte sich gleichzeitig auch die multiethnische Spanne des Russischen Reiches. An dieser Stelle sei angemerkt, dass ebenso viele Ethnien sich freiwillig Russland angeschlossen haben, da dieses weiter entwickelt

¹²⁵ Meissner, Boris: Partei, Staat und Nation in der Sowjetunion, 1985, S. 27.

¹²⁶ In seinem Artikel „kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ 1913.

¹²⁷ Lenin zitiert in Arnold, Jürgen: Die nationalen Gebietseinheiten der Sowjetunion. Staatlichkeit, Souveränität und Autonomie im Sowjetföderalismus, 1973, S.15.

war, während die Ethnien selbst sich noch in einem primitiven Entwicklungsstadium befanden ohne eigene Staatlichkeit und ethnisches Bewusstsein. Letzteres ist eben erst durch die Gewährung eigener administrativer Systeme und den Autonomiestatus entstanden¹²⁸. Die ursprüngliche zaristische Praxis der Anerkennung nationaler Privilegien innerhalb eines russisch-dominierten Vielvölkerreiches nahm mit zunehmender Größe jedoch immer weiter ab und wurde Mitte des 19. Jahrhunderts völlig verdrängt¹²⁹. Die offizielle Strategie, mit der die Zaren dem aufkeimenden Nationalismus zu entgegnen versuchten, war die Russifizierung. Diese allerdings erhielt einen Rückschlag, als 1897 der erste russische Zensus durchgeführt wurde mit dem Ergebnis, dass die Russen mit 44,3% Anteil an der Gesamtbevölkerung lediglich die größte Minderheit im Reich darstellten, was nicht-russische Nationalitäten im Gegenzug dazu ermutigte, nationale Kampagnen ins Leben zu rufen und die Zaren die Konzeption eines administrativen russischen Einheitsstaats voranzutreiben¹³⁰. Nachdem im Mai 1918 die staatliche Auflösung soweit fortgeschritten war, dass Lenin konstatierte, dass vom russischen Reich nicht mehr als das ursprüngliche Russland über geblieben war, war für ihn selbst auf diese Erfahrung hin klar, dass der proletarische Einheitsstaat nur in Verbindung mit einem nationalen Selbstbestimmungsrecht¹³¹ durchsetzbar war¹³². Dabei ist das Selbstbestimmungsrecht so zu verstehen, dass jede Nation das Recht besitzt, selbständig darüber zu entscheiden, ob sie im Staatsverband bleiben möchte oder nicht. Sollte sich eine Nation für den Verbleib im Staatsverband entscheiden, so gestand man ihr Territorialautonomie¹³³ zu¹³⁴. Jedoch sollte das Ergebnis klar sein bei einer freien Entscheidung für oder gegen den Verbleib bei Russland. Eine Entscheidung für Russland war nur wahrscheinlich, wenn eine Föderation in Aussicht gestellt wurde¹³⁵.

¹²⁸ Dmitrieva, Oksana: Regional Development: The USSR and after, 1996, S.12.

¹²⁹ Pearson, Raymond: The historical background to Soviet Federalism, in: McAuley: Soviet Federalism, 1991, S.13.

¹³⁰ Pearson, Raymond: The historical background to Soviet Federalism, in: McAuley: Soviet Federalism, 1991, S.14.

¹³¹ Eine Folge war beispielsweise die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands zum 31.12.1917.

¹³² Arnold, Jürgen: Die nationalen Gebietseinheiten der Sowjetunion. Staatlichkeit, Souveränität und Autonomie im Sowjetföderalismus, 1973, S.16.

¹³³ Beschlossen in der Resolution „zur nationalen Frage“ der VII allrussischen Konferenz der SDAPR im Mai 1917.

¹³⁴ Arnold, Jürgen: Die nationalen Gebietseinheiten der Sowjetunion. Staatlichkeit, Souveränität und Autonomie im Sowjetföderalismus, 1973, S.17ff.

¹³⁵ Ebd. S.21.

Der Sowjetföderalismus als solcher wurde schließlich im Oktober 1918 begründet, als die Arbeitskommune der Wolgadeutschen als erster nationaler Gebietsverband föderativer Bestandteil der RSFSR wurde. Es folgten die Autonome Sowjetrepublik Baškirija 1919, 1920 das Autonome Gebiet Čuwašija usw. Insgesamt umfasste die RSFSR 16 Autonome Republiken und 5 Autonome Gebiete¹³⁶.

3.2. Föderalismus und das sowjetische Wirtschaftssystem

Die Ausprägung des Sowjetföderalismus ist untrennbar mit der wirtschaftlichen Entwicklung der RSFSR verbunden. Da jedoch, wie in diesem Kapitel bereits erwähnt, die Ära der Sowjetunion nicht zentraler Untersuchungsgegenstand ist, wird hier nur behandelt, was grundlegend für das Verständnis der Entwicklung nach der späteren Umbruchphase ist.

Nach der teilliberalen Phase der NEP (Neue Ökonomische Politik)¹³⁷ Lenins, die die Folgen des Ersten Weltkrieges und Bürgerkrieges abfedern sollte, verfolgte Stalin eine eiserne Politik, deren oberste Priorität die Raumerschließung und Industrialisierung des Landes war. Eine möglichst rasche Industrialisierung, so Stalin, sei aber nur möglich, wenn einerseits die Landwirtschaft modernisiert und mechanisiert würde und andererseits die Versorgung der Schlüsselprojekte mit dem notwendigen Material durchgesetzt würde. Da dies nur über Kollektivierung und genaue zentrale Planung möglich sei, wurde auf dem 15. Parteitag 1928 die Einführung der zentralen Planwirtschaft beschlossen, wie sie für die nächsten Jahrzehnte des Bestehens der Sowjetunion prägend war. Der erste Fünfjahresplan wurde 1929 verabschiedet¹³⁸. Ein Hauptcharakteristikum der zentralen Planwirtschaft war, dass jedem Produktionsunternehmen und jeder landwirtschaftlichen Genossenschaft diktiert wurde, was zu produzieren und abzuliefern war, wer die Abnehmer und Zulieferer waren und

¹³⁶ Arnold, Jürgen: Die nationalen Gebietseinheiten der Sowjetunion. Staatlichkeit, Souveränität und Autonomie im Sowjetföderalismus, 1973, S. S43.

¹³⁷ Die NEP wurde von Lenin und Trotzki initiiert und überdauerte die Jahre 1921-1927. Kennzeichnend ist für sie, dass nach Jahren des Kriegskommunismus, der ein zerstörtes Land hinterließ, erstmals wieder privater Handel zugelassen wurde. Sie ermöglichte die Akkumulierung privaten Eigentums und Reichtums, basierend auf gewinnorientierter (Konsum-)güterproduktion. Bauern durften über das Ablieferungssoll hinaus, privaten Handel zu von ihnen selbstgewählten Preisen treiben und wurden mit einer sog. Naturalsteuer belastet. Durch die Möglichkeit der Selbstversorgung sollten die verheerenden Folgen des Kriegs und der Mangelversorgung abgemildert werden.

¹³⁸ Nove, Alec: Das sowjetische Wirtschaftssystem, 1981, S.17.

zu welchen Preisen produziert und verkauft wurde¹³⁹. Dieser Anspruch der zentralen Planung einer ganzen Volkswirtschaft impliziert folgende Überlegung und Problematik: wie soll es erstens möglich sein, einen Verwaltungsapparat kostendeckend zu finanzieren, der die Aufgabe hat, eine Volkswirtschaft mit all ihren Sektoren zu planen, wenn unter diese Planung die Koordinierung der Zulieferer und Abnehmer, die Versorgung mit Materialien, die Festsetzung der (Verbraucher-)Preise und die Versorgung der Bevölkerung fallen? Daran schließt die Frage an, inwieweit bzw. bis zu welchem Grad es zweitens unter diesen Umständen noch möglich ist, eine Volkswirtschaft zu diversifizieren und rasch und unbürokratisch technologischen Fortschritt zu erreichen? Und drittens, wie eine zentrale staatliche Planung, die noch dazu auf dem Branchenprinzip¹⁴⁰ fußt, und eine angemessene Regionalplanung einhergehen können? Die institutionelle Ausprägung dieses zentralen Planungssystems spiegelte sich in einer Hierarchie wider, an deren Spitze das Politbüro stand. Die Regierung, Ministerrat genannt, war ihrerseits dafür verantwortlich, dass die vom Politbüro gefällten wirtschaftspolitischen Entscheidungen entsprechend umgesetzt wurden. Dazu erteilten sie und ihre Dienststellen (Staatskomitees und Wirtschaftsministerien) den untergeordneten Instanzen Planinstruktionen, die zu erfüllen waren¹⁴¹. Die Unternehmen ihrerseits waren den einzelnen Branchenministerien unterstellt, denen sie je nach ihrer Produktionsstruktur zugeordnet waren. In der RSFSR wurden ca. 273.000 Unternehmen von rund 50 Ministerien verwaltet¹⁴². Zentrales Planungsinstrument war Gosplan (Gosudarstvennyj Planovjy Komitet). Gegründet wurde Gosplan bereits in den 20er Jahren zur organisatorischen Verwirklichung des GOLERO-Plans¹⁴³. Mit der Einführung der Fünfjahrespläne Ende der 20er Jahre war Gosplan für die Planung und Aufstellung eben dieser Pläne zuständig. Ab 1957 fiel die Planung der Volkswirtschaft in die alleinige Zuständigkeit von Gosplan. Seine Informationen zur Erstellung der Pläne bezog Gosplan nicht nur von führenden Ökonomen, sondern vor allem von den Branchenministerien, die ihre Anträge (zajavki)

¹³⁹ Nove, Alec: Das sowjetische Wirtschaftssystem, 1981, S.18.

¹⁴⁰ das sowjetische Wirtschaftssystem war nach dem Branchenprinzip aufgebaut, was bedeutet, dass die Wirtschaft in Sektoren eingeteilt wurde. Jeder dieser Sektoren wurde selbstständig von einem übergeordneten Ministerium verwaltet und geplant. Leicht ersichtlich ergibt sich aus diesem System die Problematik der oft nicht eindeutigen Zuordnung eines Betriebs zu einem Sektor, was zu einer Doppelplanung in verschiedenen Ministerien führen kann.

¹⁴¹ Nove, Alec: Das sowjetische Wirtschaftssystem, 1981, S.24.

¹⁴² von Beyme, Klaus: Reformpolitik und sozialer Wandel in der Sowjetunion, 1988, S.84.

¹⁴³ Der GOLERO-Plan (Gosudarstvennyj Plan Elektrifikacii Rossii) war ein großangelegtes Projekt zur Elektrifizierung des ganzen Landes

in Form von Aufträgen oder Bestellungen für Produktionsmaterial einbrachten und so auch gleichzeitig versuchten ihre eigenen Interessen zu vertreten. Aus den Republiken, die jeweils über einen Republiksgosplan verfügten, kamen ebenfalls Investitions- und Planvorschläge¹⁴⁴. Zwar wurden die wirtschaftlichen Planeinheiten in mehrere Ebenen aufgeteilt und ökonomische Großregionen gebildet (alleine 10 davon auf dem Gebiet der RSFSR), ebenso besaß Gosplan eine Regionalplanungsabteilung. Es darf jedoch in Zweifel gezogen werden, dass die Funktion regionaler Planeinheiten über die einer beratenden Expertenkommission hinaus ging, geschweige denn ihnen Exekutivbefugnisse zugestanden wurden. Denn es entspricht der Logik des Systems, dass das Zentralorgan einzige Finanzierungs- und Investitionsressource war und nur auf zentraler Ebene über die Vergleichbarkeit der Investitionspotentiale einzelner Regionen und die Sinnhaftigkeit regionaler Projekte entschieden werden konnte¹⁴⁵. Brade/Piterski/Perzik¹⁴⁶ haben in ihrem Werk zur Regionalentwicklung in der Sowjetunion eine sinnvolle Einteilung der Entwicklungsetappen der Regionalentwicklung in Sowjetrußland vorgenommen. Gedankliche Grundlage dabei sollte immer die besondere Problematik der geographischen Größe des Landes und den bereits bestehenden Differenzen in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des europäischen und des asiatischen Landesteils sein. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs musste nicht nur der von den Deutschen zerstörte westliche Landesteil wieder aufgebaut werden, sondern es galt vor allem die Öl- und Gasfelder Sibiriens zu erschließen. Vor diesem Hintergrund und dem übergeordneten Ziel der Regionalentwicklung- der Industrialisierung- stellen sie folgende Entwicklungsetappen fest: Der GOLERO-Plan zur Elektrifizierung des Landes läutete in einer ersten Phase (1930-41) den Beginn einer großangelegten regionalen Wirtschaftsplanung ein. Hauptmerkmal dieser Periode ist zudem die ingenieurstechnische Erschließung industriell stark unterentwickelter Gebiete. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Stärkung des Territorialprinzips mit einer geordneten und koordinierenden Regionalplanung kam erst in der Nachkriegsperiode (1945-Ende 60er Jahre) unter Chruščev. Im Zuge seiner Tauwetterpolitik (russ: оттепель/otpepel') lancierte er 1957 einen Reformversuch einer

¹⁴⁴ Nove, Alec: Das sowjetische Wirtschaftssystem, 1981, S.39.

¹⁴⁵ Nove, Alec: Das sowjetische Wirtschaftssystem, 1981, S.75.

¹⁴⁶ Brade, Isolde/Piterski, Dmitri/Perzik, Jewgeni: Die Raum-, Regional- und Städteplanung in der früheren UdSSR, in: Brade, Isolde/Grimm, Frank-Dieter: Städtesysteme und Regionalentwicklungen in Mittel- und Osteuropa, Russland, Ukraine, Polen, 2000.

stärker horizontal gelagerten Wirtschaftsverwaltung zugunsten mehr regionaler Mitbestimmung. An die Stelle von 150 Branchenministerien und Hauptverwaltungen traten 105 sog. regionale Volkswirtschaftsräte. Der Reformansatz fiel jedoch nach Chrusčevs Sturz Brežnevs eisernem Zentralismus zum Opfer und wurde wieder abgeschafft¹⁴⁷. Programmatisch lag der Schwerpunkt auf der Erschließung der westsibirischen Erdöl- und Erdgasgebiete sowie der Errichtung des Angara-Enissej-Komplexes. Eine wissenschaftstheoretische Grundlage erhielt die Regionalplanung in der Sowjetunion in den 70er Jahren, nachdem man die Notwendigkeit erkannt hatte, dass die extensive flächen- und ressourcenverschwendende Wirtschafts- und Siedlungsstrukturplanung in vernünftige Bahnen gelenkt werden musste¹⁴⁸.

Das grundsätzliche Problem der regionalen Planung und Entwicklung in der Sowjetunion ist neben dem Festhalten am Branchenprinzip und am zentralen Planungsmonopol die Methodik. Stets das Ziel vor Augen das ganze Land zu industrialisieren, was die ökonomische Erschließung abgelegener Regionen des Fernen Ostens, Nordens und Sibiriens im Besonderen betrifft, griff man zur Methode alte, im europäischen Teil Russlands gelegene und bereits industrialisierte Regionen als Investitionsquelle für die noch zu erschließenden Regionen zu verwenden¹⁴⁹. Durch Konstruktion neuer Regionen und Unternehmen in den besagten Gebieten wurde folglich auch eine große Menge an Produktivkräften notwendig, finanziert aus dem föderalen Budget. Die Folge war die (Zwangs-) Übersiedlung von Arbeitskräften aus den fortschrittlichen Regionen in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte und kaum wirtschaftlicher Aktivitäten zur Angleichung sozialer und ökonomischer Disparitäten.

Damit war jedoch gleichzeitig ein Zielkonflikt vorprogrammiert: einerseits war es ein enormer Kosten- und Arbeitskräfteaufwand die Gebiete ostwärts zu erschließen, diese Gelder und Arbeitskräfte fehlten aber dann andererseits im westlichen Teil, wo der Dienstleistungs- und Landwirtschaftssektor auf- und auszubauen war¹⁵⁰. Hinzu kommt, dass die Investitionssummen in die rückständigen Gebiete unverhältnismäßig hoch

¹⁴⁷ Von Beyme, Klaus;: Reformpolitik und sozialer Wandel in der Sowjetunion, 1988 ,S.33.

¹⁴⁸ Brade, Isolde/Piterski, Dmitri/Perzik, Jewgeni: Die Raum-, Regional- und Städteplanung in der früheren UdSSR, in: Brade, Isolde/Grimm, Frank-Dieter: Städtesysteme und Regionalentwicklungen in Mittel-und Osteuropa, Russland, Ukraine, Polen, 2000, S.11.

¹⁴⁹ Dmitrieva, Oksana: Regional Development: The USSR and after, 1996, S.22.

¹⁵⁰ Dmitrieva, Oksana: Regional Development: The USSR and after, 1996, S.23.

waren. Dies liegt u.a. an den sehr hohen Arbeitskosten aufgrund industrie-feindlicher klimatischer Bedingungen und den kapitalintensiven Wirtschaftszweigen.

Eine weitere Hypothek der Regionalplanung in diesem Zusammenhang ist wiederum mit dem sektoralen und hierarchischen Aufbau der Volkswirtschaft verbunden. Bei jedem Unternehmen, das gegründet wurde, war in der Finanzierung die Infrastruktur rund herum, der Wohnungsbau etc. gleich mit dabei. Resultat dessen war, dass es keine regional- und branchenübergreifende soziale Programmatik gab¹⁵¹.

Basierend auf einer theoretischen Grundlage widerspricht das sowjetische Modell der Regionalentwicklung Theorien einer effizienten Regionalentwicklung, wie sie beispielsweise Gunnar Myrdal entworfen hat. Seine These lautete, dass je entwickelter eine Wirtschaft in einer bestimmten Region, desto größer der Kapitalrückfluss in Form von Steuern und desto größer auch die Budgeteinnahmen. Je größer die Budgeteinnahmen, desto größer sind die Möglichkeiten der Refinanzierung von Infrastruktur, sozialer Einrichtungen usw. Dies wiederum schafft ein günstiges Investitionsklima für Firmen und Kapitalfluss in die Region. Übertragen auf Sowjetrussland hätte regionale Planung dort folgendermaßen laufen müssen: erstens, Kapital fließt in diejenigen Regionen, die einen höheren Gewinn und Kapitalrückfluss erzielen. Zweitens, die dadurch ermöglichte Ausweitung der Basisindustrien führt zu Wachstum und Zweigindustrien, wobei Wachstum in Basisindustrien auch Raum für Expansion und Diversifizierung von Dienstleistungen bieten kann. Die dadurch gut entwickelte Infrastruktur erleichtert die Entscheidung weitere Unternehmen dort gewinnbringend anzusiedeln. Drittens wäre die Folge, dass ein höheres Regioneneinkommen mit einem höheren Lebensstandard korrespondiert.

Dies war in Sowjetrussland jedoch genau umgekehrt: das Geld floss nicht in die Regionen, die in der Lage gewesen wären, es zu vermehren. Weiter war in Sowjetrussland nicht garantiert, dass gut entwickelte Regionen auch einen hohen Lebensstandard versprachen. Sobald eine Region Überschüsse erwirtschaftete, wurden Subventionen abgezogen und für andere Regionen verwendet¹⁵².

¹⁵¹ Dmitrieva, Oksana: Regional Development: The USSR and after, 1996, S.33.

¹⁵² vgl.: Dmitrieva, Oksana: Regional Development: The USSR and after, 1996, S.69ff.

4. Gorbačev und die Reformen der Perestrojka

Erkannt und angegangen wurde diese Problematik unter Gorbačev in der Perestrojka-Phase. Konsequenz dieser Erkenntnis war die Einsicht in eine effizientere und horizontal ausgerichtete Regionalpolitik. Was die Regionalpolitik in der Phase der Perestrojka betrifft, so ist diese in einem Gesamtzusammenhang mit den allgemeinen Reformen der Volkswirtschaft zu betrachten, da diese die Politik auf regionaler Ebene bedingen. In diesem Kapitel sollen nun neben den Reformen, auch deren Auswirkungen auf das System dargestellt werden. Dabei ist es unerlässlich auch theoretische Überlegungen zur Systemtransformation im Sinne einer Kapitalisierung des Marktes und institutioneller Änderungen mit einzubeziehen. Diese sind grundlegend für das weitere Verständnis dessen, was sich sowohl unter Gorbačev, als auch anschließend unter El'cin ereignet hat.

Als Michail Gorbačev 1985 zum Generalsekretär der KPdSU ernannt wurde, läutete dies den größten Reformversuch seit Bestehen der Sowjetunion ein, an dessen Ende das Scheitern der Planwirtschaft und das Auseinanderfallen der Sowjetunion stand. Doch wie war es dazu gekommen?

Zeitlich gesehen markieren die Jahre 1987-90 den Beginn des politischen und ökonomischen Niedergangs der Sowjetunion¹⁵³. In dieser Zeit wurden Reformgesetze verabschiedet, die das hierarchisch geordnete Institutionensystem samt dem wirtschaftlichen Plansystem in seinen Grundfesten erschütterte. Dem vorausgegangen war die Einsicht in die Notwendigkeit einer Eingliederung der Sowjetwirtschaft in den Weltmarkt sowie einer Verlagerung der Kompetenzen auf eine regionale Ebene. Damit war das Dogma der Allwissenheit des Zentrums in eine Schiefelage geraten und die Erkenntnis, dass regionale Eliten die Eigenheiten und Charakteristika ihres Gebiets am besten kennen, gewann zunehmend an Bedeutung.

Ausgangspunkt für die Perestrojka war ein stagnierendes Wirtschaftswachstum, ein geringer Innovationsgrad, damit verbunden eine schlechte und nicht konkurrenzfähige Produktqualität und ein permanent anhaltender Gütermangel. Das bedeutet, dass die

¹⁵³ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland - Ursachen, Programme und Krise der Transformationspolitik, 1997, S.394.

Sowjetwirtschaft Mitte-Ende der 80er Jahre in einen „stationären Zustand“¹⁵⁴ verfallen war, wo der Kapitalstock trotz Investitionen in Produktionsanlagen nicht mehr erweiterbar war und der Output zurückging. Um diesem zu entgegnen wurde 1986 ein Beschleunigungskonzept entwickelt, das eine Strategie zur Umorientierung in Richtung einer Investitions- und Strukturpolitik zum Inhalt hatte mit dem Ziel der Förderung einer fortschrittlichen Produktionstechnologie, besonders im Maschinenbausektor¹⁵⁵. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass in Sowjetrußland eine überdimensionierte Industrie- und Bauwirtschaft charakteristisch war bei gleichzeitiger Unterrepräsentanz des Handels- und Dienstleistungssektors¹⁵⁶.

Eine Möglichkeit diesem Dilemma zu entkommen, war die Einbindung der Sowjetwirtschaft in eine Markt- und Weltwirtschaft. Dazu bedurfte es in einem ersten Schritt der Umstrukturierung der Wirtschaft und einer Festlegung derjenigen Industrie- und Produktionszweige, die zukünftig das ökonomische Zugpferd des Wirtschaftssystems sein sollten. Denn wie bereits erwähnt, war der Industriesektor international nicht konkurrenzfähig, lediglich der Rohstoffsektor mit Öl- und Gasförderung entsprach dem state of the art. Den einzigen Sektor mit Hochtechnologieproduktion, für den intellektuelles und industrielles Potential vorhanden gewesen wäre, stellt die Verteidigung dar. Doch verständlicherweise war es dafür mehr als schwierig ausländische Investoren an Land zu ziehen, da die Konkurrenz mit den USA noch zu groß war und die Zeit des Kalten Krieges noch nicht überwunden war¹⁵⁷.

Verbunden damit keimte im Frühjahr 1988 auch die Idee freier Wirtschaftszonen als Teil besagter Umstrukturierung der Volkswirtschaft auf. Man erhoffte sich damit den entscheidenden Impuls zur Modernisierung durch Technologietransfers zu geben. Das übergeordnete Ziel bei der Einrichtung solcher freier Wirtschaftszonen war jedoch nicht

¹⁵⁴ Hishow, Ognian: Von der Sowjet- in die Weltwirtschaft- Russlands Transformationsprozess und seine Perspektiven, 2004, S.18.

¹⁵⁵ Lösch, Dieter/Steffen, Olaf: Das Wirtschaftssystem der Perestrojka, 1991, S.1.

¹⁵⁶ Welfens et al: Systemtransformation in Deutschland und Russland, 1998, S.11.

¹⁵⁷ Grigorev, Oleg: Die geopolitische Dynamik Russlands, in: Segbers, Klaus: Russlands Zukunft: Räume und Regionen, 1994, S.59ff.

nur damit die Konsumgüterdefizite zu überbrücken, sondern im Rahmen einer Dezentralisierungspolitik den Regionen mehr Autonomie zu gewähren¹⁵⁸.

Gesetzliche Grundlage wurde die durch den Obersten Sowjet im Sommer 1990 angenommene Verordnung „Über die Schaffung von Zonen freien Unternehmertums“. Geregelt wurden mit der Verordnung Zoll- und Steuerbestimmungen, die es einer unabhängigen lokalen Verwaltung erlauben sollten marktwirtschaftliche Elemente in ihr Handeln zu implementieren.

Entstanden war die Idee bei einer Reise Gorbačevs nach Sibirien und in die Regionen des Fernen Ostens in Verbindung mit der Überlegung, wie man dort das ökonomische Handeln effizienter machen könnte. Erstens sollten die Regionen über ihre eigenen Rohstoffe und Produktionsanlagen frei verfügen können, zweitens sollte bilateraler Handel mit Nachbarregionen/-staaten (z.B. China oder Japan) gefördert werden und infolge dessen drittens Produktionskooperationen in Form von Joint-Ventures aufgebaut werden. Bei letzteren stellte sich jedoch wieder das Problem, dass gerade Länder wie z.B. Japan bereits voll in die Markt- und Weltwirtschaft integriert waren, wohingegen es den russischen Regionen an Gesetzen über Privateigentum sowie an Eigentum über Grund- und Boden, Unternehmensformen wie Aktiengesellschaften etc. fehlte, die es erlaubt hätten mit solchen Ländern Joint-Ventures einzugehen¹⁵⁹.

4.1. Das Wirtschaftssystem der Perestrojka

Die Ideen zur Umstrukturierung wurden ab Mitte 1986 in die Form von Gesetzen gegossen. Die am weitesten reichenden Konsequenzen hatte das am 30.06.1987 verabschiedete „Gesetz über Staatsunternehmen“ (auch Unternehmens- oder Betriebsgesetz genannt). Dadurch wurde es den Unternehmen möglich privatwirtschaftliche Elemente in ihr Handeln zu integrieren¹⁶⁰. Das bedeutet: „das traditionelle planwirtschaftliche, genauer zentral-administrative System sollte durch marktwirtschaftliche Elemente in ein sogenanntes „parametrisches Lenkungssystem“

¹⁵⁸ Kirkov, Peter: Das Konzept freier Wirtschaftszonen in Russland: seine Entwicklung von 1988 bis Herbst 1992, in: Segbers, Klaus: Russlands Zukunft: Räume und Regionen, 1994, S.119.

¹⁵⁹ Kirkov, Peter: Das Konzept freier Wirtschaftszonen in Russland: seine Entwicklung von 1988 bis Herbst 1992, in: Segbers, Klaus: Russlands Zukunft: Räume und Regionen, 1994, S.122ff.

¹⁶⁰ Kropp, Sabine: Dezentralisierung und Transformation in Russland, 1996, S.18.

überführt werden. Die linearen Kommandostrukturen sollten durch marktähnliche horizontale Vertragsbeziehungen ergänzt werden, den Staatsbetrieben sollte eine größere Autonomie gewährt werden, der Kennziffernapparat sollte drastisch reduziert und auf intensives betriebliches Wachstum ausgerichtet werden, die Planung sollte nicht mehr die gesamte Wirtschaft, sondern nur noch „wichtige“ Wirtschaftsbereiche erfassen („strategische Planung“), die Entlohnung leistungsbezogener ausgestaltet werden, neben die staatlichen Fixpreise sollten Höchst- und freie Preise treten, und schließlich sollte das Außenhandelsmonopol des Staates aufgelockert werden¹⁶¹. Konkret bedeutete das, dass die Unternehmen zwar nach wie vor nach Staatsaufträgen zu produzieren hatten, jedoch alle darüber hinaus gehenden noch vorhandenen Produktionskapazitäten für privatwirtschaftliche Gewinnmaximierung genutzt werden durften. Die Aufgabe von Gosplan beschränkte sich daraufhin nur noch auf die Planung genereller Richtlinien für nationale Investitionen, nicht mehr jedoch auf eine detaillierte Produktionsplanung. Das hatte allerdings für die Unternehmen zur Konsequenz, dass sie zukünftig für ihre Produktions- und Finanzplanung selbst verantwortlich waren. Insgesamt entstand ein Mischsystem, das sich als ungewollte Ursache für den gesamten Zusammenbruch des planwirtschaftlichen Kommandosystems entpuppte. Die Dysfunktionalität des neuen Mischsystems der Perestrojka zeichnete sich durch folgende Besonderheiten aus: erstens dem Widerspruch zwischen dem planwirtschaftlichen Element des Planerfüllungsprinzips, dem das marktwirtschaftliche Element des Betriebsüberschusses gegenüberstand, wobei sich beide Prinzipien niemals gewinnbringend ergänzen konnten. Zweitens durch die Einführung des Prinzips der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungslegung, beruhend auf dem Betriebs- und Genossenschaftsgesetz vom 01.01.1988, wonach die Unternehmen verpflichtet wurden ihre Aufgaben mit selbsterwirtschafteten Mitteln zu decken, d.h. sie mussten einen möglichst großen Einnahmeüberschuss erwirtschaften. Dies jedoch setzte eine grundlegend kapitalistische Verhaltensweise der Unternehmen voraus, zumal dahinter der Gedanke der Weltmarktfähigkeit und Produkteffizienz stand. Die Hoffnung, die dahinter stand, ist, dass Betriebe unter dem Zwang der Gewinnerzielung wirtschaftliche Eigenverantwortung übernehmen, was automatisch zu effektiverem Ressourceneinsatz führen würde. Das wesentliche Problem dieser Reform war, dass man versucht hat der Planwirtschaft eine Marktwirtschaft zur Seite zu stellen, ohne dabei jedoch

¹⁶¹ Lösch, Dieter/Steffen, Olaf: Das Wirtschaftssystem der Perestrojka, 1991, S.2.

marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Funktionsmechanismen bereitzustellen. Man erlag dem naiven Glauben Plan bedingte Versorgungsprobleme mit einer marktwirtschaftlichen Produktionsweise beheben zu können, ohne dabei die Negativaspekte einer Marktwirtschaft, wie Arbeitslosigkeit oder soziale Ungleichheit in Kauf nehmen zu müssen¹⁶².

Die Unternehmen gerieten mit der Reform in einen unlösbaren Zielkonflikt. Wollten sie Marktchancen nutzen, konnte das unter Umständen zur Vernachlässigung von Staatsaufträgen führen. Staatsaufträge waren allerdings die einzige Möglichkeit günstig an Rohstoffe zu kommen. Auf den Märkten konnte aber durch freie (mit staatlicher Obergrenze) Preisbildung ein höherer Gewinn erzielt werden und der Anreiz, Staatsaufträge zu verletzen, stieg an. Folge war, dass der Staatssektor immer mehr durch den privaten Handel verdrängt wurde, da er durch Preisrestriktionen nicht mithalten konnte im Wettbewerb um knappe Güter. Zusammengefasst war die Versorgungskrise in der Sowjetunion also darauf zurückzuführen, dass der Staatshandel in der Konkurrenz mit dem Marktbereich unterlag, während dieser aber selbst aufgrund fehlender marktwirtschaftlicher Strukturen kriselte¹⁶³.

4.1.1. Zur Kapitalisierung Russlands

Nachstehend sollen zu dieser Problematik ein paar theoretische Überlegungen ausgeführt werden. Olaf Steffen¹⁶⁴ hat in seinem Buch zur Einführung des Kapitalismus in Russland sehr ausführlich und logisch einleuchtend die Grundprobleme des Übergangs der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft herausgearbeitet. Die Kernthesen sollen an dieser Stelle dargestellt werden. Sie sind essentiell nicht nur für das Verständnis der verheerenden Gesamtsituation der Russischen Föderation Anfang der 90er Jahre, sie legen auch den Grundstein für das Verständnis, warum die Politik El'cins scheitern musste und der politische Entwicklungsprozess unter Präsident Putin einer Zwangsläufigkeit zu unterliegen schien.

¹⁶² Lösch, Dieter/Steffen, Olaf: Das Wirtschaftssystem der Perestrojka, 1991, S. 9ff.

¹⁶³ Lösch, Dieter/Steffen, Olaf: Das Wirtschaftssystem der Perestrojka, 1991, S.11ff.

¹⁶⁴ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997.

Anschließend an den Gedanken, den das Mischsystem der Perestrojka in sich trägt, dem Planwirtschaftssystem eine marktwirtschaftliche Hülle überzustülpen, steht bei Steffen am Anfang die Prämisse, dass Produkte einen Tausch- bzw. Kapitalwert besitzen, d.h. sie unterliegen dem kapitalistischen Paradigma der steten Geldvermehrung. Für die Sowjetwirtschaft bedeutet das, dass die existierenden Produktionselemente der Bedienung eines Gewinninteresses nicht genügen und ihre Umwandlung in Kapital folglich notwendig wird. Damit stand die Sowjetwirtschaft am Beginn ihrer Transformation vor einem Paradoxon, dass „die Einführung der Marktwirtschaft bereits im Ausgangspunkt diejenigen Mittel der Kapitalvermehrung voraussetzt, die zugleich erst ihr Ergebnis sein sollen: private Geldvermögen, privates Produktionseigentum, rentable Produktionsverhältnisse, Gewinne und Lohneinkommen, lukrative Ein- und Verkaufspreise, relativ wertbeständiges Geld, konstante Marktbeziehungen“¹⁶⁵. Zur Verwirklichung dessen wird zwangsweise eine vorangegangene Akkumulationsperiode des Kapitals notwendig. Dieser Prozess der ursprünglichen Akkumulation stellt allerdings einen einmaligen historischen Prozess dar, der sich „exakt in dieser Form so heute nicht mehr reproduzieren lässt. Ebenso wie sich Amerika kein zweites Mal entdecken lässt, müssen Seiteneinsteiger heute von der Existenz des ausgebildeten Weltmarktes ausgehen“¹⁶⁶. Übersetzt bedeutet das für Russland am Anfang des Transformationsprozesses, dass es vor dem Kernproblem steht, durch das Ausklinken der Sowjetwirtschaft aus der Weltwirtschaft und dem entkapitalisierten Produzieren nach Planmustern, eben diesen ursprünglichen Kapitalakkumulierungsprozess verpasst zu haben, ohne diesen, wie die Geschichte gezeigt hat, eine Eingliederung in die Weltwirtschaft aber nur mit erheblichen Problemen möglich ist.

4.2. Politische Reformen der Perestrojka

Im Gleichklang mit dem Umbau des sowjetischen Planwirtschaftssystems ging die Umgestaltung des politischen Systems der Sowjetunion einher, die unter dem Schlagwort „Glasnost“ in die Geschichte einging und letztendlich entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Sowjetunion sich von innen heraus degeneriert und aufgelöst

¹⁶⁵ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland- Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1996, S.22.

¹⁶⁶ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1998, S.63.

hat. Eine der wichtigsten Entwicklungen in diesem Zusammenhang war die Schwächung und Entmonopolisierung der kommunistischen Partei – und damit einhergehend eine Entideologisierung und der Verlust der KPdSU als gesellschaftlichem Integrationsinstrument – durch die Reform des Wahlrechts. Zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion wurden Abgeordnete durch eine echte und freie Volkswahl bei den Republikwahlen 1989/90 in ihr Amt erhoben. Infolge dessen mussten viele hochrangige Parteioffizielle eine schwere Niederlage hinnehmen¹⁶⁷.

Gorbačev, der fürchtete die Kontrolle über diese Entwicklungen zu verlieren, versuchte die Staatsautorität wiederherzustellen, indem er am 15. März 1990 das Amt eines Staatspräsidenten Russlands schuf. Mit dem Amt dieses Staatspräsidenten ist der Name eines Mannes untrennbar verbunden: Boris El'cin. Er symbolisierte zu Zeiten der Perestrojka diejenige politische Persönlichkeit, die in sich die Veränderungen in der Gesellschaft Sowjetrusslands vereint. Von Sverdlovsk (heute Ekaterinburg) als Teil der herrschenden kommunistischen Elite nach Moskau gekommen, wurde er unter Gorbačev bald zur Führungsfigur der „Anti-Establishment“-Kräfte, woraufhin er sich aufgrund der eigenen Unzufriedenheit mit den begonnenen Reformen 1988 der demokratischen Opposition anschloss. Im Mai 1990 wurde er Vorsitzender des neu gewählten Obersten Sowjets Russlands. Im Juni 1991 erfolgte seine Wahl zum Präsidenten Russlands¹⁶⁸.

Nach dem gescheiterten Augustputsch gegen Gorbačev, bei dem sich Jelzin noch unterstützend an Gorbačevs Seite gestellt hatte, war die Sowjetmacht soweit geschwächt, dass sie Ende des Jahres 1991 friedlich in die Geschichtsbücher einging¹⁶⁹.

Als Fazit, das gleichermaßen Voraussetzungen für die weitere Zukunft begründet, bleibt festzuhalten, dass erstens das Wirtschaftssystem des Sozialismus mit dem Anspruch einer Marktwirtschaft überlegen zu sein, gescheitert ist, dass zweitens das administrative Kommandosystem gescheitert ist, da einerseits die ökonomischen Ressourcen nicht mit den ehrgeizigen Zielen der Politik Schritt halten konnten und andererseits die Komplexität von Wirtschaft und Gesellschaft die Leistungsfähigkeit des

¹⁶⁷ Shevtsova, Lilia: *Yeltsin's Russia: Myths and Reality*, 1999, S.8.

¹⁶⁸ Shevtsova, Lilia: *Yeltsin's Russia: Myths and Reality*, 1999, S.9ff.

¹⁶⁹ Shevtsova, Lilia: *Yeltsin's Russia: Myths and Reality*, 1999, S.10.

Wirtschaftssystems übertraf und somit drittens die Reformen der Perestrojka an systemimmanenten Widersprüchen scheitern mussten, da einige System begründende Faktoren und Strukturen, wie das Paradigma einer Einparteienherrschaft oder die Eigentumsordnung bis zu einem gewissen Zeitpunkt unangetastet blieben¹⁷⁰. Damit stellte das größte Hindernis für eine Systemtransformation das Fehlen soziopolitischer Voraussetzungen für den Übergang zu einer Marktwirtschaft dar, die sich durch den Niedergang von Autorität und Legitimität der Herrschenden äußerten und den analogen Zerfall des politischen und ökonomischen Systems, der ein Machtvakuum hinterließ mit der Folge ein altes System zerstört zu haben ohne zu wissen, wie ein neues aussehen sollte¹⁷¹.

Der Prozess der Perestrojka war jedoch unumkehrbar und so verwandelte sich Russland in ein Spielfeld zweier sich duellierender Ansichten, wie das Land nach Ende der Sowjetunion weiter transformiert werden sollte und wie das im Entstehen begriffene System konsolidiert werden sollte. Die Jahre 1987-90 waren noch geprägt von der unter Gorbačev entwickelten konservativ-evolutionären Strategie der Perestrojka, deren wichtigsten Grundzüge zuvor versucht wurden darzulegen. Dabei verfolgte Gorbačev einen gradualistischen Ansatz, der das System schrittweise reformieren sollte ohne es dabei zu zerstören. Gekennzeichnet war dieser Gradualismus durch die stufenweise Vergrößerung des Anteils freier Märkte am Güterumsatz und einem Außenhandelsprotektionismus basierend auf einem nicht frei konvertierbaren Rubel und dem Bewusstsein der Weltmarktunfähigkeit großer Teile der russischen Wirtschaft¹⁷².

Dem gegenüber stand ab 1991 die El'cin-Gajdar-Strategie („Schocktherapie“), die zusammengefasst den schockartigen Versuch unternommen hat, monetaristische Instrumente auf eine nicht marktwirtschaftlich ausgerichtete Wirtschaft anzuwenden durch Zwangsprivatisierung und völliger Demontage des alten Wirtschaftssystems¹⁷³.

¹⁷⁰ Höhmann, Hans-Hermann: Die Wirtschaft Russlands in der GUS: Krise, Desintegration und Perspektiven für Konsolidierung und Systemwechsel, in: Bogomolov/Vogel: Russland und Deutschland Nachbarn in Europa,, 1992, S.103.

¹⁷¹ Höhmann, Hans-Hermann: Die Wirtschaft Russlands in der GUS: Krise, Desintegration und Perspektiven für Konsolidierung und Systemwechsel, in: Bogomolov/Vogel: Russland und Deutschland Nachbarn in Europa, 1992, S.105.

¹⁷² Dmitrieva, Oksana: Die regionale Entwicklung in Russland im Zeitraum der Wirtschaftsreformen, in: Segbers, Klaus: Russlands Zukunft, 1994, S.107.

¹⁷³ ebd. S.107.

Bekanntermaßen setzte sich der Ansatz El'cins Schocktherapie durch. Nachfolgend wird geschildert, worin genau der „Schock“ bestand und welche Auswirkungen diese Strategie auf die weitere Entwicklung Russlands in den 90er Jahren hatte. Dem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ C. Offes¹⁷⁴ folgend, werden ökonomische und politische Reformen parallel behandelt, weil sie nur analog und im Vergleich zueinander ein sinnstiftendes Muster ergeben.

5. Russland in den 90er Jahren

5.1. El'cins Schocktherapie:

Der Ausgangspunkt für die Schocktherapie, die El'cin als russischer Präsident 1991 implementierte, bleibt wie zu Beginn von Gorbachevs Perestrojka der gleiche: es geht um die Kapitalisierung der russischen Volkswirtschaft. Nach Steffen liegt bei der notwendigen Kapitalisierung jedoch der größte Irrglaube bei Anhängern des Gradualismus und der Radikalreformer darin, dass die sowjetischen Produktionsmittel und Güter schon Kapitalcharakter in sich tragen, d.h. sie nur noch aus den Fängen des Plans befreit werden müssten um dann im Privateigentum gewinnbringend Kapital erwirtschaften zu können. Verstärkt wurde das Ganze dadurch, dass man der Illusion verfallen war, dass durch bloße Übernahme demokratischer und marktwirtschaftlicher Institutionen und Strukturen die Systemtransformation in kürzester Zeit gelingen könnte¹⁷⁵. Dabei wurde übersehen, dass es aufgrund der geschilderten Ausgangsbedingungen nicht möglich war, Russlands Transformation ein neoliberales Konzept überzustülpen und es sodann als alleiniges Allheilmittel aller systembedingten Transformationsprobleme zu bemühen¹⁷⁶.

Aber genau dies geschah: quasi über Nacht wurden Reformen durchgesetzt, deren Folgen weder abzusehen, geschweige denn in sozial verträglicher Weise aufzufangen

¹⁷⁴ Claus Offe hat den Begriff des Dilemmas der Gleichzeitigkeit geprägt. Es beschreibt die typisch russische bzw. sowjetische Problematik das politische und ökonomische System gleichzeitig transformieren zu müssen, wobei Unklarheit darüber besteht, welches Teilsystem zuerst zu reformieren ist.

¹⁷⁵ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997, S.59ff.

¹⁷⁶ ebd. S.23.

waren. Die zwei Hauptcharakteristika der „Schocktherapie“ sind die Preisliberalisierung und die Voucher-Privatisierung sowjetischen Staatseigentums.

Der 2. Januar 1992 markiert den Tag, an dem 80% der Großhandelspreise und 70% der Einzelhandelspreise freigegeben wurden, sodass Ende des Jahres lediglich 150 der wichtigsten Industrie- und Konsumgüter staatlich kontrolliert wurden. Parallel zur Preisliberalisierung wurden zusätzlich die Löhne der Bevölkerung freigegeben mit der Hoffnung im Hintergrund sich so die Zustimmung der Bevölkerung zu den Reformen zu sichern. Um einen rasanten Inflationsanstieg zu vermeiden, wurden überhöhte Löhne besteuert. Allerdings hatte diese Maßnahme das Ergebnis, dass Löhne schlichtweg monatelang nicht ausbezahlt wurden um diese zusätzliche Steuerabgabe zu umgehen¹⁷⁷. Daneben hatte die Preisfreigabe schwere makroökonomische Folgen: Allgemeines soll nachfolgend erläutert werden. Auswirkungen auf die Regionen und die Regionalpolitik werden zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Kapitel diskutiert.

Das unmittelbarste und sichtbarste Phänomen der Liberalisierung waren sich häufende Warenberge in Produktionshallen, da zahlungsfähige Märkte aufgrund künstlich erzeugter Wucherpreise zunehmend wegbrachen. Andere Betriebe wiederum mussten ihre Produktion einstellen, da sie nicht mehr in der Lage waren Zulieferer von Vorprodukten zu bezahlen. Beides führte zu einer allgemeinen Illiquidität russischer Unternehmen, in deren Folge der russische Staat zur Rettung einspringen musste, was wiederum dem Ziel entgegenstand den Staat von der Wirtschaft zu entkoppeln¹⁷⁸. Es blieb der russischen Regierung angesichts sinkender Zahlungsfähigkeit und zunehmender Konfrontation importierter Produktionsmaßstäbe, mit denen russische Betriebe nicht Schritt halten konnten, nichts anderes übrig, als den russischen Staatshaushalt anzuzapfen um den Betrieben ihr Überleben zu sichern. Das führte zu unkontrollierbar ansteigenden Staatsausgaben bei gleichzeitig zurückgehenden Steuereinnahmen. Angesichts der Ausweglosigkeit der Situation und Konzeptionslosigkeit seitens der russischen Regierung, sah sich letztere dazu gezwungen, das entstehende Defizit über die Druckerpresse und niedrig gehaltenen Kreditzinsen für Unternehmen unterhalb der Geldentwertungsrate, sodass der Rubel erst gar nicht zu marktwirtschaftlichen Funktionsmechanismen gelangen konnte,

¹⁷⁷ Bell, Claudia: Der fiskalische Föderalismus in der Russischen Föderation, 1998, S.158ff.

¹⁷⁸ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1998, S.219.

auszugleichen. Damit manövrierte sich die russische Regierung in einen Teufelskreis, aus dem zu entkommen sich als sehr schwierig erwies: wollte sie den Geldwert stabilisieren, musste sie die Staatsausgaben drastisch senken und die Kreditzinsen auf ein reales Niveau anheben. Dies hätte ein Absterben großer Teile der russischen Industrie nach sich gezogen. Wurden jedoch die Kreditzinsen niedrig gehalten, wuchs die Geldmenge und führte zu einer galoppierenden Inflation¹⁷⁹. 1992 lag das Inflationsniveau bei gigantischen 2500% auf Basis der Verbraucherpreise, 1993 immerhin noch bei 840%. Diese astronomischen Raten waren auf eine zurückgestaute Inflation in der Sowjetunion zurückzuführen. Durch die administrativ fixierte Preisbildung konnte sich das Ungleichgewicht auf Güter- und Dienstleistungsmärkten nicht über einen Preis-Mengen-Mechanismus regulieren. Zudem existierte ein hohes verdecktes Verschuldungsmaß der Unternehmen, da diese aufgrund mangelnder Befähigung zur Eigenfinanzierung ihrer Mittel durch großzügige Unterstützung der Staatsbanken Liquiditätsprobleme bekämpfen konnten. Das führte zu einem Geldüberhang, der sich darin äußerte, dass einer aufgeblähten Geldmenge eine mangelnde Gütermenge gegenüberstand. Nach Wegbrechen des Systems fester Preisbildung kam es unweigerlich zu Preissteigerungen um das Ungleichgewicht zwischen Geld- und Gütermarkt wieder ins Lot zu bringen. Die über Nacht eingeleitete völlige Freigabe der Preise hat den Effekt über die Verhältnisse hinaus negativ verstärkt¹⁸⁰.

Hand in Hand mit der Liberalisierung ging die Privatisierung von Staatseigentum. Unter Privatisierung ist die „Überführung staatlichen Eigentums an private oder juristische Personen“¹⁸¹ zu verstehen. Der Privatisierung wird weiterhin die Funktion zuerkannt, „die „Entfremdung“ der Produzenten von ihren Produktionsmitteln zu überwinden, deren „Gleichgültigkeit“ gegenüber dem Staatseigentum zu beseitigen, indem sie die bislang eigentumslose Bevölkerung zu „wirklichen Eigentümern“ der Produktionsmittel macht und sie angesichts ihrer Verwandlung in eigenverantwortlich besitzende „Unternehmer“ in vielfältigen Eigentumsformen zu vermehrten, am Gewinn orientierten und an das Kapital-Einkommen gebundenen Arbeitsanstrengungen

¹⁷⁹ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1998, S.24ff.

¹⁸⁰ Hishow, Ognian: Von der Sowjet- in die Weltwirtschaft: Russlands Transformationsprozess und seine Perspektiven, 2004, S. 46ff.

¹⁸¹ Schwanitz, Simone: Russlands Regionen als neue Machtzentren, 1998, S.15.

motiviert¹⁸². Idealtypische Kriterien, unter denen eine Privatisierung zum Erfolg führt, wurden bislang noch nicht erstellt. Eine von vielen Varianten wurde unter Anleitung westlicher Berater, wie dem bekannten US-Ökonomen Jeffrey Sachs, in Russland durchgeführt: die Voucherprivatisierung. Im Rahmen des Privatisierungsprogramms unter der Leitung von Anatolij Čubajs¹⁸³, dessen gesetzliche Grundlage am 03.07.1991 mit dem Gesetz „Über die Privatisierung von staatlichen und kommunalen Unternehmen der RSFSR“¹⁸⁴ gelegt wurde, wurden in einer ersten Phase der Privatisierung, der sog. „Kleinen Privatisierung“ bis Oktober 1992 kleinere Unternehmen der Leicht- und Lebensmittelindustrie, Groß- und Einzelhandelsgeschäfte und weitere Dienstleistungsbetriebe in Auktionen an private Anbieter versteigert. Die Verantwortung oblag den lokalen Behörden¹⁸⁵. Weit mehr ins Gewicht – hauptsächlich aufgrund ihres katastrophalen Scheiterns - fiel die „Große Privatisierung“. Ab dem 01.10.1992 bis Februar 1993 wurden insgesamt 145 Mio. Voucher im Wert von 10000 Rubel pro Voucher unter der russischen Bevölkerung verteilt, der es so ermöglicht werden sollte Anteile an zu privatisierenden Unternehmen, an Voucherfonds oder Wohnungen in Staats- oder Gemeindebesitz zu erwerben¹⁸⁶. Diese Methode der Privatisierung erwies sich aus mehrerlei Gründen als absoluter Fehlschlag: erstens wurde der Nominalwert eines Vouchers mit 10000 RUR viel zu niedrig angesetzt. Unter Einbeziehung der Hyperinflation wäre man bei der Berechnung auf der Basis der 10000 RUR bei einem unrealistischen Gesamtwert der Industrie und Bodenschätze Russlands bei nur 5 Mrd. US-Dollar herausgekommen. Zweitens wurden neben mangelndem Wissen über die Verwendungsmöglichkeiten der Voucher viele Russen angesichts der prekären finanziellen Situation gezwungen, ihre Anteilsscheine zu verkaufen um mit Tauschwert in Form von Bargeld ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die ernste Lage

¹⁸² Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997, S.184.

¹⁸³ Anatolij Čubajs gehörte zu dem Kreis der Leningrader Jungreformer, die sich für Wirtschaftsreformen und demokratischen Wertewandel einsetzten. Er war in Leningrad schon für die Implementierung der Wirtschaftsreformen für den ehemaligen Bürgermeister A. Sobčak verantwortlich. Ab 1991 wurde er Vorsitzender des Staatlichen Komitees der Russischen Föderation zur Verwaltung des Staatsvermögens. 1992 wurde er Vizeministerpräsident unter der Regierung Gajdars und 1994-1996 Vizeministerpräsident und Finanzminister unter der Regierung Černomyrdins. Nach El'cins Wiederwahl 1996 wurde er sogar Leiter der Präsidialverwaltung. (<http://chubais.ru/biografiya/> letzter Zugriff: 21.12.2012)

¹⁸⁴ <http://www.hik-russland.de/images/stories/russland-wirtschaft-dateien/russland-investition-ueberblick.pdf> S.24. (letzter Zugriff: 21.12.2012)

¹⁸⁵ Heyer, Andreas: Die Neureichen Russlands- Gewinner der Transformation, in: <http://f4.hs-hannover.de/fileadmin/media/doc/f4/Aktivitaeten/Veroeffentlichungen/2003/arb87.pdf> , S.6.

¹⁸⁶ <http://russland.ahk.de/laenderinfo/russland/privatisierung/> (letzter Zugriff: 21.12.2012)

der russischen Bevölkerung wurde nicht nur von Händlern, die den Leuten ihre Voucher auf der Straße abkauften, ausgenutzt, sondern auch von Betriebsdirektoren, die sich ihren Status Quo aus Sowjetzeiten in die neue Ära hinüber retten wollten. Nicht nur bedienten sie sich persönlich an der Unternehmenskasse, auch wurden aus bereits erwähnten Gründen den Mitarbeitern ihre Löhne nicht ausgezahlt, sodass diese in ihrer Notlage ihre Anteilsscheine an die Direktoren verkauften, womit wiederum den Direktoren durch Akkumulation der Anteile der Kauf „ihrer“ Firma ermöglicht wurde¹⁸⁷. Wiederum andere Firmen, besonders Industriegiganten wie z.B. der Autobauer SIL konnten mit dem Staatskomitee für Eigentum und Staatsvermögen, das die Privatisierung institutionell flankierte, Vereinbarungen treffen, dass nur das eigene Management und die Belegschaft Anteile am Unternehmen erwerben konnten, sodass diese sich einer echten Privatisierung entziehen konnten¹⁸⁸. Ergebnis dieser großen Privatisierungswelle war, dass es am Ende zwei Verlierer gab: den normalen russischen Bürger und den russischen Staat. Bis 1997 brachte die Privatisierung dem Staat nur rund 1% des BIP¹⁸⁹. Gewinner der Privatisierung war eine kleine Minderheit der alten Sowjetnomenklatura, aus der sich nun die neue Wirtschaftselite rekrutierte. Dazu gehörten neben den bereits angesprochenen Betriebsdirektoren vor allem Parteifunktionäre mit informellen Netzwerken zu Ministerien und hohen politischen Ämtern sowie eine kleine Gruppe des informellen Kreises „Junge Ökonomen“, eine Gruppe Leningrader Hochschulabsolventen der Ökonomie, die sich schon während der Perestrojka in marktwirtschaftlichen Methoden übte und die durch offizielle Posten in der Jugendorganisation der KPdSU, dem Komsomol, bereits Verbindungen zur politischen Machtzentrale hatten und aus der später nicht wenig bekannte Oligarchen, wie Čubajs, Gussinskij oder Chodorkovskij hervorgingen¹⁹⁰.

Eine dritte, beliebte Methode der russischen Privatisierung war ab 1994 die „Aktien-gegen-Kredite Methode“ (loans for shares). Dabei ging es um Deals zwischen Banken und der russischen Regierung. Die Banken traten als Investoren auf und boten der

¹⁸⁷ Heyer, Andreas: Die Neureichen Russlands- Gewinner der Transformation, in: <http://f4.hs-hannover.de/fileadmin/media/doc/f4/Aktivitaeten/Veroeffentlichungen/2003/arb87.pdf>, S.8.

¹⁸⁸ Huber, Maria: Gutscheine für die neue Zeit, in: die Zeit vom 2.10.1992.

¹⁸⁹ <http://www.hik-russland.de/images/stories/russland-wirtschaft-dateien/russland-investition-ueberblick.pdf> S. 24. (letzter Zugriff: 21.12.2012)

¹⁹⁰ Schulze, Peter: Aufstieg und Fall der russischen Oligarchie: die Symbiose von ökonomischer und politischer Macht im neuen Russland, in: Schulze/Spanger: Die Zukunft Russlands-Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise, 2000, S. 71.

Regierung Kredite an, für welche sie im Gegenzug Aktienpakete lukrativer russischer zu privatisierender Unternehmen erhielten. Ab 01.09.1996 bekamen die Banken sogar noch ein Weiterverkaufsrecht¹⁹¹. Die Banken als Investoren spielten eine zentrale Rolle im Transformationsprozess einerseits hinsichtlich des Aufstiegs der neuen Wirtschaftselite und dem im Zuge dessen entstehenden Wirtschaftssystem und andererseits hinsichtlich der Verwaltung von Staatsgeldern. Bereits Ende der 80er Jahre erfolgte die Einsicht in die Anpassung des sowjetischen Bankensystems an internationale Standards¹⁹². Bis dahin waren sowjetische Banken auf eine rein bürokratische Aufgabe beschränkt, die darin bestand Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Das widersprach eklatant der Funktion von Banken in Marktwirtschaften, die dort als Finanzintermediäre auftraten, die basierend auf Effizienzkriterien Gelder von Kreditgebern zu Kreditnehmern übermittelten und so maßgeblich zur Finanzierung von Investitionen und Konsum beitrugen¹⁹³. Nach Aufweichen des sowjetischen Bankensystems schossen ab 1987/88 Privatbanken wie Pilze aus dem Boden. Allerdings waren die Banken nur in den seltensten Fällen tatsächlich in privater Hand. Vielmehr entwickelten sich diese Geschäftsbanken aus sektoralen Abteilungen (Industrie, Bauwesen etc.) der früheren Staatsbanken¹⁹⁴. Im Rahmen der El'cinschen Reformen wurde dann Anfang der 90er angesichts der Hyperinflation das Bankensystem nach westlichem Vorbild in ein zweistufiges verwandelt mit Zentralbank und Geschäftsbanken zur besseren Kontrolle der sich im Umlauf befindlichen Geldmenge¹⁹⁵. Allerdings beschränkte sich auch nach dieser Reform die Aufgabe vieler Geschäftsbanken darauf, nicht konkurrenzfähige Unternehmen mit Krediten zu weichen Konditionen zu versorgen, zumal es zu der Zeit in Russland kein ausgeklügeltes Konkursrecht mit Verfahrensanweisungen für bankrotte Unternehmen gab, die es den Banken erlaubt hätte auf diesem Wege ihr Geld einzutreiben. Monetär versorgt wurden die Geschäftsbanken daher von der Zentralbank. Über die gesamte Regierungszeit El'cins überschritt die Gesamtsumme der vergebenen Bankkredite nie die Marke von

¹⁹¹ <http://www.hik-russland.de/images/stories/russland-wirtschaft-dateien/russland-investition-ueberblick.pdf> S. 24. (letzter Zugriff: 21.12.2012)

¹⁹² Hishow, Ognian: Von der Sowjet- in die Weltwirtschaft: Russlands Transformationsprozess und seine Perspektiven, 2004, S. 142.

¹⁹³ Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, 2004, S.138.

¹⁹⁴ Hishow, Ognian: Von der Sowjet- in die Weltwirtschaft: Russlands Transformationsprozess und seine Perspektiven, 2004, S. 142.

¹⁹⁵ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997, S.482.

10% des BIP. Zwei Drittel der von Geschäftsbanken vergebenen Kredite stammten ursprünglich von der Zentralbank. Somit waren die Geschäftsbanken letztlich nichts anderes als Filialen der Zentralbank ohne Risikogeschäft¹⁹⁶. Da also das Kreditgeschäft für die Geschäftsbanken nicht sonderlich einträglich war, gingen viele dazu über Geschäfte mit dem Staat zu machen. Dabei erwiesen sich der Handel von Staatsanleihen und die Verwaltung von Haushaltsgeldern als besonders vorteilhaft als Finanzierungsquelle. Durch die geringe Anzahl von Auflagen für eine Bankengründung entstanden bis 1994 bis zu 2500 Geschäftsbanken¹⁹⁷. Zu dieser Zeit, als das Geschäft der Privatbanken nur mit geringem Risiko behaftet war, stiegen auch viele private Unternehmer in bestehende Geschäftsbanken mit ein, was nun erstens für die Rolle der Banken im Privatisierungsprozess von Belange war, ebenso wie oben angedeutet für die Entstehung eines ganzen Wirtschaftssystems¹⁹⁸. Die Methode des Vorgehens der Banken im Rahmen der „loans-for-shares-Privatisierung“ beschreibt Heyer in seiner Untersuchung am treffendsten: „ Das Konzept wurde im Sommer 1995 von einem Konsortium russischer Großbanken unter der Führung des Bankiers Potanin entworfen und sah vor, der Regierung einen Kredit in Höhe von umgerechnet 2 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung des Haushaltes bereitzustellen. Als Sicherheit sollte der Staat große Aktienpakete der profitabelsten Industriebetriebe an die Geldinstitute verpfänden. Es handelte sich hauptsächlich um Unternehmen der Energie- und Metallindustrie. Jedes Aktienpaket sollte im Rahmen einer Privatisierungsauktion an die Bank vergeben werden, die das beste Kreditangebot unterbreiten würde. Die Regelung der Auktionen diente den vielfältigen Korruptionsnetzwerken jedoch als wahrer Nährboden. Erstens konnte die mit der Durchführung der Versteigerung beauftragte Bank selbst Gebote abgeben. Zweitens hatte sie als Veranstalter das Recht, Bieter zu disqualifizieren. Außerdem wurden ausländische Finanzinstitute von den meisten Versteigerungen ausgeschlossen, sodass die Anzahl der potenziellen Bieter aufgrund des noch relativ unterentwickelten Bankensektors sehr begrenzt war. Unter diesen Voraussetzungen war der Ausgang der Auktionen bereits vorgegeben. Die organisierende Bank gab ein Gebot ab, das um einen Bruchteil die staatlich vorgegebene Mindestgrenze überstieg, und disqualifizierte alle höher bietenden Konkurrenten aus technischen Gründen. War sie

¹⁹⁶ Bell, Claudia: Der fiskalische Föderalismus in der Russischen Föderation, 1998, S.168.

¹⁹⁷ Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, 2004, S.138.

¹⁹⁸ Hishow, Ognian: Von der Sowjet- in die Weltwirtschaft: Russlands Transformationsprozess und seine Perspektiven, 2004, S. 142.

am Aktienpaket selbst nicht interessiert, erhielt eine der „befreundeten“ Banken den Zuschlag. Da die Zahl der Bieter sehr klein war und mindestens zwei Teilnehmer am Versteigerungsverfahren vorgeschrieben waren, traten häufig Tochtergesellschaften ein und desselben Geldinstituts gegeneinander an, sodass es insgesamt bei nur zwei Auktionen zu echtem Wettbewerb kam, bei denen ein ordentlicher Verkaufspreis erzielt werden konnte. Das Programm lief faktisch darauf hinaus, dass die Kredite vom Staat nicht zurückgezahlt wurden und die wenigen von der Regierung begünstigten Großbanken sich billig in die lukrativsten Unternehmen Russlands einkaufen konnten. Zwei Jahre später betrug der Wert derselben Betriebe nicht selten das 20-fache des Auktionspreises¹⁹⁹. Eines der bekanntesten Beispiele, das exemplarisch für zahlreiche andere Verfahren stehen kann, war die Übernahme von Yukos durch die Menatep-Bank. Die Bank selbst wurde 1988 von Michail Chodorkovskij gegründet. Im Rahmen der Privatisierung kaufte sie sich strategisch in die Chemie- und Textilindustrie ein. Daneben gehörten ihr Firmen aus der Nahrungsmittel- und Metallindustrie. Organisiert wurden die Unternehmensbeteiligungen in der Holding Rosprom. Ende 1995 gelang es der Bank durch die beschriebene loans for share-Methode die Ölgesellschaft Yukos zu erwerben. Durch Gewinnabzüge aus dem Erdölgeschäft wurde erstens die Liquidität der anderen Beteiligungen sichergestellt. Zweitens kaufte sich Menatep in weitere Unternehmen ein. Infolge der Finanzkrise 1998 wurden alle liquiden Mittel der Bank in die gewinnbringenden Unternehmen transferiert, allen voran Yukos, Chodorkovskij wechselte in den Vorstand von Yukos und Menatep ging durch ein Konkursverfahren in Yukos auf²⁰⁰. Die nachstehende Tabelle zeigt einen Ausschnitt der wichtigsten sog. Finanz-Industriellen-Gruppen (FIG) der 90er Jahre und ihre Form der Einflussnahme auf die Politik.

¹⁹⁹ Heyer, Andreas: Die Neureichen Russlands- Gewinner der Transformation, in: <http://f4.hs-hannover.de/fileadmin/media/doc/f4/Aktivitaeten/Veroeffentlichungen/2003/arb87.pdf>, S.11ff.

²⁰⁰ Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, 2004, S.153.

FIG	Kontrollierte Unternehmen	Form der politischen Einflussnahme
Alfa-Gruppe	<p><u>Ölindustrie</u>: TNK (seit 1997)</p> <p><u>Chemieindustrie</u>: Akrichin</p> <p><u>Glasproduktion</u>: Borovskij stekol'nyj zavod</p> <p><u>Nahrungsmittelindustrie</u>: Kuban'-Sachar</p> <p><u>Bauindustrie</u>: Alfa-Cement</p> <p><u>Handel</u>: Alfa-Eko, Handelshaus Nikitin</p> <p><u>Finanzdienstleistungen</u>: Alfa-Bank</p> <p><u>Medien</u>: Alfa-TV</p>	<p>Persönliche Kontakte</p> <p>Loyale Anhänger in staatliche Positionen bringen bzw. von dort abwerben</p> <p>Zahlungen an Politiker oder Bürokraten</p>
Berezovskij/LogoVAZ	<p><u>Ölindustrie</u>: Sibneft (Anteil unbekannt)</p> <p><u>Handel</u>: Kuzbasnefteprodukt, LogoVAZ, Barnaulnefterodukt</p> <p><u>Finanzdienstleistungen</u>: Avtovazbank, Bank KOPF, Ob''edinennyj Bank</p> <p><u>Medien</u>: ORT, TV-6, Naše Radio, Nezavisimaja Gazeta, Novye Izvestija, Obščaja Gazeta, Kommersant, Ogonek, Rossijskie Vesti</p>	<p>Persönliche Kontakte</p> <p>Loyale Anhänger in staatliche Positionen bringen bzw. von dort abwerben</p> <p>Zahlungen an Politiker oder Bürokraten</p> <p>Informationen an Massenmedien geben</p>
Menatep/Rosprom	<p><u>Ölindustrie</u>: Yukos</p> <p><u>Metallindustrie</u>: Volžskij trubnyj zavod</p> <p><u>Chemieindustrie</u>: AO Apatit, AO Nitron</p> <p><u>Textilindustrie</u>: Moskovskij šinnyj zavod, Omskšina</p> <p><u>Finanzdienstleistungen</u>: Bank Menatep, Bank Menatep St. Petersburg, Investmentgruppen Russkie Investory, Doveritel'nyj i Investicionnyj Bank, Versicherungsgesellschaft JuKOS-Garant</p> <p><u>Medien</u>: ORT, Verlag Independent Media, Literaturnaja Gazeta, Elektronnaja Gazeta.ru</p>	<p>Persönliche Kontakte</p> <p>Loyale Anhänger in staatliche Positionen bringen bzw. von dort abwerben</p> <p>Zahlungen an Politiker oder Bürokraten</p> <p>Informationen an Massenmedien geben</p>
Most-Gruppe	<p><u>Finanzdienstleistungen</u>: Most-Bank, Versicherungsgesellschaft Spasskie Vorota</p> <p><u>Medien</u>: NTV, TNT, NTV-Mir Kino, NTV-Profit, Radio Echo Moskvy, Verlag Sem' dnej, Itogi, Telemost</p>	<p>Persönliche Kontakte</p> <p>Loyale Anhänger in staatliche Positionen bringen bzw. von dort abwerben</p> <p>Zahlungen an Politiker oder Bürokraten</p> <p>Informationen an Massenmedien geben</p>

Onaksim/Interros/MFK	<u>Ölindustrie:</u> Sidanko <u>Metallindustrie:</u> Norilsk Nickel, Novolipetskij MK <u>Maschinenbau:</u> Baltijskij Zavod, LOMO, Permskie Motory, Severnaja Verf, Suchoj <u>Chemieindustrie:</u> Fosforit, Azot Čerepovez, <u>Finanzdienstleistungen:</u> Onaksimbank, MFK, Investmentgruppen Renessans-Kapital, Sputnik, SVIFT und Vostočnaja Investicionnaja Kompanija, Versicherungsgesellschaften Interros-soglasie, Renessans-strachovanie <u>Medien:</u> Ekspert, Izvestija, Komsomol'skaja Pravda, Russkij Telegraf	Persönliche Kontakte Loyale Anhänger in staatliche Positionen bringen bzw. von dort abwerben Zahlungen an Politiker oder Bürokraten Informationen an Massenmedien geben
----------------------	--	--

Abbildung 3: FIG in Russland

Quelle: siehe Fußnote²⁰¹

Diese gängige Praxis führte alsbald zu der Entwicklung mächtiger sogenannter Finanz-Industriegruppen (FIG- siehe Tabelle), die nicht nur die Entwicklung eines echten marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zu ihren Gunsten verhinderten, sondern auch zu einem mächtigen Vetospieler des russischen Staates wurden und hohe Unternehmensvertreter in politisch verantwortungsvolle Positionen brachten. Bei den Privatisierungsauktionen konnten vor allem die Onaksim-Bank unter dem Vorsitz Potanins und die Menatep unter Chodorkovskij ihre Verbindungen zu ihrem strategischen Partner Čubajs, der die Privatisierung bekanntlich leitete, ausnutzen. Politisch schlug sich die Verbindung beispielsweise für Potanin im Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten mit Zuständigkeit für Wirtschaftspolitik, nieder. Andere Wirtschaftsmagnate wie Boris Berezovskij suchten den direkten Kontakt zu Präsident El'cin. Besonders offensichtlich wurde der oligarchische Einfluss auf die Politik im Präsidentschaftswahlkampf 1996, wo mehrere Banken, darunter Onaksim, Menatep und Alfa unter der Leitung von Berezovskij, Potanin und Čubajs, El'cins Wahlkampf finanzierten und ihn über ihre Medienanteile einseitig beeinflussten²⁰². Als Überleitung zum politischen System und unter der Voraussetzung, dass sich politisches und ökonomisches System gegenseitig bedingen, da ersteres die Rahmenbedingungen bereitstellen sollte, sollte der Gedanke im Hinterkopf behalten werden, dass die Verschmelzung von Politik und Wirtschaft unter dem Begriff der Oligarchie zu

²⁰¹ Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, 2004, S.373-375 und S.157-161.

²⁰² Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, 2004, S. 172ff.

verstehen ist, also der „Herausbildung einer politisch weder kontrollierten, noch legitimierten Herrschaftsstruktur (...), die im Zuge der wirtschaftlichen Umgestaltung und der Verfilzung von privatwirtschaftlichen Interessengruppen mit Organen des Staates, oder mit Organen der Macht“²⁰³. Folglich muss die Entstehung dieser Finanzoligarchie auf die Schwäche des Staates, seiner Macht und Institutionen zurückzuführen sein.

5.2. Politisches System unter El'cin

Unter diesem Punkt soll nicht so sehr auf die Institutionen eingegangen werden, die unter El'cin reformiert oder neu entstanden sind. Vielmehr sollen die institutionelle Praxis und El'cins Regierungsstil in den Mittelpunkt des Interesses gestellt werden. Welche Ministerien und Institutionen mit welchem Aufbau entstanden sind, wurde in der wissenschaftlichen Literatur bereits zur Genüge diskutiert. Für diese Arbeit sind das Wechselspiel von Politik und Ökonomie und die gegenseitige Einflussnahme auf föderaler und regionaler Ebene vielmehr von Bedeutung.

Dem Papier nach wurde mit der russischen Verfassung von 1993 ein semi-präsidentielles System nach französischem Vorbild geschaffen²⁰⁴. Jedoch stand schon ihre Entstehung unter einem schlechten demokratischen Stern. Bezeichnend für die gesamte El'cin-Ära ist in diesem Zusammenhang, dass der Implementierung der neuen russischen Verfassung ein Staatsstreich seitens El'cin vorausgegangen war: am 21.09.1993 erklärte er sich per Ukas (dt. Erlass) Nr. 1400 zum Alleinherrscher Russlands, indem er den Obersten Sowjet und den Volksdeputiertenkongress auflöste und für Mitte Dezember Neuwahlen für eine Staatsduma ansetzte. Nachdem er im Oktober 1993 das Parlamentsgebäude mit Panzern beschießen ließ, beendete er damit nicht nur den eskalierenden Machtkampf zwischen Präsident und Parlament, sondern erstickte auch die Entstehung eines echten Parlamentarismus in Russland im Keim. Mit der Verfassung vom Dezember 1993 wurde daraufhin ein Dokument erschaffen, das sich einerseits wie oben erwähnt an Systemen wie dem französischen oder

²⁰³ Schulze, Peter: Aufstieg und Fall der russischen Oligarchie: die Symbiose von ökonomischer und politischer Macht im neuen Russland, in: Schulze/Spanger: Die Zukunft Russlands-Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise, 2000, S. 71.

²⁰⁴ Mommsen, Margareta: Das „System Jelzin“- Struktur und Funktionsweise des russischen Superpräsidentialismus, in: Merkel/Busch: Demokratie in Ost und West, 1999, S.293.

amerikanischen orientierte und formal demokratischen Standards entsprach, das jedoch andererseits sehr viel Gestaltungs- und Interpretationsspielraum hin zu einer (über)mächtigen Stellung des Präsidenten ließ²⁰⁵. Demnach vereinigte der Präsident der Russischen Föderation sowohl exekutive als auch legislative und judikative Kompetenzen auf sich. Der Präsident erhält laut Verfassung (Art.80/3) nicht nur die Richtlinienkompetenz für Innen- und Außenpolitik und das Recht auf Parlamentsauflösung, sollte das Parlament den von ihm vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten dreimal ablehnen (Art. 111/4). Er erhält darüber hinaus das Recht auf Gesetzesinitiative und das Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Föderationsrates, das nur durch eine 2/3-Mehrheit in beiden Parlamentskammern aufgehoben werden kann. In diesem Zusammenhang sind zwei weitere Befugnisse für den Präsidenten von großer Wichtigkeit, die ihn dazu befähigen, die Normen der Verfassung außer Kraft zu setzen und demokratische Verfahrensweisen auszuhebeln. Zu nennen sind hier erstens das Recht im Rahmen von Verfassung und Gesetzen Dekrete und Verfügungen zu beschließen (Art.90/1), zweitens erhält er als Garant der Verfassung judikative Vollmachten (Art. 80/2) sowie drittens das Recht zur Verhängung des Kriegsrechts und des Ausnahmezustandes (Art.88 + 87/2)²⁰⁶. Besonders Art. 90/1 machte sich El'cin zu Nutze und implementierte ein Regierungssystem eines Ukas-Präsidententums mit einem mächtigen Präsidentenapparat im Hintergrund. Besonders betrifft dies die Wirtschaftspolitik, deren Grundlagen in der Verfassung von 1993 nur wenig genaue Ausführungen erfahren. Art.75 enthält Regeln zur Geldpolitik, Art. 57 verbietet die rückwirkende Einführung von Steuern. Eine Finanzverfassung gibt es nicht²⁰⁷. Zwar wurden zahlreiche gesetzliche Grundlagen zur Markttransformation geschaffen (z.B. Juli 1991: Gesetz über die Privatisierung von Staats- und Kommunalbetrieben, oder März 1991: Gesetz über den Wettbewerb und die Eindämmung monopolistischer Tätigkeit auf den Warenmärkten und im Dezember 1991 mehrere Gesetze zur Grundlage eines Steuersystems). Doch widersprechen sich viele Gesetze und sind nur sehr vage formuliert, was den ausführenden Behörden nicht nur großen Interpretationsspielraum

²⁰⁵ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997, S.387.

²⁰⁶ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997, S.388.

²⁰⁷ Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, 2004, S.93.

lässt, sondern auch als Folge der Korruption Tür und Tor öffnete. Rechtsunsicherheit wurde des Weiteren dadurch geschaffen, dass viele Gesetze durch Präsidentenerlasse oder Verordnungen erweitert, geändert oder neu interpretiert wurden und letztendlich zum Gegenstand des Machtkampfes innerhalb der politischen Elite wurden. Wichtige, essentielle Rechtsgrundlagen für die ökonomische Transformation, die lediglich durch einen Erlass abgesichert waren, sind z.B. „Über die Handelsfreiheit“, „Über die beschleunigte Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe, „Über die Maßnahmen zur sozialen Unterstützung der arbeitslosen Bürger“, „Über Konkurse“²⁰⁸.

Verwunderlich ist diese Entwicklung nicht wirklich, eingedenk der Tatsache, dass in der neuen Russischen Föderation kein Elitenwandel stattfand, sondern sich die neue politische Elite aus der Nomenklatura der alten Staatspartei speiste. Zwar wurden alle in einem demokratischen System notwendigen Institutionen geschaffen, geprägt waren sie allerdings von der Denk- und Verhaltensweise des alten Sowjetsystems und wurden nie mit einem demokratischen Geist zum Leben erweckt²⁰⁹. Angesichts der vorangegangenen ausufernden Mafia ähnlichen Strukturen des Raubtierkapitalismus und dessen Übergreifen auf staatliche Strukturen, muss in Zweifel gezogen werden, ob der russische Staat sein Gewaltmonopol überhaupt ausübte²¹⁰, denn dass das staatliche Gewaltmonopol eine notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Systemwechsel ist, sollte außer Frage stehen²¹¹. Auf Russland bezogen verstärken sich jedoch diese Zweifel, da Russland nach dem Untergang der Sowjetunion erst noch einen schwierigen state and nation building-Prozess durchlaufen musste. Der Kampf um die Eigenstaatlichkeit war in Russland ungleich stärker, als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, da Russland als administratives Zentrum der Sowjetunion quasi von dort aus mitverwaltet wurde. Folglich fehlten eigene staatliche Institutionen entweder ganz oder sie waren nur rudimentär vorhanden²¹². Des Weiteren fehlte ein

²⁰⁸ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997, S.506.

²⁰⁹ Mommsen, Margareta: Das „System Jelzin“- Struktur und Funktionsweise des russischen Superpräsidialismus, in: Merkel/Busch: Demokratie in Ost und West, 1999, S.291.

²¹⁰ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997, S.33.

²¹¹ Pridham, Geoffrey: Rethinking regime change theory and the international dimension of democratisation: ten years after in East-Central Europe, in: Pridham/Agh: Prospects for democratic consolidation in East-Central-Europe, 2001, S. 54.

²¹² Von Steinsdorff, Silvia/Bos, Ellen: Zu viele Parteien- zu wenig System. Zur verzögerten Entwicklung eines Parteiensystems im post-sowjetischen Russland, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 3, 1997, S. 104.

entscheidendes Merkmal, das demokratische Systeme im Wesentlichen charakterisiert: ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der dem System den Rücken stärkt. Da die eingeleiteten Reformen zur Systemtransformation unter den neuen Staatszwecken Demokratie und Marktwirtschaft propagiert wurden, die Bevölkerung jedoch weder miteinbezogen wurde, noch eine Verbesserung ihrer materiellen Lage sah (im Gegenteil: eine Verarmung breiter Gesellschaftsschichten stattfand), nimmt es nicht Wunder, dass diese beiden Schlagworte in der Bevölkerung durchgehend negativ konnotiert sind. Der Systemwechsel war von Anfang an ein von oben diktiertes Oktroyat. Russland erlebte zwar eine lange andauernde Liberalisierungsphase, die eigentliche Demokratisierungsphase im Sinne eines institutionellen und gesellschaftlichen Neuanfangs setzte aber erst sehr spät ein und blieb auch in ihren Kinderschuhen stecken. Zurückzuführen ist dies sicherlich mitunter darauf, dass der Systemwechsel nicht von unten, also vom Volk ausgehend, seine Anfänge fand. Beispielsweise gab es in Russland nie eine echte Oppositionsbewegung, wie sie es in der ehemaligen DDR gab, die für Veränderungen im System demonstriert hätte. Die Sowjetunion wurde ohne inneren Widerstand des Volkes zu Grabe getragen. Da es an einer starken Oppositionspartei bzw. -bewegung mangelte, konnten sich auch keine im Volk verankerten Parteien entwickeln, die ihre Programmatik entlang des zu bewältigenden Transformationskonflikts ausrichteten. Zwar kam es im Zuge der Liberalisierungsphase zu zahlreichen politischen Bewegungen und Organisationen, diese konnten sich jedoch nie lang am Leben erhalten. Vielmehr fand eine Entwicklung ähnlich der des Bankensektors statt: Parteien gründeten sich aus verschiedenen Flügeln der sowjetischen Staatspartei KPdSU. Der demokratische Anspruch der Interessenrepräsentation durch Parteien wurde in Russland jedoch von Anfang an verfehlt und politische und ökonomische Interessen wurden am Parlament vorbei an die Regierung herangetragen. Man folgte der sowjetischen Tradition der Interessenvertretung durch Staatslobbys, die die Interessen der mächtigsten Wirtschaftskartelle vertraten²¹³. „Folgerichtig haben auch der Staatspräsident und die Regierung ihre wichtigste Machtbasis nicht in den Parteien, sondern in den Staatslobbys (...) Während damit die Repräsentation einiger mächtiger Wirtschaftsinteressen den politischen Prozess dominiert, ist die Vertretung territorialer und funktionaler Interessen

²¹³ Von Steinsdorff, Silvia/Bos, Ellen: Zu viele Parteien- zu wenig System. Zur verzögerten Entwicklung eines Parteiensystems im post-sowjetischen Russland, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 3, 1997, S. 133ff.

durch Parteien und Verbände unterentwickelt. Verstärkt wird diese Tendenz durch die beherrschende Rolle charismatischer Einzelpersonlichkeiten, deren persönliche Ambitionen die Gestalt des Parteiensystems weitaus stärker prägen als programmatische Erwägungen und sachliche Differenzen²¹⁴. Besonders fehlte es an einer politischen Kraft, die ernsthaft den Versuch unternahm mit einer durchdachten sozialpolitischen Programmatik den Systemwechsel für die Bevölkerung und vor allem für die Arbeiter sozialverträglich zu gestalten. Diese Entwicklung hatte auf Dauer gesehen negative Konsequenzen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft. Eine Zivilgesellschaft, wie sie in westlichen Staaten verstanden wird, setzt eine bürgerliche Klasse voraus, die sich jenseits materieller Interessen gegenüber staatlichen Institutionen emanzipiert. Eine bürgerliche Klasse aber gab es in der Sowjetunion nicht. Vor dem Hintergrund des eben Erläuterten stellt sich jedoch unweigerlich die Frage: aus welchen vorhandenen Klassen sollte sie sich im neuen Russland bilden? In westeuropäischen Staaten bildet der privat angehäuften Besitz die Grundlage für die Macht der bürgerlichen Klasse. Dieser Schritt musste bzw. muss im post-sowjetischen Russland erst noch getan werden²¹⁵. Die Anhäufung privaten Besitzes und steigenden Wohlstandes wurde durch das Scheitern der Wirtschaftsreformen verhindert. Ein effizienter Staatsaufbau, der notwendig gewesen wäre für das Gelingen der Transformation, wurde jedoch auch vom bestehenden System der Oligarchie torpediert. Sie vermochte alle Gesetze zu verhindern, die ihre Wirtschaftsmacht beschnitten hätte, wie z.B. ein effizientes Steuersystem oder der Aufbau rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen. Letztere, die eine Grundvoraussetzung demokratischer Systeme sind, konnten aber nicht in ihrem Interesse liegen, da sie Kontrolle bedeutet hätte. Denn nur unter den Bedingungen von Rechtsunsicherheit und mangelnder staatlicher Ordnungspolitik war es möglich, in so kurzer Zeit eine radikale Umverteilung des Staatsvermögens zu vollziehen und das Kapital in den Händen einiger weniger Finanzgruppen zu konzentrieren²¹⁶. Das Fazit für die politische und ökonomische Entwicklung Russlands unter Präsident El'cin für diesen Teil fällt dementsprechend ernüchternd aus: die Strukturen und Institutionen, die

²¹⁴ Von Steinsdorff, Silvia/Bos, Ellen: Zu viele Parteien- zu wenig System. Zur verzögerten Entwicklung eines Parteiensystems im post-sowjetischen Russland, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 3, 1997, S.136.

²¹⁵ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997, S.313.

²¹⁶ Schulze, Peter: Aufstieg und Fall der russischen Oligarchie: die Symbiose von ökonomischer und politischer Macht im neuen Russland, in: Schulze/Spanger: Die Zukunft Russlands-Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise, 2000, S. 73.

entstanden sind, sind zwar formal demokratisch, entsprechen also den Kriterien Dahls, jedoch macht nur ihre Fassade einen demokratischen Anschein. Gleichzeitig ist dabei die Tendenz entstanden, „Demokratie“ nicht an Strukturen zu messen und auszurichten, sondern an Personen, die das Vertrauensdefizit in Institutionen und Organisationen der Macht kompensieren sollen²¹⁷. Niedergeschlagen hat sich das in El'cins Politikstil getreu dem Motto: alle Macht der Exekutive. Ermöglicht wurde der Regierungsstil durch die fehlende parlamentarische und parteipolitische Basis und mangelnde Rückkopplung im Volk. Wichtige Entscheidungen, vor allem in der Wirtschaftspolitik wurden durch Erlasse durchgedrückt um eine Blockierung durch Duma und Föderationsrat zu vermeiden. Im Endergebnis zielte El'cins Politikstil nur auf die Erhaltung der eigenen Machtbasis und hatte mit demokratischem Regieren nur sehr wenig gemein. Vielmehr war das Land von informellen Netzwerken regiert, die sich durch ihr Kapital in politische Ämter einkauften, die Regierung entscheidend beeinflussten und folglich aus ökonomischen und Eigeninteressen überhaupt kein Interesse an der Implementierung und dauerhaften Durchsetzung demokratischer Institutionen und Verfahrensweisen haben konnten. Deshalb stellt sich zwangsläufig die Frage, ob nicht anstelle der Demokratie eine autoritäre Staatsform zu wählen sei, weil diese den politisch effizienteren Weg zur Etablierung einer Marktwirtschaft darstellt²¹⁸, oder anders gefragt: war der Weg, den Präsident Putin eingeschlagen hat, aufgrund der inneren Entwicklungen in Russland unausweichlich um die staatliche Integrität zu wahren? Diese Frage ist rein spekulativ und unterstellt nicht, dass in Russland nicht die Möglichkeit bestanden hätte, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den Übergang zu einem demokratischen Regime zu schaffen. Es ist jedoch die logische Gedankenfolge, dass das „demokratische“ System, so wie es sich unter Präsident El'cin ausformte, in eine Sackgasse führen musste. Ob sich diese Überlegungen auch auf die regionale Ebene projizieren lässt, soll nachfolgend erforscht werden. Deshalb wird der nächste Schritt sein, das Dargestellte für diesen Zeitraum von der föderalen auf die regionale Ebene zu übertragen. War die Entwicklung der föderalen Ebene auch für die Regionen zwangsläufig? Wie wurden in den Regionen Liberalisierung und

²¹⁷ Kljankin, Igor: Die postkommunistische Demokratie und ihre historischen Besonderheiten in Russland, in: Bogomolov/Vogel: Russland und Deutschland- Nachbarn in Europa, 1992, S.90.

²¹⁸ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1997, S.353.

Privatisierung durchgesetzt? Bildeten sich auch dort informelle Netzwerke, die auf die Regionalregierung Einfluss nahmen? Diese Fragen gilt es nun zu beantworten.

5.3. Regionalpolitik in der El'cin-Ära:

Wenn es um Regionalpolitik und regionale Entwicklung geht, stellt sich im gleichen Atemzug fortwährend die Frage, ob diese besser in einem föderalen System, oder in einem zentralistischen System zu verwirklichen sei. Positiv konnotierte Begriffe im Zusammenhang mit Föderalismus sind Autonomie, Selbstverwaltung, Kooperation, dezentrale Entscheidungsfindung, Wettbewerb, Bürgernähe, Partizipation, Subsidiarität²¹⁹ etc. Bei Vergegenwärtigung der dargelegten Entwicklungen auf zentraler Ebene in den 90er Jahren und der historischen Ausgangsbedingungen, liegt die Hypothese nahe, dass Föderalismus möglicherweise nur auf Basis einer Gesellschaft funktioniert, die bereits hinreichend sozialökonomisch homogen ist, analog der Vermutung, dass in Russland anstelle der Demokratie ein autoritäres Regime den effizienteren Weg zur Einführung der Marktwirtschaft für Russland darstellt. Das würde in Russland auch die These widerlegen, dass ein föderaler Staatsaufbau in demokratischen Systemen besser gelingt als in zentral regierten Systemen und im Umkehrschluss zur Folge haben, dass Russland erst flächendeckend demokratisiert werden muss, damit der föderale Gedanke zu seiner vollen Entfaltung kommen kann. In der Tat wird dieser Gedanke durch die Ausgangsbedingungen zu Ende des Sozialismus unterstützt. Bis zum Ende der Sowjetunion wurde deren föderale Gliederung vor allem von Parteifunktionären und Wirtschaftseliten als etwas Provisorisches bzw. als Übergangsform zum vollkommenen Einheitsstaat angesehen. Denn de facto widersprach eine föderale Gliederung den organisatorischen Strukturen der KPdSU sowie den administrativ-unitaristischen Befehlsmethoden der Verwaltung. Ebenso wurde der wirtschaftliche und soziokulturelle Aufbau hoch zentralisierten Verwaltungssystemen untergeordnet. Die Republiken, autonomen Gebiete und Kreise besaßen keinerlei Selbstverwaltungsrechte oder Finanzautonomie²²⁰. Hinzu kommt, wie im vorherigen Kapitel schon angedeutet, eine speziell russische Bürde der historischen

²¹⁹ Preuß, Ulrich: Sozialökonomische und politische Aspekte des Verhältnisses von Föderalismus und Demokratie, in: Stuby, Gerhard: Föderalismus und Demokratie. Ein deutsch-sowjetisches Symposium, 1992, S.55.

²²⁰ Muksinov, Irik: die geschichtliche Entwicklung des sowjetischen Föderalismus und die Zukunft der Union der SSR, in: Stuby, Gerhard: Föderalismus und Demokratie. Ein deutsch-sowjetisches Symposium, 1992, S.35.

Erfahrung mangelnder Staatlichkeit. Russland als einheitliches Ganzes wurde schon immer nur durch militante Ideologien, seien es religiös-monarchistische, groß-russische oder kommunistische, zusammengehalten, in Kombination mit einem mächtigen Apparat zur Unterdrückung politischer Freiheitsrechte für die Bevölkerung. Da also nach dem Ende der Sowjetunion zunächst ein state und nation building-Prozess in Gang gesetzt werden musste, ist es nicht überraschend, dass es an einer vollwertigen Regionalstruktur sowie an einem schlagkräftigen regional-politischen Konzept fehlte, was jedoch so wichtig gewesen wäre, um einen demokratischen Rechtsstaat von unten entstehen zu lassen ²²¹.

In der Endphase der Sowjetunion, als es zum offenen Machtkampf zwischen Gorbachev und El'cin kam, gab El'cin aus Machtkalkül noch die Parole aus, dass sich die Regionen so viel Autonomie nehmen sollten, wie sie vertragen könnten in der Hoffnung, so durch die regionalen Eliten unterstützt zu werden. Dass er damit einen Stein ins Rollen brachte, der Russland an den Rande des Staatszerfalls brachte, ahnte er jedoch wohl selbst nicht. Viele Regionen sahen ihre Chance gekommen, sich vom Zentrum zu emanzipieren und nach möglichst viel Souveränität zu streben. Dabei war die Tendenz zu erkennen, dass vor allem Regionen mit mehrheitlich nicht russischer Bevölkerung nach Unabhängigkeit strebten, wohingegen Regionen mit überwiegend russischer Bevölkerung sowie Regionen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Struktur stark von Transferzahlungen von Seiten der föderalen Regierung abhängig waren, sich der Zentralregierung verbunden fühlten²²². Somit war die weitere Entwicklung gekennzeichnet von zwei Begriffen, die sich durch die El'cin-Ära wie ein roter Faden hindurch zogen und sich institutionell niederschlugen: der „asymmetrische Föderalismus“ und das „bilateral bargaining“.

5.3.1. Die Institutionalisierung eines föderalen Systems

Noch bevor die Verfassung im Dezember 1993 das Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen zu regeln versuchte, manifestierte sich der asymmetrische Föderalismus in

²²¹ Jarygina, Tatjana/Marčenko, Grigorij: Regionale Prozesse in der ehemaligen UdSSR und im neuen Russland, in: Segbers, Klaus: Russlands Zukunft: Räume und Regionen, 1994, S.34.

²²² Jarygina, Tatjana/Marčenko, Grigorij: Regionale Prozesse in der ehemaligen UdSSR und im neuen Russland, in: Segbers, Klaus: Russlands Zukunft: Räume und Regionen, 1994, S.37.

den Föderationsverträgen von 1992. Den Föderationsverträgen vorausgegangen war die Souveränitätserklärung Russlands zum demokratisch föderativen Rechtsstaat als Ergebnis der Rivalität zwischen Gorbačev und El'cin, dessen Bewegung „Demokratisches Russland“ bei den ersten freien Republikswahlen am 04.03.1990 einen entscheidenden Sieg über die KPdSU errang. Die Rechtsordnung der RSFSR erlangte Vorrang gegenüber der der Sowjetunion. Die Souveränitätserklärung löste eine Kettenreaktion innerhalb Russlands aus: durch den Freibrief El'cins bestärkt, erklärten alle 16 autonomen Republiken sowie 4 der 5 autonomen Gebiete ihre volle Souveränität bzw. erklärten sich zu Republiken. Körperschaften wie Tatarstan, Tuwa oder Nord-Ossetien wollten direkt der Sowjetunion unterstellt sein. Ebenso sahen rohstoffreiche Regionen ihre Stunde gekommen sich vom Zentrum zu emanzipieren um so bessere Kontrolle über ihre Wirtschaft sowie die Förderung und Verwertung ihrer Bodenschätze zu erreichen, was im zentral verwalteten Planwirtschaftssystem nicht möglich war²²³. Vor allem die Republiken, die aufgrund ihrer ethnischen Zusammensetzung sowieso schon einen Autonomiestatus zuerkannt bekamen, plädierten gegen einen homogenen Bundesstaat aus Angst der Statusabwertung und dem damit verbundenen Verlust kultureller Privilegien. Sie nutzten das Umwerben beider konkurrierender Lager in Moskau aus und schlugen für sich Föderationsverträge heraus, die ihren Status absicherten und ihnen ein eigenes Regierungssystem, Verfassungsautonomie und eine eigene Steuergesetzgebung zugestanden. Am 21.04.1992 wurden die Föderationsverträge, die auch unter dem Begriff Machtabgrenzungsverträge²²⁴ bekannt wurden, in die Verfassung von 1978 integriert²²⁵. Ebenso schlossen die Regionen, Gebiete und die Städte Moskau und Sankt-Petersburg einen Föderationsvertrag mit der Zentralgewalt in Moskau ab²²⁶. Auch die autonomen Gebiete und Bezirke sicherten sich

²²³ Luchterhandt, Otto: Zum Entwicklungsstand des Föderalismus in Russland, in: Kappeler, Andreas: Regionalismus und Nationalismus in Russland, 1996, S.243ff.

²²⁴ unterzeichnet wurden die Föderationsverträge von: Republik Adygeja, Republik Basškortostan, Republik Burjatien, Republik Gornyi Altaj, Republik Dagestan, Karadino-Balkarische Republik, Republik Kalmykien, Karatschaj-Tscherkessische Sozialistische Sowjetrepublik, Republik Karelien, Sozialistische Sowjetrepublik der Komi, Sozialistische Sowjetrepublik der Mari - Republik Marij El, Mordwinische Sozialistische Sowjetrepublik, Republik Sacha (Jakutien), Nordossetische Sozialistische Sowjetrepublik, Republik Tuva, Udmurtische Republik, Republik Chakassien, - Republik Čuvašija, Tatarstan und Tschetschenien unterzeichneten nicht, Vertragstext siehe: <http://www.verfassungen.net/rus/foederationsvertrag92.htm> (letzter Zugriff: 08.01.2013)

²²⁵ Luchterhandt, Otto: Zum Entwicklungsstand des Föderalismus in Russland, in: Regionalismus und Nationalismus in Russland, 1996, S.243ff.

²²⁶ es unterzeichneten: Region Altaj, Krasnodar, Krasnojarsk, Primor'e, Stavropol' und Chabarovsk; Gebiet Amur, Archangelsk, Astrachan, Belgorod, Brjansk, Vladimir, Volgograd, Vologda, Voronež, Ivanovo, Irkutsk, Kaliningrad, Kaluga, Kamčatka, Kemerovo, Kirov, Kostroma, Kurgan, Kursk,

ihren Status durch Machtabgrenzungsverträge²²⁷. Die Föderationsverträge bildeten die Grundlage für die Verfassungsregelungen vom Dezember 1993. Die bis heute gültige Verfassung ist ein Spiegelbild der Widersprüchlichkeit des Versuchs der Etablierung einer föderalen Ordnung und der Wirren der russischen Politik in der ersten Hälfte der 90er Jahre, die ihren Ausgangspunkt in den Föderationsverträgen fand. Die föderale Ordnung war dort festgeschrieben und entsprach weitestgehend der territorialen Aufteilung der RSFSR²²⁸. Die Föderationsverträge von 1992 wurden zwar in die Verfassung integriert und damit auch bis zu einem gewissen Grad nivelliert, jedoch entstand durch ihren Grundgedanken ein unauflösbarer Widerspruch, der sich in Art. 5 der Verfassung niederschlägt. Art. 5 (1) beschwört die Gleichberechtigung aller Subjekte, Art. 5 (2) allerdings sieht eine Bevorzugung der Republiken vor, denen analog zu den Verträgen Verfassungsautonomie zugestanden wird sowie ein eigenes Regierungssystem, Steuersystem und eine eigenständige Außen- und Wirtschaftspolitik²²⁹.

Des Weiteren regelt die Verfassung in Art. 71 ff. die Kompetenzabgrenzung zwischen föderaler und regionaler Ebene. In die ausschließliche Kompetenz des Zentrums fallen Wirtschafts- und Währungspolitik sowie Außen- und Außenwirtschaftspolitik, wohingegen Eigentumsfragen, Nutzung von Grund und Boden, Erhebung von Steuern und Abgaben, Arbeits-, Boden-, Wasser- und Forstrecht sowie Bodenschätze und Umweltschutz in die gemeinsame Zuständigkeit fallen²³⁰. Die Aufteilung birgt drei folgenschwere Probleme: erstens wurden die Kompetenzen zwischen Zentrum und Regionen so vage formuliert, dass sich die Regionen wieder darauf besonnen, bilaterale Verträge mit der Zentralmacht abzuschließen, die zwar die Kompetenzen genauer

Leningrad, Lipeck, Magadan, Moskau, Murmansk, Nishnij Novgorod, Novosibirsk, Omsk, Orenburg, Orel, Penza, Perm[‘], Pskov, Rostov, Rjazan[‘], Samara, Saratov, Sachalin, Sverdlovsk, Smolensk, Tambov, Tver[‘], Tomsk, Tula, Tjumen[‘], Uljanovsk, Čeljabinsk, Čita und Jaroslavl[‘]; Städte Moskau und Sankt Petersburg, Vertragstext siehe: <http://www.verfassungen.net/rus/foederationsvertrag92.htm> (letzter Zugriff: 08.01.2013)

²²⁷ es unterzeichneten: Bevollmächtigte des Jüdischen Autonomen Gebietes, des Burjatischen Bezirks der Komi-Permjaken, des Autonomen Bezirks der Korjaken, des Autonomen Bezirks der Nenzen, des Autonomen Bezirks Taimyr, der Dolganen und Nenzen, des Burjätischen Autonomen Bezirks Ust[‘]-Ordynskij, des Autonomen Bezirks der Chanten und Mansen, des Autonomen Bezirks der Čuktšen, des Autonomen Bezirks der Evenken, des Autonomen Bezirks der Jamal-Nenzen, Vertragstext siehe: <http://www.verfassungen.net/rus/foederationsvertrag92.htm> (letzter Zugriff: 08.01.2013)

²²⁸ Bell, Claudia: Der fiskalische Föderalismus in der Russischen Föderation, 1998, S.143.

²²⁹ Luchterhandt, Otto: Zum Entwicklungsstand des Föderalismus in Russland, in: Kappeler, Andreas: Regionalismus und Nationalismus in Russland, 1996, S.249.

²³⁰ Bell, Claudia/Götz, Roland: Die wirtschaftliche Dimension von Regionalismus in der Russischen Föderation, in: Kappeler, Andreas: Regionalismus und Nationalismus in Russland, 1996, S.233.

abgrenzten, was aber letztendlich auch dazu führte, dass innerhalb Russlands ein völlig zersplitterter Rechtsraum entstand²³¹. Bis 1995/96 stellte das russische Justizministerium 16.000 regionale Gesetze fest, die der russischen Verfassung widersprachen, bis Ende 1997 waren es gar 44.000 Gesetze, die nicht im Einklang mit der föderalen Gesetzgebung standen²³². Zweitens entbehrt die russische Verfassung einer Finanzverfassung, was folgerichtig dazu führte, dass die Finanzierungsverantwortung zwischen Zentrum und Regionen ungeklärt blieb. Die Konsequenz dessen war, dass die Zentralmacht die rechtliche Leere dazu nutzte, unliebsame Aufgaben inklusive deren Finanzierung auf die subnationale Ebene abzuwälzen, ohne die dafür notwendigen Mittel und Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Die Reaktionen der Regionen auf diese Praxis soll zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Kapitel diskutiert werden. Drittens war durch die ungenauen Regelungen ein institutionelles Vakuum entstanden, das nur durch Akteure gefüllt werden konnte. Selbstverständlich entstammten diese Akteure der regionalen Exekutive, die diese Leere mit einer Politik der eigenen Interessen ausfüllte, sodass auch in den Regionen der Parlamentarismus im Keim erstickt wurde und stark exekutivlastige Regime entstanden sind, was informellen Netzwerken und Ämterpatronage Tür und Tor öffnete²³³.

5.3.2. Die Umsetzung von Liberalisierung und Privatisierung in den Regionen

Der letztgenannte Aspekt hat insbesondere Auswirkungen auf die Umsetzung der Vorgaben zur Liberalisierung und Privatisierung. Bereits früh im Jahre 1992 wurde die Aufgabe der Privatisierung auch auf die subnationale Ebene übertragen. Das betraf vor allem die sog. „Kleine Privatisierung“, wo kleine und mittelständische Staatsbetriebe in Privateigentum übergeben werden sollten. Das staatliche Vermögenskomitee (ru. GKI) wurde dazu auf allen Ebenen eingerichtet. Da die Verfassung nur sehr vage Aussagen zur Privatisierung macht, musste die Zuständigkeit per Präsidialerlass geklärt werden. Demnach fielen der nationalen Ebene natürliche Ressourcen (z.B. Gewässer, Parks von

²³¹ Heinemann-Grüder, Andreas: Föderale Autonomie in Russland und in der GUS, 2002, S.8.

²³² Fruchtmann, Jakob: Der russische Föderalismus unter Präsident Putin: Diskurse-Realitäten, 2003, S.46.

²³³ Luchterhandt, Otto: Zum Entwicklungsstand des Föderalismus in Russland, in: Kappeler, Andreas: Regionalismus und Nationalismus in Russland, 1996, S.259.

nationaler Bedeutung), Objekte der zentralen Macht (z.B. Militär, Rüstungsindustrie, Geldreserven), Kernzweige der Wirtschaft (z.B. Energiesektor, Transportwesen), Kommunikationswesen, Pharmaindustrie und Alkoholproduktion zu. In den Verantwortungsbereich der subnationalen Ebene fielen lokale Transporteinrichtungen, Gesundheits- und Bildungswesen, Einzelhandel und Gaststättenbetrieb sowie bewohnte und unbewohnte Anwesen²³⁴. Das Verfahren entsprach im Wesentlichen dem der föderalen Ebene. Viele Staatsbetriebe wurden auf teils öffentlichen, teils nicht öffentlichen Auktionen meistbietend versteigert. Spiegelbildlich zur nationalen Ebene gelang es auch hier nur denjenigen, die entweder bereits Kapital akkumuliert hatten oder über gute persönliche Beziehungen zur lokalen Partielite verfügten, Anteile bzw. das ganze Unternehmen zu erwerben. Allzu oft waren es auch hier die „roten Direktoren“, die es vermochten ihre Macht auch nach der Sowjetunion aufrechtzuerhalten und sich an der Spitze der Unternehmen zu halten²³⁵. Ähnlich wie die Privatisierung lief auch die Liberalisierung sowohl auf nationaler als auch auf subnationaler Ebene aus dem Ruder. Da es weder ein offiziell proklamiertes Liberalisierungsziel gab, noch konkrete Anweisungen im Rahmen eines durchdachten Konzepts seitens der föderalen Regierung, gingen viele Regionen dazu über, die Liberalisierung in Teilen, besonders was Grundnahrungsmittel und andere lebensnotwendige Bereiche betrifft, wieder rückgängig zu machen um die soziale Not der Bevölkerung zu lindern. Ebenso stellte sich auf der subnationalen Ebene ein Nichtprivatisierungswettbewerb ein. Erstens war den Körperschaften daran gelegen, nicht die Kontrolle über die Staatsbetriebe abzugeben, da diese sich in privater Hand dem Zugriff des Staates entziehen konnten. So aber konnten aus den Gewinnen der Betriebe Mittel abgezweigt werden und in außerbudgetären Fonds gelagert werden. Damit wurde der nationalen Ebene der Zugriff auf die Mittel verweigert und eine Reserve zur Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur geschaffen, für die ja bekanntlich in der Sowjetunion die Unternehmen zuständig waren und sie es nach Ansicht der Körperschaften auch bleiben sollten. Der zweite Vorteil einer

²³⁴ Bell, Claudia: Der fiskalische Föderalismus in der Russischen Föderation, 1998, S.180.

²³⁵ Heyer, Andreas: Die Neureichen Russlands- Gewinner der Transformation, in: <http://f4.hs-hannover.de/fileadmin/media/doc/f4/Aktivitaeten/Veroeffentlichungen/2003/arb87.pdf>, S.11 ff.

Nichtprivatisierung war, dass es der subnationalen Ebene über ihre noch staatlichen Betriebe leichter war an Kredite oder Subventionen zu kommen²³⁶.

Bei der Privatisierung und der Liberalisierung auf subnationaler Ebene wurde Russland das Vermächtnis der Wirtschaftsstruktur der Sowjetunion zum Verhängnis. Während der „Markt“ zu Zeiten der Planwirtschaft hinsichtlich der ministeriellen Zugehörigkeit fragmentiert war, ergab sich im Zuge der Wirtschaftsreformen die Zersplitterung eher aus der räumlichen Dimension heraus. Wie erwähnt, versuchten die Körperschaften Kontrolle über diejenigen Betriebe aufrecht zu erhalten, die sozial lebensnotwendige Güter produzierten. Eine Maßnahme war, den Betrieben vorzuschreiben, welchen Anteil ihrer Produktion sie in andere Regionen exportieren durften. In vielen Fällen wurden sogar Zollbarrieren zwischen Regionen errichtet. Damit wurde die Entwicklung von Wettbewerb durch administrative Grenzen beschränkt. Umgekehrt erstarkte die Tendenz gebietseigene Unternehmen vor betriebsfremder Konkurrenz zu schützen, vor allem dann, wenn die regionalen Eliten selbst von den Gewinnen, bedingt durch die Monopolstrukturen in der Region, profitierten. Dazu wurden Markteintrittsbarrieren regelmäßig erhöht und immer neue Lizenzen und Regeln eingeführt²³⁷.

Eine weitere Ursache für die auseinanderdriftende regionale Entwicklung Russlands und die Zersplitterung eines einheitlichen russischen Wirtschaftsraumes ist das diffuse Steuersystem. Das Steuerchaos geht zurück auf die fehlende Finanzverfassung, die die Steuerverteilung hätte regulieren müssen. Zwar wurde schon früh im Dezember 1991 eine Steuergesetzgebung verabschiedet, doch auch sie unterlag der russischen Praxis, Gesetze durch Verordnungen und Erlasse zu verändern, sodass 1993 nur noch wenig von der ursprünglichen Substanz des Gesetzes übrig geblieben war. Die Steuern unterlagen der Aufteilung in nationale, subnationale und lokale Steuern²³⁸. Dabei war es aber Usus, dass beispielsweise die subnationale Ebene die Ertragshoheit besaß, jedoch nicht die Gesetzgebungskompetenz. Gleiches gilt für die lokale Ebene. Ebenso sorgten die sich ständig ändernden Quoten, die quasi jedes Jahr im Zuge der Haushaltsplanungen neu bestimmt wurden, für Verwirrung. Das bedeutete nicht nur einen erheblichen Verwaltungs(-kosten)aufwand, sondern auch große Unsicherheit seitens der subnationalen Behörden, die keine Planungssicherheit bezüglich des Budgets

²³⁶ Bell, Claudia: Der fiskalische Föderalismus in der Russischen Föderation, 1998, S.193.

²³⁷ Bell, Claudia: Der fiskalische Föderalismus in der Russischen Föderation, 1998, S.201.

²³⁸ Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, 2004, S.93

hatten und so teils eigene, gesetzlich nicht vorgesehene Steuern oder Abgaben erhoben um die zu bewältigenden Ausgaben zu decken. Auch bei der Steuerproblematik war ein überdeutlicher Trend zu erkennen, Asymmetrien zu schaffen. Vor allem die Republiken, die über größere und unabhängigere Kompetenzen verfügten, die sie beim Zentrum aufgrund von dessen Angst vor separatistischen Tendenzen herausschlügen, beharrten auf einem eigenen System der Steuererhebung. Auch weigerten sich viele Regionen nach einiger Zeit ihre Steuereinnahmen an die föderale Ebene abzugeben, da sie sich nicht sicher sein konnten, ihren Anteil wiederzubekommen²³⁹. Das trifft vor allem auf die rohstoffreichen Regionen Russlands zu, wobei diese noch unter dem besonderen Druck standen, erstens den einzig verbliebenen ertragreichen Wirtschaftszweig Russlands zu stellen und zweitens dafür die notwendige Infrastruktur bereit zu stellen und instand zu halten. Was die Regionen dabei veranlasste, Steuerabgaben an die föderale Ebene zurückzuhalten, war, dass sie nicht fest mit den Steuereinnahmen der fördernden Unternehmen rechnen konnten. Denn diese zahlten nur dort Steuern, wo sie auch registriert waren. Das konnte völlig unabhängig vom Produktions- oder Förderstandort sein. So waren viele große Unternehmen, die in Sibirien Bodenschätze abbauten, in Moskau registriert und führten auch dorthin ihre Steuern ab. Am schlimmsten stellte sich die Situation für diejenigen Regionen dar, die über Monostrukturen verfügten und Produkte herstellten, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht mehr wettbewerbsfähig waren, da die notwendigen Investitionen ausblieben und somit die ganze Region schließlich am finanziellen Tropf der föderalen Ebene hing²⁴⁰. Deshalb waren oftmals föderale Haushaltskredite und gegenseitige Schuldverrechnungen Kernbestandteil der bilateralen Absprachen mit dem Zentrum. Erst 1994 nahm man sich auf zentralstaatlicher Ebene der Problematik an und richtete ein System der finanziellen Umverteilung ein. Es wurde ein Fonds zur Unterstützung der Subjekte der Föderation gegründet, der von diesem Zeitpunkt ab einen festen Bestandteil des föderalen Haushalts bildete (ca. 1% des BIP). Die genaue Höhe wird jedes Jahr neu im Haushaltsgesetz bestimmt. 64 der 89 Föderationssubjekte erhielten nach dessen Einrichtung 1994 Transferzahlungen aus dem föderalen Budget. Die finanzstärksten Geberregionen waren Moskau, das Gebiet Tjumen, Krasnojarsk, Samara und Nižnij Novgorod. Die Kriterien, nach denen über die Vergabe von

²³⁹ Fruchtmann, Jakob: Der russische Föderalismus unter Präsident Putin: Diskurse-Realitäten, 2003, S. 63.

²⁴⁰ Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära, 2004, S.211 ff.

Transferzahlungen entschieden wurde, wurden jedes Jahr neu aufgestellt. Ein verlässlicher Indikator war jedoch, dass diejenigen Regionen Hilfeleistungen erhielten, deren Niveau der Steuereinnahmen pro Bewohner unter dem nationalen Durchschnitt lag. Es verwundert wenig, dass auch hier der de-jure und der de-facto Finanzausgleich auseinanderklaffen. Abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen, wie viele Zuweisungen eine Region zu erhalten hatte, konnten die Regionen darüber hinaus am meisten finanzielle Mittel herausschlagen, deren regionale politische Elite die besten persönlichen Verbindungen zu den politischen Entscheidungsträgern in Moskau hatte²⁴¹.

Eine institutionelle Maßnahme, mit der Präsident El'cin dem zunehmenden Machtverlust Einhalt zu gebieten versuchte, war die Einführung des Amtes des Präsidentenvertreters in den Regionen durch Erlass vom Februar 1992. Sie werden vom Präsidenten ohne vorherige Absprache mit den Regionalbehörden ernannt. Er ist bevollmächtigtes Organ in den Beziehungen zu den lokalen Behörden, er überwacht die Einhaltung der Gesetze und Erlasse in den Regionen und hat nach Erlass vom 07.08.1992 „Über Bestimmungen über die disziplinarische Verantwortung der Oberhäupter der Administration“ das Recht zu Zurechtweisung, Verwarnung wegen Vernachlässigung der Dienstpflichten sowie zu Amtsenthebung im Falle der Nichterfüllung der Rechtsakte, der Erlasse oder Verordnungen der föderalen Regierung der Russischen Föderation. Allerdings hat der Bevollmächtigte des Präsidenten keinerlei disziplinarische Rechte gegenüber den Präsidenten der Republiken²⁴². Notwendig geworden war diese Maßnahme unter anderem deswegen, weil sich im Zuge der Wirtschaftsreformen in den Regionen ein weiteres Phänomen herauskristallisierte: der Konkurrenzkampf der Gouverneure und der Bürgermeister der größten Städte in den Regionen. Dabei spielte das Standing der einzelnen Region bei der föderalen Macht eine nicht ungewichtige Rolle, denn davon hing die Bandbreite der Macht der Gouverneure ab. Diejenigen, die enge persönliche Beziehungen nach Moskau pflegten, hatten dadurch gleichzeitig eine bessere Handhabe über die Ressourcenallokation innerhalb der Region inklusive der Finanzhoheit über die Bildung von Budgets der

²⁴¹ Fruchtmann, Jakob: Der russische Föderalismus unter Präsident Putin: Diskurse-Realitäten, 2003, S. 63.

²⁴² Awakjan, Suren: Der Status der Subjekte und die Finanzierung der regionalen Politik der Russischen Föderation, in: Traut, Johannes: Verfassung und Föderalismus Russlands im internationalen Vergleich, 1995, S.19ff.

Städte. Profitiert haben sie dabei davon, dass es keine gesonderten föderalen Bestimmungen zur Etatbildung von Städten außer Moskau und Sankt-Petersburg gab. Damit war der Konflikt zwischen Bürgermeistern und Gouverneuren hausgemacht. Zumal sie oftmals auch in ihrer politischen Ausrichtung Widersacher waren. Nicht nur, dass die Bürgermeister viel häufiger in eine pro-marktwirtschaftliche Richtung tendierten, da sie engere Beziehungen zu den Privatunternehmern hatten und somit auch besser über die strukturelle Problemlage informiert waren, auch politisch präferierten sie pro-demokratische Regime. Obwohl bei den Dumawahlen 1999 die Partei Jabloko²⁴³ nur 6% der gesamten Parteilistenplätze gewinnen konnte, waren immerhin neun der neu gewählten Stadtoberhäupter entweder Mitglieder oder Sympathisanten²⁴⁴. Allerdings unterlagen sie der eben erwähnten finanziellen Restriktion, sodass sie in Abhängigkeit zu den Gouverneuren, die sich zu einer Art Regionalfürsten stilisiert hatten²⁴⁵, nach alten Mustern und Gewohnheiten zu agieren und mit viel Lobbyarbeit bei der Regionalverwaltung um Budgetressourcen werben mussten. Erschwerend kommt hinzu, dass fast ausschließlich in den größeren Städten das Gros an Produktion und Handel angesiedelt war, sodass die Stadtverwaltungen bei den Regionalverwaltungen um ihr Budget verhandeln mussten, gleichzeitig aber auch die größten Nettozahler sowohl an das regionale als auch an das nationale Budget waren. Zusätzlich hatten aber die Gouverneure eine institutionelle Möglichkeit die lokalen Eliten auszubooten- durch ihr Votum im Föderationsrat. Dort blockierten sie Gesetze, die die lokale Selbstverwaltung gestärkt hätte und ihnen eine größere Finanzautonomie eingeräumt hätte. Zur gleichen Zeit aber stimmten sie Gesetzen zu, die zusätzliche finanzielle Obligationen für die lokalen Verwaltungen bedeuteten. Soziale Einrichtungen, Bildungseinrichtungen sowie die medizinische Versorgung sollte von den lokalen Hoheiten getragen werden. Die Mittel zur Finanzierung aber wurden permanent gekürzt²⁴⁶. Im Endergebnis konnte durch diese widersprüchliche und konfuse Kompetenzverteilung das Gesetz über die lokale Selbstverwaltung, das bereits 1991 auf den Weg gebracht wurde, nie implementiert und inkorporiert werden. Damit verhält es sich prinzipiell wie mit fast

²⁴³ Jabloko bedeutet eigentlich „Apfel“, jedoch steht der Name für die Anfangsbuchstaben der Nachnamen ihrer Gründer: Javlinskij, Boldyrev und Lukin

²⁴⁴ Slider, Darrell: Govenors versus mayors: the regional dimension of Russian local government, in: Evans, Alfred/Gel'man, Vladimir: The Politics of local Government in Russia, 2004, S.153ff.

²⁴⁵ Steffen,Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland. Ursachen, Programme und Krise der Transformationspolitik, 1997, S.354ff.

²⁴⁶ Slider, Darrell: Govenors versus mayors: the regional dimension of Russian local government, in: Evans, Alfred/Gel'man, Vladimir: The Politics of local Government in Russia, 2004, S.155.

allen Gesetzen, die in den 90er Jahren in der Russischen Föderation verabschiedet wurden.

5.4. Fazit der Ära El'cin

Unabhängig von der Regierungsmannschaft- egal ob Gajdar, Černomyrdin, Kirienko oder Primakov- zu oft standen die Reformen und Gesetze nur auf dem Papier. Keine Regierung unter Präsident El'cin vermochte den Wirtschaftsputsch in den Regionen zu kontrollieren, geschweige denn ihm Einhalt zu gebieten. Regionale und lokale Verwaltungen machten eigenmächtig die Liberalisierungs- und Privatisierungsreform wieder rückgängig. Das Steuersystem und der Finanzfluss zwischen Zentrum und Regionen sind zu einem Grade zusammengebrochen, dass der einheitliche Wirtschaftsraum der Russischen Föderation auf der Kippe stand. An einen einheitlichen Rechtsraum war durch das bilateral bargaining zwischen Zentrum und Regionen zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon nicht mehr zu denken.

Divergierende Interessenslagen vieler verschiedener politischer und ökonomischer Entscheidungsträger blockierten sich gegenseitig und damit auch alle möglichen Problemlösungsversuche²⁴⁷. Der Mangel an Staatlichkeit und das verzögerte post-kommunistische state-building-Projekt haben dazu geführt, dass es einer kleinen Gruppe von Jungökonomern gelungen ist, zur wirtschaftlichen Elite des Landes empor zu steigen, die gar kein Interesse an der Etablierung rechtsstaatlich-regulatorischer Strukturen hatte, die sich zu Ungunsten ihrer eigenen ökonomischen Interessen ausgewirkt hätten und die es gekonnt verstand durch gezielte persönliche Beeinflussung politischer Amtsträger den demokratischen und marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozess zu torpedieren²⁴⁸.

Entsprechend schlechte Auswirkungen hatte das institutionelle und reformerische Chaos auf die makroökonomische Bilanz der El'cin-Ära. Das Pro-Kopf-Einkommen halbierte sich, das Bruttosozialprodukt schrumpfte um 40-50%, die allgemeine Lebenserwartung der Bevölkerung sank um durchschnittlich 8-10 Jahre, sodass die Zahl der Bevölkerung jährlich um ca. 650000 Menschen zurück ging. Der ökonomische Alltag der Russischen Föderation war geprägt von Korruption, ausufernden mafiösen Strukturen, dubiosen

²⁴⁷ Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Russland-Ursachen, Programme und Krise der Transformation, 1998, S.349.

²⁴⁸ Stoner-Weiss, Kathryn: Resisting the state: reform and retrenchment in post-soviet Russia, 2006, S.24.

Monopolstrukturen, Schutzgelderpressung, Drogenhandel und einer immer ärmer werdenden Bevölkerung²⁴⁹. Besonders drückend war für Russland neben der horrenden Inlandsverschuldung die Auslandsverschuldung, die der Regierung jede Möglichkeit nahm, den ausgabenpolitischen Gestaltungsspielraum für Investitionen in den Gesundheits-, Bildungs-, oder Forschungssektor zu variieren, damit ein Anreiz für ökonomisches Wachstum entsteht²⁵⁰. Gleichzeitig konnte damit aber auch keine Akzeptanz in der Bevölkerung für die Reformen geschaffen werden. In den Augen der Gesellschaft waren die Reformen zur Umgestaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems sehr weit gegangen. Einerseits kam es zu einer schnellen Entwertung ihrer Geldeinnahmen und Sparguthaben und andererseits verloren immer mehr Menschen ihren Arbeitsplatz. Daneben konnten staatliche Versorgungsleistungen wie medizinische Versorgung oder Ausbildung, die zu Zeiten der Sowjetunion kostenlos für die Bevölkerung waren, nun aufgrund hoch defizitärer Budgets nicht mehr aufrechterhalten werden. Das führte in der Gesellschaft dazu, dass die Reformziele Marktwirtschaft und Demokratie in Verruf gerieten²⁵¹.

Man sollte jedoch nicht außer Acht lassen, dass hier die Rede von einer Dekade ist, also einer relativ kurzen Zeitspanne, sodass in Russland schon von Anfang an die Möglichkeiten für einen evolutionären Transformationsprozess nicht gegeben waren bezogen auf die langsame und stete Entwicklung eines kapitalistischen Systems sowie eines demokratischen Regimes. Weder hatte Russland damit historische Erfahrung, noch konnte man Russland schnell an Westeuropa anbinden, da dort die beiden Schritte schon lange vollzogen waren. Zudem entspricht der Transformationsprozess nicht einem gewünschten bottom-up-Schema, d.h. die Reformen wurden nicht aus der Mitte der Gesellschaft heraus angestoßen, sondern von der Regierung ungeachtet gesellschaftlicher Präferenzen implementiert. Bezüglich der zu erfüllenden Kriterien zu Marktwirtschaft und Demokratie geht auf Grundlage dieses Kapitels Folgendes hervor: Rein formal-rechtlich sind die sieben Polyarchie-Kriterien Dahls in der Verfassung verankert. Gewählte Vertreter werden in Art. 96 (1) garantiert, freie Wahlen in Art. 3 (3), ein aktives und passives Wahlrecht in Art. 32 (2) sowie 97 (1), die Meinungsfreiheit in Art. 29 (1), die Informationsfreiheit in Art. 29 (4+5) und die Vereinigungsfreiheit in

²⁴⁹ Welfens, Paul: Überwindung der Transformationskrise in Russland, in: Welfens/Wiegert: Transformationskrise und neue Wirtschaftsreformen in Russland, 2002, S.3.

²⁵⁰ Ebd. S.10.

²⁵¹ Jawlinskij, Grigorij: Reform von unten- die neue Zukunft Russlands, 1994, S.40.

Art. 13 (4), 30 und 31. Die in diesem Kapitel beschriebenen Vorgänge beweisen jedoch, dass die Erfüllung der formal-rechtlichen Kriterien aber noch keine Demokratie ausmachen. Die Verfassung schreibt ebenso das Recht auf Privateigentum (Art. 8 (2) und 35 (1)) fest und garantiert die Marktfreiheiten (Art. 8 (1))²⁵². Dennoch sind im Russland der 90er Jahre keine marktwirtschaftlichen Strukturen entstanden, die die genannten Mindestkriterien erfüllen würden. Die Liberalisierung der Preise wurde von vielen Subjekten außer Kraft gesetzt, staatliche Monopolstrukturen sind erhalten geblieben und die Privatisierung ist ebenfalls nur halbherzig durchgeführt worden. Russlands größtes Problem ist, dass das, was schwarz auf weiß in der Verfassung oder in Gesetzen steht, meist nur wenig Beachtung findet und in der Realität nicht oder nur scheinbar mit Inhalt gefüllt wird. Die Wahlen in den 90er Jahren waren – nimmt man Wahlen in Sowjetrußland als Vergleichsmaßstab - frei. Dennoch fehlte ein solides Fundament, das die gewählten Vertreter als feste Institution als Teil des politischen Systems und in den Köpfen der Bevölkerung verankert hätte. Parteien oder Fraktionen mit konkurrierenden politischen Grundsatzprogrammen gab es nicht. Usus war es, vor anstehenden Wahlen ad-hoc Wahlblöcke zu gründen um damit für bestimmte Personen Wahlen zu gewinnen. Nach den Wahlen verschwanden diese Blöcke meist wieder in der Versenkung²⁵³. Ähnlich verhielt es sich mit der Informationsfreiheit. Formal war sie vorhanden. Neben dem Staatsfernsehen beispielsweise gründeten sich zahllose private, vordergründig unabhängige Sender, die routinemäßig kritisch eingestellt waren. Mit Blick auf die aufgeführte Tabelle mit den FIG, gelangt man jedoch schnell zur Erkenntnis, dass sich diese vielen Sender (analog dazu zahlreiche Printmedien) häufig in den Händen einer Person konzentrierten. Der Verdacht der vordergründigen Unabhängigkeit erhärtet sich bei Betrachtung des Präsidentenwahlkampfes 1996. Lange Zeit standen El'cins Chancen auf Wiederwahl gegen seinen kommunistischen Kontrahenten Sjuganov schlecht. An einem Sieg Sjuganovs konnten jedoch die Oligarchen nicht interessiert sein. Deshalb unterstützten sie großzügig El'cins Wahlkampf nicht nur finanziell, sondern auch durch einseitige Medienkampagnen zu Gunsten seiner Person²⁵⁴. Es könnten an dieser Stelle noch viele weitere Beispiele

²⁵² <http://www.constitution.ru/de/index.htm> (letzter Zugriff: 24.01.2013)

²⁵³ Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, 1994, S.133.

²⁵⁴ Nußberger, Angelika/Mommsen, Margareta: Das System Putin, 2007, S. 32.

dieser Art angeführt werden. Festzuhalten bleibt: in Russland gibt es immer zwei Seiten einer Medaille. Im Vergleich zu Sowjetrußland war das Rußland der 90er Jahre frei und demokratisch. Auf der anderen Seite genügen die Reformen und Prozesse keineswegs einem westeuropäischen Maßstab. Wie gezeigt, reicht es nicht aus, den Transformationsprozess an formal-rechtlichen Kriterien, wie sie Dahl aufgestellt hat, fest zu machen. Folglich scheint es also vor allem auf diejenigen Kriterien anzukommen, die im Rahmen einer maximalistischen Begriffsprägung genannt wurden. Das bedeutet, dass zur tatsächlichen Realisierung der Transformationsziele entweder eine zivilgesellschaftlich-emanzipierte Gesellschaft erforderlich ist oder die Hilfe von externen Akteuren, die bereits eine etablierte Demokratie und Marktwirtschaft symbolisieren. Noch ist fraglich, ob beide Faktoren den Idealzustand bilden oder letztgenannter Aspekt Voraussetzung zur Entstehung des ersten sind.

Zu oft wird die El'cin - Ära, vor allem aus zu oberflächlichem und kurzsichtigem westlichem Blickwinkel, als die demokratischste und freieste Periode der Geschichte Rußlands bejubelt und die Person El'cins als demokratischer Reformers ideologisch überhöht. Positive Assoziationen wie Experimentierfreudigkeit, Offenheit, Freiheit oder Streitfreudigkeit²⁵⁵ werden mit ihm und seiner Präsidentschaft verbunden. Oberflächlich betrachtet und für allzu Begeisterungsfähige, die sich von der Euphorie über den Umbruch haben hinreißen lassen, mag das wohl stimmen. Die Realität aber ist, dass El'cin mit seinem Abdanken sein Land im Chaos hinterlassen hat. Wie Trenin richtig analysiert, wurde El'cins Antikommunismus als Surrogat für Demokratie gehalten. Deswegen ist es falsch, El'cins Reputation aufzubessern und seinen Nachfolger im Präsidentenamt, Vladimir Putin, zum Dämonen zu stilisieren, der Rußlands demokratische Entwicklung zerstört²⁵⁶. Putin präsentiert sich zwar als moderner russischer Zar, das bedeutet aber im Vergleich zu El'cin keinen Rückschritt. Denn obwohl Letztgenannter die erste demokratische Verfassung verabschiedete, verkörperte er selbst die Verfassung, die dazu diente seine eigene Machtposition abzusichern. Damit muss klargestellt werden: „Putin zerstört keine demokratischen Institutionen, denn diese existierten nie, vielmehr ist er der Oberbürokrat, der einer riesigen

²⁵⁵ Nußberger, Angelika/Mommsen, Margareta: Das System Putin, 2007, S. 9

²⁵⁶ Trenin, Dmitri: Rußland richtig verstehen, in: Buhbe/Gorzka: Rußland heute- Rezentralisierung des Staates unter Putin, 2007, S.12.

Regierungsbürokratie vorsteht²⁵⁷. Das System Putins findet nicht in seiner Person seinen Ursprung, sondern in den Fehlentwicklungen der Perestrojka und unter El'cin²⁵⁸. Es ist das Erbe dieser Zeit, das Putin bei seinem Amtsantritt zu schultern hatte, das System selbst aber hat er nicht erfunden.

6. Die Ära-Putin

6.1. Reformen unter der Prämisse der ökonomischen Modernisierung und internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Was nun die irreführende Interpretation der Amtsführung einer überragenden Stellung des Präsidenten im politischen System Russlands betrifft, so nehmen sich Putin und El'cin nicht viel. Beide leben die Überlegenheit der Exekutive über die Legislative. Häufig werden damit Putins Vorstellungen vom starken Staat und der Großmachtsanspruch Russlands auf dem internationalen Spielfeld assoziiert²⁵⁹. Im Kern ging es folglich neben der Schaffung eines staatlichen Gewaltmonopols um die Diversifizierung der Wirtschaft, denn nur über diese war eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft zu bewältigen. Noch Anfang der 2000er Jahre fußte die russische Volkswirtschaft so gut wie ausschließlich auf der Förderung von Bodenschätzen sowie deren Verarbeitung und der Herstellung von Halbwertprodukten. Kapitalintensive Branchen mit Produkten mit hohem Investitionsbedarf waren nicht exportfähig, da keine Abnehmer vorhanden waren. Dass es dennoch unter Putin zu einer raschen Verbesserung der Haushaltslage kam, lag an dem anhaltend hohen Niveau der Rohstoffpreise, vor allem für Erdöl²⁶⁰. In den nachfolgenden Tabellen sind die Hauptindikatoren der ökonomischen Entwicklung unter Präsident Putin dargestellt.

²⁵⁷ Trenin, Dmitri: Russland richtig verstehen, in: Buhbe/Gorzka: Russland heute- Rezentralisierung des Staates unter Putin, 2007, S.12.

²⁵⁸ Stoner-Weiss, Kathryn: Stoner-Weiss, Kathryn: Resisting the state: reform and retrenchment in post-soviet Russia, 2006, S.24.

²⁵⁹ Nußberger, Angelika/Mommsen, Margareta: Das System Putin, 2007, S. 23

²⁶⁰ Ivanenko, Vlad: Russlands Platz auf dem Weltmarkt-Exportstruktur und Integrationsoptionen, in: Osteuropa Jg. 57, 04/2007, S.53.

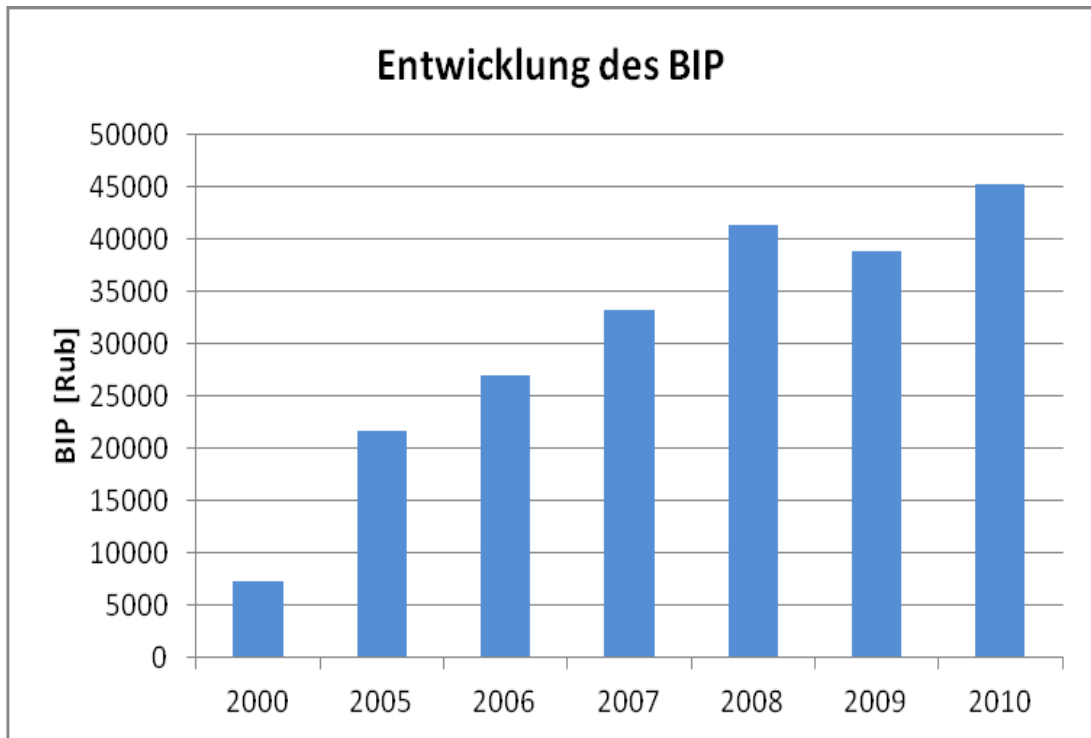


Abbildung 4: Entwicklung des nationalen BIP

Quelle: Rosstat²⁶¹

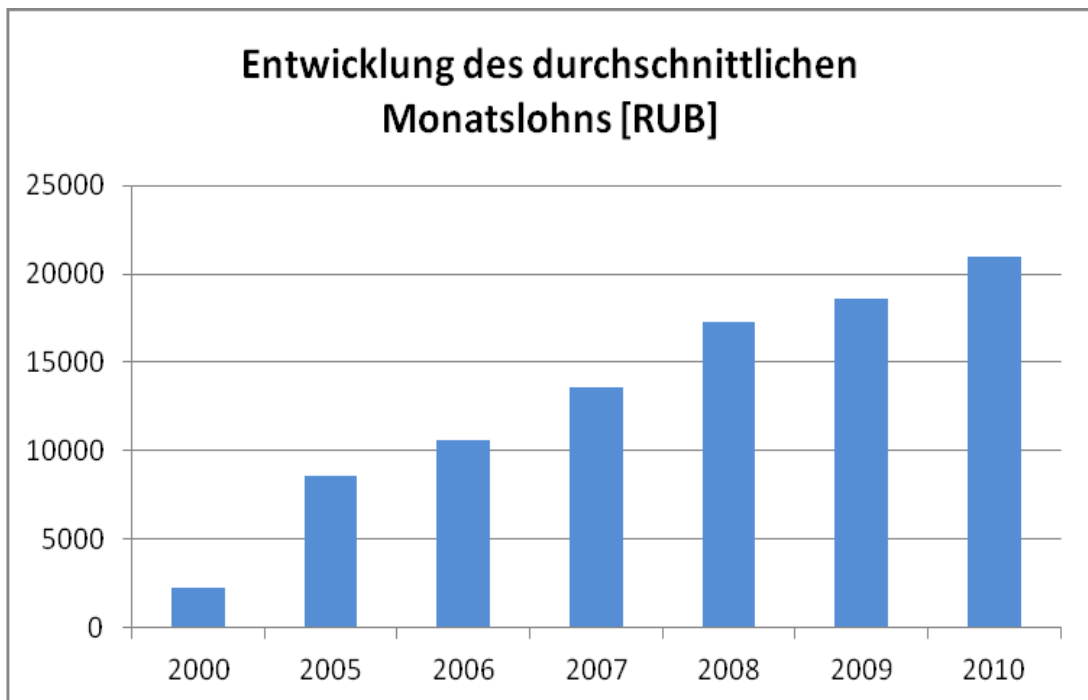


Abbildung 5: Entwicklung des durchschnittlichen Monatslohns (inflationbereinigt) Quelle: Rosstat²⁶²

²⁶¹ http://www.gks.ru/bgd/regl/b12_39/IssWWW.exe/Stg/04-01.htm (letzter Zugriff: 11.02.2013)

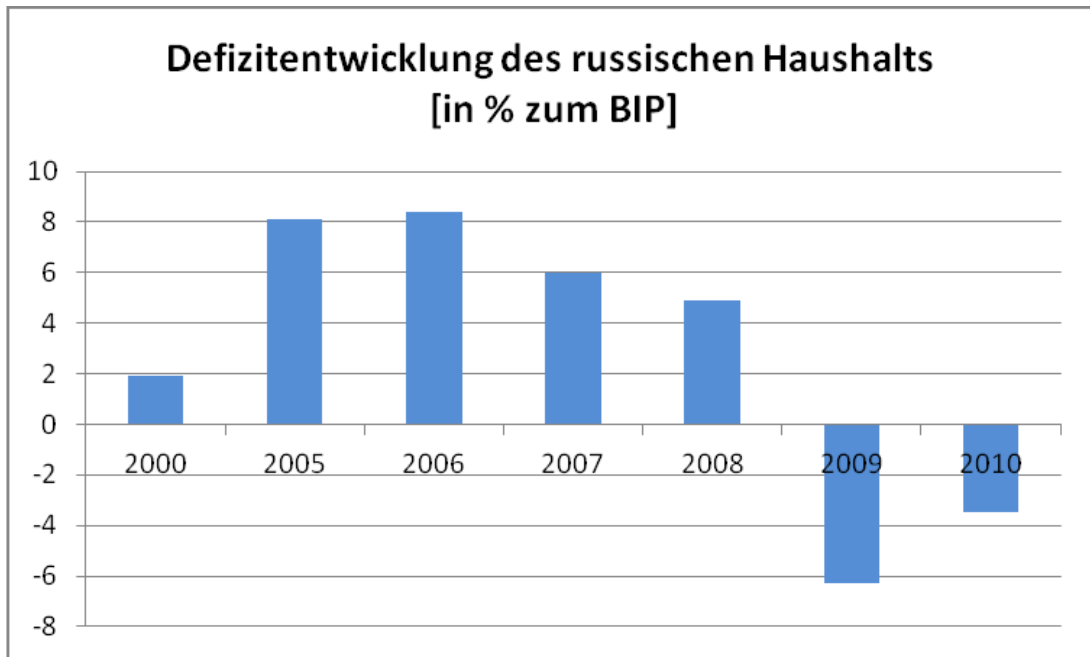


Abbildung 6: Defizitentwicklung des russischen Nationalhaushaltes

Quelle: Rosstat²⁶³

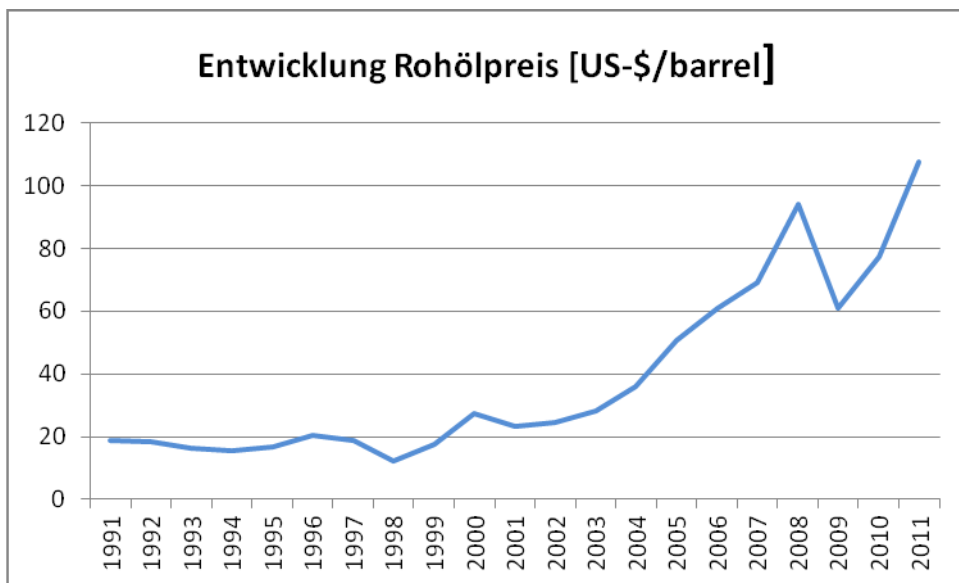


Abbildung 7: Entwicklung des Rohölpreises im Jahresdurchschnitt

Quelle: s. Fußnote²⁶⁴

Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, konnte sich die positive wirtschaftliche Entwicklung mit Haushaltsüberschuss hauptsächlich auf den expansiven Anstieg des Rohölpreises

²⁶² http://www.gks.ru/bgd/regl/b12_39/IssWWW.exe/Stg/05-02.htm (letzter Zugriff: 11.02.2013)

²⁶³ http://www.gks.ru/bgd/regl/b12_39/IssWWW.exe/Stg/11-02.htm (letzter Zugriff: 11.02.2013)

²⁶⁴ Mineralölwirtschaftsverband, in: <http://www.mwv.de/index.php/daten/statistikenpreise/?loc=4> (letzter Zugriff: 11.02.2013)

nach der Jahrtausendwende stützen, was nicht direkt auf eine ernsthafte, aber dringend notwendige Bemühung um die Diversifizierung der Wirtschaft schließen lässt.

6.2. Die Föderalreform und politisch neues Institutionendesign

Das dringlichste Problem zu Beginn seiner Amtszeit war die Konzeption und Implementierung einer Föderalreform um der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragmentierung Einhalt zu gebieten. Denn ein einheitlicher Wirtschafts- und Rechtsraum sind unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten eine notwendige Voraussetzung. Mit anderen Worten: in Form einer Föderalreform musste eine Reaktion auf das verlorengangene Steuerungspotential des Zentralstaats folgen²⁶⁵. Diese ist nach einem ihrer Hauptautoren Dmitrij Kozak²⁶⁶ in zwei Etappen einzuteilen. Die erste war gekennzeichnet durch eine Vollfinanzierung der Gerichte und Rechtspflege, einer Reform des Steuersystems, die sich zu Gunsten der Einnahmenseite des Zentrums auswirkte, des Weiteren wurden die Machtabgrenzungsverträge rückgängig gemacht, sodass von ursprünglich 46 nur noch 8 übrig blieben. Die zweite Reformetappe veränderte die Balance zwischen Zentrum und Regionen nachhaltig. Nicht nur, dass verfassungsmäßige Vollmachten aus den gemeinsamen Aufgaben zunehmend an die föderale Ebene übergingen, auch der fiskalische Verteilungsspiegel kippte zu Lasten der Regionen. Das Verhältnis zur Verteilung der Einkünfte zwischen föderalen und regionalen Haushalten wurde von 50:50 auf 60:40 für die Zentralregierung geändert²⁶⁷. Aufgrund der Erfahrungen aus der El'cin-Ära musste es vorrangiges Ziel der Regierung Putin sein, den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften interregional zu gewährleisten. Ebenso musste ein wirksamer Mechanismus zur Kontrolle des Ausgabenverhaltens der Regionen und im Zuge dessen ein transparentes und gerechtes Lastenausgleichssystem gefunden werden²⁶⁸. Dabei mussten auch strukturelle Umgestaltungen dergestalt vorgenommen werden, dass eine Neugliederung der Subjekte nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten erfolgen musste, denn die

²⁶⁵ Gel'man, Vladimir: Reform retour- Russlands kommunale Selbstverwaltung vor dem Aus?, in: Osteuropa, Jg. 53, Heft 9-10, 2003, S.1345.

²⁶⁶ Seit Juni 2000 Stellvertreter des Leiters der Präsidentenadministration, von 2004-2007 bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten im südlichen Föderalbezirk, von 2007-2008 Minister für regionale Entwicklung der Russischen Föderation

²⁶⁷ Petrov, Nikolaj: Handlungsfähiges Zentrum und dezentralisierte Verantwortung: eine für Russland akzeptable Formel?, in: Buhbe/Gorzka: Russland heute- Rezentralisierung des Staates unter Putin, 2007, S.75.

²⁶⁸ Heinemann-Grüder, Andreas: Föderale Autonomie in Russland und in der GUS, 2002, S.18ff.

Einteilung in 89 Regionen war in den 90er Jahren im Vergleich zu Sowjetrußland unverändert geblieben. Zusätzlich wurde die Marktliberalisierung an makroökonomischen Zielen ausgerichtet, d.h. sie war in der Tendenz antiföderal und hielt zu sehr an zentralistischen Elementen des Sowjetsystems fest anstatt regionalen Eigenheiten gerecht zu werden²⁶⁹. Zum allzeit verwendbaren Zauberwort für die Regierungszeit Putins ist der Begriff der „Vertikale der Macht“ geworden. Vertikale der Macht meint die Rezentralisierung des staatlichen Machtmonopols und die stringente Hierarchisierung der Befehlskette²⁷⁰. Eine erste Maßnahme war die Einteilung Russlands in sieben föderale Bezirke²⁷¹, die in ihren Grenzen weitestgehend denen der militärischen Bezirke entsprach, um ökonomische Potentiale besser zu bündeln²⁷². Sie sind jedoch keine Subjekte der Russischen Föderation. Mit Erlass vom 13.05.2000²⁷³ wurden in diese sieben Großregionen Präsidentenvertreter entsandt. Sie sollten die wenig wirksame Position des Präsidentenvertreters in den Regionen, wie sie von El'cin eingeführt worden waren, ersetzen. Die Aufgaben der neuen Präsidentenvertreter blieben aber ähnliche: u.a. die Kontrolle über die Umsetzung der Regierungspolitik und Personalpolitik des Präsidenten, Koordination und Teilnahme an der Arbeit in föderalen Organen zur Überwachung der Umsetzung föderalen Rechts sowie die Angleichung von Rechtsakten, die der russischen Verfassung widersprachen²⁷⁴. Aus institutioneller Sicht traf die Errichtung der Vertikale der Macht den Föderationsrat als zweiter Parlamentskammer und als bisherigem mächtigem Vetospieler hart. Bisher kamen dort die Oberhäupter der Subjekte zur Vertretung regionaler Interessen zusammen. Dies gelang ihnen unter Präsident El'cin auch sehr gut. Putin verfügte daher per Gesetz, dass ab dem 01.01.2002 nur noch weisungsgebundene Abgeordnete der Subjektoberhäupter aus Exekutive und Legislative im Föderationsrat vertreten sein durften. Ersatzweise wurde eine neue Gesellschaftskammer eingerichtet, die als unpolitisches Konsultativorgan gesellschaftliche und regionale Interessen vertreten sollte. Die 126 Mitglieder wurden in drei Stufen ernannt und rekrutierten sich vornehmlich aus

²⁶⁹ Heinemann-Grüder, Andreas: Föderale Autonomie in Russland und in der GUS, 2002, S.18ff

²⁷⁰ Nußberger, Angelika/Mommsen, Margareta: Das System Putin, 2007, S.9

²⁷¹ Die sieben föderalen Bezirke sind: zentraler Bezirk (Moskau), Süd (Rostov na Donu), Nordwest (St. Petersburg), Fernost (Chabarovsk), Sibirien (Novosibirsk), Ural (Ekaterinburg), Volga (Nišnij Novgorod), Nordkaukasus (Pjatigorsk)

²⁷² Perovič, Jeronim: Regionalisierung unter Putin. Alte Muster-neue Trends, in: Osteuropa, Jg. 52, 04/2002, S.427.

²⁷³ http://www.russland-gus.de/site/handbuch/russland/foed_bezirke/foed_bezirke.php (letzter Zugriff: 31.01.2013)

²⁷⁴ Heinemann-Grüder, Andreas: Föderale Autonomie in Russland und in der GUS, 2002, S.21.

gesellschaftlichen Organisationen. Zu den Mitgliedern zählten u.a. Wissenschaftler, Publizisten, Polittechnokraten uvm.²⁷⁵ Eine weitere Änderung des institutionellen Designs dieser Art war nach den Dumawahlen 1999 zu beobachten. Eine immer engere Kooperation ersetzte die konfrontative Arbeitshaltung von Abgeordneten und Regierung. Die Präsidialadministration beeinflusste das Abstimmungsverhalten der ersten Kammer des Parlaments insofern, als sie die Anwerbung von unabhängigen Kandidaten und Abgeordneten anderer Fraktionen hin zur Kremlpartei beeinflusste. De facto verfügte „Einiges Russland“ letztendlich über deutlich mehr Stimmen als sie nach offiziellem Wahlergebnis hätte verfügen dürfen. Es wäre jedoch verfehlt als Schlussfolgerung daraus zu ziehen, dass Russland ein Einparteiensystem entwickelt. Vielmehr ist die Partei als Unterbau der Präsidialverwaltung zu sehen, denn bis zu den letzten Dumawahlen 2011 hatte „Einiges Russland“ noch kein Parteiprogramm²⁷⁶.

Putins Föderalreform kann sehr ambivalent betrachtet werden. Man kann in ihr sowohl eine Rezentralisierung erkennen, als auch eine neue Dezentralisierung. Rezentralisierung in dem Sinne, dass die Machthierarchie eindeutig von oben nach unten neu formiert wurde und dem föderalen Zentrum unter Präsident Putin eindeutig mehr Macht zuteil wurde, als zuvor unter El'cin und der Einfluss der Regionen auf nationaler Ebene zurückgedrängt wurde. Die Gouverneure wurden in ihrer Macht gegenüber dem Zentrum beschnitten²⁷⁷. Eine neue Dezentralisierung war dahin gehend zu erkennen, dass die Gouverneure sich innerhalb ihrer Region eine Machtbasis konstruieren konnten, indem sie um die Ansiedlung von Unternehmen warben. Die Gouverneure erhielten so eine Mittlerfunktion zwischen Region und Zentrum, da sie Ansprechpartner für Unternehmensinteressen waren und sich in ihnen die Regionsressourcen bündelten, denn „je stärker der Gouverneur in der Lage ist, die Interessen vieler, aber vor allem der einflussreichen regionalen Akteure zu berücksichtigen, über ein umso größeres Maß an Ressourcen verfügt er, egal welche Vertikale das Zentrum errichtet“²⁷⁸. Infolge des Terroranschlags auf eine Schule im nordossetischen Beslan 2004 wurde unter dem Credo der Stabilisierung Russlands die

²⁷⁵ Nußberger, Angelika/Mommsen, Margareta: Das System Putin, 2007, S.37.

²⁷⁶ Nußberger, Angelika/Mommsen, Margareta: Das System Putin, 2007, S.39.

²⁷⁷ Perovič, Jeronim: Regionalisierung unter Putin. Alte Muster-neue Trends, in: Osteuropa, Jg. 52, 04/2002, S.428.

²⁷⁸ Tschirikova, Alla: Die Putinschen Reformen und die Positionierung der regionalen Eliten, in Buhbe/Gorzka: Russland heute - Rezentralisierung des Staates unter Putin, 2007, S.101.

Volkswahl der Gouverneure abgeschafft. Diese wurden von da an vom Präsidenten vorgeschlagen und konnten von den regionalen Parlamenten bestätigt oder abgelehnt werden²⁷⁹. Zudem wurde ein Ministerium für Regionalentwicklung geschaffen. Obwohl die lokale Selbstverwaltung als Teil der föderalen Gliederung Verfassungsrang (Art.12) besitzt, ist sie bis zum heutigen Tage mehr ein reines Lippenbekenntnis, umso mehr, als sie in Putins Machtvertikale als unterstem Glied keine unabhängige Variable des Gesamtsystems darstellen kann. Exemplarisch dafür steht das föderale Gesetz über lokale Selbstverwaltung vom Mai 2000. Demnach sollten allgemeine Bürgermeisterwahlen in Städten mit mehr als 50000 Einwohnern wieder abgeschafft werden sowie den Gouverneuren das Recht eingeräumt werden, Bürgermeister aus ihrem Amt zu entheben²⁸⁰. Im Kern aber krankte die russische lokale Selbstverwaltung an ihrer fehlenden historischen Verankerung sowie am institutionellen Design mit zu vielen Vetospielern, die lokale Akteure in ihrem autonomen Gestaltungsspielraum zu stark einschränkten. Letzter wurde zusätzlich begrenzt durch die chronisch unterfinanzierten lokalen Haushalte bei gleichzeitig steigendem Aufgabentransfer von nationaler auf subnationale Ebene²⁸¹. Eine teilweise überlebenswichtige Strategie der lokalen und regionalen Führungen war das Suchen internationaler Kontakte und der Aufbau von Städtepartnerschaften²⁸².

Zweifelsohne hat sich unter Präsident Putin eine gewisse politische Stabilität eingestellt, auch wenn dadurch demokratische Werte und Institutionen geopfert wurden oder deren Entwicklung hintan gestellt wurde. Diese politische Stabilität alleine war allerdings noch nicht ausreichend um ohne Unterstützung all die ökonomischen Probleme in den Griff zu bekommen. Höchste Priorität sollten gerade nach der Augustkrise 1998 eine positive Finanzmarktentwicklung mit einer durchgreifenden Bankenaufsicht und -restrukturierung und einer Vertrauensbasis in der Bevölkerung haben. Darüber hinaus waren ein Außenhandelswachstum und ein Anstieg ausländischer Direktinvestitionen

²⁷⁹ Ab 2012 wurde diese Reform wieder rückgängig gemacht und die Gouverneure werden offiziell als Zeichen der Demokratisierung wieder direkt vom Volk gewählt. Siehe Wechlin, Daniel: Politische Ränkespiele um die Gouverneurswahlen in Russland, in: NZZ vom 13.10.2012.

²⁸⁰ Gel'man, Vladimir: Reform Retour. Russlands kommunale Selbstverwaltung vor dem Aus?, in: Osteuropa, Jg.53, 9-10/2003, S.1345.

²⁸¹ Gel'man, Vladimir: Reform Retour. Russlands kommunale Selbstverwaltung vor dem Aus?, in: Osteuropa, Jg.53, 9-10/2003, S.1343.

²⁸² Perovič, Jeronim: Regionalisierung unter Putin. Alte Muster-neue Trends, in: Osteuropa, Jg. 52, 04/2002, S.431.

dringend notwendig um eine dynamische Wirtschaftsentwicklung zu bewirken²⁸³. Dies galt sowohl zu Zeiten El'cins als auch zu Zeiten Putins. Die beiden letztgenannten Bedingungen enthalten je eine internationale Komponente. Die entscheidende Frage ist daher, inwiefern kam und kommt der Russischen Föderation bei ihren Bemühungen marktwirtschaftliche und demokratische Strukturen zu etablieren die internationale Gemeinschaft und insbesondere Deutschland zu Hilfe? Welche Programme und Hilfsmaßnahmen wurden und werden implementiert? Diese Frage stellt sich unter der Prämisse, dass der Prozess der Demokratisierung und der Einführung einer Marktwirtschaft von unten nach oben gestaltet werden muss, d.h. eine nachhaltige Implementierung ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass auf der subnationalen Ebene, also in den Regionen, das Bewusstsein geschärft werden muss. Dass Reformen nur auf zentralstaatlicher Ebene und auf makroökonomische Ziele abstellend, fehlschlagen, zeigt die Politik El'cins. **Die zentrale und arbeitsleitende Fragestellung soll deswegen folgende sein: wie und zu welchem Grad unterstützte und unterstützt Deutschland die demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklung auf Russlands Subebene?**

Bekannt ist, dass viele Hilfsmaßnahmen in den 90er Jahren entweder an der Ignoranz der aus der Sowjetunion hinterlassenen Strukturen gescheitert sind, oder völlig ausblieben. Völlig fehlgeleitet war die westliche Annahme Russland einfach ein neoliberales Kostüm westlicher Façon überstülpen zu können und am Ende kommt eine fertige Marktwirtschaft unter einem demokratischen Regime heraus. Der Internationale Währungsfond (IWF) beispielsweise drängte Russland dazu den Rubel in einem festen Wechselkurs zu verankern, obwohl dies aufgrund einer hohen Rohstoffexportabhängigkeit und mangelnder ökonomischer Diversifizierung wenig sinnvoll war und die in letzter Konsequenz zu einer Zahlungsbilanzkrise führte²⁸⁴. Ebenfalls blieben die so dringend benötigten internationalen Kredite aus. Hilfsmaßnahmen in Form einer Einrichtung eines „Marshallplans“ für Russland, wie sie nach Ende des Zweiten Weltkriegs den westeuropäischen Staaten zum Wiederaufbau zu Gute kam, wurde von Seiten der G7 nicht zugestimmt. Russland war deshalb angewiesen auf bilateral ausgehandelte Kreditvergaben, wobei Deutschland unabhängig

²⁸³ Welfens, Paul: Überwindung der Transformationskrise in Russland, in: Welfens/Wiegert: Transformationskrise und neue Wirtschaftsreformen in Russland, 2002, S.15.

²⁸⁴ Welfens, Paul: Überwindung der Transformationskrise in Russland, in: Welfens/Wiegert: Transformationskrise und neue Wirtschaftsreformen in Russland, 2002,S.6.

von der Organisation immer der größte Kreditgeber war. Innerhalb der Gläubiger des Londoner Clubs, der für private Kreditvergabe zuständig ist, hat Deutschland 50% aller Verbindlichkeiten übernommen. Auch bei Betrachtung des Pariser Clubs steht Deutschland mit 42,7% unangefochten an der Spitze. Auf Platz zwei folgt Italien mit lediglich 14%, danach die USA mit 7,3%. Bei der kommerziellen Kreditvergabe belegt Deutschland ebenfalls den Spitzenplatz mit 58,2% vor Frankreich mit 16,2%²⁸⁵. Die Conclusio daraus ist, dass Deutschland innerhalb der westeuropäischen Staaten Russland gegenüber am aufgeschlossensten und kooperativsten war. Dies soll zum Anlass genommen werden, das, was hier nur angerissen wurde, weiter zu vertiefen. Warum nimmt ausgerechnet Deutschland Platz 1 unter den westlichen Staaten bei der bilateralen Kooperation ein? Welche Motivation und Interessen stehen dahinter? Bevor in Kapitel 3 ein theoretisches Konstrukt zu diesen Fragen kreiert wird, soll im folgenden Kapitel ein historischer Abriss über die deutsch-russischen Beziehungen zur Vervollständigung der Rahmenbedingungen der Untersuchung vollzogen werden.

7. Die Historie der deutsch-russischen Beziehungen

Interessant ist die Aussage deutscher Wirtschaftsvertreter aus dem Jahr 1995, also einem Jahr, in dem sich Russland noch inmitten seiner Reform- und Selbstfindungsphase befand: „ein wirtschaftliches Eigeninteresse an florierenden Wirtschaftsbeziehungen mit Russland, das beim Osteuropa-Handel seit 1995 aus deutscher Sicht hinter dem wachstumsdynamischen Polen zurückgefallen ist, besteht nur in Ansätzen“²⁸⁶. Bezeichnend für die desolante Wirtschaftslage Russlands ist diese Aussage, dass Deutschland trotzdem bedeutendster Handelspartner unter den EU-Ländern war. Bereits fünf Jahre später, mussten einige Firmenvertreter ihre damalige Aussage revidieren. Nach der Jahrtausendwende entwickelte sich Russland zu einem für deutsche Unternehmen wichtigen Absatzmarkt. Was passiert war, und welche politischen Rahmenbedingungen sich änderten, gilt es zu einem späteren Zeitpunkt des Kapitels zu erörtern.

²⁸⁵Hishow, Ognian: Von der Sowjet- in die Weltwirtschaft: Russlands Transformationsprozess und seine Perspektiven, 2004, S.130.

²⁸⁶ Welfens, Paul: Grundlegende Transformationsprobleme in Russland: Strukturwandel, Liberalisierung, Kapitalmarktentwicklung und Infrastrukturmodernisierung, in: Welfens et al: Systemtransformation in Deutschland und Russland, 1999, S.8.

Historisch gesehen, haben Deutschland und Russland schon immer sehr enge Verbindungen gepflegt und konnten gewissermaßen auf einige historische Gemeinsamkeiten zurückblicken. Nicht nur, dass beide Staaten hinsichtlich ihres menschlichen und ökonomischen Potentials die beiden größten Staaten Europas sind. Beide Staaten sind auch nicht nur einmal in ihrer Geschichte Sonderwege gegangen, die von denen der sie umgebenden Staaten deutlich abwichen. Vermutlich war es diese Andersartigkeit, die dazu führte, dass sich Russland und Deutschland so nahe standen²⁸⁷. Mit anderen Worten: die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland unterlagen schon Jahrhunderte lang einem Mythos der Anziehung und Abstoßung zugleich. Daran hat sich bis zum heutigen Tage nicht viel geändert. Was aber bedeutet Beziehungen eigentlich? Die Vielschichtigkeit des Begriffs definiert Wulff²⁸⁸ als „den Zusammenhang zweier Begriffe oder Dinge, die in ihrem räumlichen, zeitlichen und bedeutungsmäßigen Zusammensein aufeinander angewiesen sind und sich wechselseitig bestimmen. Beziehungen stellen teils Verbindungen, teils Trennungen dar. Die Beziehungen zweier Länder heißt also, ihren räumlichen, zeitlichen, ökonomischen, politischen, kulturellen und geistigen Zusammenhang, ihr umfassendes Aufeinanderangewiesensein im Positiven wie im Negativen zu erforschen. In Beziehungen bringen Partner bzw. Kontrahenten Eigenes ein, das in seiner Verkettung mit den Voraussetzungen, Bedingungen und Triebkräften des Anderen eine spezifische Qualität und somit Eigendynamik gewinnt“²⁸⁹. Wie vielseitig die deutsch-russischen Beziehungen tatsächlich sind, zeigt ein Blick in ihre Geschichte, der Berührungspunkte aufweist, die man von vornherein gar nicht erwartet hätte und die sich in ihrer Prozesshaftigkeit und Intention zyklisch immer wieder wiederholten bzw. wiederholen.

7.1. Deutsch-russische Beziehungen vom 17.-19. Jahrhundert.

Wegbereitend für die Grundsteinlegung breitangelegter Beziehungen beider Länder war die Einsicht des neuen Zaren Peters I in eine Öffnung Russlands gegenüber Westeuropa,

²⁸⁷ Timmermann, Heinz: Was erwartet Europa von Russland, in: Bogomolov/Vogel: Russland und Deutschland-Nachbarn in Europa, 1992, S.198.

²⁸⁸ In seinem Werk: Deutsch-russische Beziehungen- Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, 1992.

²⁸⁹ Wulff, Dietmar: Primat der Innen-/Außenpolitik bzw. Wirtschaft oder wechselnde Prioritäten, in: Thomas/Wulff: Deutsch-russische Beziehungen- Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, 1992, S.35.

die in die gleiche Zeit fiel wie der Ansatz einer Kultursynthese zwischen Ost und West des deutschen Philosophen Gottfried Wilhelm Leibniz. Ursprünglich ging es diesem in seinem Missionsgedanken um die Verbreitung europäisch geprägter Wissenschaft und Bildung in China. Durch mehrere Reisen und Kontakte zu anderen Philosophen und Gelehrten gelangte er immer mehr zu der Erkenntnis, dass dieser Prozess nur über Russland zu bewältigen sei. Voraussetzung für eine Funktion als Bindeglied war, dass auch Russland sich europäischen Einflüssen gegenüber aufgeschlossen zeigte. Daraufhin entwickelte er ein kulturpolitisches Konzept, dem ein wesentlicher Grundgedanke inhärent war: das gemeinsame Interesse Russlands und Chinas an Wissenschaften, Künsten und europäischer Zivilisation²⁹⁰. Zur Durchsetzung seiner Konzeption erachtete er als nötig, dass erstens eine allgemeine Stiftung für Wissenschaft und Künste gegründet würde, zweitens Fachkräfte aus dem Ausland angeworben würden, drittens den eigenen Bürgern eine Reiseerlaubnis erteilt würde und viertens die Unterrichtung der eigenen Landsleute. Dazu war es notwendig, Bibliotheken, Buchhandlungen und Druckereien zu errichten sowie Schulen, Universitäten und andere Forschungseinrichtungen zu gründen, damit russische Bürger selbst dazu befähigt wurden, geographische und natürliche Begebenheiten, kulturelle und religiöse Sitten und technischen Fortschritt ihres Landes zu erforschen²⁹¹. Dies war eine notwendige Voraussetzung, damit Kulturaustausch überhaupt stattfinden konnte. Persönlich traf Leibniz Peter den Großen erstmals im Jahr 1711. Miterlebt hat er die Realisierung seines geistigen Erbes jedoch nicht mehr- die Eröffnung der Petersburger Akademie der Wissenschaften²⁹².

Nicht weniger interessant sind Rezeptionen des jeweils anderen in literarischen Werken. Einer, der das Bild eines Deutschen in besonderem Maße geprägt hat, ist Nikolaj Gogol' (1809-1852), einer der am meisten gelesenen russischen Schriftsteller. In seinen Werken treten häufig Deutsche in Nebenrollen auf, über die gesprochen und geurteilt wird. Gogol' rekapituliert dort Wahrnehmungen, Vorurteile und persönliche Eindrücke

²⁹⁰ Keller, Mechthild: Wegbereiter der Aufklärung- Gottfried Wilhelm Leibniz' Wirken für Peter den Großen und sein Reich, in: Herrmann/Keller: Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen, 2003, S.18.

²⁹¹ Keller, Mechthild: Wegbereiter der Aufklärung- Gottfried Wilhelm Leibniz' Wirken für Peter den Großen und sein Reich, in: Herrmann/Keller: Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen, 2003, S.22.

²⁹² Keller, Mechthild: Wegbereiter der Aufklärung- Gottfried Wilhelm Leibniz' Wirken für Peter den Großen und sein Reich, in: Herrmann/Keller: Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen, 2003, S.31.

über Deutsche, die er auch auf mehreren Deutschlandreisen selbst gemacht hat. Seine Äußerungen, die als folkloristische Überlieferungen deklariert werden dürfen, decken sich mit Zitaten aus Vladimir Dal's Sprichwortsammlung.

„Der Deutsche ist schlau, er hat den Affen erfunden.

Der Deutsche hat für alles ein „Strument“

Der Deutsche kommt mit dem Verstand darauf, der Russe mit den Augen“

(d.h. der Deutsche erfindet, der Russe guckt ab)²⁹³

Bemerkenswert ist dies deshalb, da sein kreierte Bild maßgeblich das Bild eines Deutschen geprägt hat, dessen Mythos sich bis in die heutige Zeit hartnäckig hält.

Zur ernsthaften Wahrnehmung der russischen Literatur als Teil der europäischen Literatur im deutschsprachigen Raum haben nicht etwa Größen wie Puschkin oder Gogol' beigetragen, sondern Ivan Turgenev. Europäische Kulturschaffende sahen in ihm einen Schriftsteller, der zum ersten Mal eine ureigene russische Komponente in seine Werke einbrachte und nicht nur westeuropäische Schriftsteller imitierte (beispielsweise ist die Ähnlichkeit von Puškins Evgenij Onegin und Lord Byrons Child Harold nicht zu verkennen). Charakteristisch für Turgenev war die authentische Darstellung der russischen Lebensrealität in Form seiner Figuren, Themen und Konfliktkonstellationen, was in der Folge „die russische Seele“ auch dem europäischen Leser zugänglich gemacht hat²⁹⁴. Seine besondere Bedeutung für die deutsch-russischen Beziehungen auf ihrer geistigen Ebene besteht darin, dass es quasi kein literarisches Werk von ihm gibt, in dem nicht deutsche Elemente auftauchen, seien es Personen, Handlungsorte oder deutsche Worte, die dadurch in die russische Sprache eingegangen sind. Seine besondere Liebe und Leidenschaft für Deutschland rührt von seiner Kindheit, die von deutschen Lehrern begleitet war, ebenso von seinen zwei Studienjahren in Berlin und seiner Zeit in Baden-Baden, als er für die russische Presse über den deutsch-französischen Krieg berichtete. Für ihn persönlich stellte Deutschland ein Paradebeispiel an Zivilisation dar, wo geistige und künstlerische Freiheiten zu

²⁹³ Keil, Rolf-Dietrich: Gogols Deutsche. Folklore-Erfahrung-Fiktion, in: Herrmann/Keller: Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen, 2003, S.36.

²⁹⁴ Kantor, Vladimir: Russland im deutschen Zauberspiegel-Ivan Turgenev, in: Herrmann/Keller: Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen, 2003, S.69ff

verwirklichen waren. Er festigte das Bild Deutschlands als Land des geistigen, kulturellen und technischen Fortschritts, das für Russland den Schlüssel des Zugangs zur europäischen Zivilisation bereithielt. Vergessen wurde dabei von russischer Seite, dass Deutschland selbst eine verspätete Nation in Europa war und selbst erst seinen eigenen Platz in Europa finden musste²⁹⁵.

Zum gesellschaftlichen Image der Deutschen beigetragen haben in entscheidendem Maße auch die Schwarzmeer- und Wolgadeutschen, die unter Katharina II nach Russland und die Ukraine eingewandert sind. Zwischen 1763 und 1767 wanderten bereits mehr als 27000 Aussiedler aus verschiedenen deutschen Territorien (besonders aus dem Südwesten Deutschlands) ein. Sie ließen sich nicht nur von Katharinas großangelegten Werbekampagnen locken, sondern auch von der Propagierung der Glaubens- und Religionsfreiheit und der Aussicht auf Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, die nach Beendigung des Siebenjährigen Kriegs in Deutschland nicht besonders gut war²⁹⁶. Diese deutschen Kolonisten hatten großen Anteil am ambivalenten Image der Deutschen. Einerseits waren die Einheimischen verärgert, dass sie Land abtreten mussten, andererseits profitierten sie von den moderneren Geräten, die die Deutschen hatten. Letztere wurden darüber hinaus für ihre Ordnungsliebe und die Arbeitsamkeit bewundert. Ebenso waren sie bekannt dafür, dass sie in ihrem Dorfleben völlig aufgingen, sich lieber selbst verwalteten, ihre Steuern pünktlich und korrekt entrichteten und nicht in Konflikt mit der Polizei gerieten. Bemerkenswert ist, dass dieser Ruf den Deutschen bis heute vorausseilt²⁹⁷.

Umgekehrt waren es weniger Literaten als deutsche Wissenschaftler, die das Russlandbild des 18./19. Jahrhunderts entscheidend prägten. Mehr als 65%²⁹⁸ der ausländischen Wissenschaftler an der Petersburger Akademie der Wissenschaften, die als Forschungseinrichtung in Russland den herausragendsten Platz einnahm, waren

²⁹⁵ Kantor, Vladimir: Russland im deutschen Zauberspiegel-Ivan Turgenev, in: Keller/Hermann: Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen, 2003, S.80.

²⁹⁶ Schippan, Michael: Probleme einer „Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“, in: Thomas/Wulff: Deutsch-russische Beziehungen- Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, 1992, S.55.

²⁹⁷ Brandes, Detlef: Die Schwarzmeer-Deutschen. Ihr Verhältnis zu anderen ethnischen Gruppen und zum russischen Staat 1787-1914, in: in: Thomas/Wulff: Deutsch-russische Beziehungen- Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, 1992, S.218ff.

²⁹⁸ Grau, Conrad: Institutionen und Personen in Berlin und Petersburg in den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen, in: Deutsch-russische Beziehungen. Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, 1992, S.116.

Deutsche. Zu nennen sind hier in diesem Zusammenhang Wissenschaftlergrößen wie Peter Simon Pallas, Anton Friedrich Büsching, Gerhard Friedrich Müller, oder August Ludwig Schlözer, die wissenschaftliche Abhandlungen zu verschiedensten Forschungsschwerpunkten verfassten und publizierten. Da die Wissenschaftler meist über eine Hochschulkooperation an die Akademie nach Petersburg geschickt wurden, erreichten ihre Publikationen auch die deutsche Leserschaft²⁹⁹. Schon damals standen bei den deutschen Wissenschaftlern Themen wie die Rechtmäßigkeit der Thronfolge unter Peter dem Großen, der autokratische Regierungsstil russischer Zaren im Allgemeinen sowie der Rechtsnihilismus in der russischen Bevölkerung im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Aber nicht nur auf geisteswissenschaftlichem Gebiet waren deutsche Wissenschaftler tätig. Viele Naturwissenschaftler (Leonhard Euler, Gottlieb Georgi oder Johann Gmelin) nahmen an Expeditionen teil und trugen ihren Teil zur geographischen, geologischen, ethnographischen etc. Erforschung Russlands bei³⁰⁰.

Nicht nur russische Wissenschaftseinrichtungen waren mit Deutschen durchsetzt, auch politische und Verwaltungsämter. „Seit Peter I waren die deutsche Kultur, Technologie, Kriegskunst, der deutsche Regierungsstil, aber auch deutsche Menschen auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Pyramide- von der Zarenfamilie und dem Hof bis zu den Bäckern, Schustern und Gutsverwaltern- fester Bestandteil des russischen Lebens³⁰¹. Beim Stichwort deutscher Regierungsstil fällt der Fokus schnell auf die deutsche Zarin Katharina II. In Russland fehlte es vollständig an zentralen und regionalen Vertretungskörperschaften und einem zivil-geführten Verwaltungsapparat. Katharina II schuf diese per Ukaz und setzte preußische Beamte ein, da diese in Preußen längst eine Universitätslaufbahn zum Finanz-, Justiz-, oder Verwaltungsbeamten im zivilen Sektor durchliefen³⁰².

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass seit dem 17. Jahrhundert die politisch-diplomatischen und die ökonomischen Verbindungen zwischen Deutschland und

²⁹⁹ Hoffmann, Peter: Anton Friedrich Büsching und Russland, in: Dahlmann, Dittmar: Die Kenntnis Russlands im deutschsprachigen Raum im 18. Jahrhundert, 2006, S.80ff.

³⁰⁰ Astina, Natascha: Schamanen und Pflanzendrogen, St. Petersburg und die Landbevölkerung. Der Beitrag Johann Gottlieb Georgis zu den Kenntnissen über Russland, in: Dahlmann, Dittmar: Die Kenntnis Russlands im deutschsprachigen Raum im 18. Jahrhundert, 2006, S.179.

³⁰¹ Kantor, Vladimir: Russland im deutschen Zauberspiegel-Ivan Turgenev, in: Keller/Hermann: Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen, 2003, S.78.

³⁰² Schippan, Michael: Probleme einer „Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“, in: Thomas/Wulff: Deutsch-russische Beziehungen- Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, 1992, S.65.

Russland an Bedeutung gewannen. Eine besondere Phase stellt die Zeit des deutschen Kaiserreichs dar, denn Reichskanzler Bismarck maß den Verbindungen nach Russland besonderes Gewicht bei. Ein Krieg mit dem Nachbarn im Osten musste unter allen Umständen verhindert werden. Aus diesem Grund schickte er einen seiner fähigsten Diplomaten, Bernhard von Bülow, nach St. Petersburg, denn auch in Russland war es zu innenpolitischen Veränderungen gekommen. Zar Alexander II, der als deutschfreundlich und liberal gesinnt galt, war von der Untergrundorganisation Narodnaja Volja ermordet worden und sein Nachfolger Zar Alexander III galt als Nationalist, der gerne panslawistische Ideen mit einhergehender Russifizierung verbreitete. Dieser Gedanke vertrug sich offensichtlich nicht mit einer Offenheit gegenüber der westlichen Kultur³⁰³. Da der panslawistische Gedanke sich bis in hohe Regierungs- und Armeekreise durchzog, wurde ein Angriffskrieg gegen Österreich wahrscheinlich. Diesen Spannungen geschuldet, konnte das 1887 auslaufende Dreikaiserbündnis zwischen Deutschland, Österreich und Russland nicht erneuert werden. Durch diplomatisches Geschick von Bülows gelang es der deutschen Seite jedoch 1887, mit Russland einen Rückversicherungsvertrag abzuschließen, der beiden Seiten Neutralität abforderte im Falle eines Angriffs Frankreichs auf Deutschland und Österreichs auf Russland³⁰⁴. Dass die Beziehungen sich trotzdem verschlechterten, lag an mangelnder Interessenkonvergenz auf dem Gebiet der Handelspolitik. Russland verfolgte eine zunehmend protektionistische Politik um der russischen Industrie den russischen Markt zu sichern, um dann in Ruhe auf den angrenzenden asiatischen Markt zu expandieren. Deutschland hingegen konnte an hohen Zollbarrieren nicht interessiert sein, da diese nicht exportförderlich waren. Der Handelsvertrag von 1904 konnte nur wenig Abhilfe schaffen. Die russischen Großbauern waren mit dem Protektionismus unzufrieden, da er Agrarausfuhren erschwerte und Einfuhr von benötigtem Gerät unnötig verteuerte. Die deutschen Großbauern hingegen befürchteten durch den Handelsvertrag die Konkurrenz aus dem Osten³⁰⁵. Bismarcks Pressekampagne gegen russische Wertpapiere, mit der er die russische Regierung zwingen wollte, die

³⁰³ Fesser, Gerd: Akteur der Bismarckschen Russlandpolitik. Bernhard von Bülows diplomatische Tätigkeit in St. Petersburg, 1884-1888, in: Thomas/Wulff: Deutsch-russische Beziehungen- Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, 1992, S.161ff.

³⁰⁴ Ebd. S.167f.

³⁰⁵ Wulff, Dietmar: Primat der Innen-/Außenpolitik bzw. Wirtschaft oder wechselnde Prioritäten, in: Thomas/Wulff: Deutsch-russische Beziehungen- Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, 1992, S.42.

Industriezölle abzuschaffen, erreichte ihr Gegenteil: Russland wandte sich von Deutschland ab und wandte sich dem französischen Kapitalmarkt zu³⁰⁶.

7.2. Die deutsch-russischen Beziehungen im 20. Jahrhundert

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges standen sich beide Länder zum ersten Mal in ihrer Geschichte auf dem Schlachtfeld gegenüber. Nach Beendigung desselben waren beide Länder mit enormen sozialen und politischen Umwälzungen konfrontiert, die die Geschichte der Beziehungen beider Nationen zueinander für die nächsten knapp 70 Jahre maßgeblich bestimmen sollte. Das einst verbindende Element der Legitimität des Gottesgnadentums war verschwunden. Während sich in Russland die rote Diktatur durchsetzte, waren in Deutschland die traditionellen Ordnungskräfte weitestgehend intakt geblieben, besonders die Arbeiterschaft, sodass sich die Sozialdemokratie durchsetzen konnte³⁰⁷. Das Verhältnis beider Staaten war weiterhin davon geprägt, dass man auf russischer bzw. ab 1922 auf sowjetischer Seite darauf hoffte, Deutschland könnte doch noch auf die proletarische Revolution umschwenken aufgrund des Diktats des Versailler Vertrags. Deutschland aber bewahrte sich seine Mittelstellung mit der Option sowohl nach Osten als auch nach Westen. Diese manifestierte sich in Form der doppelten Rückversicherung, indem man sowohl mit Moskau den Vertrag von Rapallo (1922) und Berlin (1928) abschloss und mit den Westmächten den Vertrag von Locarno (1925). Im Zuge des russisch-polnischen Konflikts normalisierte sich das deutsch-russische Verhältnis. Trockij³⁰⁸ bat sogar um deutsche Ausbilder für die Rote Armee. General Seeckt, der die deutsche Reichswehr geschaffen hatte, wusste diese Möglichkeit für Deutschland zu nutzen und somit die Bedingungen des Versailler Vertrags zu umgehen. Nicht nur wurden deutsche Unternehmen der Rüstungsindustrie in die Sowjetunion verlagert, auch deutsche Soldaten wurden auf sowjetischen Truppenübungsplätzen ausgebildet³⁰⁹. Dass ab 1939 das dunkelste Kapitel in der

³⁰⁶ Fesser, Gerd: Akteur der Bismarck'schen Russlandpolitik. Bernhard von Bülow's diplomatische Tätigkeit in St. Petersburg, 1884-1888, in: Thomas/Wulff: Deutsch-russische Beziehungen- Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, 1992, S.168.

³⁰⁷ Hück, Walter: Russland spielt wieder die deutsche Karte. Eine historisch politische Analyse der deutsch-russischen Beziehungen, 1991, S.29f.

³⁰⁸ Russischer Revolutionär, kommunistischer Politiker und Gründer der Roten Armee.

³⁰⁹ Hück, Walter: Russland spielt wieder die deutsche Karte. Eine historisch politische Analyse der deutsch-russischen Beziehungen, 1991, S.36ff.

Geschichte beider Länder eingeläutet wurde und wie es dazu kam ist gemeinhin bekannt. Deswegen soll an dieser Stelle auf das Kapitel des Zweiten Weltkrieges nicht näher eingegangen werden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges standen beide Nationen wieder einmal vor der Situation, dass das Schicksal einer Nation von der anderen abhing. Als Siegermacht konnte die Sowjetunion von nun an über den weiteren Werdegang des besiegten Deutschlands mitbestimmen. Ein historisch wichtiges Ereignis stellen dabei die Konferenzen von Potsdam und Jalta dar. Die Initiative zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Westdeutschland jedoch ging von Moskau, von der neuen sowjetischen Führung unter Chrusčev, aus. Der Vorschlag traf bei Kanzler Adenauer auf fruchtbaren Boden, da dieser aufgrund tausender sich noch in russischer Kriegsgefangenschaft befindlicher Deutscher unter innenpolitischem Druck stand. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgte im Jahr 1955. Den Grundstein legten die Handelsbeziehungen. Ab 1959 kamen Verhandlungen über kulturellen und technisch-wirtschaftlichen Austausch zustande³¹⁰. Obwohl der Berliner Mauerbau 1961 einen herben Rückschlag dieser Entwicklung bedeutete, konnte erst durch die Große Koalition unter Kanzler Kiesinger und dann unter Brandts Neuer Ostpolitik eine deutliche Entspannung in den Beziehungen erlangt werden. Die vertragliche Grundlage bildeten der Moskauer Vertrag 1970 und sodann das Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langjährigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie 1978. Die von Gorbačev eingeleiteten Reformen der Perestrojka brachten nicht nur innenpolitisch weitreichende Konsequenzen mit sich, sondern auch außenpolitisch. Eine politische Annäherung bedeutete „das Protokoll über Konsultationen“³¹¹, das gegenseitige Konsultationen bei Gefährdungen des Friedens und internationalen Fragen vorsah. Es folgten eine Reihe bilateraler Verträge, beginnend mit der Gemeinsamen Erklärung vom 13.06.1989. Sie schreibt das Recht aller Völker und Staaten fest, ihr Schicksal frei zu bestimmen und ihre Beziehungen zueinander auf der Grundlage des Völkerrechts souverän zu gestalten. Des Weiteren wird dort der Fortbestand des deutschen Volkes anerkannt und die Idee eines gemeinsamen deutschen Hauses postuliert³¹². Es folgten der Vertrag über gute

³¹⁰ Meissner, Boris: Auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen, 2000, S. 19ff.

³¹¹ Unterzeichnet am 19.01.1988 in Bonn beim Besuch des sowjetischen Außenministers Ševardnadze

³¹² Meissner, Boris: Auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen, 2000, S. 40.

Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit am 13.09.1990. Am 09.11.1990 unterschrieben beide Seiten noch den Vertrag über umfassende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie und Technik³¹³.

7.3. Die deutsch-russischen Beziehungen nach Ende des Kalten Kriegs

Mit dem Ende des Kalten Kriegs und dem Wegbrechen der bipolaren Weltordnung musste auch das deutsch-russische Verhältnis auf eine neue Grundlage gestellt werden. Sowohl das wiedervereinigte Deutschland, als auch Russland mussten ihren neuen Platz in der Weltgemeinschaft erst wieder neu definieren. Vordergründig waren die Neuordnung der politischen Beziehungen sowie die veränderte sicherheitspolitische Lage. Das wiedervereinigte Deutschland war nach wie vor Mitglied der NATO, während für Russland das Umfeld des Warschauer Pakts weggebrochen war. Der Neuaufbau bilateraler Beziehungen nach dem Ende der Sowjetunion erfolgte unter anderen Voraussetzungen, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall war. Deutschland unterlag insofern Handlungsrestriktionen, als es fester Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der NATO war. Auch wenn die Außenpolitik nicht Gegenstand der Vergemeinschaftung war, so musste doch Rücksicht auf die Interessen und Befindlichkeiten der Westpartner genommen werden, gerade unter dem Aspekt der kürzlich erfolgten Wiedervereinigung und der damit verbundenen Angst vieler europäischer Staaten vor einem übermäßigen Wiedererstarken Deutschlands in der Mitte Europas. Daher ist es von immenser Bedeutung die deutsch-russischen Beziehungen nicht losgelöst vom internationalen Kontext zu betrachten, sondern die Einbettung Deutschlands in die o.g. Organisationen immer mit einzubeziehen.

Im Zuge der Kräftereueordnung in Europa waren die deutsch-russischen Beziehungen vorwiegend von sicherheitspolitischen Aspekten geprägt. Denn mit dem Ende des Kalten Krieges war schließlich der ursprüngliche Daseinszweck der NATO- die Verteidigung gegen den sowjetischen Feind- obsolet geworden und in der Folge war ein sicherheitspolitisches Vakuum entstanden, das die EG bzw. später EU alleine nicht zu füllen vermochte. Neben der Frage des WIE des Fortbestandes der NATO, sah sich

³¹³ Meissner, Boris: Auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen, 2000, S.49.

diese damit konfrontiert, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) wie Polen oder Tschechien, Staaten also, die nur wenige Jahre zuvor noch unter dem Einfluss der Sowjetunion standen, mit aller Macht um eine Aufnahme in die NATO rangen³¹⁴. Vor allem die ungeklärte Frage der Verfügung und Kontrolle über das Nuklearwaffenarsenal in den ehemaligen Sowjetrepubliken bewegte die NATO-Staaten zum Handeln. Eine Problemlösung sollte in institutioneller Hinsicht mit Schaffung des NATO-Kooperationsrates 1991 gefunden werden, der allen NATO-Mitgliedstaaten, allen mittel- und osteuropäischen Staaten, Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zugänglich war. Gedacht war der Kooperationsrat als Konsultativgremium und Informationszentrum um Klarheit und Transparenz in sicherheitspolitischen Fragen zu schaffen und damit letztendlich ein Gefühl der Sicherheit zu schaffen. An eine Mitgliedschaft der MOE-Staaten wurde in diesem Zeitraum allerdings noch nicht gedacht und zwar aus dem Grund, dass das erstens mit den Interessen Russlands aufgrund der traditionellen Einflussphäre in dieser Region nicht vereinbar war. Zweitens musste man, um wirklich Sicherheit zu gewährleisten, Russland in alle Pläne mit einbinden³¹⁵. Und drittens gab es zwischen den USA und Gorbatschow das mündliche Versprechen, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen, was einer der Gründe für die Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Vereinigung war³¹⁶. Russland war aufgrund seiner desolaten wirtschaftlichen Lage und den Versorgungsempfängen auf Kooperation mit dem Westen angewiesen und stimmte der Gründung des Kooperationsrates mit dem Hintergedanken wirtschaftlicher und finanzieller Hilfsleistungen zu. Damit soll jedoch nicht in Abrede gestellt werden, dass Präsident Eltsin mit seiner Regierungsmannschaft einen offen prowestlichen Kurs verfolgte. Dieser fand allerdings bald sein Ende, als man merkte, dass auch noch die ehemaligen Sowjetrepubliken, die jetzt als eigenständige Nationalstaaten an Russland grenzten, als ureigene Einflussphäre wegzubrechen drohten. Denn nach wie vor lag in diesen Staaten der Schlüssel zum Schutz wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und

³¹⁴ Pradetto, August: Nationale Sicherheit, NATO-Osterweiterung und neue europäische Ordnung, *Perzeptionen und Strategien maßgeblicher Akteure*, in: *Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO*, 1997, S.21.

³¹⁵ Schmedt, Claudia: *Russische Außenpolitik unter Jelzin*, 1997, S.52.

³¹⁶ Pradetto, August: Nationale Sicherheit, NATO-Osterweiterung und neue europäische Ordnung, *Perzeptionen und Strategien maßgeblicher Akteure*, in: *Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO*, 1997, S.12.

sozialer Interessen Russlands³¹⁷. Mitte der 90er Jahre erfolgte auch im Westen ein Umdenken und ungeachtet irgendwelcher Versprechungen, ging man nun davon aus, dass Russland, was eine NATO-Osterweiterung anging, kein Vetorecht mehr zustand und dass es alleine Sache souveräner Staaten sei, über solch eine Entscheidung zu befinden³¹⁸. Als Zwischenlösung wurde den beitrtrittswilligen Staaten eine Partnerschaft für den Frieden angeboten (Partnership for peace- Pfp). Darin spiegelt sich das Gesamt-Dilemma der NATO zu dieser Zeit ab: abgesehen davon, dass man den verloren gegangenen Daseinszweck mit neuen Zielen ersetzen musste, waren sich die NATO-Mitglieder über die weitere Zukunft der Organisation unter sich nicht einig. Daneben wollte man dem Wunsch der MOE-Staaten nach einem Beitritt nachkommen, aber gleichzeitig Russland nicht isolieren³¹⁹. Deutschland musste in dieser Situation den schwierigen Balanceakt zwischen Westeuropa mit EU und NATO einerseits und den MOE-Staaten und Russland andererseits schaffen. Der EU und der NATO war Deutschland nicht nur vertraglich, sondern auch aufgrund seiner ideologischen Ausrichtung der Außenpolitik verpflichtet. Die MOE-Staaten stellten für die Exportnation Deutschland nicht nur einen attraktiven Markt dar, den es zu erschließen galt. Auch war nach Ende des Zweiten Weltkrieges die reale Chance zur Versöhnung und des Neuanfangs gekommen. Ähnliches galt für Russland³²⁰. Sinnbildlich dafür ist die Ausrichtung der Außenpolitik: „Die Erweiterung der NATO um neue Mitglieder muss Teil eines gesamteuropäischen Sicherheitskonzepts sein, Integration und Kooperation - vor allem eine intensive Partnerschaft mit Russland - müssen sich ergänzen, damit in Europa keine neuen Trennlinien entstehen. Dabei kommt der Stärkung der KSZE eine wichtige Rolle zu“³²¹. Vor allem war es aber im Interesse Deutschlands, Stabilität und Sicherheit in die osteuropäischen Staaten zu transportieren um Migrationsbewegungen und grenzüberschreitende Kriminalität in Zaum zu halten. Deutschland und Russland gingen bei einer Stärkung der Rolle der OSZE als

³¹⁷ Meissner, Boris: Vom Sowjetimperium zum eurasischen Staatensystem, 1995, S.143f.

³¹⁸ Pradetto, August: Nationale Sicherheit, NATO-Osterweiterung und neue europäische Ordnung, Perzeptionen und Strategien maßgeblicher Akteure, in: Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, 1997, S.15.

³¹⁹ Hacke, Christian: Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur NATO-Osterweiterung, in: Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, 1997, S.237.

³²⁰ Pradetto, August: Nationale Sicherheit, NATO-Osterweiterung und neue europäische Ordnung, Perzeptionen und Strategien maßgeblicher Akteure, in: Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, 1997, S.32.

³²¹ Hacke, Christian: Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur NATO-Osterweiterung, in: Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, 1997, S.240.

gemeinsames Forum deshalb konform, weil vor allem Russland darin ein Einflussinstrument sah, in dem es gleichberechtigt und ohne Souveränitätsabgabe an eine übergeordnete Instanz mit den europäischen Staaten handeln und verhandeln konnte³²².

Die Jugoslawienkriege sind deshalb für die deutsch-russischen Beziehungen von enormer Bedeutung, da erstens die NATO als Überbrückung ihrer Krise ihre verteidigungspolitische Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent demonstrierte, zweitens damit der russische Einfluss auf Westeuropa minimiert wurde und drittens Deutschland sich eindeutig zur EU und dem transatlantischen Bündnis bekennen musste. Die deutsche Rolle in den Kriegen auf dem Balkan stand von Anfang an unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft, die den Anspruch an Deutschland herantrug, nach der Vereinigung mehr internationale Verantwortung zu übernehmen und die schließlich in den ersten out-of-area-Einsatz der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg mündete³²³.

Trotz aller Differenzen entschloss sich Russland noch im Jahr 1994 das PfP-Abkommen mit der NATO zu unterzeichnen, aus dem einfachen Grund, dass Russland die Beziehungen zu den westlichen Staaten nicht aufs Spiel setzen wollte, da diese für die wirtschaftliche Modernisierung Russlands unabkömmlich waren. Ein vorläufiges Ende unter den Streit zwischen Russland und der NATO setzte die Unterzeichnung des „Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation“³²⁴ in Paris am 27. Mai 1997. Die Grundakte bildete ebenfalls den Grundstein für den NATO-Russland-Rat als gegenseitigem Konsultationsforum, der 2002 gegründet wurde.

Eine Entspannung erfolgte erst nach der Jahrtausendwende begleitet mit innenpolitischen Machtwechseln. In Russland war Vladimir Putin 2000 zum Präsidenten gewählt worden, 1998 wurde Gerhard Schröder Kanzler einer rot-grünen Regierung. Dass die Annäherung Russlands an die NATO gelang, muss den Ereignissen

³²² Hacke, Christian: Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur NATO-Osterweiterung, in: Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, 1997, S.240.

³²³ Haftendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 2001, S.405.

³²⁴ http://www.nato-russia-council.info/OffDocs_Detail.aspx?OffDocsID=1174 (letzter Zugriff: 12.12.2013)

des 11. September zugeschrieben werden. Putin sprach Präsident Bush seine Solidarität aus, denn nun hatten die USA und Russland einen gemeinsamen Feind: der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Russland gewährte den USA für den Afghanistan-Krieg Transit- und Überflugrechte. Im ersten Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung spielte Russland im Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Zielen und Interessen anfangs nur eine sehr untergeordnete Rolle. Zum Katalysator der deutsch-russischen Beziehungen wurden nach der Jahrtausendwende vor allem die Wirtschaftsbeziehungen, die dann einen spill-over-Effekt auf die politische Ebene bewirkten³²⁵. Unterstützt wurde die Stärkung des Bündnisses durch die ablehnende Haltung der deutschen Bundesregierung gegenüber der neuen amerikanischen Militärdoktrin, die einen Präventivschlag als zulässig erklärt. Erste Folge war der Irakkrieg 2003, wobei Deutschland eine direkte militärische Beteiligung ablehnte. Mit Frankreich und Russland an seiner Seite bildete sich temporär eine Gegenkoalition auf der Achse Moskau-Berlin-Paris³²⁶.

7.3.1. Die Wirtschaftsbeziehungen

Die Erfolgsgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen begann, wie angedeutet, im ökonomischen Sektor und dies nach der Jahrtausendwende. Die konkrete Problemlage der russischen Wirtschaft vom Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft wurde bereits in vorherigen Kapiteln geschildert. Ebenso wurde erklärt, welche Reformen die russische Regierung initiierte und wie sich diese Reformen auf die Performanz der Volkswirtschaft auswirkten. Gleichfalls wurde angemerkt, dass sich die Hilfsleistungen der Internationalen Gemeinschaft entweder als fehlgeleitet erwiesen oder gänzlich ausblieben. Daher soll hier auch nicht näher auf die Internationale Gemeinschaft eingegangen werden. Vielmehr soll Deutschland in den Fokus rücken. Welche Initiativen und Programme gingen von deutscher Seite aus um Russland in seinem Transformationsprozess zu unterstützen? Vergessen werden sollte dabei nicht, dass auch Deutschland die Hypothek anlastete, das marode Wirtschaftssystem der DDR in das der alten Bundesrepublik zu integrieren. D.h Deutschland hatte für den Teil der

³²⁵ Adomeit, Hannes/Kupferschmidt, Frank: Russland und die NATO. Krise verwalten oder Potentiale entwickeln?, in: SWP-Studie 03/2008, S.7f.

³²⁶ Maull, Hanns W.: Deutschland auf Abwegen? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003, 2003, S.3.

ehemaligen DDR die gleiche Transformationsleistung zu erbringen, wie das Russland für sein Riesenreich zu tun hatte. Im Umkehrschluss könnte man daraus schlussfolgern, dass Deutschland aufgrund dieser Erfahrung geradezu prädestiniert ist Russland als Partner und Ratgeber im Transformationsprozess zur Seite zu stehen.

Deutschland war auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik im Vergleich zu anderen Staaten insofern „im Vorteil“, als es auf schon bestehende und gefestigte Geschäftsverbindungen zurückgreifen konnte. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass Deutschland schon in den 90er Jahren der wichtigste Handelspartner unter den westlichen Staaten war. Analog zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik erwuchs für Deutschland daraus die Rolle in internationalen Organisationen wie dem IWF oder der G7 russische Interessen vorzutragen und das Land selbst näher an die Organisationen heranzurücken³²⁷. Da der deutschen Regierung in diesen Organisationen und speziell von den westeuropäischen Staaten die Unterstützung bei der finanziellen Hilfe für Russland verwehrt wurde, setzte die Regierung auf die sog. Hermes-Bürgschaften³²⁸. Ziel war es, mit ihnen den Übergang auf neue Handelsbedingungen nach dem Ende der Rubelverrechnung erleichtern und den Export aus den neuen Bundesländern in GUS-Staaten zu stabilisieren. Zusätzlich wurde Russland in den Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft eingebunden, um Forderungen deutscher Unternehmen vertraglich festzuschreiben. Dies tat Not, da es zuvor zu Vorfällen kam, bei denen deutsche Geschäftsleute mit der Sowjetunion bzw. Russland Lieferverträge abschlossen, die nicht durch die Hermes-Bürgschaften gedeckt waren und es dadurch zu Forderungen in Milliardenhöhe kam. Im Dezember 1992 entschloss sich Deutschland zudem einen achtjährigen Zahlungsaufschub zu gewähren, der eine zinslose Stundung der Schulden inkludierte. So zahlte die deutsche Bundesregierung allein im Zeitraum von 1989 bis 1994 für Kredite, Kreditgarantien und Hermesbürgschaften 54,9 Mrd. DM an Russland. Deutschland war damit der größte Gläubiger Russlands³²⁹.

³²⁷ Wagensohn, Tanja: Von Gorbatschow zu Jelzin. Moskaus Deutschlandpolitik (1985-1995) im Wandel, 2000, S.290.

³²⁸ Hermes-Bürgschaften sind Exportkreditversicherungen, die der Förderung der deutschen Außenwirtschaft dienen. Sie schützen deutsche Unternehmen vor Zahlungsausfällen seitens ihrer ausländischen Geschäftspartner. Kann das ausländische Unternehmen seinen Zahlungspflichten nicht beikommen, so springt der deutsche Staat mit der entsprechenden Deckungssumme ein.

³²⁹ Wagensohn, Tanja: Von Gorbatschow zu Jelzin. Moskaus Deutschlandpolitik (1985-1995) im Wandel, 2000, S.294.

Nicht unerheblich war auch die finanzielle Hilfe, die Deutschland beim russischen Truppenrückzug vom Gebiet der ehemaligen DDR. Basis dafür bildeten der sog. Überleitungsvertrag vom 09.10.1990 und der Truppenabzugsvertrag vom 12.10.1990, welcher einen vollständigen Abzug der Truppen bis 1994 vorsah³³⁰. Deutschland hatte dafür mit Sorge zu tragen, dass die Übersiedelung der russischen Soldaten sozialverträglich durchgeführt wurde. Vor allem beim sozialen Wohnungsbau beteiligte sich die deutsche Seite finanziell in großem Umfang. Bis zum endgültigen Abzug 1994 investierte Deutschland insgesamt 12 Mrd. DM. 7,8 Mrd. davon gingen in den zivilen Wohnungsbau, 3 Mrd. für den Aufenthalt, 1 Mrd. für Logistik und 200 Mio. DM in Umschulungsprogramme. Außerdem stand die deutsche Regierung Zoll- und Steuerfreiheit für den Transport von Ausrüstung und Verpflegung zu. Ebenso durften die Liegenschaften bis zum Abzug kostenfrei genutzt werden. Damit der Abzug beschleunigt schon Mitte 1994 beendet werden konnte, zahlte Deutschland zusätzliche 550 Mio. DM³³¹.

Deutschlands Transformationshilfe beschränkte sich nicht nur auf monetäre Hilfsleistungen. Es wurden darüber hinaus Beratungsprogramme ins Leben gerufen, die Russland beim Aufbau vor allem marktwirtschaftlicher Strukturen helfen sollten. Die Ziele wurden in das von der Bundesregierung 1992 initiierte Programm TRANSFORM integriert und Russland als Adressat eingebunden. Das Gesamtvolumen des Programms belief sich auf rund 1 Mrd. Euro. Russland bezog davon fast ein Drittel³³². Ausgelaufen ist das TRANSFORM-Programm 2005. Seit 2005 ist das Nachfolgeprogramm in Kraft getreten, das nun mehr an länderspezifischem Beratungsbedarf ausgerichtet ist. Schwerpunktländer sind Russland, die Ukraine und Moldawien. Darüber hinaus fokussiert sich das Programm nun mehr auf die Eigenbeteiligung der Partnerstaaten. „Beratungsleistungen werden nur erbracht, wenn sie von den Institutionen des Partnerlandes ausdrücklich gewünscht werden. Anträge auf Förderung können von Institutionen und Unternehmen der Partnerländer Deutschlands sowie von Regierungsstellen eingereicht werden. Neben der Unterstützung des

³³⁰ Meissner, Boris: Auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen, 2000, S. 50.

³³¹ Heinecke, Susann: Deutsche Russlandpolitik 1991-2005. Entwicklungen und gesellschaftliche Einflüsse in außenpolitischen Entscheidungsprozessen, 2011, S. 61f.

³³² Heinecke, Susann: Deutsche Russlandpolitik 1991-2005. Entwicklungen und gesellschaftliche Einflüsse in außenpolitischen Entscheidungsprozessen, 2011, S. 30.

Transformationsprozesses sollen auch die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und damit Märkte und Beschäftigungspotenziale auf beiden Seiten gefördert werden³³³. Im Mittelpunkt der Förderung stehen nach wie vor Beratung auf Parlaments- und Regierungsebene, Aufbau einer effizienten und an marktwirtschaftliche Verhältnisse angepassten Selbstverwaltung, Aufbau funktionierender Finanzsysteme sowie die Beratung zur Förderung einer mittelständischen Unternehmerkultur³³⁴. Das Programm steht unter der Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesfinanzministeriums. Die Durchführung wurde der KfW-Entwicklungsbank übertragen. Im Rahmen der Beratereinsätze ist sie für das Monitoring der Projektdurchführung sowie die vertragliche und finanzielle Abwicklung verantwortlich.

Ein weiteres, speziell auf Russland zugeschnittenes und von der KfW-Entwicklungsbank durchgeführtes Projekt (seit 2004), ist das Programm zur Mittelstandsförderung. Während in Deutschland der Anteil kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) am Bruttosozialprodukt bei 70% liegt, beläuft er sich in Russland auf lediglich 21%. In Russland scheitern KMU häufig an der Kreditfinanzierung der Banken. Das Programm läuft deswegen darauf hinaus, dass die KfW-Bank mittel- und langfristige Kredite an russische Partnerbanken auslegt, die diese an KMU weitergeben. Die KfW-Bank übernimmt die Kreditrisiken der Partnerbanken und der Bund refinanziert im Normalfall die Ausfallrisiken Russlands. Ausgewählte Banken werden daneben mit Beratungsleistungen, finanziert vom Bundeswirtschafts- und Finanzministerium, zum Aufbau eines effektiven KMU-Kreditgeschäfts unterstützt³³⁵.

Trotz aller aufgeführten Bemühungen waren die Wirtschaftsbeziehungen in den 90er Jahren insgesamt von großer Unsicherheit geprägt. Deutsche und generell ausländische Unternehmen zögerten in Russland zu investieren, da erstens die politischen Verhältnisse zu keiner Zeit gefestigt waren, zweitens der Rahmen der Rechtsstaatlichkeit nicht gegeben war und drittens MOE-Länder, die in ihrem Transformationsprozess schon weiter waren, als Investitionsstandort attraktiver waren. Geplante Investitionen mussten von staatlicher Seite in Form von Hermes-Bürgschaften

³³³http://www.kfwentwicklungsbank.de/ebank/DE_Home/Laender_und_Programme/Europa/Regionales_Engagement/Transform/index.jsp (letzter Zugriff: 09.03.2013)

³³⁴ ebd.

³³⁵http://www.kfwentwicklungsbank.de/ebank/DE_Home/Laender_und_Programme/Europa/Russland/Leuchturmprojekt_1.jsp (letzter Zugriff: 09.03.2013)

abgesichert werden. Die ökonomische und finanzielle Tätigkeit der Deutschen in Russland ist mit dem Wort Krisenmanagement am besten beschrieben. Folgerichtig mussten die ökonomischen Beziehungen erst noch auf eine institutionell stabile Grundlage gestellt werden. Ein entscheidender Faktor für Veränderung war der Machtwechsel innerhalb Russlands. Präsident Putin gelang es nach außen hin politische Stabilität zu suggerieren. In Kombination mit steigenden Preisen auf Rohöl und Erdgas und der Entspannung der Haushaltslage wurde Russland nach der Jahrtausendwende ein immer attraktiverer Absatzmarkt und Investitionsstandort. Schröder und Putin einigten sich auf den Terminus einer strategischen Partnerschaft. Dabei meint strategische Partnerschaft „ein langfristig angelegtes, zum gegenseitigen Vorteil und Nutzen gereichendes Zusammenwirken gleichberechtigter Partner bei der Bewältigung gemeinsamer Großaufgaben, das an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft ist. So müssen beide Partnerstaaten pragmatische, von größeren Problemen unbelastete Beziehungen unterhalten. Die politischen Führungen sollten größtenteils ähnliche Interessen und Ziele verfolgen, ein enges Vertrauensverhältnis mit vielschichtigen Kontakten auf allen Entscheidungsebenen pflegen, sich gegenseitig unterstützen, auf einseitige Vorteilsnahme zum Schaden der Interessen des Partners verzichten und ihre Verpflichtungen im System der internationalen Beziehungen gemeinsam wahrnehmen. Um stabil und dauerhaft zu sein, sollte die strategische Partnerschaft auf drei, wenn möglich gleich starken, Säulen beruhen - einer politischen, einer wirtschaftlichen und einer kulturell-gesellschaftlichen - und von effizienten Institutionen gesteuert werden“³³⁶. Dahinter steht eine Interessenkonvergenz beider Länder. Deutschland ist an einem stabilen und zuverlässigen Zufluss von Rohstoffen interessiert ohne dabei in eine einseitige Abhängigkeit zu geraten und Russland an deutschen Investitionen und Transfer von technischem Know-how³³⁷.

Herzstück der institutionellen Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene ist die beim Ostausschuss der deutschen Wirtschaft beheimatete SAG. Sie steht für die deutsch-russische Arbeitsgruppe für „Strategische Fragen der deutsch-russischen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen“³³⁸ und wurde im Jahr 2000 im Rahmen der

³³⁶ Meier, Christian: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen unter Putin, in: SWP-Studie 11/2004, S.16.

³³⁷ Ebd. S.17

³³⁸ Mangold, Klaus in: <http://www.ost-ausschuss.de/herzst-ck-der-deutsch-russischen-wirtschaftsbeziehungen> (letzter Zugriff: 28.02.2012)

Regierungskonsultationen von Putin und Schröder ins Leben gerufen. Obwohl damals schon Deutschland Russlands wichtigster Handelspartner war, lag der bilaterale Handel nur bei 13 Mrd. Euro. Acht Jahre später hatte sich der zwischenstaatliche Handel verfünffacht und lag bei einem Wert von 68 Mrd. Euro jährlich. In dieser Zeit war Russland von den Top-20 Wirtschaftspartnern in die Top-10 aufgestiegen.

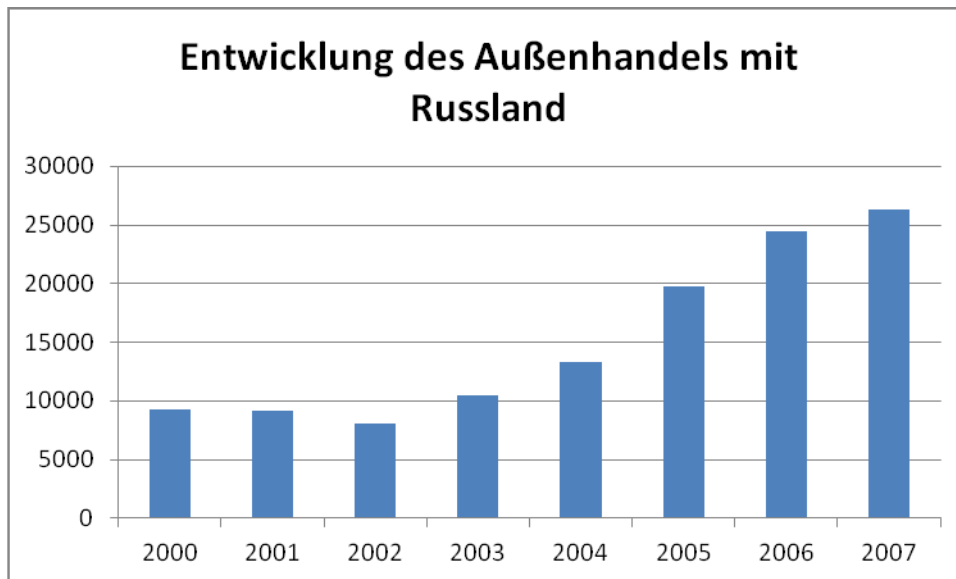


Abbildung 8: Entwicklung des Außenhandels in Mio. US-Dollar,

Quelle: Rosstat

Die SAG war als Brücke zwischen Politik und Wirtschaft angedacht, die als Impulsgeber für sog. Leuchtturmprojekte und Ort der offenen Aussprache und Problemlösung dienen sollte. Welche Bedeutung der SAG beigemessen wird, macht die hochkarätige Besetzung klar. Bei ihrer ersten Sitzung nahmen von deutscher Seite die damaligen Staatssekretäre aus dem Wirtschafts- und Finanzministerium, Dr. Axel Gerlach und Caio Koch-Weser, sowie der Präsident des Ostausschusses Klaus Mangold selbst teil. Von russischer Seite wurden die stellvertretenden Minister Materow aus dem Wirtschaftsministerium, Ignatiew aus dem Finanzministerium und Aljoschin aus dem Industrieministerium berufen. Die Zahl der Teilnehmer erhöhte sich bis zum jetzigen Zeitpunkt stetig. Zum Beispiel kamen das Auswärtige Amt, ein Vertreter der deutschen

Botschaft und die Delegation der deutschen Wirtschaft in Moskau dazu. Von den Russen nahm der Wirtschaftsminister höchstpersönlich teil³³⁹.

Ein solches Leuchtturmprojekt ist mit Sicherheit der Bau der Ostseepipeline³⁴⁰. Der Startschuss für das Projekt fiel am 8. September 2005, als Kanzler Schröder und Präsident Putin eine Absichtserklärung zum Bau einer Pipeline durch die Ostsee unterzeichneten. Auf russischem Boden soll eine rund 900 km lange Netzanbindung gefertigt werden und vom russischen Vyborg nach Greifswald/Deutschland nochmals 1200 km. Von dort aus kann das Erdgas nach Großbritannien, Finnland, Schweden, Dänemark und Kaliningrad weiterbefördert werden³⁴¹. Das Investitionsvolumen beträgt 7,4 Mrd. Euro. Es ist für Europa in zweierlei Hinsicht von enormer Bedeutung. Erstens kann durch die direkte Verbindung nach Europa die Versorgungssicherheit - und Diversifizierung auf Jahre hinaus gesichert werden und zweitens ist es ein Anreiz für die europäische Wirtschaft. Es können unzählige Aufträge an Unternehmen aus den Branchen der Rohrherstellung- und Verlegung, des Umweltschutzes, Bauunternehmen, Beschichtungstechnik und Logistik und viele mehr vergeben werden³⁴². Dennoch rief das Projekt Kritiker auf den Plan, vor allem aus den osteuropäischen Ländern, die in diesem Projekt einen deutsch-russischen Schulterchluss sahen, der zu ihren Lasten ging, da ihre Länder nicht direkt an die Verbindung angebunden werden³⁴³. Doch dass das Projekt auf rein deutsch-russischer Zusammenarbeit basiert, ist ein Trugschluss. Es geht zwar auf eine deutsch-russische Initiative zurück, ebenso sind die Anteile der Nordstream AG, eine Firma, die eigens zum Zweck der Verwirklichung des Projekts gegründet wurde, mehrheitlich in russischer (Gazprom 51%) und deutscher (E.ON Ruhrgas und BASF/Wintershall mit insgesamt 31%) Hand, doch sind auch viele andere europäische Unternehmen an diesem Projekt beteiligt (z.B. die niederländische Gasunie oder die französische GDF Suez)³⁴⁴, sodass in keinem Falle von einem deutsch-russischen Alleingang gesprochen werden kann.

³³⁹ Mangold, Klaus in: <http://www.ost-ausschuss.de/herzst-ck-der-deutsch-russischen-wirtschaftsbeziehungen> (letzter Zugriff: 28.02.2012)

³⁴⁰ offizielle Bezeichnung: Nordstream.

³⁴¹ Götz, Roland: Die Ostseegaspipeline, in: SWP-Aktuell 09/2005, S.2.

³⁴² <http://www.nord-stream.com/de/the-pipeline/project-significance.html> (letzter Zugriff: 09.03.2013)

³⁴³ Götz, Roland: Die Ostseegaspipeline, in: SWP-Aktuell 09/2005, S.4.

³⁴⁴ <http://www.nord-stream.com/de/our-company.html> (letzter Zugriff: 09.03.2013)

7.3.2. Wissenschafts- und Forschungszusammenarbeit

Dass Deutschland sich als Land der Denker und Erfinder rühmt und weltweit einen Spitzenplatz bei Forschung und Innovation einnimmt, ist hinlänglich bekannt. Russland gehörte einst im sowjetischen Verbund ebenfalls zu den Spitzenstandorten für Forschung. Für wissenschaftliche Teilbereiche, vor allem den Bereich der Grundlagenforschung, gilt dies bis heute noch. Aber auch die russische Wissenschaft ist von den Umwälzungen der 90er Jahre nicht verschont geblieben und läuft deswegen bis auf wenige Ausnahmen strukturell der Weltspitze hinterher. Teil der Modernisierungsstrategie unter Präsident Putin (und später Medvedev) war und ist es Russland wieder als internationalen Forschungs- und Innovationsstandort zu etablieren. Dabei ist man in Russland zur Einsicht gekommen, dass dies nur über Kooperation mit ausländischen Partnern möglich sein wird. Da die Modernisierungsanstrengungen im Forschungssektor mit denen des Wirtschaftssektors Hand in Hand gehen, gilt für ersteren ebenfalls, dass Deutschland einer der präferierten Partner für Kooperation ist. Auf deutscher Seite ist man ebenfalls bestrebt, Russland an europäische Forschungs- und Wissenschaftsstrukturen heranzuführen und hat dabei mehrere Förderinstrumente entwickelt, die sich in bilaterale und multilaterale aufgliedern. Auf bilateraler Seite ist hier das Projektförderinstrument im Rahmen der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit zu verbuchen, das auf Grundlage des bilateralen Abkommens von 2009³⁴⁵ zwischen Deutschland und Russland gemeinsame Projekte in allen Forschungsbereichen fördert, z.B. die Meeres- und Polarforschung, Umwelt- und Biotechnologie, Medizintechnik, Raumfahrt, Telekommunikation³⁴⁶. Deutschland ist, was Wissenschafts- und Forschungsorganisationen betrifft, breit aufgestellt mit dem Fraunhofer-Institut, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gesellschaft, um nur einige zu nennen. In Russland hatte bis dato die Akademie der Wissenschaften mit ihren vielen Zweigen das Forschungsmonopol. Während in Deutschland trotz der Vielzahl an Forschungseinrichtungen der Großteil der Gelder von den Unternehmen selbst in Forschung investiert wird, tritt in Russland der Staatssektor hier überproportional in den Vordergrund. Gelder werden hierfür zentral von den Ministerien (bes. Ministerium für Bildung und Forschung) vergeben. Da sich jedoch auch Russland nicht vollständig vor notwendigen Reformen verschließen kann, sind in diesem Zusammenhang vor allem

³⁴⁵ <http://www.bmbf.de/de/2513.php> (letzter Zugriff: 27.02.2014)

³⁴⁶ WTZ-Abkommen zwischen Deutschland und Russland 2009 Art. 4

zwei Institutionen zu nennen, die sich durch ihr internationales Engagement einen Namen gemacht haben. Zum einen ist dies die Higher School of Economics, die offiziell eine Forschungsuniversität ist und international sehr gut vernetzt ist, zum anderen ist dies die Foundation for Assistance to small and innovative enterprises (FASIE)³⁴⁷. Beide zählen zu wichtigen internationalen Projektpartnern in der bi- und multilateralen Forschungszusammenarbeit mit Russland. Ziel von FASIE ist es vor allem kleine und mittelständische Unternehmen auf russischer Seite durch internationale Projekteinbindungen zu fördern im Rahmen der Wirtschaftszweige, die in Russland als prioritär ausgegeben wurden (z.B: Nanotechnologie, Medizintechnik, Biotechnologie oder Energiewirtschaft). Allerdings kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass FASIE keine staatlich unabhängige Förderorganisation ist und dass der private Fördersektor in Russland immer noch stark unterentwickelt ist.

7.4.Fazit

Zusammenfassend kann zur Evolution der deutsch-russischen Beziehungen Folgendes gesagt werden: Die Berührungspunkte beider Länder sind in ihrer Geschichte, die besonders seit Zar Peter I an Fahrt gewonnen hat, äußerst vielfältig. Wie beschrieben, konnten sich intensive Beziehungen auf allen Ebenen der Gesellschaft bilden. Damit findet die eingangs zu Grunde gelegte Definition des Begriffs „Beziehung“ auf die deutsch-russischen Beziehungen“ vollständige Anwendung.

Besonders auffällig ist bei der Betrachtung der Geschichte neben dem Aspekt der zyklischen An- und Abstoßung, dass die Rollenverteilung beider Länder in ihrer gegenseitigen Beziehung im Falle einer Phase der Annäherung immer klar definiert war: Deutschland trat schon immer als Modernisierer Russlands auf, sei es auf wissenschaftlicher, gesellschaftlicher, politischer oder wirtschaftlicher Ebene. Im Gegenzug wurde diese Rolle von russischer Seite aber auch immer akzeptiert. In besonderem Maße wird dies nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Russland deutlich. Neben eingeschränkter internationaler Hilfe von Seiten des Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der EU, vertraute die russische Regierung speziell auf Deutschland als Partner auf dem Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie.

³⁴⁷ Gegründet wurde FASIE per Gesetz bereits 1994 und hat unter staatlicher Aufsicht die Aufgabe, den KMU-Sektor in Russland zu fördern, als Teil der Transformationsstrategie im marktwirtschaftlichen Bereich <http://www.fasie.ru/o-fonde> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

Legt man die Darstellungen dieses Kapitels der Analyse zu Grunde, könnte man zu dem Schluss kommen, dass dies nur eine logische Konsequenz der Geschichte ist, da Deutschland schon immer der engste Partner Russlands in Westeuropa war und gegenüber Russland einer Einbindungsstrategie gefolgt ist. Folglich ist Deutschland geradezu prädestiniert, auch nach der Jahrtausendwende Russland auf seinem Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie weiter als engster europäischer Wegbegleiter zur Seite zu stehen. Russland kann in dieser Hinsicht in vielerlei Hinsicht von deutschen Erfahrungen profitieren. Deutschland zählt zu denjenigen Ländern, die seit mehreren Jahrzehnten als stabile liberale Demokratie und Marktwirtschaft gelten. Um diesen Weg zu gehen, profitierte Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg selbst stark von internationaler Hilfe beim Aufbau von Marktwirtschaft und demokratischen Strukturen. Daneben hat Deutschland als einziges Land Westeuropas selbst die Erfahrung gemacht, die DDR als vormals kommunistischem Staat in die Strukturen Westdeutschlands integrieren zu müssen. Somit kann davon ausgegangen werden, dass Deutschland bezüglich russischer Transformationsprobleme sensibilisierter ist als andere westeuropäische Staaten. Im nächsten Kapitel soll deshalb diskutiert werden, auf welcher theoretischen Basis die deutsch-russische Kooperation am besten zu erklären ist. Daneben soll theoretisch hergeleitet werden, warum es wichtig ist, gerade die Subeinheiten (Regionen) Russlands zu unterstützen. Aus dieser Synthese heraus soll ein Modell entwickelt werden, das Voraussetzungen beider Seiten definiert und bewertet, welche elementar für eine fruchtbare Kooperation sind und die darüber hinaus einen positiven Outcome für die regionale Entwicklung in Russland haben.

8. Empirische Erarbeitung

Der letzte große Teil der Arbeit ist der empirischen Belastbarkeit der aufgestellten Thesen gewidmet. Bei der Überprüfung wird man sich mit zwei Problemblöcken konfrontiert sehen, die im Mittelpunkt der Aufarbeitung stehen werden. Das ist erstens die Frage:

- Wie kann der Transformationserfolg der einzelnen russischen Region bewertet, also messbar gemacht werden?

Und zweitens ist das die Frage:

- Wie ist der deutsche Anteil am Transformationserfolg in einer Region zu bewerten, also zu bemessen? Welche Faktoren spielen dabei eine Rolle?

Zunächst soll der ersten Frage auf den Grund gegangen werden. Die bisher gängigste Methode den Entwicklungsstand eines Landes zu messen, ist über den von den Vereinten Nationen entwickelte Human-Development-Index (HDI). Dieser setzt sich aus vier Indikatoren zusammen, die versuchen bestmöglich die sozioökonomische Sphäre eines Landes abzudecken. Zum einen wird das Bruttonationaleinkommen pro Kopf gemessen in Kaufkraftparität als Anzeiger für den Lebensstandard, zum anderen je die Anzahl an erwarteten und tatsächlichen Schuljahren sowie die Lebenserwartung als Indikator für Gesundheit³⁴⁸. Ein weiterer, häufig zu Rate gezogener Bewertungsmaßstab ist das Ranking der Weltbank, die dies über ihre World Bank Atlas Method³⁴⁹ berechnet. Die Ratings dienen als Bemessungsgrundlage für das Kreditvergabesystem der Weltbank und die Einschätzung der Förderwürdigkeit eines Landes. Einziges Bewertungskriterium ist jedoch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Damit beschränkt sich die Weltbank ausschließlich auf ökonomische Faktoren³⁵⁰. In diesem Zusammenhang ist jedoch die Aussagekraft und Vergleichbarkeit aufgrund fehlender Referenzgrößen fraglich. So müsste das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, wie im vorherigen Kapitel erarbeitet, in Relation gesetzt werden zu Bruttoinlandsprodukt und Lohnsteigerungen um wirklich die Verbesserung oder Verschlechterung der Situation der Bevölkerung feststellen zu können. Denn für sich genommen sagt jede der drei Größen nur wenig aus.

2012 lag Russland beim HDI auf Platz 55³⁵¹ und gehört damit zu den gut entwickelten Ländern. Beim Ranking der Weltbank gemessen am Bruttoinlandsprodukt befindet sich das Land im gleichen Jahr auf Platz 8³⁵². Erstaunlich ist beim HDI, dass Russland lediglich den 55. Rang belegt, gleichzeitig aber seit 1998 in den Kreis der acht mächtigsten und größten Industriestaaten aufgenommen worden ist, die gemeinsam

³⁴⁸ <http://hdr.undp.org/en/statistics/hdi/> (letzter Zugriff: 29.07.2013)

³⁴⁹ Berechnung siehe unter <http://data.worldbank.org/about/country-classifications/world-bank-atlas-method> (letzter Zugriff: 29.07.2013). Der Atlas-Umrechnungsfaktor dient zur Herausrechnung von Wechselkursschwankungen im Vergleich zum US-Dollar als Leitwährung.

³⁵⁰ <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GNP.PCAP.CD> (letzter Zugriff: 29.07.2013)

³⁵¹ Siehe <http://www.laenderdaten.de/indizes/hdi.aspx> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

³⁵² <http://databank.worldbank.org/data/download/GDP.pdf> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

rund zwei Drittel des Bruttowelteinkommens erwirtschaften, was für das Ranking der Worldbank sprechen würde. Dies deutet darauf hin, dass es innerhalb Russlands große Disparitäten geben muss, da der HDI den Mittelwert errechnet, was folglich die Auswahl der Regionen als Untersuchungsobjekte rechtfertigt. Außerdem lässt die Diskrepanz zwischen den beiden Rankings darauf schließen, dass die ökonomischen Faktoren in Russland deutlich stärker ausgeprägt sind als die sozialen, also es ein Missverhältnis in wirtschaftlicher Entwicklung und Entwicklung sozialer Standards gibt. Andererseits könnte das Ergebnis jedoch auch ein Indikator dafür sein, dass nicht alle ausschlaggebenden Faktoren im HDI enthalten sind. Zudem sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass über den HDI und die Weltbank der Entwicklungsstand eines Landes gemessen werden soll und daher die beiden Indizes eher in den Sektor der klassischen Entwicklungspolitik passen. Denn was durch sie nicht ausgedrückt werden kann, ist der Fortschritt bei der Transformation zu Marktwirtschaft und Demokratie. Denn zu den Indikatoren gehören weder beim HDI noch bei der Weltbank freie Preisbildung, Garantie von privatem Eigentum, freier Markt und Wettbewerbs-/Gewerbefreiheit oder entsprechend Demokratie³⁵³. Alle Kriterien sind schwer in Zahlen auszudrücken und somit nur schwer in Variablen verrechenbar, sie wären jedoch notwendig um ein aussagekräftigeres Bild zumindest von Russland zu gewinnen. Eine Möglichkeit bestünde in der Verwendung von Proxyvariablen. Mit den bisher verwendeten Indikatoren lassen sich so nur indirekt Rückschlüsse auf das Funktionieren der Marktwirtschaftsreformen über eine wachsende Volkswirtschaft und steigenden sozialen Standard vermuten - ein Beweis ist es jedoch nicht, da offen ist, ob dies nicht auch in einem nicht marktwirtschaftlichen System möglich wäre.

Allgemein ist noch zu bedenken, dass die Rankings möglicherweise schon ein marktwirtschaftliches System voraussetzen und die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas somit eine Sonderstellung einnehmen. Denn sie sind weder klassischen Entwicklungsländern zuzuordnen, noch können sie zu vollwertig entwickelten Marktwirtschaften gezählt werden. Sie verfügen im Vergleich zu Entwicklungsländern jedoch über eine große Zahl hoch qualifizierter Fachkräfte und über eine gut entwickelte Industriestruktur und über ein hohes technologisches Entwicklungspotential.

³⁵³ Als eingangs aufgelistete Kriterien einer Marktwirtschaft.

Eine Bewertungsmöglichkeit, die dem Sonderfall der Transformationsländer Mittel- und Osteuropas eher gerecht wird, ist der im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung entwickelte Bertelsmann-Transformationsindex (BTI). Er zielt darauf ab in 128 Staaten anhand von 17 Kriterien den Fortschritt bei der Entwicklung zu Demokratie und Marktwirtschaft herauszuarbeiten³⁵⁴. Dazu wurde ein Codebuch entwickelt, das sich in die Kategorien Demokratie, Marktwirtschaft und Management unterteilt. Bei der Kategorie Demokratie dienen als Bemessungsgrundlage die Kriterien Staatlichkeit, politische Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität demokratischer Institutionen sowie politische und soziale Integration. Für die Kategorie Marktwirtschaft sind dies das Niveau der sozioökonomischen Entwicklung, Marktorganisation und Wettbewerb, Währungs- und Preisstabilität, Privateigentum, Gesundheitssystem, ökonomische Leistungsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Diese beiden Kategorien sollen durch die wiederholte Messung den Status der Transformation über die Zeit messbar machen³⁵⁵. Die dritte Kategorie des Management-Indexes bewertet darüber hinaus die Steuerungsfähigkeit und Reformpolitik der politischen Entscheidungsträger. Dazu zählen die Kriterien Schwierigkeitsgrad, Steuerungskapazität, Ressourceneffizienz, Konsensfähigkeit sowie internationale Kooperation³⁵⁶. Zu diesen 17 Kriterien wurde ein konkreter Fragenkatalog erarbeitet, dessen Antworten in vier Abstufungsmöglichkeiten auf einer Skala von 1-10 zu beantworten sind. Für jedes Land gibt es zwei Ländergutachten. Der Erstgutachter erhebt auf Basis des Codebooks die Daten, der Zweitgutachter vergibt ebenfalls eine unabhängige Bewertung. Die Länderberichte werden daraufhin vom zuständigen Regional Koordinator geprüft und vor der Veröffentlichung nochmals vom BTI-Projektteam und BTI-Board einer Untersuchung unterzogen, um die Subjektivität der Einschätzungen möglichst zu minimieren³⁵⁷. Die Methode des BTI bietet einen umfangreichen Überblick über den Transformationsstatus eines Landes und bietet die derzeit beste Möglichkeit den Fortschritt zu den Transformationszielen Demokratie und Marktwirtschaft messbar zu machen.

Wie bei den vorher beschriebenen Methoden bezieht sich jedoch auch der BTI lediglich auf die gesamtstaatliche Ebene und kann damit regionalen Disparitäten, die gerade in

³⁵⁴ <http://www.bti-project.de/index/methode/> (letzter Zugriff: 18.09.2013)

³⁵⁵ http://www.bti-project.de/uploads/tx_jpdownloads/BTI2012_Codebook.pdf, S.14 (letzter Zugriff: 18.09.2013)

³⁵⁶ Ebd. S.14.

³⁵⁷ <http://www.bti-project.de/index/methode/> (letzter Zugriff: 18.09.2013)

Russland zweifellos bestehen, nicht in ausreichendem Maße gerecht werden. In diesem Kontext ist für Russland ebenfalls fraglich, ob zwei Gutachten der Größe des Landes und der Unterschiedlichkeit des Transformationsfortschritts genügend Rechnung tragen.

Was in keiner der aufgezählten Indizes ausreichend berücksichtigt wird, ist die zwischenstaatliche Kooperation bei der Transformation. Es geht immer nur um die Frage, was innerstaatlich getan wird und was noch getan werden muss, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Aber könnte nicht auch eine mögliche Frage lauten: was kann ein ausländischer Staat tun um einen anderen bei seiner Transformation zu unterstützen?

Da das Thema der Arbeit die deutsch-russische Kooperation bei der Regionalentwicklung ist, soll im nächsten Kapitel der Versuch unternommen werden, einen Bewertungsindex zu erarbeiten, der es erlaubt, das deutsche Engagement in ausgewählten russischen Regionen zu bewerten um anhand dessen die aufgestellten Thesen zu verifizieren oder zu falsifizieren.

Wie schon bei den dargestellten Indizes besteht auch hier das größte Problem darin, den deutschen Anteil bzw. das deutsche Engagement innerhalb einer russischen Region messbar zu machen. Das Problem der Messbarkeit besteht im Besonderen darin, dass die meisten Variablen, die vor allem bei der politischen Transformation von Bedeutung sind, häufig nominalen Charakters sind und somit schwierig zu quantifizieren. Im Rahmen des BTI wurde dieses Problem gelöst indem man einen Fragenkatalog mit verschiedenen Abstufungsmöglichkeiten auf der Bewertungsskala erstellt hat.

Zur Herleitung von Variablen für dieses Modell ist es sinnvoll zunächst politische und ökonomische Transformation zu trennen, denn es ist offensichtlich, dass ökonomische Faktoren um einiges leichter auszuwerten sind, da man nicht vor dem Problem der Quantifizierbarkeit steht. Legt man der Analyse hypothetisch zu Grunde, dass sich hinter der strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland, die auch immer wieder von den Regierungschefs beider Länder betont wird, eine ökonomische Modernisierungspartnerschaft von beiderseitigem Nutzen verbirgt, muss erforscht werden, wie sich diese in den Regionen gestalten kann und welche Impulse dafür notwendig sind.

8.1. Foreign direct investment (FDI) als erster verlässlicher Indikator

Das Ausmaß der ökonomischen Aktivität eines Landes in einem anderen in Form von dort stammender Unternehmen, lässt sich in einem ersten Schritt am besten und zuverlässigsten über die Höhe des Zuflusses an ausländischen Direktinvestitionen (foreign direct investment FDI) bestimmen³⁵⁸. Der Einfluss von FDI auf eine sich entwickelnde Wirtschaft wurde bereits weitestgehend erforscht und es wurden zentrale positive Aspekte herausgestellt. Die gängigste Definition findet sich beim Internationalen Währungsfond (IWF) sowie bei der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD): „Direct investment is the category of international investment that reflects the objective of obtaining a lasting interest by a resident entity in one economy in an enterprise in another economy. The lasting interest implies the existence of a long-term relationship between the direct investor and the enterprise and a significant degree of influence by the investor on the management of the enterprise“³⁵⁹. Als wichtige und für Russland entscheidende Unterkategorie von ausländischen Direktinvestitionen sind sog. Transnationale Unternehmen (TNU) anzusehen. Diese TNU zeichnen sich dadurch aus, dass sie eigene Niederlassungen im gewünschten Gastland errichten mit einer Mindestbeteiligung von 10% des Eigenkapitals. TNUs wird die positive Eigenschaft unterstellt

- Management und Technologieknowhow sowie Kapital zu transferieren, was zu Vorzeigeeffekten in der lokalen Ökonomie führt
- dies kann zu einer erhöhten Produktivität der lokalen Ökonomie führen und deren Exportfreudigkeit anregen
- durch die Einbindung der lokalen Ökonomie in transnationale Aktivitäten kommt es zur Anpassung der lokalen Ökonomie an internationale Standards betreffend des Arbeitsmarkts, des Steuersystems, den Zollregelungen und Wettbewerbsbedingungen

³⁵⁸ Krüger, Ralf: Wachstums- und Verteilungswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, 2003, S.12.

³⁵⁹ Definition des IWF zitiert aus: Krüger, Ralf: Wachstums- und Verteilungswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, 2003, S.13.

- durch die Präsenz eines TNU können sowohl spill-over-Effekte erzielt werden auf mit ihr auf lokaler Ebene verflochtene Zulieferbetriebe als auch weitere TNUs angezogen werden.
- TNUs können folglich mit ihrer Standortentscheidung zur Umstrukturierung einer lokalen Ökonomie beitragen und diese in marktwirtschaftliche Strukturen der Weltwirtschaft eingliedern³⁶⁰.

Ein weiterer Effekt, den FDI bzw. TNU hervorrufen, ist die Anpassung der örtlichen Verwaltungsstrukturen an das internationale Umfeld. Das bedeutet für eine Verwaltung, dass sie sich die Frage stellen muss, welche Rahmenbedingungen sie schaffen muss, damit ihre regionale Wirtschaft für ausländische Investoren attraktiv wird. Folgerichtig hätte die Anwerbung ausländischer Investoren nicht nur für die lokale Ökonomie einen modernisierungstechnischen Nutzen, sondern auch für die Verwaltungsinfrastruktur, die sich den Gegebenheiten anpassen muss.

Ausgehend davon, dass nun FDI trotz aller Unwägbarkeiten den zuverlässigsten Indikator für ausländisches Engagement in einer Region darstellen, muss nun die Frage beantwortet werden, was dafür getan werden muss, dass FDI aus Deutschland in eine ausgewählte russische Region angezogen werden. Dies soll anhand eines Modells überprüft werden, das ökonomische und politisch-gesellschaftliche Variablen auf sich vereint. Indem man politische und gesellschaftliche Variablen auf ihre Varianz überprüft, kann man anhand des Ergebnisses Rückschlüsse darauf ziehen, ob nur ökonomische und verwaltungstechnische Faktoren entscheidend sind, oder ob andere, bisher unberücksichtigte Faktoren eine ausschlaggebende Rolle spielen und damit folglich die Frage beantworten, ob den Modernisierungstheorien in Kombination mit dem liberalen Ansatz Moravcsiks eine erhöhte Aussagekraft eingeräumt werden muss.

Der gangbarste Weg ist das Modell auf einer QCA-Analyse aufzubauen. Grundlage der Auswahl bzw. der Ableitung der Variablen sind einerseits über Jahre hinweg durchgeführte Umfragen unter deutschen Unternehmen, die sich auf dem russischen Markt engagieren. Durchgeführt und veröffentlicht wurden diese Umfragen von der Außenhandelskammer (AHK) Deutschlands in Moskau in Kooperation mit dem

³⁶⁰ Vgl.: Markusen, James/Venables, Anthony: Foreign direct investment as a catalyst for industrial development, in: European Economic Review 43, 1999, S.356.

Ostausschuss der deutschen Wirtschaft. Ebenfalls wurden die offiziellen Dokumente zu den Entwicklungsstrategien der einzelnen Regionen zu Rate gezogen.

8.2. Zusammensetzung der Variablen

Wie zuvor erwähnt, fußt die Variablenauswahl neben der Analyse der jeweiligen von der Regionaladministration herausgegebenen Entwicklungsstrategie bis 2020 (in den meisten Fällen) auf Umfrageergebnissen der AHK Moskau unter deutschen Unternehmen, die sich zur Situation auf dem russischen Markt äußern. Zugänglich sind die Umfrageergebnisse aus den Jahren 2007/08 bis 2012³⁶¹. Um eine Vergleichbarkeit zu erreichen, wird jedes Jahr ein Grundstock an gleichen Fragen gestellt. Dabei sind für dieses Modell folgende Fragen von Bedeutung: erstens, welche Branchen als besondere Wachstumsbranchen gewertet werden, zweitens, ob geplant ist, weiteres Personal einzustellen, drittens welches die größten Probleme auf dem russischen Markt sind und viertens, was der explizite Vorteil des russischen Markts sei (siehe untenstehende Tabelle).

	2008	2009	2010	2011	2012
Personalzahlen	Für einen Anstieg: 66%	Für einen Anstieg: 48%	Für einen Anstieg: 65%	Für einen Anstieg: 64%	Für einen Anstieg: 65%
Wachstumsbranchen	Energie, Logistik, Einzelhandel, Bau, Automobil	Energie, Logistik, Einzelhandel, Bau, Automobil	Energie, Logistik, Einzelhandel, Bau, Automobil	Energie, Logistik, Einzelhandel, Bau, Automobil, IT	Energie, Logistik, Einzelhandel, Bau, Automobil
Größte Probleme	Bürokratie, Korruption, Zertifizierung, Zoll, Normen, Bildungsstrukturen, KMU-	Bürokratie, Korruption, Zertifizierung, Zoll, Normen, Bildungsstrukturen,	Bürokratie, Korruption, Zertifizierung, Zoll, Normen, Bildungsstrukturen, KMU-	Bürokratie, Korruption, Zertifizierung, Zoll, Normen, Bildungsstrukturen,	Bürokratie, Korruption, Zertifizierung, Zoll, Normen, Bildungsstrukturen, KMU-

³⁶¹ <http://russland.ahk.de/publikationen/umfragen/konjunkturumfrage/> (letzter Zugriff: 06.10.2013)

	Förderung	KMU-Förderung	Förderung	KMU-Förderung, qualifizierte Arbeitskräfte	Förderung, qualifizierte Arbeitskräfte
Vorteile russischer Markt	Gewinnchancen, Kaufkraft Arbeitskräftepotential Sonderwirtschaftszonen, Steuervorteile Konkurrenzsituation	Gewinnchancen, Kaufkraft Arbeitskräftepotential Sonderwirtschaftszonen, Steuervorteile Konkurrenzsituation	Gewinnchancen, Kaufkraft Arbeitskräftepotential Sonderwirtschaftszonen, Steuervorteile Konkurrenzsituation	Gewinnchancen, Kaufkraft Arbeitskräftepotential Sonderwirtschaftszonen, Steuervorteile Konkurrenzsituation	Gewinnchancen, Kaufkraft Arbeitskräftepotential Sonderwirtschaftszonen, Steuervorteile Konkurrenzsituation

Abbildung 9: Umfrageergebnis deutscher Unternehmen

Quelle: AHK Moskau

In Addition dessen führte die AHK bereits drei für die Analyse wichtige Regionalumfragen durch. Dort werden Unternehmen zu ihrer Situation in einer speziellen Region befragt. Die Umfragen sind aus dem Jahre 2008, 2010 und 2012³⁶². Die Umfrageergebnisse der Regionalumfrage decken sich weitestgehend mit denen des allgemeinen Geschäftsklimaindexes. Von besonderem Interesse bei der Regionalumfrage sind die genannten Kriterien, die ein Unternehmen dazu bewegen in einer bestimmten Region zu investieren. Die Ergebnisse sollen an dieser Stelle nicht einzeln vorgestellt werden, sondern nur die für die Analyse wichtigen Ergebnisse herausgestellt werden. Über die genannten Zeiträume hinweg hat sich unter den sog. objektiven Standortkriterien folgende Rangordnung an Kriterien gebildet: Das wichtigste Kriterium ist das wirtschaftliche Potential einer Region, auf den weiteren Plätzen folgen die (Verkehrs-)infrastruktur eingeschlossen der IT- und Telekommunikationsqualität sowie der Energieversorgung, gefolgt von Investitionsförderung und Steuervergünstigungen. Bei den sog. subjektiven Standortkriterien steht die Qualifikation der Arbeitskräfte an der Spitze, gefolgt von der Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern, der Rechtssicherheit und politischen Stabilität und der Sicherheit der Mitarbeiter. Überraschenderweise ist der Zugang zu Rohstoffen

³⁶²<http://russland.ahk.de/publikationen/umfragen/regionalumfrage/> (letzter Zugriff: 06.10.2013)

sowie die Entwicklung des Banken-und Finanzsektors von geringerer Wichtigkeit³⁶³. Dies liegt daran, dass deutsche Unternehmen weniger auf Mittel aus den Regionen hoffen, als vielmehr auf ein Netzwerk eigener Kräfte setzen. Dies ist auch der Grund, warum sich deutsche Unternehmen beim Markteintritt vorrangig auf den Erfahrungsschatz von Unternehmen verlassen, die schon vor Ort sind. Die Unterstützung der regionalen Administration ist besonders dann notwendig, wenn es darum geht, das Unternehmen nicht nur in der Region zu registrieren, sondern im Rahmen von Projekten an die regionale Infrastruktur anzubinden. Eine große Chance zur Ausweitung des Engagements deutscher Unternehmen in russischen Regionen wird im Ausbau von Städtepartnerschaften und Regionalpartnerschaften gesehen³⁶⁴.

In Deutschland gibt es bereits Studien, die mittels ökonomischer Verfahren die Varianz einzelner Variablen berechnen. Ein prominentes Beispiel ist hier die Studie von Deutsche Bank Research unter dem Titel „What drives FDI to russian regions?“ Aber wie bei den zuvor aufgezählten Indizes kommen vorwiegend ökonomische Faktoren zum Einsatz, die nicht erst quantifiziert werden müssen. Darüber hinaus fragt die Studie nicht speziell nach deutschen Bedürfnissen und Ansprüchen, die an eine russische Region gestellt werden. Ebenso werden nur top gerankte Regionen in die Studie einbezogen, die sich in ihrer Struktur ohnehin schon ähnlich sind, jedoch werden schwache Regionen nicht berücksichtigt, sodass nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, dass alle Faktoren miteinbezogen wurden³⁶⁵.

Im folgenden Modell sollen deswegen vor allem die Aussagen der deutschen Unternehmen im Mittelpunkt stehen. Von besonderem Interesse sind dabei das eigene regionale Kooperations- und Kommunikationsnetzwerk, die gute Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern, die Nachfrage nach qualifiziertem Personal sowie das Potential, das in interregionalen Kooperationsnetzwerken liegt.

³⁶³http://russland.ahk.de/fileadmin/ahk_russland/Dokumente/Publikationen/Umfragen/Regionalumfrage_2012/2012_09-13_Regionen_Umfrage_de.pdf S.9f. (letzter Zugriff: 13.10.2013)

³⁶⁴http://russland.ahk.de/fileadmin/ahk_russland/Dokumente/Publikationen/Umfragen/Regionalumfrage08_AHK_de.pdf S.4ff (letzter Zugriff: 13.10.2013)

³⁶⁵ Strasky, Jan/Pashinova, Tamara: What drives FDI to russian regions? in: DBResearch, 11/2012, S.8ff.

8.2.1. Variable 1: Wirtschaftspotential einer Region [BRP]

Die erste Variable des Modells soll das Wirtschaftspotential einer Region ausdrücken. Wie aus den Umfragen der AHK Moskau hervorgeht, ist das Wirtschaftspotential wichtigster Indikator für die Attraktivität einer Region. Entscheidende Größen bei der Bemessung des Potentials sind einerseits die Marktgröße und andererseits das Marktwachstum. Beide Größen sind mithilfe des Bruttoregionalprodukts nachvollziehbar. Dabei sollte man sich jedoch nicht nur auf die bloßen Zahlen des BRP verlassen, sondern auch betrachten, welche wirtschaftliche Entwicklung dahintersteckt. Nicht nur muss bei der Untersuchung die strukturelle Altlast berücksichtigt werden, die der Wirtschaftsföderalismus der Sowjetunion hinterlassen hat, sondern auch die Innovationskraft einer Region, die die Bemühungen um eine nachhaltige Wirtschaftspolitik widerspiegelt, d.h. die Steigerungen im Budget einer Region, verursacht durch Wirtschaftswachstum, sollten sich in einer sinnvollen und nachhaltigen Reinvestitionspolitik einer Regionalregierung niederschlagen. Damit ist gemeint, dass in die öffentliche Infrastruktur, in die soziale Struktur, in die Modernisierung vorhandener, noch aus der Sowjetvergangenheit stammenden Betriebe und in Bildung investiert wird. Gerade die Aufrechterhaltung und Modernisierung - und nicht Zerstörung alter Betriebe - ist wichtig, da ein Negativfaktor von ausländischen Direktinvestitionen sein kann, dass lokale, infrastrukturell überalterte Unternehmen nicht mit der Konkurrenz aus dem Ausland mithalten können und Pleite gehen³⁶⁶. Ein weiterer Faktor, der im Kontext der Interpretation der Zahlen berücksichtigt werden muss, ist die Bevölkerungszahl. Die Annahme liegt nahe, dass in bevölkerungsreichen Regionen, in denen sich Industriezentren herausgebildet haben, die Zahlen höher sind, als in dünn besiedelten Gebieten.

8.2.2. Variable 2: Humankapital [HUMAN]

Um attraktiv für ausländische Unternehmen zu sein, sollte eine Region über ein möglichst großes Humankapital verfügen. Humankapital wird in diesem Falle unter die jährliche Zahl an Hochschulabsolventen in einer Region subsumiert. Russland steht in

³⁶⁶ Markusen, James/Venables, Anthony: Foreign direct investment as a catalyst for industrial development, in: European Economic Review 43, 1999, S.356.

diesem Fall nicht vor dem Problem eines klassischen Entwicklungslandes einer unterentwickelten Hochschultradition, da das ehemalige Bildungssystem der Sowjetunion, das sich in Teilen bis heute hält, für seine Güte bekannt ist. Jedoch hat Russland im Bildungssektor mit anderen Problemen zu kämpfen. Hier wäre zunächst der Zwang zur Modernisierung und Internationalisierung zu nennen. Russland ist, den europäischen Staaten folgend, 2003 dem Bolognaprozess beigetreten, d.h. der gemeinsame europäische Referenzrahmen zur Implementierung des Bachelor- und Mastersystems muss eingehalten werden. Das fordert die Abschaffung des Diplom/Spezialisten und die Einführung des Creditsystems. Eine viel wichtigere Begleiterscheinung der Umstellung des Systems sollte aber die steigende Attraktivität russischer Hochschulen für ausländische Studenten und Wissenschaftler sein, die Spitzenforschung nach Russland importieren und zur Internationalisierung der russischen Hochschullandschaft beitragen. Die Realität sieht in dieser Hinsicht jedoch sehr ernüchternd aus. Während beispielsweise nur 199 Studenten aus Deutschland zu einem Auslandsaufenthalt nach Russland kamen, waren es von der Gegenseite mehr als 10.000 Studenten aus Russland, die zu einem Studium nach Deutschland kamen. Das russische Hochschulsystem krankt jedoch noch an zwei weiteren Stellen: Erstens ist durch die kurze Schulzeit von elf bzw. teilweise nur zehn Jahren die darauf folgende Hochschulausbildung stark verschult. Es werden viele Schulfächer, die die eigentliche Studienrichtung nur im weitesten Sinne tangieren, in den ersten beiden Studienjahren unterrichtet, sodass die Bildung eher in die Breite als in die Tiefe geht³⁶⁷. Dadurch werden zwar theoretisch starke Studenten ausgebildet, aber keine für die Praxis einsetzbaren Fachkräfte. Dieses Problem schlägt vor allem im technischen und handwerklichen Sektor durch. Eine duale Ausbildung, sei es über die Berufsschule oder im Rahmen eines Studiums an einer Berufsakademie, existiert so in Russland bisher nicht. Die technischen Berufsschulen (techničeskoe učilišče), die es zu Sowjetzeiten gab, leiden unter einem sehr schlechten Image und folglich auch an Interessenten. Zweitens leidet Russland an einem weiteren strukturellen Problem, das ebenfalls noch auf das Hochschulsystem der ehemaligen Sowjetunion zurückzuführen ist. Universitäten werden nicht als Forschungs-, sondern als reine Lehranstalten angesehen. Geforscht wird immer noch hauptsächlich an Zweigstellen der Akademie der

³⁶⁷ Berghorn, Gregor, in: Hochschulen in Russland, in: http://www.gate-germany.de/fileadmin/bilder/Expertenwissen/laenderprofile_russland.pdf S.9ff (letzter Zugriff: 30.10.2013)

Wissenschaft (akademija nauk), was letztendlich auch nicht zu einer hohen internationalen Attraktivität russischer Hochschulen als Wissenschaftsstandorte führt. Noch dazu sind nicht alle Universitäten ein und demselben Ministerium untergeordnet, sondern noch entsprechend dem Sowjetföderalismus verschiedenen Branchenministerien unterstellt. So untersteht beispielsweise eine medizinische Hochschule dem Gesundheitsministerium. Hier wurde mit der Schaffung sog. Föderaler Universitäten 2008 ein erster Reformansatz geschaffen. Ernannt wurden entsprechend der sieben Föderalbezirke sieben föderale Universitäten³⁶⁸, die direkt von Moskau aus finanziert werden und an denen neben Lehre auch Forschung betrieben wird. Drittens haben in Russland in den letzten zehn Jahren anglo-amerikanische Verhältnisse im Sinne einer Kommerzialisierung des Bildungssystems Einzug gehalten, was die Studienfinanzierung angeht. Gerade in den Regionen sind nur noch die wenigsten Studienplätze sog. Budget-Studienplätze, also vom Staat finanzierte. Die Mehrheit der Studienplätze ist kostenpflichtig. Nicht selten, dies variiert je nach Fakultät, sind für ein Semester rund 2000 Euro zu bezahlen. Dies macht (Hochschul-)bildung nicht mehr für jeden erschwinglich und kann häufig nur über eine Kreditaufnahme finanziert werden. Viertens steht Russland als Folge dieser strukturellen Probleme vor einer Abwanderungswelle russischer Studenten ins Ausland. Diejenigen, die es sich leisten können oder besonders talentiert sind, ziehen eine Ausbildung in Moskau, Sankt-Petersburg, oder im Ausland vor³⁶⁹. Für die Anziehungskraft einer Region für deutsche bzw. alle ausländischen Investoren könnte dies zu einem großen Hindernis werden, da besonders beim Import neuester und modernster Technologie ein großes Repertoire an gut ausgebildeten Fachkräften vorhanden sein muss, auf das zurückgegriffen werden kann. Ein möglicher Lösungsansatz könnte hier aber sein, dass Unternehmen, die in eine russische Region gehen, das deutsche Bildungssystem „mitnehmen“ und selbst auf Basis des deutschen dualen Ausbildungssystems ausbilden oder die Möglichkeit des dualen Studiums anbieten. Im Modell muss zur Bewertung auf die jährliche Zahl an Hochschulabsolventen als Maßstab zurückgegriffen werden, auch wenn dies bedingt durch den inflationär hohen Zustrom an Universitäten letztendlich wenig über die

³⁶⁸ Meister, Stefan: Föderale Hochschulen- Russlands neue Kadenschmieden?, in: Russland-Analysen 185/2009, S.3.

³⁶⁹ Meister, Stefan: Föderale Hochschulen- Russlands neue Kadenschmieden?, in: Russland-Analysen 185/2009, S.11ff.

Qualität der Absolventen aussagt. Ein anderer Bewertungsmaßstab steht in diesem Rahmen nicht zur Verfügung.

8.2.3. Variable 3: Internationalisierung [INTERN]

Anschließend an den Punkt der Internationalisierung der Hochschullandschaft ist auch eine Internationalisierung der lokalen/regionalen Ökonomie geboten. Im besten Fall sollten beide Vorhaben Hand in Hand gehen. Denn je mehr sich eine Region zu einem internationalen Forschungs- und Wissenschaftsstandort entwickelt, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich ausländische Unternehmen an diesem Standort ansiedeln werden, was letztendlich bedeutet ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Internationalisierung als dritte Variable ist folglich dahin gehend auszulegen, wie viele ausländische Direktinvestitionen in einer bestimmten Region schon getätigt wurden und wie viele ausländische Direktinvestitionen aufgrund dessen eine Region im Stande ist in der Zukunft noch zu akquirieren. Das bedeutet, dass der Annahme zu Grunde liegt, dass der Umfang bereits getätigter Direktinvestitionen einen Verlässlichkeitsfaktor darstellt, der wichtig für eine neue Investition ist. Je internationaler also eine Region in Bezug auf ausländische Direktinvestitionen ist, desto wahrscheinlicher, dass noch mehr Investoren kommen.

8.2.4. Variable 4: Deutsche Unternehmen vor Ort [DTU]

In engem Zusammenhang mit der vierten Variablen steht die fünfte – die Zahl der deutschen Unternehmen vor Ort. Dies korrespondiert mit der Aussage der deutschen Unternehmen in den genannten Umfragen, wonach der Erfahrungsschatz schon vor Ort präsenter Unternehmen von unermesslichem Wert ist. Es sprechen noch zwei weitere Punkte dafür, dass es ausgerechnet deutsche Unternehmen sein sollten, die schon vor Ort sind: Es ist erstens das genannte Kooperationsnetzwerk, das Unternehmen beim Markteintritt schätzen. Das erfährt zweitens am meisten Unterstützung, wenn gemeinsame Werte, Ziele und eine gemeinsame Kultur dahinter stehen – gemeint ist die gemeinsame deutsche Unternehmenskultur. Bei Vorhandensein eines gemeinsamen Nenners ist es leichter und effizienter Synergieeffekte zu erzielen und Ziele zu

verwirklichen. Weiter oben wurde bereits die Clusterbildung in diesem Zusammenhang erwähnt. Clusterbildung im Zusammenklang mit starken mittelständischen Betrieben stellt in Deutschland den Erfolgsfaktor der Wirtschaft dar. Folgende Zahlen belegen das: „Mehr als 99% aller deutscher Unternehmen gehören zum „German Mittelstand“, der „German Mittelstand“ steuert fast 52% zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes bei, der „German Mittelstand“ erwirtschaftet rund 39% des gesamten Umsatzes deutscher Unternehmen, 2010 waren das rund 1,91 Billionen Euro, der „German Mittelstand“ hat rund 14 Millionen Beschäftigte. Das entspricht etwa 61% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, [...] fast alle deutschen Mittelständler sind Familienunternehmen, oft eignergeführt. Sie zeichnen sich durch eine besonders langfristig orientierte Geschäftspolitik aus. Die Unternehmen des „German Mittelstandes“ zählen zu den innovativsten Europas [...] der „German Mittelstand“ setzt auf solide Finanzierungsmodelle, vorwiegend auf Eigenkapital und Bankkredite.“³⁷⁰ Häufig bilden sich dazu in Deutschland sog. Wirtschaftscluster, das bedeutet die Spezialisierung einer Region auf einen Wirtschaftszweig, infolgedessen sich auf diesen Zweig spezialisierte Unternehmen und deren Zulieferbetriebe in diesen, übrigens oft ländlich geprägten Regionen ansiedeln. Vor dem Hintergrund dieser beiden Punkte, die für eine deutsche Unternehmenskultur zur Selbstverständlichkeit geworden sind, erklären sich die Aussagen der Unternehmer, solche Netzwerke und eine gute Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern auch in russischen Regionen vorfinden zu wollen. Umgekehrt bedeutet das für russische Regionaladministrationen Anstrengungen zu unternehmen um solche Bedingungen zu schaffen, die vor allem deutsche mittelständische Unternehmen ansprechen.

8.2.5. Variable 5: deutsche Institutionen vor Ort [DTNETZ]

In diesen Netzwerk- und Kooperationsansatz fügt sich auch passend ein, dass eine Region besonders dann attraktiv ist, wenn deutsche Institutionen vor Ort sind, die entweder administrativ, oder kulturell und bildungspolitisch unterstützen können und somit ein deutsches Netzwerk vor Ort abrunden. Unter deutsche Institutionen fallen dabei beispielsweise eine deutsche Auslandsvertretung, kulturelle Organisation wie das

³⁷⁰ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Factbook German Mittelstand, 2013, S.3f.

Goethe-Institut, politische Stiftungen, Nichtregierungsorganisation oder sonstige Bildungseinrichtungen.

8.3. Erstellung eines Modells mittels QCA-Analyse

Um diese Variablen nun auf Signifikanz zu prüfen, eignet sich im vorliegenden Fall als einzige Möglichkeit eine QCA-Analyse. Was bedeutet QCA? QCA heißt Qualitative Comparative Analysis und wird vor allem in den Sozialwissenschaften angewandt - als Gegenstück zu in den Wirtschaftswissenschaften gängigen quantitativen Methoden. Dass die Anwendung für diesen Fall Sinn macht, soll nachfolgend erläutert werden. In erster Linie kann mittels dieser Methode dem komplexen Problem begegnet werden, wenn eine kleine Fallzahl vorliegt, aber viele Variablen. „Qualitativ bedeutet hierbei die Feststellung des Vorhandenseins oder Nichtvorhandenseins eines für die theoretische Erklärung relevanten Faktors in den untersuchten Fällen oder die Ermittlung gewisser charakteristischer Konstellationen über eine Reihe von Fällen hinweg. Hierin liegen die Besonderheiten und Chancen, aber auch die Grenzen makro-qualitativer Methoden“³⁷¹. Eingeführt hat diese Methode erstmals Charles Ragin 1987 in seinem Buch „The Comparative Method“ und seit dem in mehreren Werken weiter ausgeführt und verfeinert³⁷². Zu unterscheiden sind bei den makro-qualitativen Methoden nach Ragin sog. crisp-set QCA (csQCA), multivalued QCA (mvQCA) und Fuzzy Sets. Bei erst genannten handelt es sich um dichotome Mengen, wobei gleich vorweg genommen werden kann, dass unabhängig von den Mengen, der Verfahrensweg stets der gleiche bleibt. Bei den dichotomen Mengen wird eine Variable entweder 0 oder 1 kodiert. Das bedeutet entweder das Vorhandensein oder das Nichtvorhandensein eines Faktors. An dieser Stelle sei eingeschoben, dass der große Vorteil der QCA darin liegt, sowohl intervallskalierte Mengen in dichotome Mengen umzukodieren und diese auch mit nominal skalierten Mengen vergleichbar machen zu können. Da sich Mengen jedoch nicht immer in dichotomen Mengen ausdrücken lassen bzw. durch solch eine Kodierung ein enormer Informationsverlust entstehen kann, wurde die csQCA zu einer multi-valued QCA weiterentwickelt. Diese erlaubt eine feinere Skalierung und verhindert damit einen allzu großen Informationsverlust. So könnte zum Beispiel zwischen den Extremwerten

³⁷¹ Berg-Schlosser, Dirk: Aktuelle Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft, 2012, S.30.

³⁷² Ebd. S.135.

„nicht vorhanden“ oder „vorhanden“ noch der Wert „ein wenig vorhanden“ oder „fast vorhanden“ hinzugefügt werden, folglich also nicht nur mit der Kodierung 0;1 sondern mit 0;1;2 gearbeitet werden. Diese Methode bringt allerdings einen nicht zu vernachlässigenden Nachteil mit sich: die Festsetzung des Schwellenwertes. Es gibt kein allgemeines Schema, nach dem Schwellenwerte (threshold values) festgesetzt werden können. Es ist dem Forscher überlassen, die Schwellenwerte entweder auf allgemein bekannten Erfahrungswerten, aus schon vorhandenen Indizes, oder auf Basis eigener Forschung festzusetzen³⁷³. Dies impliziert die Folge, dass je nach Festsetzen des Schwellenwertes sich die Ergebnisse ändern können, also die Wahl des Schwellenwertes Implikationen auf das Outcome (abhängige Variable) aufweist. Abhilfe kann in solch einem Fall die Anwendung eines Clusterverfahrens sein. Dieses sonst in der Ökonometrie angewandte Verfahren setzt auf Basis der Datenlage geeignete Schwellenwerte fest. Zur Operationalisierung von QCA-Verfahren gibt es mittlerweile zwei gängige Softwares, die mittels eines „Thresholdtools“ in der Lage sind ein Clusterverfahren zu simulieren³⁷⁴. Ähnlich der mvQCA sind die sog. Fuzzy Sets. Dies sind wörtlich übersetzt unscharfe Mengen. Fuzzy Sets werden im Bereich zwischen 0 und 1 kodiert, wobei Merkmalsausprägungen dabei den Grad der Zugehörigkeit zu einer Menge darstellen. Die Kalibrierung von Fuzzy Sets kann mittels einer festen Berechnungsformel für intervallskalierte Daten erfolgen, oder aber sprachlich konzeptionalisiert werden, ähnlich der Methode bei den mvQCA³⁷⁵.

Allen drei Varianten ist gemein, dass nach erfolgter Kalibrierung der Mengen, die Ergebnisse für jeden Fall und jede Variable in einer sog. Wahrheitstabelle transparent dargelegt werden müssen. Ziel ist es mithilfe dieser Wahrheitstabelle die Hauptimplikanten des Outcomes ausfindig zu machen und dabei zu unterscheiden zwischen hinreichenden und notwendigen Bedingungen (unabhängigen Variablen).

„Eine Bedingung kann als hinreichend angesehen werden, wenn sie für jeden untersuchten Fall zu dem untersuchenden Outcome führt. Mit anderen Worten: es darf

³⁷³ Schneider, Carsten/Wegemann, Claudius: Qualitative Comparative Analysis und Fuzzy Sets: ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen, 2007, S.180.

³⁷⁴ Vgl. Berg-Schlosser, Dirk: Aktuelle Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft, 2012, S.168

³⁷⁵ Berg-Schlosser, Dirk: Aktuelle Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft, 2012, S.201f.

unter all unseren Fällen kein einziger Fall existieren, in dem die Bedingung zwar vorliegt, das Outcome aber nicht“³⁷⁶.

„Eine Bedingung ist dann notwendig, wenn sie immer dann, wenn das Outcome vorliegt, ebenfalls vorliegt. Das bedeutet, dass unter all den Fällen kein Fall vorliegen darf, in dem das Outcome zwar vorliegt, die als notwendig vermutete Bedingung aber nicht“³⁷⁷.

Diese Möglichkeit der Unterscheidung zwischen hinreichenden und notwendigen Bedingungen verschafft den QCAs einen Vorteil gegenüber herkömmlichen quantitativen Methoden. Das prominenteste Beispiel einer quantitativen Methode wäre eine (multivalue) Regressionsanalyse. Solche Analysen arbeiten meistens mit einer großen Fallzahl, im Gegensatz zu einer QCA-Analyse. Der entscheidende Unterschied liegt jedoch im Zustandekommen des Outcomes. Am Ende einer Regressionsanalyse steht eine Gleichung aufaddierter mit Korrelationskoeffizienten versehenen Faktoren, die genau einen Weg zum Outcome beschreibt und somit nicht in der Lage ist, die Realität sozialwissenschaftlicher Forschung darzustellen, die sich sehr häufig darin äußert, dass es mehrere mögliche Erklärungswege gibt. Die Faktoren einer Regressionsgleichung lassen sich nicht als Alternativen, sondern nur als Summen darstellen³⁷⁸. Da eine QCA-Analyse jedoch auf die Boolesche Algebra zurückgeht, die ihrerseits logische UND oder ODER-Kombinationen zulässt, sind durch sie mehrere Kombinationen, als Alternativen zueinander ausgedrückt, möglich. Dies trägt auch der Tatsache Rechnung, dass in der sozialwissenschaftlichen Forschung die Variablen in ihrem Inhalt häufig nicht vollständig voneinander zu trennen sind und zu verschwimmen drohen. Durch die Kombinationsmöglichkeit können sie logisch miteinander verknüpft werden und zudem in hinreichend und notwendig unterteilt werden. So kommt es zu dem Ergebnis, dass mehrere Kombinationen von Variablen zum gewünschten Outcome führen können, was der Annahme entspricht, dass es nicht nur die eine Realität gibt, sondern mehrere. Darüber hinaus erlaubt die Anwendung einer QCA-Analyse die Lösung des Problems der unterschiedlichen Skalierung. Durch die Umkodierung zu Werten von 0 oder 1 (im Falle von mvQCA evtl. noch 2) bzw. der

³⁷⁶ Schneider, Carsten/Wegemann, Claudius: Qualitative Comparative Analysis und Fuzzy Sets: ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen, 2007, S.32.

³⁷⁷ Schneider, Carsten/Wegemann, Claudius: Qualitative Comparative Analysis und Fuzzy Sets: ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen, 2007, S.37.

³⁷⁸ Ebd. S.77f.

Umrechnung in Werte zwischen 0 und 1 im Falle von Fuzzy Sets, verschwinden die Werte, die hinter dieser Kodierung stehen und machen die Analyse vergleichbar. Andernfalls wäre eine Variable, die z.B. mit Milliarden rechnet, mit einer Variablen, die in Tausend rechnet, nur schwer vergleichbar. Bei der Umrechnung ist der entscheidende Faktor das sinnvolle und gut begründbare Setzen der Schwellenwerte.

Bevor jedoch mit der Analyse begonnen wird, müssen zunächst die Auswahl der Fälle dargelegt werden und diese Fälle mit ihren Besonderheiten dargestellt werden.

8.3.1. Forschungsdesign

Die Konzeptionalisierung der Untersuchung erfolgt nach Maßgabe der in der Vergleichenden Politikwissenschaft üblichen Standards³⁷⁹. Im Folgenden werden die für die Analyse erforderlichen Schritte erläutert. Unter den Aspekt der Klassifikation können die Regionen als Föderationssubjekte und hauptsächlichlicher Untersuchungsgegenstand subsumiert werden. Ihre Gemeinsamkeit besteht in der Zugehörigkeit zur Russischen Föderation. Weiter unterliegt die Datenanalyse einer Sekundärdatenanalyse, d.h., dass die Daten nicht selbst erhoben wurden. Vielmehr wurde auf die Daten der russischen Statistikbehörde Rosstat zurückgegriffen. In diesem Fall liegt eine Makrodaten- bzw. Aggregatdatenanalyse vor. Diese Aggregatdaten sollen mittels einer Längsschnittanalyse überprüft werden. Das bedeutet, dass nicht nur ein Beobachtungszeitpunkt untersucht wird, sondern verschiedene, damit anschließend Aussagen über den Entwicklungsprozess möglich sind. Um ein selection bias zu vermeiden, d.h. intendierte Ergebnisse zu vermeiden, folgt die Analyse dem most similar case design. Der Ausdruck des most similar case design geht auf Przeworski/Teune zurück, die wiederum den Terminus in Anlehnung an John Stuart Mills Differenz- und Konkordanzmethode entwickelt haben. Dem most similar case design entspricht Mills Differenzmethode. Dahinter steckt die Auswahl der Fälle, deren Outcome, also die abhängige Variable, innerhalb eines gleichen Kontexts variieren kann, sprich ein Ergebnis liegt vor, oder nicht. Die Ursache für das (Nicht-)Vorliegen

³⁷⁹ Vgl. Lauth, Hans-Joachim/Winkler, Jürgen: Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft, 2009, S.40ff.

des Ergebnisses muss folglich in den das Ergebnis bedingenden Faktoren, den unabhängigen Variablen liegen, da der Kontext gleich oder sehr ähnlich ist³⁸⁰.

Anschaulich erklärt würde das folgendermaßen aussehen:

Fall	Unabhängige Variablen (a-d)	Abhängige Variable
Fall 1	Kontext A (a,b,c,d,)	Ergebnis x
Fall 2	Kontext A (a,c,d)	Ergebnis: nicht x

Abbildung 10: Funktionsweise „most-similar-case design

Quelle: Lauth/Winkler

Folgerichtig liegt der Unterschied zwischen Fall 1 und 2 im Vorliegen bzw. Nichtvorliegen der unabhängigen Variable b. Hier wäre b für das Ergebnis x eine notwendige Variable. Ob auch die anderen Variablen notwendig sein könnten, lässt sich hier nicht erschließen³⁸¹. Bei genauer Betrachtungsweise kann man jedoch erkennen, dass der Grundgedanke des most-similar-case design der gleiche ist wie bei der Erstellung einer Wahrheitstabelle bei einer QCA-Analyse. Diese stellt also quasi eine Weiterentwicklung dar. Durch eine QCA-Analyse auf Basis eines most-similar-case design kann also noch herausgefunden werden, welche der unabhängigen Variablen notwendig oder hinreichend ist und ob gegebenenfalls Kombinationen aus unabhängigen Variablen eine notwendige oder hinreichende Bedingung darstellen.

8.3.1.1. Der Kontext

Wie schon erwähnt ist der Kontext für alle Regionen gleich. Alle waren schon zu Zeiten der Sowjetunion Teil der Russischen Sowjetrepublik. Folglich haben alle gleichermaßen die Hypothek des Systemwechsels innerhalb der Russischen Föderation zu tragen.

8.3.1.2. Die Typologie

Worin sich die Regionen allerdings unterscheiden ist ihre Typologie. Das bedeutet, dass sie unterschiedliche Ausgangsbedingungen aufweisen bezüglich der Einteilungskriterien in wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, historische ökonomische

³⁸⁰ Vgl. Lauth, Hans-Joachim/Winkler, Jürgen: Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft, 2009, S. 55.

³⁸¹ Ebd. S.56.

„Altlasten“, ethnische Homogenität, Reichtum an natürlichen Ressourcen etc.. Basierend auf diesen Kriterien in Verbindung mit Rankings der Regionen, herausgegeben von russischen Ratingagenturen³⁸² und Deutsche Bank Research (db research)³⁸³ erfolgte die Auswahl. Noch bevor die Analyse stattfindet, werden als nächstes die zu untersuchenden Regionen unter verschiedenen Gesichtspunkten vorgestellt.

8.4. Die Untersuchungsgegenstände – die Regionen

8.4.1. Region 1: Sankt-Petersburg mit Leningrader Oblast'

Allgemeine Charakteristik von Sankt-Petersburg

Lage: Föd. Verwaltungsbezirk Nordwest	Ethnische Zusammensetzung:
	Russen 92,5%, Ukrainer, 1,5%, Weißrussen 0,9%
Fläche: 1400 km ²	Gouverneure (mit Parteizugehörigkeit):
	G. Poltavšenko (seit 2011, Edinaja Rossija) V. Matvienko (2003-2011, ER)
Einwohnerzahl: 5,028 Mio.	Innovationsregion ³⁸⁴ : nein
Gründung: 1703, Stadt föderaler Bedeutung	

³⁸² Das Rating von RIA-Novosti von 2012 listet die Regionen nach dem Durchschnittseinkommen einer Familie, das Rating von Finans listet die Regionen nach Größe des regionalen Budgets.

³⁸³ In ihrer Studie hat DB Research die für ausländische Investoren attraktivsten Regionen nach verschiedenen Gesichtspunkten herausgearbeitet.

³⁸⁴ Am 21.05.2010 wurde im Rahmen des XIII Innovationsforums „Innovus“ in Tomsk die Vereinigung innovativer Regionen Russlands (Associacija Innovacionnych Regionov Rossii) begründet. Zum jetzigen Zeitpunkt gehören der Vereinigung folgende Regionen an: Republik Baškortostan, Republik Mordovija, Republik Tatarstan, Altajskij Kraj, Krasnojarskij Kraj, Permskij Kraj, Irkutskaja Oblast', Kalužskaja Oblast', Lipezkaja Oblast', Novosibirskaja Oblast', Samarskaja Oblast', Tomskaja Oblast' und Ul'janovskaja Oblast'. Ziel der Vereinigung ist der Erfahrungsaustausch und die Interaktion bei der gegenseitigen Unterstützung einer effektiven und innovationsorientierten Entwicklung der Teilnehmerregionen, die der Tatsache Rechnung trägt, dass nur durch innovativen Wandel der lokalen Wirtschaft, der Bildungssystems und der Gesellschaft der internationale Anschluss geschafft werden kann. Vgl www.i-regions.org/association/about.php (letzter Zugriff: 26.04.2014)

Allgemeine Charakteristik des Leningrader Oblast‘

Lage: Föd. Verwaltungsbezirk Nordwest	Ethnische Zusammensetzung: 92,7% Russen, 2% Ukrainer, 1,1% Weißrussen
Fläche: 83900km ²	Gouverneure (mit Parteizugehörigkeit) V.Serdjukov (1999-2012, Edinaja Rossija), A.Drosdenko (seit 2012, ER)
Einwohnerzahl: 1,751 Mio.	Innovationsregion: nein
Gründung: 1927, Hauptstadt St. Peterstburg	

Sankt-Petersburg stellt wohl in jeder Hinsicht die größte Ausnahme unter allen russischen Städten dar. Sie gilt als die „unrussischste“ Stadt, was sicherlich auf den großen europäischen Einfluss zurückzuführen ist, den die Stadt seit ihrer Gründung im Jahre 1703 erfahren hat. Das Unrussische schlägt sich in allen Lebensbereichen der Stadt nieder, sei es Kultur, Architektur, Bildung oder Wirtschaft. Einst wurde die Stadt von Zar Peter I gegründet, als Verteidigungsfestung (heute Peter- und Paul-Festung) gegen die Schweden im Zusammenhang mit dem Großen Nordischen Krieg 1700-1721. Bald darauf kam ihr auch eine große wirtschaftliche Bedeutung zu. Trotz der großen Ausdehnung des russischen Reiches, fehlte ein Zugang zu europäischen Gewässern. Der bis dato florierende Handelshafen in Archangelsk, der zu diesem Zeitpunkt schon fest in der Hand der britischen und niederländischen Handelsschiffe war, war nur 90 Tage im Jahr eisfrei. Daher plante Zar Peter eine Stadt nach seinem Gusto: sie sollte nicht nur Militärstützpunkt werden, sondern auch gleichzeitig eine Handelsdreh Scheibe nach europäischen Maßstäben³⁸⁵. Für die Stadtplanung bestellte er die besten europäischen Architekten und Bauherren und ließ ab 1703 die Stadt von Leibeigenen in den Sümpfen

³⁸⁵ Kusber, Jan: Kleine Geschichte Sankt-Petersburgs, 2009, S.17.

des Newadeltas an der Ostsee erbauen. 1712 ließ er den Hof und sämtliche Regierungsbehörden von Moskau nach Sankt-Petersburg umziehen. Bereits Ende des 18. Jahrhunderts liefen 3/5 des gesamten russischen Außenhandelsumsatzes über Sankt-Petersburg. Vermutlich war es der Stadt innewohnende europäische Geist, der sie für Ausländer schon von Anfang an so attraktiv gemacht hat. Wie schon in einem vorherigen Kapitel erwähnt, zog es mit der Gründung der Akademie der Wissenschaften zahlreiche ausländische Wissenschaftler, vor allem Deutsche, an die Metropole an der Newa³⁸⁶. Im Sinne Peters setzte Zarin Anna dessen Politik fort und gründete in der Stadt 1732 das erste Kadettenkorps, von dessen Zöglingen 245 russisch waren und 237 deutsch. Die Wohlgesonnenheit gegenüber Deutschen und Deutschem schlug aufgrund des Ausbruchs des 7-jährigen Kriegs 1756, bei dem Russland einer anti-preussischen Koalition beitrug, in offene Antipathie um, was zur Folge hatte, dass der Petersburger Hof vollständig auf die französische Kultur umschwenkte³⁸⁷. Dies änderte sich erst wieder, als eine Deutsche, Katharina II, Zarin von Russland wurde. Sie fing in Sankt-Petersburg an ein Schulsystem zu entwickeln, weil dort durch die Akademie der Wissenschaften und viele ausländische Fachkräfte beste Startbedingungen gegeben waren. Jedoch erst 1819 wurde die erste Universität in Sankt-Petersburg gegründet³⁸⁸. Die Besonderheit Sankt-Petersburgs hob sich von Anfang an besonders durch die Architektur hervor. Entgegen der russischen Tradition wurde die Stadt nicht klassisch aus Holz gebaut, sondern aus Stein. Doch trotz der in Anlehnung an europäische Traditionen verwendeten Steinbauweise, konnte dies nicht über den provinziellen Charakter des Stadtrands hinwegtäuschen. Obschon sich die Stadt im 19. Jahrhundert zu einem internationalen Handelsplatz etabliert hatte, in der 1/5 der gesamten russischen Industrieproduktion generiert wurde, waren 1897 80% der Einwohner der Stadt Bauern³⁸⁹. Diese Zahl verleiht einer gesamt-russischen Tendenz Ausdruck: Insgesamt blieb in Russland die Verdichtungsrate aufgrund von Industrialisierung weit hinter der in Westeuropa zurück. Noch bis zu Beginn des 1. Weltkrieges konnte Russland als Agrarland beschrieben werden. In Russland ließ sich der Grad der Verdichtung nicht zwangsläufig auf zunehmende Industrialisierung zurückführen. Ein Großteil des

³⁸⁶ Harder-Gersdorff, Elisabeth: Sankt-Petersburg in der Geschichte der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen des 18. Jahrhunderts, in: Hubel/von Puttkamer/Steltner: Ein europäisches Russland oder Russland in Europa? 300 Jahre Sankt-Petersburg, 2004, S.59f.

³⁸⁷ Kusber, Jan: Kleine Geschichte Sankt-Petersburgs, 2009, S.36.

³⁸⁸ Ebd. S.47.

³⁸⁹ Ebd. S.99.

industriellen Gewerbes siedelte häufig am Stadtrand in ländlichen Gebieten, während die Städte überwiegend von Bauern bevölkert wurden, die sich mit Saisonarbeit verdingten, dabei ihre dörfliche Lebensweise beibehielten und in der Stadt nie heimisch wurden. Aus dieser gesamtrussischen Entwicklung nimmt sich Sankt-Petersburg etwas heraus. Dort ging Urbanisierung sehr wohl mit Industrialisierung einher. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts waren es vor allem die Textilindustrie, der Maschinenbau und die Metallverarbeitung, die den Startschuss zur Industrialisierung gaben. Dazu kamen immense Investitionen von staatlicher Seite in den Eisenbahnbau, in den Schiffbau und in die Rüstungsindustrie. So war das Stadtbild geprägt von einem Kontrast aus kleinen handwerklichen Fachbetrieben und in der Entwicklung begriffenen Industriegiganten – ein Beispiel dafür sind die Putilov-Werke. Die Einwohnerzahl der Stadt stieg bis zum Vorabend der Revolution auf 2,2 Mio. an³⁹⁰. Ganz nahm sich Sankt-Petersburg jedoch nicht aus dem russischen Stadt-Land-Kontrast aus, was auch der Grund dafür ist, die Stadt Sankt-Petersburg nicht von dem sie umgebenden Leningrader Gebiet losgelöst zu untersuchen. Denn der Bevölkerungszuwachs resultiert zum großen Teil aus Arbeitsmigration. Zu den Arbeitsmigranten zählen nicht nur ausländische Fachkräfte, sondern auch Bauern, die aus dem Umland kamen und in der Stadt ihr Geld verdienten. Zumal die großen Industriebetriebe sich am Rande der Stadt ansiedelten (was in letzter Konsequenz auch zum Bau der Sankt-Petersburger Metro führte um die Betriebe miteinander zu verbinden). Obgleich die russische Revolution in Sankt-Petersburg stattfand, konnten die Bolschewiki dort nie auf die von ihnen gewünschte breite Unterstützung setzen. Unter anderem war dies der Grund, warum 1918 die Hauptstadt zurückverlegt wurde nach Moskau³⁹¹. 1931 wurde die Stadt für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe gesperrt um dem rasanten Wachstum Herr zu werden. Doch auch diese Maßnahme und die Einführung eines strengen Meldesystems vermochten es nicht die Anziehungskraft der Stadt zu mindern. Ein Mittel um in die Stadt zu kommen, stellten die Hochschul- und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie die Industrie- und Bauunternehmen dar. In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Bevölkerungszahl der Stadt bis zu 75% von Arbeitsmigranten bestimmt, die zu 2/3 aus dem Leningrader Umland sowie aus der gesamten nordwestlichen Wirtschaftsregion

³⁹⁰ Bohn, Thomas: Bauernmetropole und sozialistische Großstadt-Sankt-Petersburg/Leningrad im Industriezeitalter, in: Hubel/von Puttkamer/Steltner: Ein europäisches Russland oder Russland in Europa? 300 Jahre Sankt-Petersburg, 2004, S.129f.

³⁹¹ Kusber, Jan: Kleine Geschichte Sankt-Petersburgs, 2009, S.124.

kamen. Entsprechend dem gesamtrossischen Trend lag das ökonomische Hauptaugenmerk ab den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts auf dem Ausbau der Schwerindustrie. Mehr als die Hälfte der industriellen Produktion entfielen in Sankt-Petersburg auf den Maschinenbau und die Metallverarbeitung, hauptsächlich für die Rüstungsproduktion im Marinesektor. In den 70er Jahren wurden mehr als 50% der Turbinen und Generatoren der Sowjetunion in Leningrad gebaut³⁹². Die wirtschaftliche Stärke der Stadt machte sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion besonders delikat für die Privatisierung. Letztere ist in der Stadt mit zwei Namen verbunden: Anatolij Sobčak und Anatolij Čubajs. Beide kamen aus dem in der Arbeit schon angesprochenen informellen Kreis der „Jungen Ökonomen“, deren Mitglieder in der Folge der Perestrojka und zur neuen Wirtschaftselite des Landes aufstiegen. Während Čubajs für die Privatisierung in ganz Russland zuständig wurde, wurde Anatolij Sobčak 1991 zum ersten Bürgermeister der Stadt Leningrad gewählt, die bald darauf wieder in Sankt-Petersburg umbenannt wurde. Sein Ziel war es der Stadt zu alter Blüte zu verhelfen und sie zu einem für internationale Investoren attraktiven Handels- und Finanzplatz machen. Kennzeichnend dafür ist, dass die sog. Kleine Privatisierung, d.h. Unternehmen des Einzelhandels, Gaststättenbetriebe und Restaurants bis Ende 1994 in Sankt-Petersburg vollständig abgeschlossen war. Dabei ging man nicht auf Konfrontationskurs mit den zentralen Privatisierungsbehörden, sondern gliederte die regionalen Programme an die föderalen an, sodass sie reine Ausführungsbestimmungen föderaler Vorgaben waren. Nichtsdestotrotz sah Bürgermeister Sobčak die Notwendigkeit einer eigenen regionalen Wirtschaftspolitik, wollte er die Stadt nicht dem wirtschaftlichen Zerfall preisgeben. 1995 wurde der Stadt durch einen Abgrenzungsvertrag ein eigenes Haushaltsrecht zugestanden sowie das Recht eigene Steuern zu erheben. Weiterhin durfte die Stadt eigene internationale und außenwirtschaftliche Beziehungen knüpfen³⁹³. Auch wenn sich die Administration von Sankt-Petersburg nicht in dem Maße von Moskau abzugrenzen versuchte wie das andere Regionen taten, so wird Sobčak doch ein autoritärer Führungsstil nachgesagt. Im Frühjahr 1994 war das Parlament der Stadt auf 50 Abgeordnete geschrumpft, die

³⁹² Bohn, Thomas: Bauernmetropole und sozialistische Großstadt-Sankt-Petersburg/Leningrad im Industriezeitalter, in: Hubel/von Puttkamer/Steltner: Ein europäisches Russland oder Russland in Europa? 300 Jahre Sankt-Petersburg, 2004, S.134.

³⁹³ Schwanitz, Simone: Russlands Regionen als neue Machtzentren. Föderale und regionale Entscheidungsstrukturen am Beispiel der Privatisierung des Rüstungssektors, 1998, S.117.

faktisch über keine Macht verfügten. 1996 verlor Sobčak bei den Wahlen gegen seinen Stellvertreter Jakovlev, der wesentlich engere Beziehungen zu Moskau pflegte, als sein Vorgänger im Amt³⁹⁴. Dennoch gelang es, auch im Hinblick auf das 300-jährige Stadtjubiläum, das die Stadt im Jahr 2003 beging, Sankt-Petersburg und auch sein Umland zu einer der wirtschaftlichen Vorzeigeregionen Russlands zu entwickeln. Das liegt vor allem daran, dass es die Administration geschafft hat, Sonderwirtschaftszonen erfolgreich einzurichten und über eine zielgerichtete Clusterpolitik viele internationale Unternehmen in die Stadt und in das Leningrader Gebiet zu holen. Zu den wichtigsten Clustern zählen die Automobilindustrie, der Maschinenbau mit Spezialisierung auf Turbinen und Kompressorenbau, Informationstechnologien, Medizintechnik, Lebensmittelindustrie und Logistik³⁹⁵. Ausländischen Investoren werden dabei vielerlei steuerliche Anreize geboten, z.B.:

Steuer	Steuersatz in Russland	Steuersatz in den Sonderwirtschaftszonen in SPB
Allgemeine Sozialsteuer	34,00%	14,00%
Zolltarif	Gemäß den Zolltarifen	Zollfrei
Bodensteuer	Max 1,5%	0,00%
Vermögenssteuer	2,20%	0,00%
Transportsteuer	Max EUR 5,7	0 EUR
Gewinnsteuer	20,00%	20,00%

Abbildung 11: steuerliche Vergünstigungen in SWZ von SPB **Quelle: kooperation-international.de**³⁹⁶

Die Region mit Sankt-Petersburg als Zentrum profitiert dabei von einem großen Pool an qualifizierten Fachkräften, die in den zahlreichen Hochschulen ausgebildet werden. Nicht zu vernachlässigen ist die Lage der Region mit ihrer geographischen Nähe zum europäischen Markt sowie die historisch tief verwurzelte und nun wiederentdeckte

³⁹⁴ Schwanitz, Simone: Russlands Regionen als neue Machtzentren. Föderale und regionale Entscheidungsstrukturen am Beispiel der Privatisierung des Rüstungssektors, 1998, S.121.

³⁹⁵ <http://www.kooperation-international.de/clusterportal/cluster-sankt-petersburg.html#c8371> (le

³⁹⁶ <http://www.kooperation-international.de/clusterportal/cluster-sankt-petersburg.html> (letzter Zugriff: 20.01.2014)

internationale Vielfalt, deren Strukturen in den letzten 10-20 Jahren wiederbelebt wurden.

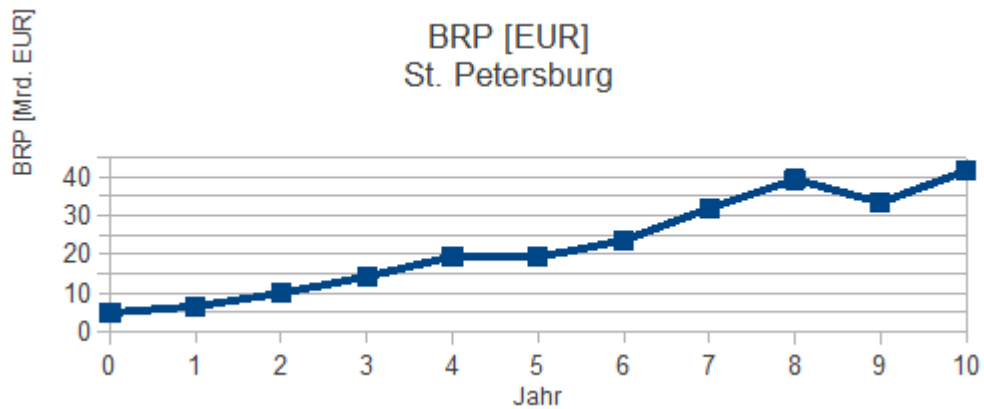


Abbildung 12: wirtschaftliche Entwicklung SPB [1]

Quelle: Rosstat

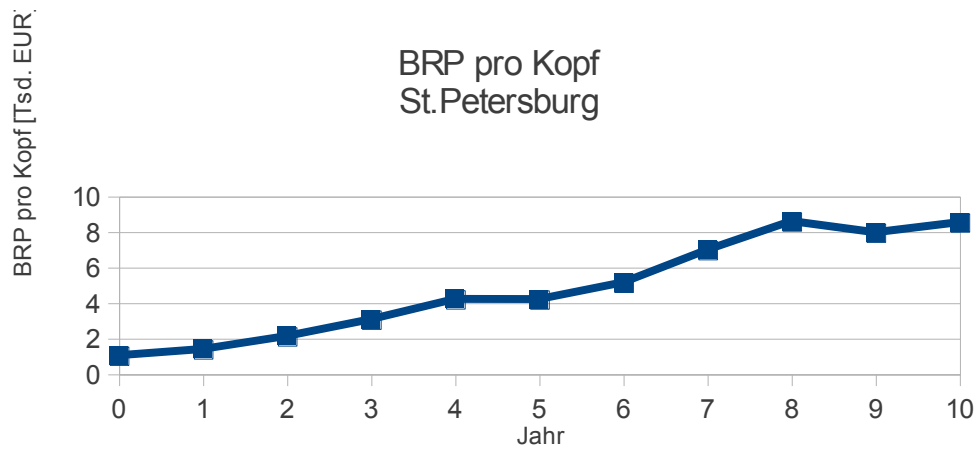


Abbildung 13: wirtschaftliche Entwicklung SPB [2]

Quelle: Rosstat

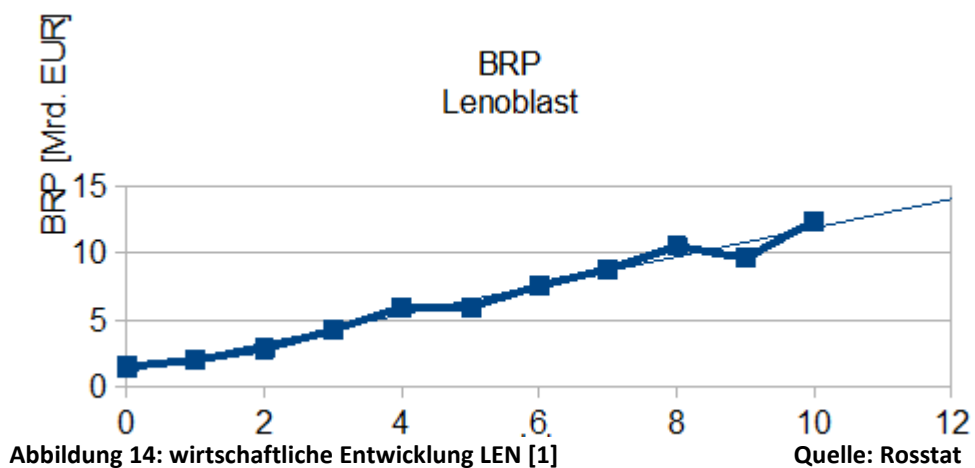


Abbildung 14: wirtschaftliche Entwicklung LEN [1]

Quelle: Rosstat

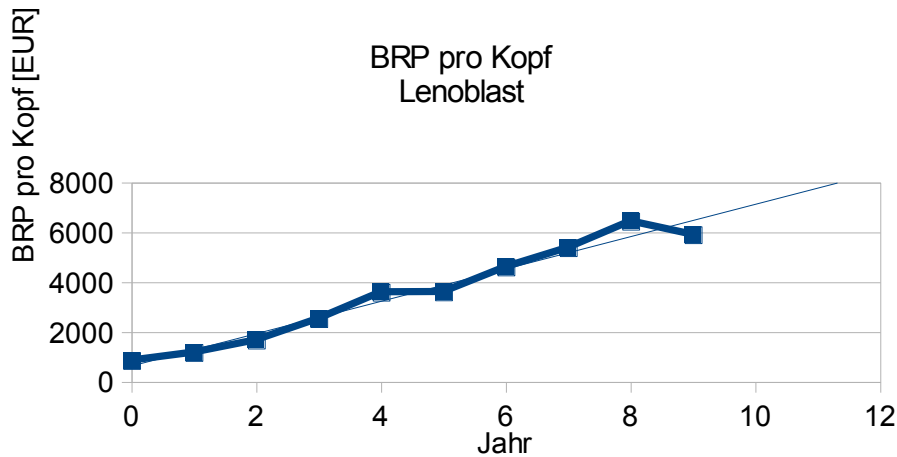


Abbildung 15: wirtschaftliche Entwicklung LEN [2]

Quelle: Rosstat

Deutsche und Deutsches in Sankt-Petersburg:

Deutsche siedelten schon lange vor der Gründung der Stadt Sankt-Petersburg auf ihrem Territorium. Denn schon im Mittelalter trieben Kaufleute der Hanse regen Handel mit dem Novgoroder Fürstentum. Damalige Haupthandelsgüter waren Pelzwerk, Silber und Wollwerk³⁹⁷. Von der Existenz solcher Kaufmannssiedlungen zeugen verschiedene Gotteshäuser nichtrussischen Glaubens in diesem Gebiet. Mit dem Ruf Zar Peters, dem in erster Linie Deutsche an die Neva folgten, entstanden in der Stadt katholische, aber vorwiegend evangelisch-lutherische Kirchen. Die bekannteste und bis heute erhaltene ist die 1704 gegründete Sankt-Petri-Kirche. Ihre Geistlichen kamen ebenfalls aus Deutschland. Ausgehend von den Kirchengemeinden entwickelte sich ein deutsches Schulwesen, wo für die vielen deutschen Fachkräfte und deren Kinder bis 1914 Unterricht in deutscher Sprache abgehalten wurde³⁹⁸. Daneben wurden von der deutschen Oberschicht vorwiegend zur Regierungszeit Katharinas II in Sankt-Petersburg zahlreiche Privatschulen gegründet, darunter ein Gymnasium und eine Handelsschule. Zum Lehrpersonal zählten viele namhafte Gelehrte, die gleichzeitig auch an der Akademie der Wissenschaften lehrten. Am Status quo des deutschen

³⁹⁷ Harder-Gersdorff, Elisabeth: Sankt-Petersburg in der Geschichte der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen des 18. Jahrhunderts, in: Hubel/von Puttkamer/Steltner: Ein europäisches Russland oder Russland in Europa? 300 Jahre Sankt-Petersburg, 2004, S.53.

³⁹⁸ Donnert, Erich: Sankt-Petersburg. Eine Kulturgeschichte, 2002, S.206f.

Bildungssystem in der Stadt änderte sich nichts bis zu den Zaren Alexander III und Nikolaus II. Erst mit Ausbruch des 1. Weltkrieges wurden die deutschen Lehranstalten geschlossen und teils zu Lazaretten umgewandelt. Ein endgültiges Ende bereitete die Oktoberrevolution dem deutschen Bildungssystem in Sankt-Petersburg³⁹⁹. Nicht nur das Bildungssystem legt Zeugnis ab über den eigenen kleinen deutschen Kosmos innerhalb Sankt-Petersburgs, der zur Wahrung der deutschen Kultur seinen Beitrag leistete. Neben deutschen Kirchen und Schulen waren es vor allem Zeitungen, Sport- und Gesangsvereine sowie Wohltätigkeitsgesellschaften, die das deutsche Leben in der Stadt charakterisierten und für eine Verbundenheit unter der ethnischen Minderheit sorgten. Besonders deutsche Handwerksfachkräfte zog es in die Ostseemetropole. Handwerksmeister sorgten für Nachzug von Lehrlingen und Gesellen aus ihrer Herkunftsregion mittels Verwandter. Besonders viele Deutsche kamen auf Einladung von Katharina II⁴⁰⁰. Einen schwerwiegenden Einbruch erlebte das deutsche Leben in Sankt-Petersburg durch die beiden Weltkriege. Vor allem die Leningrader Blockade hat sich tief in das Gedächtnis der Petersburger Bevölkerung gebrannt. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnte an die einst internationale Tradition der Stadt und ihres Gebiets angeknüpft werden. Angesichts des heute vorhandenen deutschen Netzwerkes in Sankt-Petersburg muss allerdings festgestellt werden, dass auch zwei Weltkriege und 70 Jahre Sowjetdiktatur die deutschen Wurzeln in der Stadt nicht völlig zerstören konnten. In keiner anderen russischen Stadt gibt es so vielfältige deutsche Spuren wie in Sankt-Petersburg. Nicht nur bei den wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland nimmt die Stadt eine Spitzenposition ein, auch bei politischen und gesellschaftlichen Organisationen, die in der Stadt (wieder) ansässig geworden sind, schlägt sich die Vergangenheit nieder. Folgende Fakten belegen dies (nach aktuellem Stand):

³⁹⁹ Donnert, Erich: Sankt-Petersburg. Eine Kulturgeschichte, 2002, S.217.

⁴⁰⁰ Harder-Gersdorff, Elisabeth: Sankt-Petersburg in der Geschichte der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen des 18. Jahrhunderts, in: Hubel/von Puttkamer/Steltner: Ein europäisches Russland oder Russland in Europa? 300 Jahre Sankt-Petersburg, 2004, S.67.

Politik	Wirtschaft	Gesellschaft und Kultur
<ul style="list-style-type: none"> • Deutsches Generalkonsulat seit 1972 	<ul style="list-style-type: none"> • Vertretung der deutschen Wirtschaft seit 1992 • AHK Nordwest • Vertretung der Hamburger Handelskammer • rund 500 deutsche Repräsentanzen, Unternehmen mit deutschem Kapital oder Joint Ventures • im Lenoblast ca. 8 Unternehmen • u.a. produzieren Pobeda-Knauf, Interturbo (mit Siemens Beteiligung), ERA-Henkel⁴⁰¹ 	<ul style="list-style-type: none"> • Zentralstelle für Auslandsschulwesen • Deutsch-russisches Begegnungszentrum • Deutsche Gesellschaft Sankt-Petersburg • Deutsches Kultur- und Versöhnungszentrum • Evangelisch-lutherische Sankt-Petri-Kirchengemeinde • St. Annen-Gemeinde • Gesellschaft für deutsche Kultur • Gesellschaft für deutsche Sprache • Goethe-Institut • Deutsch-Russischer Club • DAAD • Robert-Bosch-Lektoren • Caritas • Deutsch-Russischer Austausch • Konrad-Adenauer-Stiftung • Malteser

⁴⁰¹<http://www.hk24.de/international/laenderinformationen/europa/russland/362224/Petersburg.html;jsessionid=832165D94C69C91B9EA70B7253DDBBAA.repl1> (letzter Zugriff: 19.01.2014)

		<ul style="list-style-type: none"> • Perspektiven e.V. • St. Petersburgische Zeitung⁴⁰²
--	--	--

Abbildung 16: deutsche Institutionen in SPB/LEN

Quelle: siehe Fußnote

In Zahlen schlägt sich das deutsche Netzwerk in Form ausländischer (deutscher) Direktinvestitionen folgendermaßen nieder:

Jahr	FDI gesamt (in Tsd. US-Dollar) SPB	FDI deutsch (in Tsd.US-Dollar) SPB	FDI gesamt (in Tsd. US-Dollar) Lenoblast	FDI deutsch (in Tsd.US-Dollar) Lenoblast
2005	1.116.415	168.796	1.065.575	
2006	5.097.280	249.979	1.341.201	53.037
2007	7.375.418	426.543	1.810.429	100.775
2008	5.853.880	459.680	2.121.178	70.620
2009	9.286.668	459.685	2.106.902	96.803
2010	6.604.804	490.943	2.432.691	92.294

Abbildung 17: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach SPB/LEN

Quelle: Rosstat

Mit diesen Zahlen und Fakten gehört Sankt-Petersburg mit dem Leningrader Gebiet neben Moskau zu den Vorzeigeregionen, was deutsches Engagement betrifft. Für die anderen Regionen wird diese Region deswegen nachstehend als Maßstab für die anderen dienen und als Messlatte dessen, was zu erreichen sein sollte.

⁴⁰² http://www.austausch.org/fileadmin/user_upload/veroeffentlichungen/Deutsch_in_Petersburg.pdf S.2 (letzter Zugriff: 18.01.2014)

8.4.2. Region 2: Krasnodarskij Kraj (Krasnodarer Gebiet)

Allgemeine Charakteristik des Gebiets Krasnodar

Lage: Föd. Südlicher Verwaltungsbezirk	Ethnische Zusammensetzung: 88,3% Russen, 5,5% Armenier, 1,6% Ukrainer
Fläche: 75500km ²	Gouverneure (mit Parteizugehörigkeit): A. Tkačev (seit 2000, bis 2005 KPRF, danach ER)
Einwohnerzahl: 5,3 Mio.	Innovationsregion: nein
Gründung: 1937, Hauptstadt Krasnodar	

Das Gebiet Krasnodar, auch nach dem gleichnamigen Fluss Kuban (Kubaner Gebiet) benannt, wird als Kornkammer Russlands bezeichnet. Durch die günstige klimatische subtropische Lage am Schwarzen Meer ist die Region einer der Hauptlebensmittellieferanten für den russischen Markt. Bis auf die touristischen Zentren entlang der Schwarzmeerküste ist das Gebiet aufgrund seiner fruchtbaren Schwarzerdeböden überwiegend von der Agrarwirtschaft geprägt⁴⁰³. Die für die Untersuchung relevante Historie der Region beginnt Ende des 18. Jahrhunderts mit der Eingliederung des Gebiets entlang des Kubans in das Russische Reich. Lange Zeit unterstand das Gebiet der Vorherrschaft der Türken, wobei schon immer verschiedenste Ethnien, z.B. die Tscherkessen, die Adygeer, die Tataren u.a. das Gebiet besiedelten. Im Zuge der ehrgeizigen Pläne Katharinas II für Russland einen Schwarzmeereszugang zu schaffen, wurden die Türken im Krieg von 1787-1791 endgültig bezwungen. Zarin Katharina II sprach den Kosaken, die entscheidend zum Sieg beigetragen hatten, das Land entlang des Kuban aus Dankbarkeit, aber auch aus strategischen Gründen zu. Durch die Ansiedlung der Kosaken am Kuban sollten weitere Angriffe durch die Türken abgewehrt werden. Die Kosaken begannen ein administratives Zentrum zu errichten, das sie zu Ehren der Zarin Ekaterinodar (Geschenk Katharinas) – das heutige

⁴⁰³ Derluguian, Georgi/Cipko, Serge: The Politics of Identity in a Russian Borderland Province: The Kuban Neo-Cossack Movement, 1989-1996, in: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No.8, 1997, S. 1485.

Krasnodar – taufen⁴⁰⁴. Eine intensive und effektive Bewirtschaftung des zur Verfügung stehenden Landes war über die Periode des 19. Jahrhunderts dennoch nur sehr schwer möglich: Erstens war im Gebiet das System der Leibeigenschaft nur äußerst schwach ausgeprägt, im Schwarzmeergebiet beispielsweise betrug der Anteil leibeigener Bauern im Vergleich zur Kosakenbevölkerung lediglich 0,5-1,5%, zweitens war es in diesem Gebiet Menschen ohne kosakischen Ursprungs verboten sich dort anzusiedeln, was zu einem Mangel an Arbeitskräften führte, die das Land hätten bewirtschaften können. Dies führte im Endergebnis dazu, dass 1859 – noch 2 Jahre bevor die Leibeigenschaft gänzlich abgeschafft wurde - nur 18% des verfügbaren Landes landwirtschaftlich nutzbar gemacht waren. Hauptzweige der Landwirtschaft waren die Rinderzucht und der Getreideanbau. Ein Großteil der kosakischen Bevölkerung war ohnehin im Militärdienst tätig, sodass dies zusätzlich zu einem Mangel an Arbeitskräften beitrug. Gleichzeitig führte die große Menge an brachliegendem Land dazu, dass die Lebensumstände der Militärangehörigen sich in einem beklagenswerten Zustand befanden: Die Militärstädte waren unterentwickelt, es gab keine Steinbauten, die Hygienezustände waren durch den Schmutz katastrophal. Für die Dienenden selbst gab es während des Arbeitslebens und danach eine nur unzureichende bis gar keine soziale Absicherung, wobei ihnen gleichzeitig privater Besitz verboten war⁴⁰⁵. Sofern man von Industrie sprechen kann, so beschränkte sich diese ausschließlich auf die Landwirtschaft. In den Dörfern war das Kleinhandwerk ausgeprägt, wohingegen einige Städte mit Nahrungsmittel verarbeitender Industrie aufwarten konnten. Die Entwicklung der Region wurde zusammenfassend vor allem von einigen wenigen, aber bedeutenden Faktoren gebremst: die Beschäftigung eines großen Teils der kosakischen Bevölkerung im Militärdienst, der Mangel an Arbeitskräften für die Landwirtschaft und die fehlende Möglichkeit pensionierter Militärangehörigen Land zu erstehen und dies für den eigenen Broterwerb nutzbar zu machen. Folglich blieb die landwirtschaftliche Nutzung auf einem primitiven Niveau, wobei die Rinderzucht der dominierende Zweig war⁴⁰⁶. Im Zuge des Versuchs der Vereinheitlichung der Verwaltung und der Heranführung des Gebiets an Zentralrussland gründete Zar Alexander II 1860 den Kubanskaja Oblast' (Kubaner Gebiet), das in fünf Amtsbezirke unterteilt wurde, wobei Ekaterinodar das administrative Zentrum wurde. Dies ging einher mit der Ansiedlung mit Menschen aus

⁴⁰⁴ Kazjanov, V.V.: Istorija Kubani, 2005, S.86ff.

⁴⁰⁵ Kazjanov, V.V.: Istorija Kubani, 2005, S.123.

⁴⁰⁶ Kazjanov, V.V.: Istorija Kubani, 2005, S.124.

anderen Gebieten, was zur Lösung der oben beschriebenen Probleme beitragen sollte. So war Ende des 19. Jahrhunderts schon die Hälfte der Bevölkerung nicht kosakischen Ursprungs. Wie auch andere russische Regionen trafen der russisch-japanische Krieg, der Bürgerkrieg und der Ausbruch des 1. Weltkrieges die Kubaner Region gleich dreifach hart, auch wenn die Region in gewissem Maße sogar davon profitierte. Es zogen immer mehr Menschen aus anderen Gouvernements in die Region und wurden in der Landwirtschaft tätig. Dadurch konnte das Kubaner Gebiet zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum wichtigsten Lebensmittelproduzenten und Lieferanten Russlands werden. Zeitgleich fing man an in der Gegend um Novorossijsk hochwertigen Zement herzustellen und Erdöl zu fördern. Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Region kamen jedoch auch die sozialen und ethnischen Probleme. Die Kosaken fühlten sich durch die zunehmende Kapitalisierung und Technisierung von den Zugewanderten immer mehr aus ihrem ureigenen Lebensraum verdrängt. Selbst konnten sie durch den langen Militärdienst und das archaische Landvergabesystem mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Des Weiteren wurde das Kosakentum mit der Machtergreifung der Bolschewiki 1917 bis zum Zusammenbruch des Kommunismus völlig unterdrückt, da die Kosaken während der Revolution mehrheitlich auf der Seite der Menschewiki kämpften⁴⁰⁷. Einen weiteren Rückschlag in der Entwicklung der Region bedeutete der Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Wie alle anderen Regionen wurde die zivile Produktion auf Kriegsproduktion umgestellt. Das Kubaner Gebiet selbst war von 1941-43 von den Deutschen besetzt. Noch zuvor 1937 wurde das Krasnodarer Gebiet gegründet in seinen Grenzen, die bis heute Bestand haben. Die ökonomischen und sozialen Folgen des zweiten Weltkrieges konnten erst Ende der 60er Jahre nennenswert aufgefangen werden. Auch wenn die Regierungszeit Brežnevs mit Stagnation (ru: zastoï) gleichgesetzt wird, so gelang es dem Krasnodarer Gebiet erst in dieser Zeit die Agrarwirtschaft so zu effektivieren, dass Zahlen auf Vorkriegsniveau geschrieben werden konnten und die Region - unabhängig von ausländischen Lebensmittelimporten - wieder zu Russlands wichtigstem Nahrungsmittellieferanten aufsteigen konnte⁴⁰⁸. Die Zeit der Perestrojka traf die Region in zweierlei Hinsicht hart: Erstens kochten lange unterdrückte ethnische Konflikte wieder hoch, darin eingeschlossen die Frage der Identität der Kosaken und zweitens der Migrationsstrom aus den kaukasischen

⁴⁰⁷ Toje, Hege: Cossack Identity in the New Russia: Kuban Cossack Revival and Local Politics, in: Europe-Asia Studies, Vol. 58, No 7, 2006, S.1067.

⁴⁰⁸ Kazjanov, V.V.: Istorija Kubani, 2005, S.264.

Republiken, mit dem besonders das Krasnodarer Gebiet zu kämpfen hatte. Darüber hinaus hat das Gebiet eine überdurchschnittliche Kriminalitätsrate. Als zu Beginn der 90er Jahre Russland im Chaos zu versinken drohte und die Regionen nach möglichst viel Unabhängigkeit vom Zentrum strebten, schloss sich auch das Krasnodarer Gebiet an. Da wie in allen anderen Regionen die Produktion drastisch zurückging, stoppte die Gebietsadministration die Ausfuhr von Lebensmitteln in andere Regionen. Russlands Präsident El'cin versuchte der Lage Herr zu werden, indem er von ihm auserwählte Kader an die Spitze der Administration setzte. So hielt kein Vorsitzender länger als ein Jahr an der Spitze der Gebietsverwaltung durch. Dieser Kampf um das Gebiet beweist gleichzeitig jedoch auch die strategisch und ökonomisch wichtige Position Krasnodars. 1996 wurde bei den ersten Gouverneurswahlen Kondratenko zum ersten Gouverneur gewählt. Er war es, der Jahre zuvor verantwortlich dafür war, dass Lebensmittelsperren an den Grenzen des Gebiets errichtet wurden. Sein wirkliches Potential konnte die Region allerdings erst ab 2001 ausschöpfen, als Tkačev, ein Getreuer Putins zum Gouverneur gewählt wurde. Er führte zwar einige Reformen durch, die auch innerhalb der Region zur Stärkung von Putins Vertikale der Macht beitrugen, gleichzeitig konnte die Region jedoch auch überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielen und zählt heute zu einer der attraktivsten Investitionsstandorte in Russland. Durch die Ansiedlung mehrerer internationaler Konzerne wie Bonduelle, Claas oder Nestle⁴⁰⁹ kann die Gebietsadministration 25% des gesamten Budgets aus ausländischen Investitionen bestreiten. Nestle beispielsweise gehört zu den größten Steuerzahlern in der Region und hat mit dem Bau der Fabrik 1100 Arbeitsplätze geschaffen. Darüber hinaus hat das Unternehmen Sozialprogramme für seine Mitarbeiter gestartet und ein nachhaltiges Umweltkonzept implementiert⁴¹⁰. Ein wichtiger Pluspunkt der Region ist sicherlich der „Faktor Soči“. Soči – eigentlich in Russland als beliebter Kur- und Badeort bekannt – war 2014 der Austragungsort der Olympischen Winterspiele. Es darf davon ausgegangen werden, dass das gesamte Gebiet davon profitieren wird, zumindest was Investitionen in Infrastruktur angeht. Ob die Region nachhaltig davon profitieren wird, kann an dieser Stelle noch nicht beantwortet werden.

⁴⁰⁹ <http://www.investkuban.ru/en/newslist/item-932.html> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

⁴¹⁰ <http://www.investkuban.ru/en/newslist/item-932.html> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

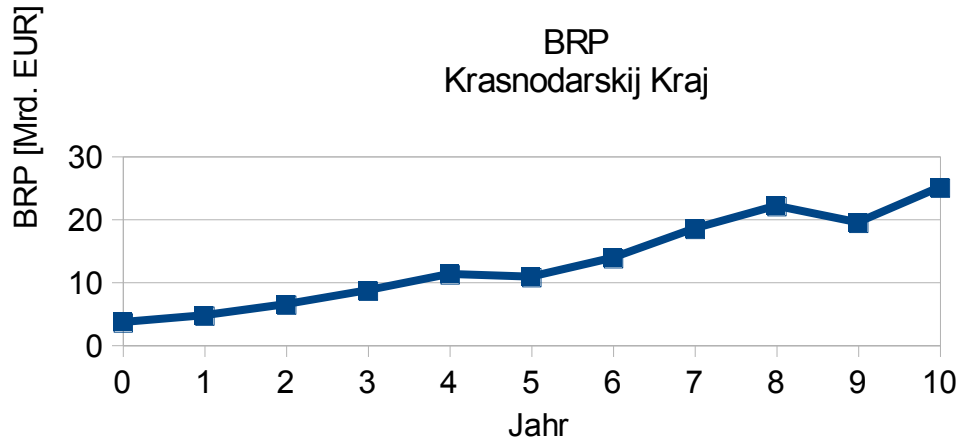


Abbildung 18: wirtschaftliche Entwicklung KRA [1]

Quelle: Rosstat

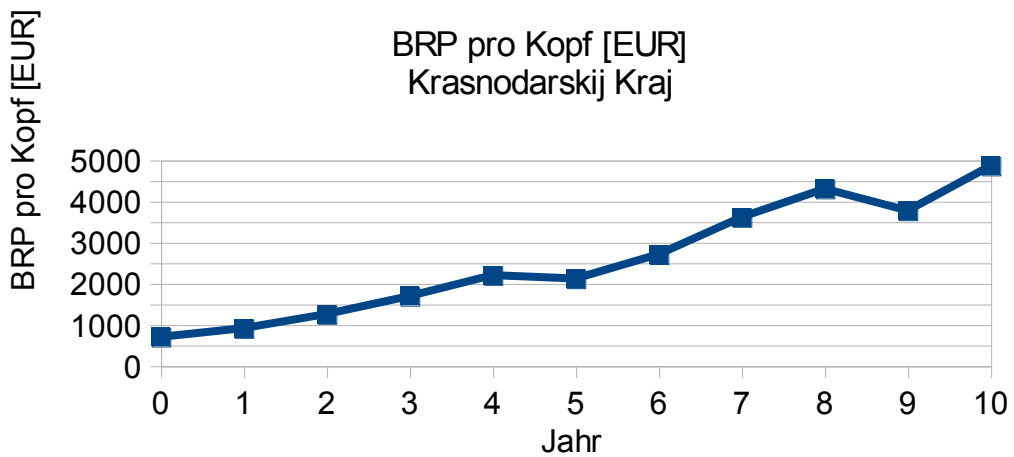


Abbildung 19: wirtschaftliche Entwicklung KRA [2]

Quelle: Rosstat

Deutsches Engagement in der Region:

Im Vergleich zu Sankt Petersburg stellt das Gebiet Krasnodar nicht das „traditionell deutsche Einflussgebiet“ dar. Wenn es zu einem Zusammentreffen kam, so unter dem traurigen Vorzeichen eines Krieges. Die deutsche Besetzung des Gebiets wurde schon erwähnt. Das Gebiet wurde für Ausländer erst in den letzten 10 Jahren interessant. Eine gewichtige Rolle spielt hier sicherlich der „Faktor Soçi“, bei dem vor allem ausländische Firmen auf Bauaufträge hofften. Dass auch das deutsche Engagement sich in diesen Trend einreicht, zeigen die folgenden Zahlen:

Politik	Wirtschaft	Gesellschaft und Kultur
<ul style="list-style-type: none"> • Deutscher Honorarkonsul 	<ul style="list-style-type: none"> • ca. 30 deutsche registrierte Unternehmen • zwei davon mit Produktion vor Ort⁴¹¹ 	<ul style="list-style-type: none"> • Lehrmittelzentrum⁴¹²

Abbildung 20: deutsche Institutionen in KRA

Quelle: siehe Fußnote

Jahr	FDI gesamt (in Tsd. US-Dollar) Krasnodar	FDI deutsch (in Tsd.US-Dollar) Krasnodar
2005	2.871.491	
2006	2.934.804	72.095
2007	2.814.502	76.064
2008	2.535.170	72.289
2009	2.621.455	76.802
2010	2.835.248	44.161

Abbildung 21: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach KRA

Quelle: Rosstat

8.4.3. Region 3: Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen

Allgemeine Charakteristik des Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen

Lage: Föd. Uraler Veraltungsbezirk	Ethnische Zusammensetzung:
	61,7% Russen, 9,7% Ukrainer, 5,9% Nenzen, 5,6% Tataren

⁴¹¹ Nach Angaben der AHK Moskau

⁴¹² Nach Angaben von www.regionen.ru

Fläche: 769 300 km ²	Gouverneure (mit Parteizugehörigkeit)
	Y. Neelov (1994-2010, Edinaja Rossja), D. Kobylkin (seit 2010, ER)
Einwohnerzahl: 541000	Innovationsregion: nein
Gründung: 1930, Hauptstadt Salechard	

Diese Region wird wohl einer großen Mehrheit in Deutschland und Europa völlig unbekannt sein, obschon sie mit ihren Charakteristika einem der vielen russischen Klischees entspricht, die einem Russlandunerfahrenen immer und immer wieder in diversen Reportagen als das wahre Russland verkauft werden: unendliche Weite und sibirische Kälte. Nicht so in Russland selbst. Antwortet ein Russe auf die Frage, wo er denn herkomme, mit Städten wie Novyj Urengoi oder Nadym, so ist dem Gegenüber dessen sozioökonomische Lage relativ schnell klar. Die Bewohner der Region gehören zu den finanziell am besten situierten Russlands und der Grund dafür hat einen Namen: Gazprom. Die Fläche des Autonomen Kreises ist 1,5 Mal so groß wie Frankreich, es leben dort allerdings nur rund 500.000 Menschen, wovon 32.000 der Titularethnie der angehören. Administrativ teilt sich der Kreis in 13 Munizipalitäten, die wichtigsten Städte sind die Hauptstadt Salechard (ca. 34.000 Einwohner), Nojabrsk (ca. 100.000), Novyj Urengoi (ca. 100.000) sowie Nadym (ca. 48.000)⁴¹³.

Die Herkunft der ethnischen Volksgruppen der Nenzen ist bis heute noch nicht eindeutig geklärt, es wird jedoch davon ausgegangen, dass sie sich als Volksgruppe im 1. und 2. Jahrtausend n. Chr. zwischen den Flüssen Taza und Ob gebildet hat und dann Richtung Norden gezogen ist⁴¹⁴. Wie erwähnt, stellen die Nenzen, ein samojedisches Volk, neben den Ethnien der Chanten, Komi und Selkopen, mit unter 10% des Bevölkerungsanteils lediglich eine Minderheit dar. Die Vermischung mit der russischen Bevölkerung nahm ihren Ursprung im 15. Jahrhundert, als russische Händler neue Verkehrs- und Handelswege schaffen wollten und Zar Fjodor den Befehl ausgab, die

⁴¹³ <http://www.germania.diplo.de/contentblob/3356440/Daten/3226753/pdfgebietsprofiljamalnenzen.pdf> (letzter Zugriff: 09.12.2013)

⁴¹⁴ Petrova, V.P./Charjuči: Nenzy v isotrii jamalo-neneckogo avtonomnogo okruga, 1999, S.9.

Regionen um die Flüsse Ob und Taza der russischen Macht zu unterwerfen⁴¹⁵. Im Jahr 1595 eroberte eine Truppe unter Führung von Kosaken das Obdorsker Fürstentum und erbaute die Festung Obdorsk, das heutige Salechard. Salechard ist nenzisch und bedeutet so viel wie Haus auf einer Halbinsel. Die nenzische Sprache selbst ist den finno-ugrischen Sprachen zuzuordnen⁴¹⁶. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein, vor allem den unwirtlichen und menschenfeindlichen klimatischen Bedingungen geschuldet, lebten die Menschen des Gebiets vom Fischfang, dem Pelzhandel und vor allem von der Rentierzucht. Das Gebiet galt lange Zeit als arm. Zusätzlich verschlimmert wurde die Situation zu Zeiten der Revolution, im Zuge derer sich durch das Zusammenbrechen der Verwaltungsstrukturen die Lebenslage der nördlichen Völker drastisch verschlechterte und die Rentierzucht teilweise die einzige, allerdings dürftige Einkommensgrundlage war⁴¹⁷. Aus dieser Notwendigkeit die Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen, wurden die ersten Fabriken zur Nahrungsmittelproduktion als Maßnahme der Neuen Ökonomischen Politik Lenins gebaut. Für die nächsten Jahrzehnte sollte der Fischfang, die Rentierzucht und die Lebensmittelproduktion vor allem für den Eigenbedarf auch der einzig einträgliche „Industriezweig“ bleiben. Das Ziel der neuen bolschewistischen Regierung war außerdem die Zivilisierung der im Gebiet lebenden Volksgruppen. Zur Beseitigung des Analphabetismus wurden Schulen eröffnet, Kultureinrichtungen, zusätzlich wurde die Errichtung von Sanitäreinrichtungen vorangetrieben⁴¹⁸. Für die Verwaltungsstrukturen hatte die Machtübernahme durch die Bolschewiki dahingehend tiefgreifende Folgen, dass am 10. Dezember 1930 im Uraler Gebiet der nationale Kreis der Jamal-Nenzen gegründet wurde mit dessen Hauptstadt Salechard (damals noch Obdorsk). Den Status eines Autonomen Kreises erhielt es 1977 mit der sowjetischen Verfassungsänderung unter Brezhnev. Im Rahmen der wissenschaftlichen Erforschung der nördlichen Gebiete Russlands wurde in Salechard u.a. auch ein Institut für Geologie errichtet, das die Bodenschätze der Region erforschen sollte. Mitte der 60er Jahre wurden die ersten Erdölfelder in der Tundra bei Tazov gefunden, es folgten die Förderstätten Urengoj und Medveš'e. Heute macht die Erdöl- und Erdgasindustrie fast 95% der gesamten Wirtschaftskraft der Jamal-Nenzen aus. 90% der russischen Erdölvorkommen befinden sich in diesem Gebiet. Das

⁴¹⁵ Petrova, V.P./Charjuči: Nenzy v isotrii jamalo-neneckogo avtonomnogo okruga, 1999, S.10.

⁴¹⁶ www.yamal.ru (letzter Zugriff: 09.12.2013)

⁴¹⁷ Petrova, V.P./Charjuči: Nenzy v isotrii jamalo-neneckogo avtonomnogo okruga, 1999, S.53.

⁴¹⁸ www.yamal.ru (letzter Zugriff: 09.12.2013)

Bruttoregionalprodukt pro Kopf zählt zu den höchsten Russlands und ist dabei international durchaus wettbewerbsfähig⁴¹⁹. Die Region ist als Untersuchungsgegenstand aus einem ganz bestimmten Grund interessant. Sie hat sich ihre ökonomische Monostruktur, ein Relikt des Sowjetföderalismus, das für viele andere russische Regionen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Bankrotterklärung bedeutete, bewahrt und zählt trotzdem zu den prosperierendsten, wenn man sich allein auf die Zahlen stützt. Die Städte, die erst mit der Erschließung der Bodenschätze gebaut wurden, sind überwiegend geprägt von einem Tochterunternehmen von Gazprom, beispielsweise GazpromNadym oder GazpromUrengoi. Diese Unternehmen sorgen auch, analog zur Sowjetzeit, für die soziale Infrastruktur der Städte. Um als Ausländer die Städte betreten zu dürfen, braucht es einer speziellen Genehmigung. Daraufhin schließt sich die Frage an, inwieweit in dieser Region überhaupt ausländisches respektive deutsches Engagement erwünscht ist, wenn dadurch in einem gewissen Sinne die Schlüsselindustrie des Landes preisgegeben würde. Die folgenden Zahlen und Fakten belegen diese Vermutung:

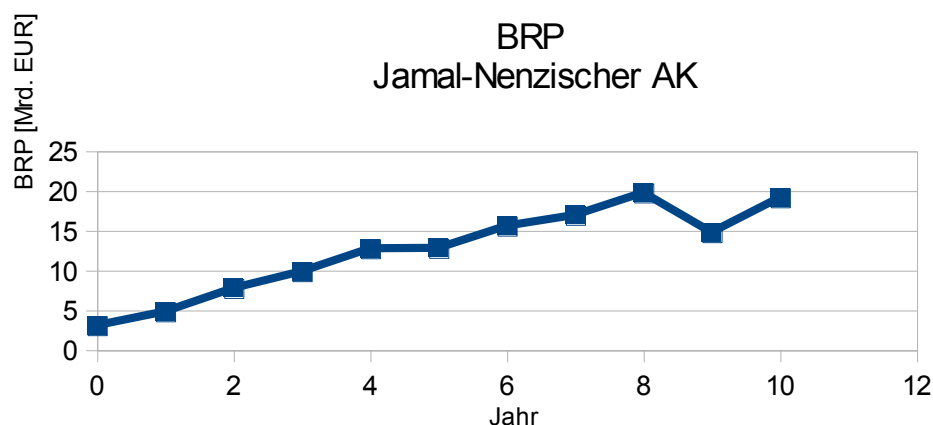


Abbildung 22: wirtschaftliche Entwicklung JNAO

Quelle: Rosstat

⁴¹⁹ 2011 waren es knapp 45.000 EUR pro Kopf, siehe:
<http://www.germania.diplo.de/contentblob/3356440/Daten/3226753/pdfgebietsprofiljamalnenzen.pdf>

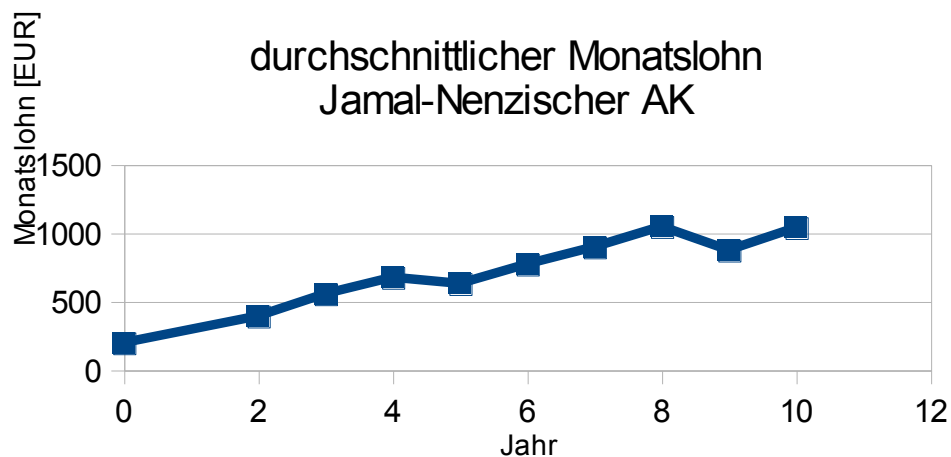


Abbildung 23: wirtschaftliche Entwicklung JNAO [2]

Quelle: Rosstat

Deutsches Engagement in der Region:

Politik	Wirtschaft	Gesellschaft und Kultur
0	Achimgaz, SAO (Joint Venture Wintershall und Gazprom)	0

Abbildung 24: deutsche Insitutionen in JNAO

Quelle: dt. Generalkonsulat Ekaterinburg

Jahr	FDI gesamt (in Tsd. US-Dollar) JN-AK	FDI deutsch (in Tsd.US-Dollar) JN-AK
2005	743.214	
2006	855.459	95.567
2007	1.012.456	69.779
2008	1.272.565	1.594
2009	1.051.441	1.702
2010	1.418.277	326.623

Abbildung 25: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach JNAO

Quelle: Rosstat

8.4.4. Region 4: Gebiet Sverdlovsk:

Allgemeine Charakteristik des Oblast‘ Sverdlovsk

Lage: Föd. Uraler Verwaltungsbezirk	Ethnische Zusammensetzung:
	90,6% Russen, 3,5% Tataren, 0,9% Ukrainer
Fläche: 194300 km ²	Gouverneure (mit Parteizugehörigkeit):
	E.Rossel (1995-2009, seit 2004 ER), E.Kujvašev (seit 2009, ER)
Einwohnerzahl: 4,3 Mio.	Innovationsregion: nein
Gründung: 1938, Hauptstadt Ekaterinburg	

Die Geschichte der Industrialisierung der Uralregion und des heutigen Sverdlovsker Gebiets beginnt mit der Regierungszeit Zar Peter I. Ein Großteil der Stadtgeschichten der Städte im Ural geht auf die Gründung eines Betriebs oder einer Zeche zurück. Auf Grundlage eines Ukazes (dt: Erlass) des Zaren aus dem Jahr 1723, mit der Peter I die Schaffung einer einheimischen Metallindustrie zu Rüstungszwecken beabsichtigte, wurde der Grundstein der Stadt Ekaterinburg, der Hauptstadt des Sverdlovsker Gebiets, gelegt. Durch den Reichtum des Urals an Bodenschätzen entstanden bald sog. goroda-zavody (Fabrikstädte), deren gemeinsame Charakteristik ein großer Betrieb am Ufer eines Flusses oder großen Sees war, um den herum sich das Stadtzentrum entwickelt hat⁴²⁰. In der Folge entstanden auf dem heutigen Sverdlovsker Gebiet weit mehr als 100 solcher goroda-zavody. Einigen Städten der Region gelang es in der Folgezeit ihre Monostruktur zu überwinden und sich zu bedeutenden Handelszentren an der Grenze zwischen Europa und Asien zu behaupten. In Analogie zur Gründung Sankt-Petersburgs als Fenster zu Europa, wurde Ekaterinburg als Fenster nach Sibirien gegründet. Anfang des 20. Jahrhunderts umfasste das Uraler Gebiet 3,6% der Fläche von ganz Russland

⁴²⁰ Rudolph, Robert: Stadtzentren russischer Großstädte in der Transformation-St. Petersburg und Jekaterinburg, 2001, S.86.

sowie 9,9 Millionen Menschen und unterstand der Administration eines Gouverneurs. Die Besonderheit des Urals zu dieser Zeit bestand darin, dass die Region nochmals in sechs „Bergkreise“ unterteilt war, denen jeweils ein Ingenieur vorstand. Aus ethnischen Gesichtspunkten stellt das Sverdlovsker Gebiet von je her eine „typisch russische“ Region dar, ohne ethnisches Konfliktpotential⁴²¹.

Um die heutigen Industriestrukturen zu verstehen, muss man einen Blick zurück werfen auf den Anfang des 20. Jahrhunderts. Man kann daraufhin leicht feststellen, dass viele Probleme historischen Ursprungs sind, die sich im Laufe der Jahre festgefahren haben. Ebenso ist es nicht möglich, die Geschichte des Sverdlovsker Gebiets losgelöst von anderen Regionen des Urals darzustellen, da das Sverdlovsker Gebiet in seinen heutigen Grenzen erst 1938 entstanden ist, die Industriestrukturen jedoch schon viel früher Verflechtungen mit anderen Regionen hervorgebracht haben. Bedingt durch den Zwang im Zuge einer weltweiten Industrialisierungswelle nicht vom europäischen Absatzmarkt verdrängt zu werden, entwickelten sich schon Anfang des 20. Jahrhunderts Monopolstrukturen in der Uraler Bergbauindustrie heraus. Zwischen 1906 und 1908 schlossen sich 18 von 22 Kreisen des Urals, in denen Eisen und Kupfer produziert wurde, zu monopolistischen Vereinigungen zusammen. Dies jedoch erzeugte Konflikte mit der Landwirtschaft. Denn obwohl die Uralregion zu den am besten industrialisierten Regionen Russlands zählte, waren noch 4/5 der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Teilweise in landwirtschaftlichen Betrieben, zum Großteil aber privatwirtschaftlich. Viele Menschen mussten neben der Arbeit noch ihr eigenes Stück Land bewirtschaften, da entweder die Arbeitslöhne nicht ausreichend waren um die aufgrund der herrschenden Lebensmittelknappheit stark überkauerten Nahrungsmittel zu kaufen, oder viele Menschen ohnehin arbeitslos waren und für den Eigenbedarf wirtschaften mussten. Das Land gehörte aber größtenteils den Großindustriellen, die nicht bereit waren, Teile davon abzutreten, was schlussendlich in den Bauernaufständen 1900-1904 mündete⁴²². Im Zuge dessen entstanden im Ural die ersten politischen Parteien und Gewerkschaften. Ende des Jahres 1905 existierten 174 sozialistisch-revolutionäre Parteien, 121 sozialdemokratische Parteien und 54 Gewerkschaften.

⁴²¹ Zubkov, K.I.: Zerkov' i gosudarstvo v pole kul'turnoj diffusii: predposylki petrovskoi modernizacii Rossii, in: Alekseev, V.V.: Uralskij istoričeski vestnik, No 10-11, 2005, S.4.

⁴²² Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytija. Žizn', 2000, S.11ff.

Anlässlich des 1. Weltkrieges wurde die Produktion der metallurgischen Betriebe auf Kriegsproduktion umgestellt. In dieser Hinsicht stellte der Ural den drittichtigsten Standort nach Moskau und Sankt-Petersburg dar. Negativ wirkten sich besonders im Ural die fehlenden Transportwege, der Mangel an Arbeitskräften und der Mangel an Benzin und anderen Rohstoffen aus. Kompensiert wurde der Arbeitskräftemangel durch den Einsatz von Kriegsgefangenen, ausländischen Fachkräften sowie von Kindern bzw. Jugendlichen. Obwohl die Arbeitslöhne in den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts stiegen, konnte sich die Lebensqualität der Bürger nicht entscheidend verbessern. Dies ist zurückzuführen auf die unverhältnismäßige Teuerungsrate der Lebensmittel. Diese Disbalance zwischen zwar steigenden Löhnen aber zugleich hohen Lebenshaltungskosten hat sich bis heute noch nicht aufgelöst. Sie ist auch sicherlich einer der Gründe, warum die Bolschewiki im Ural besonders schnell ihre Macht etablieren konnten⁴²³. Wobei hier zwischen den einzelnen Regionen des Urals differenziert werden muss. In der Literatur wird der Ural häufig als Vorposten des Bolschewismus geführt, obwohl Zahlen Gegenteiliges belegen. In den Gouvernements zu Perm oder Ufa (heute Permskij Kraj und Republik Baškortostan), also den klassischen Bergbauregionen, erhielten die Bolschewiki bei der ersten allrussischen Versammlung lediglich 14%, wohingegen sie in den industriellen Zentren wie Ekaterinburg 56% erhielten. Die auf die Machtergreifung der Bolschewiki folgende Enteignungswelle brachte nicht die erhoffte Besserung der sozioökonomischen Lage - im Gegenteil: sie verschlechterte sich, was Lenin zu Erleichterungen mittels seiner Neuen Ökonomischen Politik (NEP) veranlasste. Die strategisch wichtigsten Betriebe blieben weiterhin im Staatsbesitz, alle anderen wurden zur Pacht freigegeben. Die Landwirtschaft blieb trotz allem überwiegend in privatem Besitz. 1920 wurden lediglich 0,6% der Lebensmittel von Kolchosen erwirtschaftet. Auch administrativ ging die Machtergreifung der Bolschewiki mit einigen Änderungen einher: am 3. November 1923 wurde das Uraler Gebiet (ru: uralskaja oblast') gegründet, das damals das Ekaterinburger, das Permer das Čeljabinsker und Tjumener Gouvernement umfasste. Administratives Zentrum wurde Ekaterinburg, das 1924 in Sverdlovsk umbenannt wurde⁴²⁴. Ein Charakteristikum der NEP Lenins war außerdem, die eben angesprochene Praxis des Verpachtens von Staatsbetrieben in ausländische Hände zu geben. Man

⁴²³ Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytija. Žizn', 2000, S.25.

⁴²⁴ Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytija. Žizn', 2000, S.74.

erhoffte sich dadurch die dringend benötigte Modernisierung der Produktionsanlagen. Doch trotz des Imports moderner Maschinen, vor allem aus Deutschland, blieb die Wirtschaft ineffizient: es gab nicht genügend oder keine ausgebildeten Fachkräfte, die in der Lage gewesen wären, die Maschinen zu bedienen. Generell war und ist bis heute die Ineffizienz der Betriebe trotz immensem Reichtum an Bodenschätzen eine Bremse des Wirtschaftswachstums im Ural. Dazu trugen und tragen eine Reihe von Gründen bei: Durch das Fehlen ausgebildeten Personals kam es in der Produktion häufig zu Zwischenfällen, wodurch der Produktionsplan nicht eingehalten werden konnte. Aufgrund der schlechten Ausstattung wurde zu viel Ausschuss produziert. Außerdem war die Region zu abhängig von anderen. Rohstoffe wurden als Rohmaterial zur Weiterverarbeitung in andere Regionen exportiert um sie für ein Endprodukt von dort wieder zu reimportieren. Zudem fehlte es permanent an Kraftstoffen und elektrischer Energie zur Gewährleistung des reibungslosen Betriebs der Anlagen. Durch die schwerindustriellen Produktionsanlagen wurde die Umwelt schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Atmosphäre wurde verschmutzt, Flüsse stark verunreinigt und Wälder rücksichtslos abgeholzt. Vergleicht man diese Mängel mit den Aussagen deutscher Unternehmen über Probleme bei Investitionen in Russland, so fällt auf, dass sich an diesen Punkten bis zum heutigen Tage wenig geändert hat. Auch die Maßnahme ausländische Fachkräfte anzuwerben konnte keine Abhilfe schaffen. 1933 arbeiteten fast 4000 Ausländer in Betrieben im Ural. Zusätzlich gebremst wurde die Wirtschaft durch einen übertrieben großen Verwaltungsapparat. Diese ist in den 30er Jahren um 150% gewachsen⁴²⁵. Durch den Ausbruch des 2. Weltkrieges wurde die Produktion erneut auf Kriegsproduktion umgestellt. Viele kriegswichtige Betriebe wurden aus dem Westen des Landes in den Ural verlagert, da dieser strategisch günstiger gelegen war. Jedoch führte die Umstellung auf Kriegsproduktion wieder zu einem Versorgungsproblem der Bevölkerung, die in der Folge Hunger leiden musste. Der Personalmangel in den Betrieben - die meisten Männer waren im Kriegseinsatz - veranlasste die Verantwortlichen, Kriegsgefangene sowohl in Betrieben einzusetzen, als auch nach dem Krieg für städtebauliche Maßnahmen zu verwenden. Viele Gebäude Ekaterinburgs der Stalinzeit beispielsweise wurden von deutschen Kriegsgefangenen gebaut⁴²⁶. 1934 wurde der Uraler Oblast' in drei Teile aufgegliedert: in den

⁴²⁵ Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytija. Žizn', 2000, S.89ff.

⁴²⁶ Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytija. Žizn', 2000, S.133.

Sverdlovsker Oblast' mit der Hauptstadt Sverdlovsk, in den Čeljabinsker Oblast' mit Zentrum in Čeljabinsk und in den Obsko-Irtyschsker Oblast' mit der Hauptstadt Tjumen' (1966 wurde der Tjumener Oblast' dem westsibirischen Verwaltungsbezirk zugesprochen). 1938 wurde zusätzlich der Sverdlovsker Oblast' in Sverdlovsker und Permer und damit in seine heutigen Grenzen aufgeteilt⁴²⁷. Das System der Verwaltung der Wirtschaft nach Zweigen etablierte und verfestigte sich in den 60er Jahren, in denen auch die Partei ihre Rolle als allein herrschendes Exekutivorgan perfektionierte. Dies geschah durch die Duplizierung der Organe des Verwaltungsapparats durch Organe des Parteiapparats, sodass die eigentliche Machtinstanz der Region der Apparat des „Obkom Partii“ (ru: Oblastnoj Komitet Partii), also das Gebietskomitee der Partei, war. In diesem Komitee saßen regelmäßig auch die Direktoren der Industriegiganten wie z.B. Uralmasch, Uralchim, usw. Im Rahmen von Gorbačevs Perestrojka war das Sverdlovsker Gebiet eines der ersten, das infolge der föderalen Reformen mit einem eigenen regionalen Haushalt wirtschaften sollte. Diese Maßnahme entfachte den Ehrgeiz politischer und wirtschaftlicher Eliten dem Gebiet noch mehr Unabhängigkeit von Moskau zu verschaffen bis hin zu Plänen einer Gründung einer unabhängigen Republik, wofür im Referendum über die russische Verfassung noch die Zusatzfrage über die Zustimmung zu einer Erhöhung des Status des Sverdlovsker Gebiets zu einer unabhängigen Republik im russischen Staatsverband hinzugefügt wurde. Diese Frage wurde mit über 60% der Stimmen bejaht. Obwohl am 27. Oktober 1993 schon eine eigene Verfassung angenommen wurde, musste das „Projekt Republik“ gestoppt werden, da Gegner der Unabhängigkeit Präsident El'cin überzeugen konnten, der daraufhin per Erlass den Gebietsowjet auflöste⁴²⁸. Der größte Verfechter einer unabhängigen Republik, Eduard Rossel, wurde später 1996 bei den ersten Gouverneurswahlen zum Gouverneur des Sverdlovsker Gebiets gewählt. Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Gebiets ist es nicht verwunderlich, dass auch der Ural nicht vom wilden Kapitalismus der 90er Jahre verschont blieb. Die großen Industriegiganten fielen in die Hände von Moskauer oder ausländischen Investoren, sodass die örtliche Verwaltung völlig die Kontrolle über die lokale Wirtschaft verlor und jeder Möglichkeit beraubt wurde, dringend benötigte Investitionen in die sozioökonomische Infrastruktur zu tätigen. Das Missverhältnis wird mit der

⁴²⁷ <http://www.midural.ru/100034/100083/100309/> (letzter Zugriff: 03.01.2014)

⁴²⁸ Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytiya. Zhizn', 2000, S.269.

Zusammensetzung der regionalen Duma belegt. Der Großteil der Sitze ging an die neue Wirtschaftselite des Landes, die die Betriebe unter sich aufteilten. In den 90er Jahren ist die Produktivität der Wirtschaft des Sverdlovsker Gebiets nochmals um 50% zurückgegangen und hat verheerende Folgen für die Entwicklung im neuen Jahrtausend hinterlassen⁴²⁹.

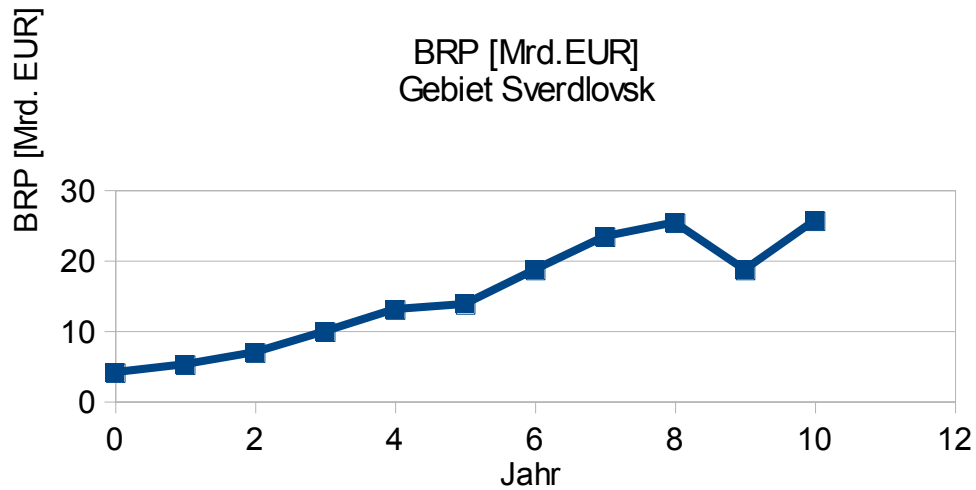


Abbildung 26: wirtschaftliche Entwicklung SVX [1]

Quelle: Rosstat

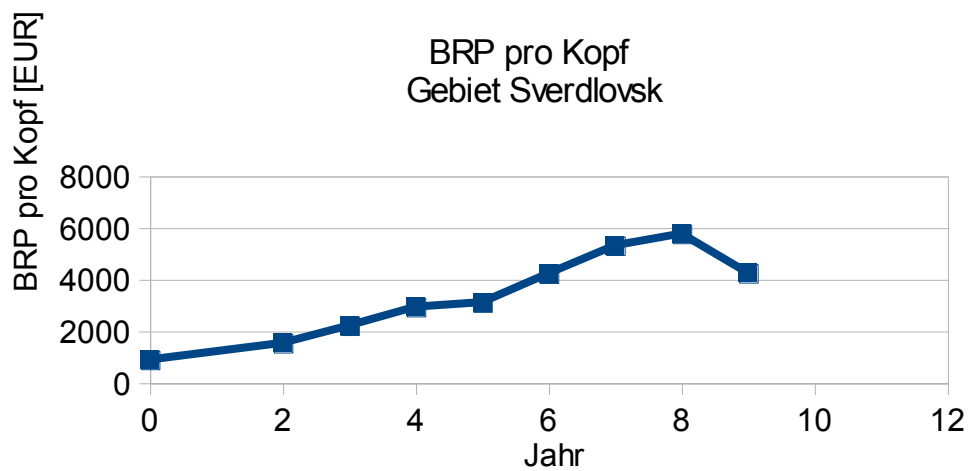


Abbildung 27: wirtschaftliche Entwicklung SVX [2]

Quelle: Rosstat

⁴²⁹ Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytiya. Zhizn', 2000, 288ff.

Deutsches Engagement in der Region

Das Sverdlovsker Gebiet zählt nach Zahlen zu einer der attraktivsten Regionen für deutsche Investoren. Auch in dieser Region haben die deutsch-russischen Beziehungen vielfältige historische Wurzeln. Die Hauptstadt Ekaterinburg wurde von einem Deutschen mitbegründet, das Stadtrecht wurde der Stadt 1781 von Zarin Katharina II verliehen. Gute Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich Anfang des 20. Jahrhunderts mit der Notwendigkeit deutsche Maschinen für die ökonomische Modernisierung einzukaufen. Nach dem zweiten Weltkrieg bauten viele deutsche Kriegsgefangene stadtbildgebende Gebäude, z.B. das Rathaus von Ekaterinburg. Bis 1991 war die Stadt für Ausländer nicht zugänglich. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist der Regionalverwaltung gelungen, einige deutsche Firmen in die Region zu holen. Auch deutsche Kulturinstitutionen sind im Gebiet ansässig geworden:

Politik	Wirtschaft	Gesellschaft und Kultur
<ul style="list-style-type: none"> • Deutsches Generalkonsulat seit 2005 	<ul style="list-style-type: none"> • 48 deutsche Unternehmen vor Ort entweder mit Repräsentanz oder im Joint Venture • davon 3 Unternehmen mit eigener Produktion vor Ort 	<ul style="list-style-type: none"> • Goethe-Sprachlehrzentrum • DAAD-Lektor • Deutscher Lesesaal • Zentralstelle für Auslandsschulwesen

Abbildung 28: deutsche Institutionen in SVX

Quelle: dt. Generalkonsulat Ekaterinburg

Jahr	FDI gesamt (in Tsd. US-Dollar) SVK	FDI deutsch (in Tsd.US-Dollar) SVK
2005	291.275	
2006	234.580	5.645

2007	348.962	3.768
2008	1.318.678	4.732
2009	1.274.888	5.637
2010	1.308.063	4.527

Abbildung 29: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach SVX

Quelle: Rosstat

8.4.5. Region 5: Gebiet Tjumen‘

Allgemeine Charakteristik des Oblast‘ Tjumen‘

Lage: Föd. Uraler Verwaltungsbezirk	Ethnische Zusammensetzung: 73,3% Russen, 7,5% Tataren, 4,9% Ukrainer, 1,4% Baškiren
Fläche: 1464km ²	Gouverneure (mit Parteizugehörigkeit) S. Sobjanin (2001-2005, ER), V. Jakušev (2005-2012, ER)
Einwohnerzahl: 3,5 Mio.	Innovationsregion: nein
Gründung: 1944, Hauptstadt Tjumen‘	

Das Gebiet Tjumen reiht sich stark in die Geschichtsschreibung des Urals, also des Sverdlovsker Gebiets ein, auch wenn es seit geraumer Zeit zum westsibirischen Verwaltungsbereich gezählt wird. Deswegen soll hier nicht nochmals die Historie des Urals nachempfunden werden, sondern nur auf die für die heute wichtigen Entwicklungen eingegangen werden. Vieles wurde schon im Zusammenhang mit dem Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen und dem Sverdlovsker Gebiet niedergeschrieben. Das Gründungsdatum der heutigen Hauptstadt Tjumen wird auf das Jahr 1586 datiert. Bis heute ist die Stadt ökonomischer Knotenpunkt der Region und wird auch oft als

Fenster nach Sibirien bezeichnet, da sie Hauptumschlagplatz der Güter zwischen dem asiatischen und dem europäischen Teil Russlands ist. Zur etwa gleichen Zeit (1590) gewann eine andere Stadt der Region ebenfalls an Bedeutung: die Stadt Tobolsk wurde administratives Zentrum Sibiriens. Diese Entwicklung war einhergegangen mit der Blüte des Handwerks und der landwirtschaftlichen Produktion, sodass sich Tjumen und Tobolsk im 17. Jahrhundert als Handels- und Gewerbezentren europäischen Niveaus etablieren konnten. In diesem Zusammenhang steht auch die Entwicklung, dass man Ende des 17. Jahrhunderts von der Holz- zur Steinbauweise überging – die ersten steinernen Gebäude des Urals standen in Tobolsk. Ebenso wurde in dieser Stadt auch der einzige Kreml des östlichen Russlands erbaut⁴³⁰. Im 18. und 19. Jahrhundert machte die Region vor allem als Verbannungsort für politisch Verfolgte von sich reden. Zahlreiche Dekabristen saßen im Gefängnis zu Tobolsk sowie andere weltberühmte Persönlichkeiten wie Radiščev oder Dostoevskij. Als Kontrast zum „Ort der Verbannung“ entwickelte sich in Tobolsk eine geistige und geistliche Gegenbewegung, in deren Folge viele derartige Schulen und Seminare ihre Türen öffneten, sodass alsbald Tobolsk zum geistigen und kulturellen Zentrum Sibiriens wurde (1789 wurde dort das erste sibirische Literaturjournal herausgegeben) und Tjumen‘ zum Industrie- und Handelszentrum⁴³¹. Ende des 19. Jahrhundert blühte hier vor allem der Handel zwischen dem europäischen und asiatischen Teil Russlands, wobei besonders einträgliche Industriezweige die Holz-, Glas-, und Lederverarbeitung, der Schiffsbau, und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte waren. Wie schon bei der Bearbeitung des Sverdlovsker Gebiets erwähnt, wurde zwar der Ural immer für einen Vorposten des Bolschewismus gehalten, jedoch traf dies nur auf die industriellen Zentren wie z.B. Ekaterinburg zu - für die Zentren Tjumen und Tobolsk nicht. Die Bolschewiki konnten das Gebiet erst Ende 1918 einnehmen, nachdem aus Ekaterinburg und Omsk Rote Garden geschickt wurden, die dann die zentralen Lokalitäten einnahmen. Das administrative Zentrum wurde daraufhin von Tobolsk nach Tjumen verlegt. Für die anfängliche Ablehnung des Bolschewismus sprechen außerdem die Bauernaufstände 1921 in der Region, die dort sogar ihren heftigsten Ausdruck fanden. Die Aufständischen kappten nicht nur die Verkehrswege, sie besetzten auch die Städte

⁴³⁰ http://admtjumen.ru/ogv_ru/about/history.htm (letzter Zugriff: 22.01.2014)

⁴³¹ <http://www.tjumenobl.ru/his/> (letzter Zugriff: 22.01.2014)

Tobolsk, Surgut und Salechard⁴³². Am 03.11.1923 beschloss das Zentralkomitee der Sowjetunion die Gründung des Uraler Gebiets unter Einschluss des Tjumener Gouvernements, wobei das Uraler Gebiet schon 1934 in das Sverdlovsker, Čeljabinsker, Ob-Irtyschsker (Tjumener) und das Orenburger Gebiet aufgeteilt wurde. Das Tjumener Gebiet in seiner heutigen Gestalt wurde 1944 gegründet und 1966 aus dem Uraler in das westsibirische Verwaltungsgebiet eingegliedert⁴³³. Dass das Tjumener Gebiet heute zu den reichsten Regionen Russlands zählt, ist auf die Erdöl- und Erdgasexpeditionen zurückzuführen, die 1948 gestartet wurde. 1953 erfolgte die Entdeckung des Gasfeldes bei Berezovo, 1960 Erdölfelder in Šaim und 1974 wurde in Tobolsk das erste petrochemische Kombinat errichtet. Schnell wurde die Region zur Erdölbasis Nummer eins in Russland, in den 80er Jahren mit mehr als 3 Mrd. Tonnen gefördertem Erdöl⁴³⁴. Der Erdölreichtum ist auch der Grund, warum die Region nicht im gleichen Maße von den chaotischen Verhältnissen der 90er Jahre betroffen war, wie andere Regionen, da die Erdölindustrie als verlässlicher Wirtschaftsfaktor weiter funktionierte. Innerhalb der Region ging es daher nicht um das Auffangen der sozioökonomischen Katastrophe, sondern um die geographische Aufteilung der Bodenschätze. Der Jamal-Nenzische Autonome Kreis (ebenso wie der Autonome Kreis der Chanten und Mansen mit dem Zentrum in Chanty-Mansijsk) hatte zwar diesen Status seit 1977 inne, war jedoch der Verfassung nach dem Tjumener Gebiet unterstellt. Dies wurde mit der Verfassung 1993 aufgehoben, sodass de jure alle Subjekte den gleichen Status innerhalb des föderalen Gebildes erhielten, was die Erdöl- und Erdgasregionen natürlich dazu veranlasste nach möglichst viel Autonomie zu streben. Eingedenk der Tatsache, dass 90% der Gasreserven sich auf dem Gebiet der Jamal-Nenzen befinden und 90% der Erdölvorkommen auf dem der Chanten und Mansen, ist es nicht verwunderlich, dass der Abspaltungswunsch dieser beiden Kreise im Verwaltungszentrum in Tjumen‘ zu Misstrauen führte. Beide Autonomen Kreise weigerten sich an der Wahl des Tjumener Gouverneurs 1996 teilzunehmen mit o.g. Begründung, dass nun alle Föderationssubjekte den gleichen Status hätten. Das damalige Verwaltungsoberhaupt Leonid Rokeckij unterbreitete deswegen einen Kompromissvorschlag: 30% der Einnahmen aus der Förderung von Gas und Öl bleiben im Bezirk, wo gefördert wurde, 30% der Einnahmen verbleiben im Kreis, wo sich die Förderstätten befinden und 40%

⁴³² http://admtjumen.ru/ogv_ru/about/history.htm (letzter Zugriff: 22.01.2014)

⁴³³ Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytija. Žizn', 2000, S.105.

⁴³⁴ https://www.admtjumen.ru/ogv_ru/about/65.htm (letzter Zugriff: 22.01.2014)

werden an das föderale Budget weitergeleitet, wovon allerdings wieder die Hälfte zurück in das Gebietsbudget fließt. So konnte man verhindern, dass die Autonomen Kreise der Gebietsverwaltung „Diebstahl“ vorwerfen. Dennoch nahmen die beiden Autonomen Kreise 1996 nicht an der Tjumerer Gouverneurswahl teil, bei der L. Rokeckij zum Gouverneur gewählt wurde (bis 2001)⁴³⁵. Obwohl das Gebiet zusammengenommen mit den beiden genannten Autonomen Kreisen die mit Abstand reichste (in Bezug auf BRP pro Kopf und den Reichtum an Bodenschätzen) Region Russlands darstellt, kam es seit Anfang der 90er Jahre zu keinen größeren Abgrenzungsversuchen zu Moskau, vermutlich auch, weil man es von dieser Seite zu verhindern wusste. Die Wahlergebnisse für El'cin (58% bei der ersten Wahl El'cins zum Präsidenten/39% im ersten Wahlgang bei der Wiederwahl 1996) und Putin (54 % Zustimmung bei seiner ersten Wahl 2000) zeigen keine größeren Ausreißer weder in Richtung Ablehnung noch Zustimmung⁴³⁶. Vielmehr bietet ein Posten in dieser Region, sei es in der Verwaltung oder im Erdöl-/Erdgasgeschäft, die Möglichkeit zum Karrieresprungbrett in Moskau zu werden. Ein namhaftes Beispiel ist Sergej Sobjanin: er war von 2001-2005 Gouverneur in Tjumen und ist nun erster Bürgermeister in Moskau. Dass die Machtstreitigkeiten innerhalb der Region dem wirtschaftlichen Wohlstand keinen Abbruch taten, zeigen die Zahlen für das Tjumerer Gebiet:

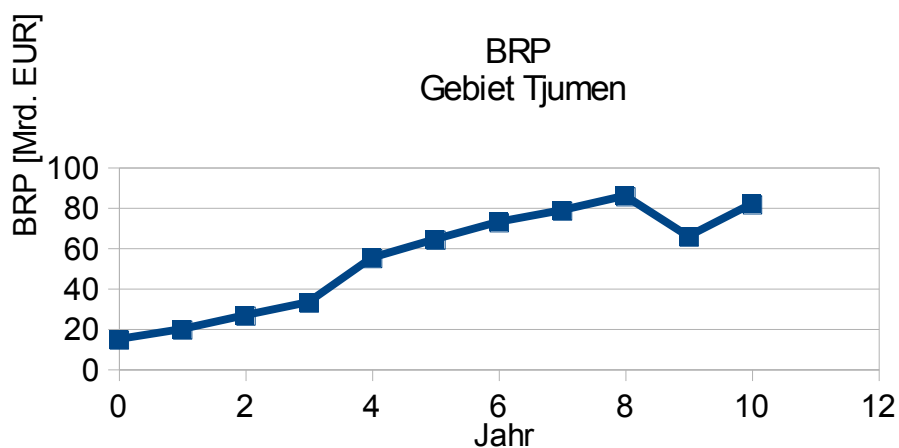


Abbildung 30: wirtschaftliche Entwicklung TJU [1]

Quelle: Rosstat

⁴³⁵ Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytija. Žizn', 2000, S.293f.

⁴³⁶ Abramovskij, A.P./Lednev, V.P.: Ural: Vek dvatcatij.Ljudi. Sobytija. Žizn', 2000, 367ff.

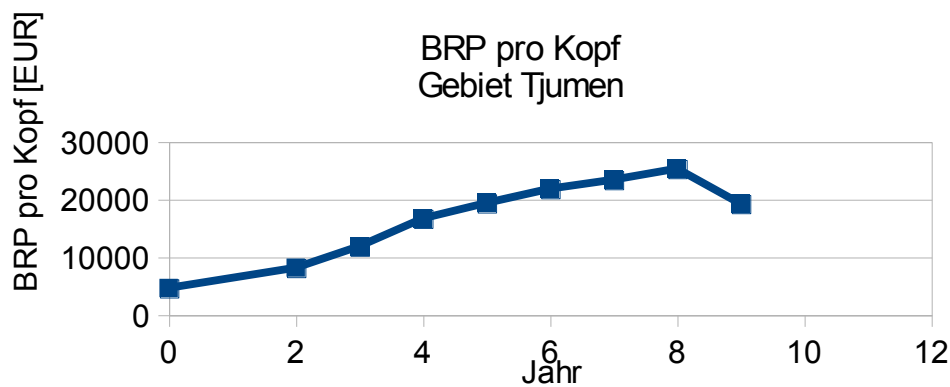


Abbildung 31: wirtschaftliche Entwicklung TJU [2]

Quelle: Rosstat

Auch beim Tjumener Gebiet stellt sich die gleiche Frage wie schon beim Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen, inwiefern ausländisches, respektive deutsches Engagement überhaupt gewünscht ist, da es sich auch um ein Gebiet handelt mit einer für Russland sensiblen Wirtschaftsstruktur d.h. ob rein ausländische Investitionen in die Modernisierung der Förderinfrastruktur erwünscht sind und der Rest als Einmischung und gar Machtübernahme der russischen Erdöl-/Erdgasindustrie gesehen wird.

Deutsches Engagement in der Region (nach aktuellem Stand)

Politik	Wirtschaft	Gesellschaft und Kultur
<ul style="list-style-type: none"> • 0 	<ul style="list-style-type: none"> • 6 deutsche Unternehmen mit bedeutenden Investitionen im Gebiet⁴³⁷ 	<ul style="list-style-type: none"> • Deutscher Lesesaal mit Lehrmittelzentrum⁴³⁸

Abbildung 32: deutsche Institutionen in TJU

Quelle: siehe Fußnote

⁴³⁷ Nach Angaben des deutschen Generalkonsulats Ekaterinburg

⁴³⁸ <http://www.regionen.ru/> (letzter Zugriff: 23.01.2014)

Jahr	FDI gesamt (in Tsd. US-Dollar) Tjumen	FDI deutsch (in Tsd. US-Dollar) Tjumen
2005	1.834.646	
2006	1.743.949	97.140
2007	1.927.141	71.377
2008	2.359.421	3.155
2009	2.325.687	2.454
2010	2.907.546	342.267

Abbildung 33: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach TJU

Quelle: Rosstat

Als Kontrast zu den „starken“ Regionen sollen zum Schluss noch zwei „schwache“ Regionen vorgestellt werden. Es werden im Folgenden zwei Regionen vorgestellt, die der Vorstellung Russlands als Vielvölkerstaat Rechnung tragen soll: die Republik Kalmykien und die Republik Marij El. Beides sind sog. Titularethnien. Titularethnie deswegen, weil die Republiken nach den Ethnien benannt sind, die ursprünglich das Land bewohnt haben, nun aber nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung darstellen.

8.4.6. Region 6: Republik Kalmykien

Allgemeine Charakteristik der Republik Kalmykien

Lage: Föd. Südlicher Verwaltungsbezirk	Ethnische Zusammensetzung: 57,4% Kalmyken, 30,2% Russen, 2,7% Darginer, 1,7% Kasachen
Fläche: 74700km ²	Präsidenten (mit Parteizugehörigkeit): K. Iljumšinov (1993-2010, k.A.), A. Orlov (seit 2010, ER)
Einwohnerzahl: 284100	Innovationsregion: nein
Gründung: 1957, Hauptstadt Elista	

Die Geschichte der Kalmyken innerhalb Russlands beginnt mit deren freiwilligen Eingliederung bzw. Unterwerfung unter das Russische Reich Anfang des 17. Jahrhunderts. Die Kalmyken selbst sind ein westmongolisches Nomadenvolk, eine Gruppe der Oiraten, die dem tibetischen Buddhismus, dem Lamaismus anhängt. Aufgrund von Konflikten mit anderen in der zentralasiatischen Region angesiedelten Volksgruppen trennten sich die Kalmyken gegen Mitte-Ende des 16. Jahrhunderts ab und begannen ihre Wanderung westwärts. Schutz suchend im Russischen Reich traten sie diesem 1609 schlussendlich bei⁴³⁹. Ursprünglich siedelten die Kalmyken im Gebiet des Urals, das sich aber für den Hauptertragszweig der Kalmyken, die Viehzucht, als klimatisch ungünstig herausstellte. Nach langen Verhandlungen mit der russischen Regierung wurde ihnen das Territorium zwischen Don und Wolga zugedacht. Ab 1609 entstand dort das Kalmykische Chanat. Der Volkstamm der Kalmyken war bis in Sowjetzeiten hinein streng feudal und hierarchisch von Fürsten regiert. Für die Russen war die Eingliederung der Kalmyken insofern von Vorteil, als sich viele Kalmyken für die russischen Streitkräfte zur Verfügung stellten, so z.B. kämpften zahlreiche Kalmyken an der Seite der Donkosaken im Nordischen Krieg für Zar Peter I oder für

⁴³⁹ Troizkij, Sergej: Ocherki istorii Kalmyzkoj ASSR, 1967, S.119.

Zarin Katharina II im Krieg gegen die Türken zur Erlangung des Schwarzmeereszugangs⁴⁴⁰. Insofern zeigt die Geschichte der Kalmyken Parallelen zu der Geschichte der Kosaken innerhalb Russlands auf. Ebenso wie die Kosaken lebten die Kalmyken über Jahrhunderte von der Viehzucht und der extensiven Landwirtschaft, wobei die große Zahl der Militärdienenden zu Lasten der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ging. Zudem litten beide Volksgruppen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Ordnung unter einer großen Rückständigkeit gegenüber der russischen Bevölkerung. Zarin Katharina II startete einen Versuch dies zu beenden, indem sie die Existenz des Kalmykischen Khanats beendete und mithilfe von Experten versuchte die Gesellschaftsordnung aufzubrechen und ein Selbstverwaltungssystem zu errichten, das sich allerdings nicht nachhaltig etablieren konnte. Bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs lebten die Kalmyken vorwiegend von ihrer eigenen Hauswirtschaft und von der Rinderzucht. Eine Industrialisierung erreichte die Region nur rudimentär⁴⁴¹. Das dunkelste Kapitel der Kalmyken innerhalb des russischen Staatsverbandes begann mit dem Zweiten Weltkrieg. Schon während der russischen Revolution kämpften viele Kalmyken an der Seite der Donkosaken in der sog. Weißen Armee gegen die Bolschewiki und machten sich so zu Staatsfeinden. Im Zweiten Weltkrieg wurde ihnen dann die Kollaboration mit den deutschen Besatzern zum Vorwurf gemacht, woraufhin die Deportation in sibirische Gefangenenlager folgte. Die Rehabilitation erfolgte erst mit der Tauwetterphase unter Chruščev, im Zuge derer die Kalmyken wieder in ihr altes Siedlungsgebiet zwischen Wolga und Don zurückkehren durften. Innerhalb des Stavropoler Gebiets erhielten die Kalmyken 1957 als Zeichen der Versöhnung und gut nachbarschaftlichen Beziehungen ein Autonomes Gebiet (avtonomnaja oblast'). In der Folge wurden kalmykische Kulturinstitutionen und Bildungseinrichtungen (wieder-)errichtet. 1958 wurde schließlich aus dem Autonomen Gebiet innerhalb der Grenzen des Stavropoler Gebiets eine Autonome Republik⁴⁴². Aus wirtschaftlicher Sicht kam Kalmykien nie über den Zustand einer in ihren Anfängen stecken gebliebenen Industrialisierung hinaus. Das Territorium ist so gut wie ausschließlich landwirtschaftlich geprägt, wobei Teile des Landes trotz des Autonomiestatus von

⁴⁴⁰ Baschaev, A.N.: Učastie kalmykov v russko-tureckich vojnach vtoroi poloviny XVII v., in: Vestnik kalmyckogo instituta gumanitarnych issledovanij RAN, No 1, 2008, S.16f.

⁴⁴¹ Troizkij, Sergej: Očerki istorii Kalmyckoj ASSR, 1967, S.163.

⁴⁴² Sudavzov, N.D.: Kalmykia v sostave Stavropolskogo kraja v period vosstanovlenija avtonomii kalmyzkogo naroda (1957-1958), in: Vestnik kalmyckogo instituta gumanitarnych issledovanij RAN, No. 2, 2010, S.19.

anderen Gebieten der RSFSR gepachtet und bewirtschaftet wurden ohne Mitspracherecht der kalmykischen Regierung. Dieser Umstand sollte erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit der Verabschiedung des Eigentumsgesetzes und speziell dem Ländereingesetz geändert werden. Demnach war es nicht mehr nur dem Staat gestattet über Land zu verfügen, auch natürliche und juristische Personen konnten privat Territorium pachten, alles jedoch unter Aufsicht und vorheriger Genehmigung durch kalmykische Behörden⁴⁴³. Der Status einer Republik konnte beibehalten werden und seit 1992 lautet die offizielle Bezeichnung Republik Kalmykien. Anfang der 90er Jahre wurden auch die ökologischen Verbrechen aufgedeckt, die auf dem Territorium der Kalmyken begangen wurden. Durch die unsachgemäße Förderung von Uranerz ist das Gebiet stark radioaktiv belastet und die Umwelt verseucht. Bei der Bevölkerung ist daher die Krebsrate sowie die AIDS-Rate besonders hoch. Durch den Bau des Wolga-Čograj-Kanals durch die kalmykische Steppe wurde vielen Tieren der Lebensraum genommen und die Grundlage für deren Zucht zerstört. Dadurch wurden der Bevölkerung mögliche einträgliche Gewerbezweige genommen. Beispielsweise waren in der dortigen Steppe die Saiga-Antilopen heimisch, aus deren Häuten hochwertiges Chrom-Leder gewonnen werden könnte. Durch die Zerstörung der Umwelt ist jedoch aus den Steppen Sandwüste geworden, die sich für Viehzucht nicht eignet⁴⁴⁴. Kurzum sind die Vorbedingungen einer guten wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Kalmykien denkbar schlecht. Außer der Viehzucht gibt es keine ausgebildeten Industriezweige, in welche ausländische Investoren erfolgreich investieren könnten. Bezüglich der Erdölfelder, die an der Küste des kaspischen Meeres liegen und zum Territorium der Republik zählen, ist es unwahrscheinlich, dass Moskau die Förderung der Republikregierung überlässt. Wahrscheinlicher ist eine Förderung unter direkter Aufsicht der Zentralregierung in Moskau.

⁴⁴³ Maximov, K.N.: Kalmykia in Russia's past and present national policies and administrative system, 2008, S.361f.

⁴⁴⁴ Watschnadse, Georgi: Russland ohne Zensur. Eine Bilanz, 2003. S.204.

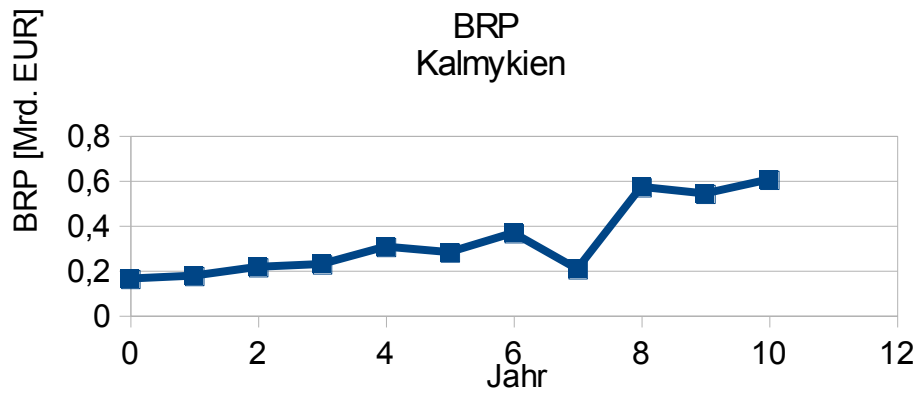


Abbildung 34: wirtschaftliche Entwicklung KAL [1]

Quelle: Rosstat

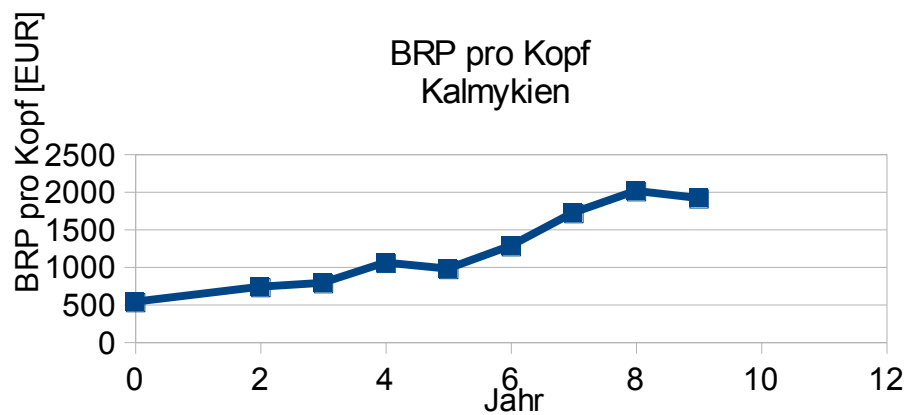


Abbildung 35: wirtschaftliche Entwicklung KAL [2]

Quelle: Rosstat

Von dieser schlechten wirtschaftlichen Entwicklung lässt sich ebenfalls auf die Attraktivität für ausländisches Engagement in der Region schließen. Die Fakten für Deutschland belegen die Vermutung:

Politik	Wirtschaft	Gesellschaft und Kultur
• 0	• 0 ⁴⁴⁵	• 0 ⁴⁴⁶

Abbildung 36: deutsche Institutionen in KAL

Quelle: siehe Fußnote

Jahr	FDI gesamt (in Tsd. US-Dollar) Kalmykien	FDI deutsch (in Tsd. US-Dollar) Kalmykien
2005	0	0
2006	0	0
2007	0	0
2008	0	0
2009	0	0
2010	5.270	0

Abbildung 37: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach KAL

Quelle: Rosstat

⁴⁴⁵ Auf der Grundlagen der Angaben der AHK Moskau russland.ahl.de/mitglieder/mitgliederverzeichnis (letzter Zugriff: 12.04.2014)

⁴⁴⁶ Nach Informationen auf www.regionen.ru (letzter Zugriff: 12.04.2014)

8.4.7. Region 7: Republik Marij El

Allgemeine Charakteristik der Republik Marij El

Lage: Föd. Wolga-Verwaltungsbezirk	Ethnische Zusammensetzung: 47,4% Russen, 43,9% Mari, 3,5% Bergmari, 5,8% Tataren
Fläche: 23400km ²	Präsidenten (mit Parteizugehörigkeit) L. Markelov (seit 2001, Edinaja Rossija)
Einwohnerzahl: 69000	Innovationsregion: nein
Gründung: 1936, Joškar-Ola	

Wie die Republik Kalmykien verdankt die Republik Marij El ihren Namen ihrer Titularethnie der Mari (historisch: Čeremissen). Die Mari selbst sind ein finno-ugrisches Volk. Zu unterscheiden ist zwischen den Wiesenmari, den Bergmari und den Ostmari, wobei heute nur eine Minderheit tatsächlich noch in der Republik Marij El lebt. Vor allem die Ostmari sind in der Republik Baškortostan beheimatet, die Wiesen- und Bergmari in den angrenzenden Republiken Tatarstan, Čuwašija sowie dem Gebiet Kirov und Nišnij Novgorod. Die Republik liegt am Mittellauf der Wolga, angrenzend an die Republik Tatarstan und das Gebiet Nischnij Novgorod⁴⁴⁷. Die Mari sind dem russischen Reich 1552 beigetreten, nachdem Moskau das Kazaner Chanat besiegt hatte. Bis dahin lebten die Mari auf dem Gebiet, das ständiger Zankapfel zwischen Moskau und Kazan war. In ihrer Loyalität waren sich jedoch selbst die Mari untereinander nicht einig. Während die Bergmari schon früh dem Moskauer Fürsten ihre Eingliederung unterbreiteten, zeigten sich die Wiesenmari bis über die Eroberung hinaus dem Kazaner Chanat gegenüber loyal⁴⁴⁸. Dennoch kam es nach der Niederschlagung des Kazaner Chanats noch zu drei sog. Čeremissen-Kriegen. Der erste (1552-57) brach relativ bald

⁴⁴⁷ Druschke, Markus, in: <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=448&stayInsideTree=1> (letzter Zugriff: 04.02.2014)

⁴⁴⁸ Lallukka, Seppo: From fugitive peasants to diaspora. The eastern Mari in tsarist and federal Russia, 2003, S.80f.

nach der Rückkehr Zar Ivans IV nach Moskau aus. Die Kriege fanden ihren Ursprung hauptsächlich bei den Wiesenmari, die sich der Moskauer Führung nicht unterwerfen wollten. Der zweite Krieg (1571-74) wurde vermutlich ausgelöst, da der Zar die Einberufung von Mari zu den russischen Streitkräften zur Verteidigung gegen Schweden befohlen hatte. Der dritte Krieg fand in der Phase des Machtübergangs von Ivan IV zu Fjodor I (1582-84) statt. Die Aufstände breiteten sich über das gesamte Territorium des ehemaligen Chanats aus. Es wurden russische Stützpunkte, Klöster und Bauernsiedlungen angegriffen. Ziel war die völlige Unabhängigkeit von Moskau. Um die Aufständischen unter Kontrolle zu bringen und den Krieg zu beenden, entsandte Zar Fjodor I Truppen in die Region und ließ mehrere Festungen erbauen, darunter die erste in Kosmodemjansk. Zahlreiche weitere, wie Tsarevokokšaisk (heute Joškar-Ola), folgten, bis das gesamte Siedlungsgebiet der Mari eingekreist war. So konnte der dritte Krieg 1584 beendet werden⁴⁴⁹. Mit der Besetzung des Landes kam auch immer mehr russische Bevölkerung zur Bewirtschaftung des Gebiets, sodass die indigene Bevölkerung der Mari immer mehr unterdrückt wurde, die russische Bevölkerung sich zum Landadel ernannte und die Mari als Leibeigene hielt und ihnen viele Gewerbebezüge verbot. Generell war das Gebiet fast ausschließlich von der Landwirtschaft beherrscht. Da das Gebiet zu knapp 60% von Wald bedeckt ist, spielt die Forstwirtschaft ebenfalls eine große Rolle. Nach der Abschaffung der Leibeigenschaft 1861 und der Kapitalisierung des Landes entstanden auf dem Gebiet Ende des 19. Jahrhunderts erste Fabriken und Manufakturen des Holzverarbeitenden Gewerbes. Allerdings wurde die Entwicklung gebremst durch fehlende Verkehrsinfrastruktur. Auch wenn ab 1920 den Mari innerhalb des Nišnij Novgoroder Gebiets ein eigenes autonomes Gebiet und ab 1936 eine autonome Republik zugestanden wurde, täuscht dies nicht darüber hinweg, dass mit zunehmender Festigung der kommunistischen Macht die Kultur und Sprache der Mari immer weiter von der Russifizierung bis fast zur gänzlichen Vernichtung zurückgedrängt wurde⁴⁵⁰. Die Kommunisten sorgten allerdings im Rahmen der Planwirtschaft für die Ansiedlung von Industrie in der Autonomen Republik. Neben der Holzverarbeitenden Industrie wurden Glas- und Papiermanufakturen errichtet, sowie Maschinenbaubetriebe in der Region

⁴⁴⁹ Lallukka, Seppo: From fugitive peasants to diaspora. The eastern Mari in tsarist and federal Russia, 2003, S.85ff.

⁴⁵⁰ Archipov, G.A./ Chlebnikov, A.V.: Avtonomnaja Marijskaja Sozialisticheskaja Respublika, in: Šukow, Jevgenij et al: Sowetskaja istoričeskaja enciklopedija, Band 9, Moskau, 1966, S.78ff.

angesiedelt. Der Großteil dieser Fabriken war für die Rüstungsindustrie angedacht⁴⁵¹. Dies brachte der Republik, die auch nach dem Ende der Sowjetunion den Status einer Republik innerhalb Russlands behielt, den wirtschaftlichen Niedergang, da es schlichtweg keine Rüstungsaufträge mehr gab. Hinzu kommt auch in dieser Region eine katastrophale ökologische Lage. In den 80er Jahren sollte am Stausee Čeboksary ein Wasserkraftwerk entstehen. Dafür wurden 38.000 ha Wald geflutet und zerstört, die damit nicht mehr für die Holzindustrie nutzbar waren. Noch dazu verwandelte sich der See zu einer Abwassergrube, da Abwässer ungefiltert in den See geleitet wurden. Da zwar Präsident El'cin Hilfe zugesagt hatte, diese aber tatsächlich ausblieb, ist es nicht verwunderlich, dass der erste Präsident der Republik Marij El, Vladislav Sotin, auf die eigene Stärke setzte und die Befugnisse einer Republik ausnutzte und mit Staaten des Baltikums, Skandinaviens sowie Ungarns die Zusammenarbeit suchte. Anfang der 90er Jahre entstand nach Jahrzehnten der Unterdrückung wieder eine Bewegung der Mari, die für ihre kulturelle und ethnische Identität und Anerkennung kämpft, wobei sich dies eher darauf beschränkt, dass diese Bewegungen, seien es Parteien oder Medien vielmehr als Opposition zur Regierung auftreten, als dass sie über reale Macht verfügen würden. Seit dem Amtsantritt von Präsident Markelov im Jahr 2000, der der ultrakonservativen Rechten LDPR unter Vladimir Širinovskij angehört, sieht sich die indigene Bevölkerung der Mari wieder vermehrt Repressalien ausgesetzt, die von politischer Verfolgung bis hin zu politischen Morden gehen⁴⁵². Dass sich dabei keine Erholung der äußerst angespannten wirtschaftlichen Lage einstellen konnte, zeigen die Zahlen. Sie belegen, dass sich die Republik bis heute in den unteren Rängen verschiedenster Rankings wiederfindet. Das lässt folglich auch darauf schließen, dass sie für ausländische Investoren nicht interessant ist.

⁴⁵¹ Watschnadse, Georgi: Russland ohne Zensur. Eine Bilanz, 2003. S.118.

⁴⁵² Druschke, Markus, in: <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=448&stayInsideTree=1> (letzter Zugriff:04.02.2014)

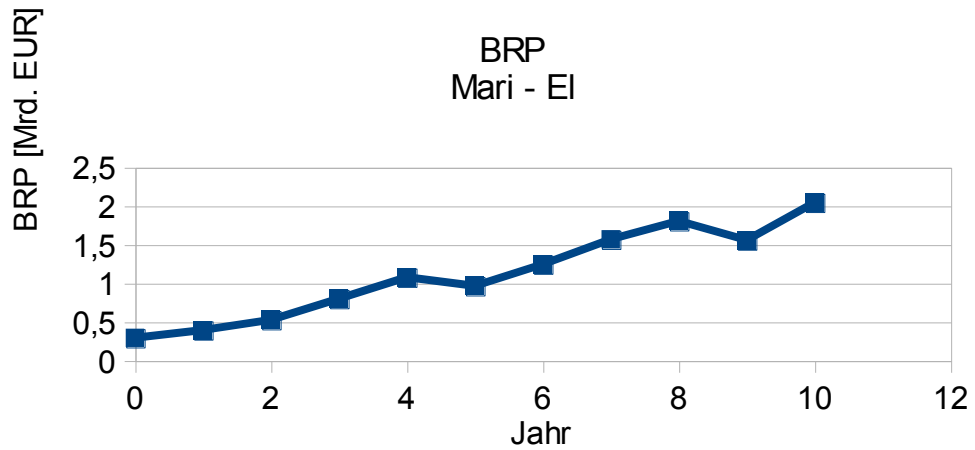


Abbildung 38: wirtschaftliche Entwicklung MAR [1]

Quelle: Rosstat

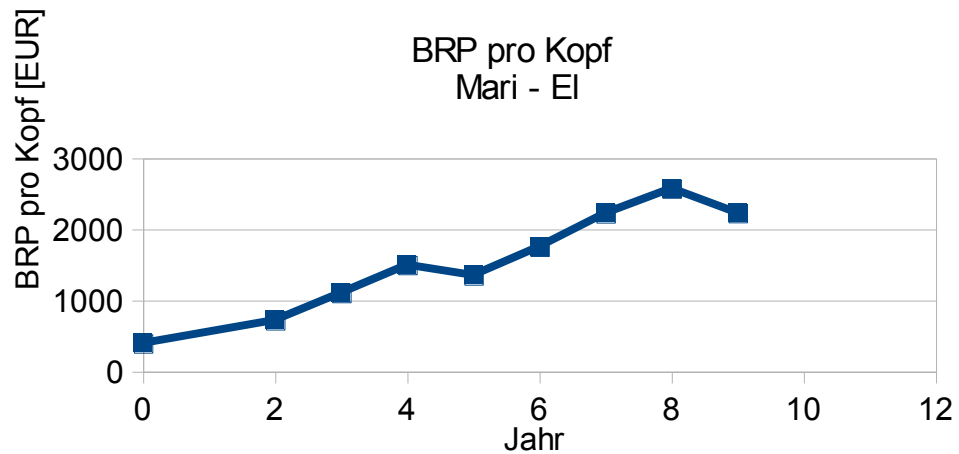


Abbildung 39: wirtschaftliche Entwicklung MAR [2]

Quelle: Rosstat

Deutsches Engagement in der Region

Ähnlich wie in der Republik Kalmykien ist die Republik keine traditionelle Zielregion deutsch-russischer Kooperation. Es lassen sich in der Vergangenheit keine gemeinsamen Projekte finden. Ebenfalls ist nicht bekannt, dass dort deutsche Organisationen vor Ort wären. Das schlägt sich auch in der Bilanz der deutschen Direktinvestitionen nieder.

Politik	Wirtschaft	Gesellschaft und Kultur
• 0	• 0 ⁴⁵³	• 0 ⁴⁵⁴

Abbildung 40: deutsche Institutionen in MAR

Quelle: siehe Fußnote

Jahr	FDI gesamt (in Tsd. US-Dollar) Mari El	FDI deutsch (in Tsd. US-Dollar) Mari El
2005	4.243	0
2006	5.213	0
2007	8.352	0
2008	8.796	0
2009	6.922	0
2010	7.266	0

Abbildung 41: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach MAR

Quelle: Rosstat

⁴⁵³ Nach Angaben der AHK Moskau auf russland.ahk.de/mitglieder/Mitgliederverzeichnis (letzter Zugriff: 12.04.2014)

⁴⁵⁴ Nach Informationen auf www.regionen.ru (letzter Zugriff: 12.04.2014)

8.5.:Zusammenfassung:

Aus der Vorstellung der sieben Regionen ergeben sich für die weitere Auswertung folgende Erkenntnisse:

- alle ausgewählten Regionen hatten nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus mit den gleichen ökonomischen Problemen zu kämpfen, nur unterscheiden sie sich im Ausmaß.
- In allen Regionen gab es keinen grundlegenden Elitenwandel. Bei Betrachtung der Biographien der jeweiligen Machthaber in den Regionen ist festzustellen, dass diese bereits zu Sowjetzeiten hohe Parteifunktionäre waren und viele danach Anhänger El'cins waren. Seit dem Amtsantritt Putins sind so gut wie alle der Partei „Edinaja Rossija“ beigetreten oder stehen ihr nahe, was ihnen die Unterstützung zur Machterhaltung zusichert. Somit kann in keiner der Regionen von einer vorhandenen demokratischen Vorerfahrung gesprochen werden, womit auch die Einbeziehung der Variable der Rechtsstaatlichkeit und politischen Stabilität hinfällig wäre, da sie für den Outcome ohnehin keine Bedeutung hätte.
- Regionen mit ethnischen Minderheiten, die jedoch die Titularethnie darstellen, sind wirtschaftlich noch rückständiger als „urtypisch russische Regionen“. Dies ist mehrheitlich darauf zurückzuführen, dass sich die indigene Bevölkerung im Laufe der Geschichte dem russischen Reich unterworfen hat, dort jedoch hauptsächlich von der Landwirtschaft und der Viehzucht gelebt hat. Viele Vertreter der Minderheiten wurden in den russischen Militärdienst eingezogen. Durch die Unterdrückung der Kultur und Identität und die Russifizierung in der Sowjetunion besteht heute in diesen Regionen immer noch der Konflikt mit der kulturellen und ethnischen Identität.
- Die hauptsächlich landwirtschaftlich geprägten Regionen haben das Problem keine ausländischen Investoren an Land ziehen zu können, da das ökonomische Potential nicht ausreicht (siehe Kalmykien oder Marij El). Das bedeutet im Umkehrschluss, dass nur dort investiert wird, wo Gewinn garantiert wird. Es wird nicht dort investiert, wo es dringend notwendig wäre, beispielsweise zur

Behebung ökologischer Katastrophen, die in fast allen hier vorgestellten Regionen vorhanden sind. Abgesehen von Investitionen in aussichtsreiche Unternehmen, konnten keine bilateralen Programme gefunden werden, die direkt darauf abzielen den politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess voranbringen könnten. Folglich wird der Gedanke der externen Demokratieförderung nicht erfüllt, derjenige der wirtschaftlichen Modernisierungshilfe nur in Ansätzen, also nur dann, wenn „Interesse“ besteht und für den Investor gewinnbringend ist.

- Anfang der 90er Jahre wurden deutschen Bundesländern russische Partnerregionen zugeteilt (z.B. Sverdlovsker Gebiet und Baden-Württemberg). Allerdings ist festzustellen, dass wenn ein deutsches Bundesland eine Vertretung in Russland unterhält, sich diese allenfalls in Moskau befindet. Oftmals sind die Partnerschaften als Prestigeobjekte anzusehen. Existierende Städtepartnerschaften stützen sich meistens auf ehrenamtliche Vereine, die die Partnerschaft auf der gesellschaftlichen Ebene am Leben erhalten. Allerdings ist deren Gestaltungsspielraum aufgrund limitierter finanzieller Ressourcen oft beschränkt.

Daraus ergeben sich für die Untersuchung relevante Unterschiede:

- Die Regionen unterscheiden sich in ihrem ökonomischen Potential. Regionen, die schon zu Zeiten der Sowjetunion stark industrialisiert waren, sind auch nun die attraktivsten. Landwirtschaftliche Regionen sind für Investoren weniger bis gar nicht attraktiv
- Neben Sonderwirtschaftszonen, die in vielen Regionen eingerichtet wurden und einem individuellen Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Steuererhebung, der den Regionen zugestanden wird, unterscheiden sich die Regionen in ihrer internationalen Aktivität. Auch wenn Außenpolitik grundsätzlich der föderalen Ebene zusteht, haben die Regionen die Möglichkeit sich international zu präsentieren und eigenständig um Investoren zu werben. So präsentiert sich z.B. das Gebiet Krasnodar regelmäßig auf internationalen Messen (wie z.B. auf der Grünen Woche)

- Manche Regionen haben es begriffen, ihr wirtschaftliches Potential zu bündeln und in Form einer Clusterpolitik erfolgreich an mögliche Investoren zu verkaufen. Ein Beispiel wäre hier ebenfalls das Gebiet Krasnodar, das sich einerseits auf das Cluster Agrarwirtschaft (mit Landmaschinenteknik) und Lebensmittelindustrie (Firmen wie Bonduelle oder Nestle konnten akquiriert werden) spezialisiert hat und andererseits auf die Sparte Tourismus entlang der Schwarzmeerküste und im Kaukasus setzt. Ein weiteres Beispiel wäre die angesprochene Vereinigung innovativer russischer Regionen, die u.a. mit Clusterpolitik und innovativen politischen Konzepten versucht ihre innerrussische und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Allerdings gehörte bislang keine der hier untersuchten Regionen dieser Vereinigung an.
- Deutsche Institutionen sind vor allem in Regionen mit gutem ökonomischem Potential präsent. Zudem siedeln sich deutsche Institutionen, politische und kulturelle, dort an, wo sie schon historisch verwurzelt sind, also Regionen, in denen die deutsch-russischen Beziehungen schon eine lange Tradition haben (z.B. Sankt-Petersburg oder Ekaterinburg). Zu untersuchen bleibt, ob es einen Zusammenhang gibt, zwischen wirtschaftlicher Attraktivität und gutem deutschem Netzwerk vor Ort.

9. Durchführung der QCA-Analyse

9.1. Versuch einer fsQCA

Wie zuvor beschrieben, sollte die Analyse mithilfe eines QCA-Verfahrens durchgeführt werden. Zunächst wurde versucht eine Analyse mittels Fuzzy-Set-QCA (fsQCA) durchzuführen, da der Einsatz von Fuzzy-Sets die bestmögliche Kalibrierung erlaubt, d.h. durch feine Skalierung möglichst wenig Information über die Regionen für eine unabhängige Variable (condition) verloren geht. Beim Versuch einer fsQCA lag allerdings folgender Problemkomplex vor: Das erste Problem war der Tatsache geschuldet, dass sich die bewusste Auswahl „armer“ Regionen (Marij El/Kalmykien) im Vergleich mit „reichen“ Regionen (Gebiet Tjumen unter Einschluss des Jamal-Nenzischen Autonomen Gebiets) als unüberwindbares Hindernis für eine solch fein

skalierte Analyse entpuppt hat, also sich der eigentliche Vorteil der fsQCA eines geringen Informationsverlustes für die Analyse als Nachteil herausgestellt hat. Der zahlenmäßige Unterschied zwischen diesen Regionen war in keine vernünftige Skalierung zu bringen, die eine weitere sinnvolle Analyse erlaubt hätte. Durch diesen Unterschied zentrierten sich alle anderen Fälle stets um den gleichen Wert herum, sodass diese dann untereinander nicht mehr differenzierbar waren und die Analyse ohne Ergebnis blieb. Das zweite Problem war genereller Natur. Obwohl QCA-Verfahren speziell für kleine Fallzahlen (n) entwickelt wurden und diese auch durchführbar sind mit beliebiger Anzahl von n-Fällen, empfehlen sich fsQCA doch erst ab einer Fallzahl von mindestens 20 Fällen⁴⁵⁵. Die vorliegende Analyse erfüllt diese Anforderung nicht.

9.2. Versuch einer Crisp-set-Analyse (csQCA)

Aufgrund dessen soll die Analyse mithilfe eines csQCA-Verfahrens fortgeführt werden, da nun davon auszugehen ist, dass aufgrund der geringen Fallzahl und der geringen Anzahl an Variablen der Informationsverlust überschaubar und kalkulierbar ist. Die Variablen werden 0 für das Nichtvorliegen eines Sachverhaltes und 1 für das Vorliegen eines Sachverhaltes kodiert. Bei sieben Fällen wurde als Entscheidungskriterium der Median als Orientierungsgrundlage genommen. Gleiches gilt für das Outcome, die abhängige Variable. Das bedeutet, dass man erst bei Überschreiten des Medians von einem bedeutenden Zufluss an deutschen Direktinvestitionen in eine Region sprechen kann. Die Analyse soll für die Jahre 2006-2010 durchgeführt werden, da vor dem Jahr 2006 die Datenlage des russischen Statistikdienstes Rosstat äußerst unvollständig ist. Erst ab 2006 sind vollständige Datensätze vorhanden. Da außerdem noch kein passender Mechanismus für die csQCA gefunden wurde eine Variable für die Zeit einzuarbeiten, werden die Ergebnisse für die einzelnen Jahre erstellt und danach miteinander verglichen.

⁴⁵⁵ Kent, Ray: Using fsQCA. A brief guide and workshop for fuzzy-set qualitative comparative analysis, 2008, S.10.

Die Rohdaten für die Analyse des Jahres 2006 sind in der folgenden Tabelle aufbereitet:

Fall	kurz	BRP [US-Dollar] ⁴⁵⁶	HUMAN ⁴⁵⁷	INTERN [US-Dollar] ⁴⁵⁸	DTU ⁴⁵⁹	DTNETZ ⁴⁶⁰	Outcome [US-Dollar] ⁴⁶¹
Sankt-Petersburg	SPB	23,55 Mrd.	79000 (1,7%)	5,09 Mrd.	Vorhanden	Vorhanden	169 Mio.
Gebiet Leningrad	LEN	8 Mrd.	2000 (0,12%)	1,34 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	53 Mio.
Gebiet Krasnodar	KRA	13,8 Mrd.	20000 (0,4%)	2,93 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	72 Mio.
Gebiet Sverdlovsk	SVX	18,67 Mrd.	40000 (0,9%)	234 Mio.	Vorhanden	Vorhanden	5,6 Mio.
Gebiet Tjumen	TJU	72,83 Mrd.	28200 (0,8%)	1,7 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	97 Mio.
Auton. Gebiet Jamal-Nenzen	JNA O	15,6 Mrd.	1200 (0,2%)	855 Mio.	Vorhanden	Nicht vorhanden	95 Mio.
Republik Mari El	MAR	1,25 Mrd.	5100 (0,7%)	5,2 Mio.	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0
Republik Kalmykien	KAL	370 Mio.	1900 (0,63%)	0	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0

Schwellenwerte: BRP sofern > 10 Mrd.=1, wenn nicht 0; HUMAN sofern > 0,8% =1, wenn nicht 0, INTERN sofern > 500 Mio. =1, wenn nicht 0; Outcome sofern > 50 Mio =1, wenn nicht 0

Bei Eingabe dieser Daten in die Software TOSMANA erscheint für das Jahr 2006 folgende Wahrheitstabelle:

⁴⁵⁶ BRP= Bruttoregionalprodukt gemessen in US-Dollar für die Marktgröße

⁴⁵⁷ HUMAN= Humankapital, Anzahl der Hochschulabsolventen im Jahr 2006/ In Klammern die Prozentzahl der Anzahl an Hochschulabgängern gemessen an der Gesamtbevölkerung einer Region

⁴⁵⁸ INTERN= Internationalisierung, ausländische Direktinvestitionen insgesamt kumuliert, die in eine Region geflossen sind

⁴⁵⁹ DTU= Deutsche Unternehmen vor Ort

⁴⁶⁰ DTNETZ= deutsches Netzwerk an politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Organisationen vor Ort

⁴⁶¹ Outcome= Zufluss an deutschen Direktinvestitionen in eine Region

Truth Table:

v1: BRP v2: HUMAN
v3: INTERN v4: DTU
v5: DTNETZ

O: OUTCOME			id: REGION			
v1	v2	v3	v4	v5	O	id
1	1	1	1	1	1	SPB
0	0	1	1	0	1	LEN
1	0	1	1	0	1	KRA,JNAO
1	1	0	1	1	0	SVX
1	1	1	1	0	1	TJU
0	0	0	0	0	0	MAR,KAL

Die Tabelle zeigt die Dichotomisierung der Variablen. Ebenso ist zu sehen, dass Fälle mit identischer Konstellation gleich zusammengefasst werden (KRA/JNAO und MAR/KAL). Da herausgefunden werden soll, welches die Hauptimplikanten sind, die dafür sorgen, dass das Outcome 1 ist, wird für die weitere Analyse das Outcome 0 ausgeschlossen ebenso wie widersprüchliche Fälle (contradictions) und der Einbezug von hypothetischen Fällen (remainders). Nach der Analyse, bei der bereits die Minimierung erfolgt ist, ergeben sich zwei Fallgruppen (Konfigurationen), mit je 2 Fällen, die beide das Outcome 1 aufweisen:

REGION	IMPLIKANTEN
SPB, TJU	BRP*HUMAN*INTERN*DTU
KRA, JNAO, LEN	human*INTERN*DTU*dtnetz ⁴⁶²

⁴⁶² Nach den Regeln der csQCA werden vorhandene Bedingungen mit Großbuchstaben ausgedrückt und nicht vorliegende Bedingungen mit Kleinbuchstaben gekennzeichnet.

Eine bessere Veranschaulichung der Ergebnisse bietet ein Venn-Diagramm

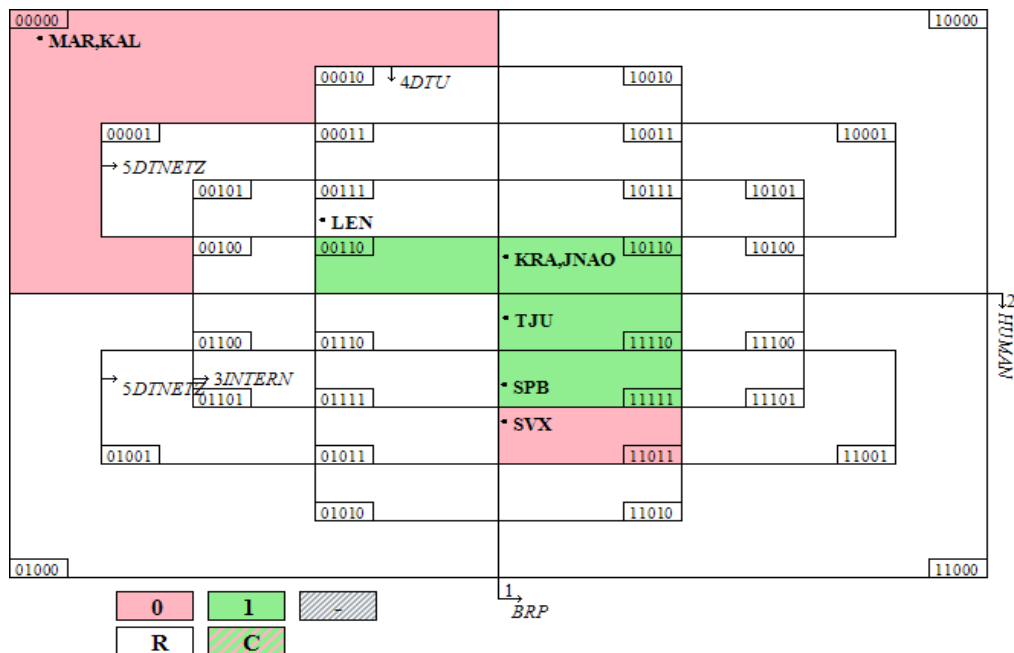


Abbildung 42: Venn-Diagramm der QCA-Ergebnisse

Quelle: Eigene Darstellung

Beiden Konfigurationen ist gemein, dass die Variablen Internationalisierung und deutsche Unternehmen vorhanden sind, damit deutsche Direktinvestitionen in bedeutendem Maße in die jeweilige Region fließen, sodass sich diese als Hauptimplikanten ausmachen lassen. Anders gesagt, geht es bei der QCA-Methode, wie eingangs angesprochen, darum, hinreichende und notwendige Bedingungen für das Vorliegen eines bestimmten Outcomes x zu finden. Hinreichende Bedingungen sind solche Bedingungen, die immer wenn sie vorliegen, auch das Outcome vorliegt. Notwendige Bedingungen sind solche, dass, wann immer das Outcome vorliegt, auch die Bedingung vorliegen muss⁴⁶³. Bei nochmaliger Betrachtung der Wahrheitstabelle fällt auf, dass unabhängig des Auftretens in den Kombinationen der beiden gezeigten Konfigurationen, dass für das Jahr 2006 die Bedingung Internationalisierung als notwendig und hinreichend ausgemacht werden kann. Für die Bedingung deutsche Unternehmen trifft dies nicht zu, da für den Fall Sverdlovsk die Variable vorliegt, das Outcome aber nicht. Außerdem folgt aus der Analyse, dass es zwei mögliche

⁴⁶³ Wegemann, Claudius/Schneider, Carsten: Qualitative Comparative Analysis und Fuzzy Sets: ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen, 2007, S.32.

Kombinationen an Bedingungen (siehe Konfigurationstabelle) gibt, die zum Outcome führen.

Analyse für das Jahr 2007:

Auch hier werden zu Beginn wieder die Rohdaten aufgeführt:

Fall (2007)	kurz	BRP [US-Dollar]	HUMAN	INTERN [US-Dollar]	DTU	DTNETZ	Outcome [US-Dollar]
Sankt-Petersburg	SPB	31,91 Mrd.	84300 (1,8%)	7,37 Mrd.	Vorhanden	Vorhanden	249 Mio.
Gebiet Leningrad	LEN	9 Mrd.	2100 (0,12%)	1,81 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	101 Mio.
Gebiet Krasnodar	KRA	18,5 Mrd.	27500 (0,52%)	2,81 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	76 Mio.
Gebiet Sverdlovsk	SVX	23,39 Mrd.	41100 (0,95%)	348 Mio.	Vorhanden	Vorhanden	3,7 Mio.
Gebiet Tjumen	TJU	78,62 Mrd.	29200 (0,88%)	1,9 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	71 Mio.
Auton. Gebiet Jamal-Nenzen	JNA O	16,95 Mrd.	900 (0,17%)	1,01 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	69 Mio.
Republik Mari El	MAR	1,57 Mrd.	5400 (0,77%)	8,3 Mio.	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0
Republik Kalmykien	KAL	210 Mio.	1900 (0,65%)	0	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0

Schwellenwerte siehe 2006

Für das Jahr 2007 ergibt sich demnach eine identische Wahrheitstabelle wie für das Jahr 2006:

Truth Table:

v1: BRP v2: HUMAN
v3: INTERN v4: DTU
v5: DTNETZ

O:		OUTCOME			id:	REGION
v1	v2	v3	v4	v5	O	id
1	1	1	1	1	1	SPB
0	0	1	1	0	1	LEN
1	0	1	1	0	1	KRA,JNAO
1	1	0	1	1	0	SVX
1	1	1	1	0	1	TJU
0	0	0	0	0	0	MAR,KAL

Folglich gilt für das Jahr 2007 auch das gleiche Ergebnis, sodass an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen werden muss.

Analyse für das Jahr 2008:

Fall (2008)	kurz	BRP [US-Dollar]	HUMAN	INTERN [US-Dollar]	DTU	DTNETZ	Outcome [US-Dollar]
Sankt-Petersburg	SPB	39,34 Mrd.	84700 (1,7%)	5,85 Mrd.	Vorhanden	Vorhanden	426 Mio.
Gebiet Leningrad	LEN	11 Mrd.	2200 (0,12%)	2,12 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	70 Mio.
Gebiet Krasnodar	KRA	22,1 Mrd.	36000 (0,4%)	2,53 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	72 Mio.
Gebiet Sverdlovsk	SVX	25,37 Mrd.	40800 (0,9%)	1,32 Mrd.	Vorhanden	Vorhanden	5,6 Mio.
Gebiet Tjumen	TJU	85,75 Mrd.	30300	2,3 Mrd.	Vorhanden	Nicht	3,1

				(0,8%)			vorhanden	Mio.
Auton. Gebiet Jamal-Nenzen	JNA O	19,76 Mrd.	800 (0,2%)	1,27 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	1,6 Mio.	
Republik Mari El	MAR	1,81 Mrd.	5400 (0,7%)	8,7 Mio.	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0	
Republik Kalmykien	KAL	570 Mio.	2000 (0,63%)	0	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0	

Für das Jahr 2008 ergeben sich einige für die Analyse wichtige Veränderungen. Wie aus der Tabelle hervorgeht, konnte das Gebiet Sverdlovsk für das Jahr 2008 einen enormen Zuwachs an ausländischen Direktinvestitionen verbuchen. Die deutschen Direktinvestitionen konnten sich allerdings nicht entscheidend verbessern, sodass das Outcome unverändert bei 0 bleibt. Einen Einbruch erlebten die deutschen Direktinvestitionen in den Erdöl- und Erdgasregionen Tjumen und dem Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen. Da diese Regionen sich fast ausschließlich auf die Förderung und Verarbeitung von Bodenschätzen konzentrieren, ist der Einbruch höchstwahrscheinlich auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen, während der auch der Ölpreis einen Tiefststand erreichte. Die Wahrheitstabelle für 2008 stellt sich demnach folgendermaßen dar:

Truth Table:

v1: BRP v2: HUMAN

v3: INTERN v4: DTU

v5: DTNETZ

O: OUTCOME id: REGION

v1	v2	v3	v4	v5	O	id
1	1	1	1	1	C	SPB,SVX
0	0	1	1	0	1	LEN
1	0	1	1	0	C	KRA,JNAO
1	1	1	1	0	0	TJU
0	0	0	0	0	0	MAR,KAL

Für die Analyse aufgelöst nach dem Outcome 1 ergibt sich auf Basis dieser Wahrheitstabelle für das Jahr 2008 folgende Konfiguration:

REGION	IMPLIKANTEN
LEN	brp*human*INTERN*DTU*dtnetz

Es bleibt nur noch eine Konfiguration übrig, für die eine eindeutige Konstellation vorhanden ist. Das ist in diesem Fall das Leningrader Gebiet. Nicht ganz eindeutig sind die Fälle Sankt-Petersburg und Krasnodar. Zwar weisen beide das Outcome 1 auf, widersprechen sich aber aufgrund der gleichen Variablenabdeckung mit den Fällen Sverdlovsk und Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen. Weiterhin hat diese Konfiguration Auswirkungen auf die Unterteilung in hinreichende und notwendige Bedingungen. Zwar treten auch hier wieder INTERN und DTU als Bedingungen für das Outcome auf, jedoch können sie weder als hinreichend noch als notwendig bezeichnet werden. Das ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund des Einbruchs der deutschen Direktinvestitionen in den Erdölgebieten und der Explosion der ausländischen Direktinvestitionen in Sverdlovsk bei gleichbleibend niedrigen deutschen Investitionen der Mechanismus der notwendigen und hinreichenden Bedingungen außer Kraft gesetzt ist.

Analyse 2009

Auch dieses Jahr fällt noch in die Zeit der Weltwirtschaftskrise. Dementsprechend stellen sich die Rohdaten für 2009 dar:

Fall (2009)	kurz	BRP [US-Dollar]	HUMAN	INTERN [US-Dollar]	DTU	DTNETZ	Outcome [US-Dollar]
Sankt-Petersburg	SPB	33,39 Mrd.	90100 (1,7%)	9,28 Mrd.	Vorhanden	Vorhanden	459 Mio.
Gebiet Leningrad	LEN	10 Mrd.	2200 (0,12%)	2,1 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	97 Mio.
Gebiet Krasnodar	KRA	19,4 Mrd.	38700	2,6 Mrd.	Vorhanden	Nicht	76

			(0,4%)			vorhanden	Mio.
Gebiet Sverdlovsk	SVX	18,67 Mrd.	40800 (0,9%)	1,27 Mrd.	Vorhanden	Vorhanden	5,6 Mio.
Gebiet Tjumen	TJU	65,72 Mrd.	31500 (0,8%)	2,3 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	2,4 Mio.
Auton. Gebiet Jamal-Nenzen	JNA O	14,77 Mrd.	800 (0,2%)	1,05 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	1,7 Mio.
Republik Mari El	MAR	1,56 Mrd.	5300 (0,7%)	6,9 Mio.	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0
Republik Kalmykien	KAL	540 Mio.	2300 (0,63%)	0	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0

Für 2009 gilt das Gleiche wie für das Jahr 2007 im Vergleich zu 2006. Bei Abgleich der Daten fällt auf, dass die gleiche Wahrheitstabelle entstehen würde wie für 2008. Sodass auch hier eine weitere Analyse hinfällig wird.

Interessant ist, welche Entwicklung sich einstellt, nachdem 2010 die Wirtschaftskrise mehr oder weniger überwunden war, besonders im Hinblick auf die Analyse der notwendigen und hinreichenden Bedingungen.

Analyse 2010:

Fall (2010)	kurz	BRP [US-Dollar]	HUMAN	INTERN [US-Dollar]	DTU	DTNETZ	Outcome [US-Dollar]
Sankt-Petersburg	SPB	41,5 Mrd.	93200 (1,9%)	6,6 Mrd.	Vorhanden	Vorhanden	458 Mio.
Gebiet Leningrad	LEN	12 Mrd.	2200 (0,12%)	2,4 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	92 Mio.
Gebiet Krasnodar	KRA	25 Mrd.	39400 (0,75%)	2,8 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	44 Mio.

Gebiet Sverdlovsk	SVX	25,66 Mrd.	42300 (0,98%)	1,3 Mrd.	Vorhanden	Vorhanden	4,5 Mio.
Gebiet Tjumen	TJU	81,73 Mrd.	31100 (0,91%)	2,9 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	342 Mio.
Auton. Gebiet Jamal-Nenzen	JNA O	19,6 Mrd.	800 (0,15%)	1,4 Mrd.	Vorhanden	Nicht vorhanden	326 Mio.
Republik Mari El	MAR	2 Mrd.	5800 (0,84%)	7,2 Mio.	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0
Republik Kalmykien	KAL	600 Mio.	2400 (0,85%)	5,2 Mio.	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	0

Schwellenwerte: BRP sofern > 15 Mrd.= 1, wenn nicht 0; HUMAN sofern > 0,8% =1, wenn nicht 0; INTERN sofern > 1,5 Mrd, wenn nicht 0; Outcome sofern > 50 Mio. =1, wenn nicht 0

Es ist festzustellen, dass alle Zahlen nach dem Überwinden der Wirtschaftskrise wieder angestiegen sind. Daher müssen auch die Schwellenwerte nach oben korrigiert werden, wobei die Relationen unter den Regionen unverändert bleiben. Für die Variable BRP beispielsweise ist über den Zeitverlauf unter Berücksichtigung der Wirtschaftskrise ein stetiger Anstieg zu verzeichnen, was die Anhebung des Schwellenwertes rechtfertigt. Schwieriger stellt sich der Sachverhalt bei der Variable INTERN dar. Wie erwähnt hatte Sverdlovsk im Jahr 2008 einen enormen Zuwachs an ausländischen Direktinvestitionen, wurde aber nach der Wirtschaftskrise wieder vom Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen überholt. Trotzdem bleiben beide Regionen mit unter 1,5 Mrd. weit hinter den anderen Regionen zurück. Der Median legt ebenfalls diese Grenze fest. Die Wahrheitstabelle drückt dies folgendermaßen aus:

Truth Table:

v1: BRP v2: HUMAN

v3: INTERN v4: DTU

v5: DTNETZ

O: OUTCOME id: REGION

v1 v2 v3 v4 v5 O id

1 1 1 1 1 1 SPB

0	0	1	1	0	1	LEN
1	0	1	1	0	0	KRA
1	1	0	1	1	0	SVX
1	1	1	1	0	1	TJU
1	0	0	1	0	1	JNAO
0	1	0	0	0	0	MAR,KAL

REGION	IMPLIKANTEN
SPB, TJU	BRP*HUMAN*INTERN*DTU
LEN	brp*human*INTERN*DTU*dtnetz
JNAO	BRP*human*intern*DTU*dtnetz

Das Ergebnis für 2010 lässt nun folgende Conclusio zu: Die Tatsache, dass das Gebiet Krasnodar im Jahr 2010 die 50-Mio.-Marke an deutschen Direktinvestitionen nicht überschreiten konnte und damit im Outcome nicht auftaucht sowie die Differenz des JNAO und LEN in der Variable Internationalisierung, führt zu drei möglichen Konfigurationen. Im Hinblick auf notwendige bzw. hinreichende Bedingungen fällt auf, dass es zwar beim ersten Blick auf die Konfigurationstabelle scheint, als ob deutsche Unternehmen als notwendige und hinreichende Bedingungen auftreten, der Fall Krasnodar dies aber nicht bestätigt, da das Outcome 0 ist, ebenso wie der Fall Sverdlovsk, bei dem zwar immer deutsche Unternehmen vor Ort sind, aber dies nicht zur Verbesserung der Anziehungskraft für ausländische Investoren beitragen kann.

Insgesamt ist also zu konstatieren: Über fünf Jahre lassen sich nicht eindeutig notwendige oder hinreichende Bedingungen ausmachen, die den Zufluss an deutschen Direktinvestitionen in eine Region erklären können. Allerdings ist ein Trend dahingehend zu erkennen, dass die Bedingungen INTERN und DTU Hauptimplikanten sind, da deutsche Unternehmen konstant in Regionen vorhanden sind, die auch bedeutende deutsche Direktinvestitionen akquirieren, mit Ausnahme des Gebiets Sverdlovsk. Die Variablen BRP, HUMAN, DTU und DTNETZ sind konstante

Variablen, Varianz ist lediglich bei INTERN zu finden. Da Russland besonders hart von den Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen war, ist diese als Faktor zur Erklärung der Varianz bei den Variablen INTERN und Outcome nicht zu vernachlässigen. Um diese Vermutung zu überprüfen, sollen noch die Daten für das Jahr 2011 und 2012 herangezogen werden. Da sich, wie gesagt, bei den anderen Variablen in der Relation keine Veränderungen ergeben, werden nur die ausländischen Direktinvestitionen und die deutschen Direktinvestitionen dargestellt⁴⁶⁴.

Region	INTERN [US-Dollar]	OUTCOME [US-Dollar]
SPB	8,07 Mrd. (2011)	459 Mio.
	8,56 Mrd. (2012)	490 Mio.
LEN	2,83 Mrd. (2011)	104 Mio.
	3,71 Mrd. (2012)	186 Mio.
KRA	10,86 Mrd. (2011)	58 Mio.
	10,6 Mrd. (2012)	69 Mio.
SVX	1,53 Mrd. (2011)	3,6 Mio.
	1,8 Mrd. (2012)	5,3 Mio.
TJU	4,12 Mrd. (2011)	367 Mio.
	5,99 Mrd. (2012)	737 Mio.
JNAO	2,09 Mrd. (2011)	337 Mio.
	3,996 Mrd. (2012)	711 Mio.

Wie zu sehen ist, konnten im Jahr 2011, als die weltweite Krise weitestgehend überwunden war, die Verhältnisse von 2006 und 2007 wiederhergestellt werden, sodass für die Jahre 2011 und 2012 die gleichen Wahrheits- und Konfigurationstabellen Gültigkeit besitzen, wie für die Jahre 2006 und 2007. Somit kann auch davon

⁴⁶⁴ Die Regionen Kalmykien und Marij El werden in der Tabelle nicht aufgeführt, da sie nicht ergebnisrelevant sind.

ausgegangen werden, dass zumindest die Bedingung Internationalisierung als hinreichend zu vermerken ist.

9.3. Interpretation der Ergebnisse

Für die Arbeit und die aufgestellten Thesen bedeutet dieses Ergebnis folgendes:

Die Bedingung DTNETZ wurde eingebaut um zu überprüfen, ob es für die Akquirierung von ausländischen Direktinvestitionen Relevanz hat, dass ein deutsches Netzwerk in Gestalt von politischen und kulturellen Institutionen vor Ort ist, die in irgendeiner Form die Möglichkeit der Einflussnahme auf den politischen Transformationsprozess besitzen. Ein solches Netzwerk war aber nur in zwei der untersuchten Regionen vorhanden: in Sankt-Petersburg und im Sverdlovsker Gebiet. In Sankt-Petersburg ist dieses Netzwerk zweifelsohne am besten ausgebaut, nicht zuletzt, weil man nach dem Ende des Kommunismus auf historischen Verwurzelungen aufbauen konnte. Die Situation im Sverdlovsker Gebiet allerdings widerlegt die These, dass ein solches Netzwerk von entscheidender Bedeutung sein könnte. Obwohl ein deutsches Generalkonsulat und mehrere deutsche Sprach-, Kultur- und Bildungseinrichtungen vor Ort sind, konnten bis heute keine deutschen Direktinvestitionen gewonnen werden, die von bedeutendem Ausmaße wären, im Vergleich zu anderen Regionen.

Das Gebiet Sverdlovsk stellt einen für die Analyse kritischen Fall dar, da es alle Annahmen, die für andere Regionen zu gelten scheinen, widerlegt. Dies ist aus dem Grund interessant, weil Sverdlovsk bezüglich des Marktpotentials immer in den höheren Regionen diverser Rankings zu finden ist. Das Gebiet ist eine traditionelle Industrieregion Russlands mit Ekaterinburg als Zentrum, das 1,4 Mio. Einwohner hat und eines der höchsten Bruttoregionalprodukte russlandweit generiert und dadurch auch Nettozahler an das Zentrum ist. Auch wenn sich der Fall Sverdlovsk „negativ“ auf die hier durchgeführte Analyse auswirkt, so widerlegt er doch im Umkehrschluss, dass es lediglich vom Marktpotential einer Region abhängt, ob sie für Investoren attraktiv ist. Interessant ist in diesem Zusammenhang noch ein weiterer Fakt: Eingangs wurde erwähnt, dass es von zentraler Wichtigkeit ist, inwiefern Regionen es meistern die

Altlasten des Wirtschaftsföderalismus des Sowjetsystems zu überwinden. Das Gebiet Sverdlovsk zählt(e) zweifelsohne zu den führenden Industrieregionen Russlands, die Stadt Ekaterinburg war allerdings bis 1991 für Ausländer geschlossen. Die Region ist aber vor allem für ihre Rüstungsindustrie bekannt. Allein beim Industriegiganten „Uralmasch“, der einen eigenen Stadtteil für sich einnimmt, waren Zehntausende Menschen beschäftigt. Es sind also hier vor allem Unternehmen der Rüstungsindustrie, die dringend modernisiert werden müssten. Es dürfte allerdings nicht verwundern, dass es für ein solches Vorhaben schwer wird, ausländische Investoren zu akquirieren.

Es kann also kein kohärentes Bild hergestellt werden, das Aufschluss darüber geben kann, welche Bedingungen eindeutig vorliegen müssen, dass deutsches Engagement in eine Region kommt. Fest steht nur, dass keine Ansätze gefunden wurden, durch direkte Programme die politische Transformation und damit ein Demokratieverständnis zu fördern. Russland ist unter Präsident Putin insofern politisch stabil geworden, als die Gouverneure in den Regionen als verlängerter Arm der Zentralmacht fungieren. Wie dargelegt wurde, haben die meisten Gouverneure schon als Parteifunktionäre in der KPRF Karriere gemacht und sind spätestens mit dem Machtantritt Putins und der Gründung dessen Einheitspartei „Edinaja Rossija“ auf diese eingeschwenkt. Es kann auch vor dem Hintergrund der auf den ersten Blick freien Jahre unter El‘cin in keiner der Regionen von einer demokratischen Vorerfahrung gesprochen werden. Es stellt sich generell die Frage, inwieweit es überhaupt möglich wäre solch ein System in diesem Aggregatzustand von außen derart zu beeinflussen, dass es sich zu einem demokratisch transparenten System wandelt. In dieser Hinsicht steht Russland noch vor einem weiten Weg. Es ist sicherlich als Erfolg zu werten, dass Kooperationen⁴⁶⁵ sich nicht mehr nur auf Sankt-Petersburg und Moskau konzentrieren, sondern auch in die Regionen gehen. Zu einem politischen Sinneswandel in der Bevölkerung, der in offenem Widerstand gegen die Zentralmacht mündet, wird dies aber in der nahen Zukunft nicht führen. Der Mangel, der solchen Kooperationen oft anhaftet, ist, dass diese von Regierungsseite initiiert werden und damit nur einen sehr begrenzten Kreis an Personen erreichen, nicht aber das Gros der Bevölkerung, das jedoch benötigt werden würde, um demokratische Werte nachhaltig umzusetzen. Damit scheinen sich die Indizien zu verdichten, dass

⁴⁶⁵ Gemeint sind Bildungs- und Forschungsk Kooperationen, die es durch verschiedene Projektträger von deutscher Seite immer mehr gibt, die aber auf bestimmte Projekte beschränkt bleiben und die im Endeffekt alle wieder auf darauf abzielen, durch Spitzenforschung den Wirtschaftsstandort zu sichern oder im Falle Russlands zu etablieren.

These 4 zutrifft, dass der externen Demokratieförderung in Russland sehr enge Grenzen gesetzt sind und dass der Fokus eindeutig auf wirtschaftlicher Modernisierungshilfe liegt.

Wenn man näher betrachtet, in welche Regionen in Russland denn nun deutsche Direktinvestitionen fließen, so fällt auf, dass diese Regionen sich auf den europäischen Teil Russlands konzentrieren und neben dem Nordwesten mit der Metropolregion Sankt-Petersburg auch Moskau und sein Umland inklusive der Wolgaregion umfassen.

Region	2006	2007	2008	2009	2010
Gebiet Nižnij Novgorod	58204,7	106246,91	191261,16	308693,99	457057,36
Gebiet Orenburg	11,66	18,24	68068,89	59922,05	54317,69
Gebiet Penza	16095,42	23075,93	26301,49	26332,79	25291,43
Republik Tatarstan	13086,03	13266,44	21861,93	30770,7	63451,81
Gebiet Samara	103872,96	75070,08	62712,91	63701,51	72879,65
Gebiet Saratov	17235,22	18128,71	17824,11	15568,41	15895,96
Gebiet Ul'janovsk	4822,89	5223,14	15113,43	11885,97	18131,15
Gebiet Belgorod	12987,95	15534,59	33252,06	14547,44	22332,67
Gebiet Vladimir	3468,2	32095,44	110897,03	335901,62	370218,88
Stadt Moskau	1177788,96	1456113,45	3046351,75	3448749,42	2417080,41
Gebiet Kaluga	113514,72	145735,18	371563,98	347320,21	599963,31
Gebiet Moskau	996317,79	1575275,42	1910416,46	1652847,08	3161579,87
Gebiet Tambov	11029,9	11629	17744	17155,42	19177,25
Gebiet Tula	13420,88	13386,37	25738,17	156877,33	313671,38
Gebiet Jaroslavl'	26182,6	27465,57	43419,69	45511,52	45627,18

Abbildung 43: Zufluss dt. FDI in die Zentralregion [Tsd. US-Dollar]

Quelle: Rosstat

Diese Zahlen belegen, dass in den besagten an das Moskauer Gebiet angrenzende und in der Wolgaregion gelegene Regionen mindestens die 3-fache Höhe an deutschen Direktinvestitionen generieren als beispielsweise das Sverdlovsker Gebiet. Ein Musterbeispiel stellt unter diesen Regionen das Gebiet Kaluga dar. Im Folgenden sollen die Gründe dafür erklärt werden.

10. Interregionale Netzwerke als Motor der regionalen Transformation in Russland

10.1. Clusterpolitik im Gebiet Kaluga

In einem vorherigen Kapitel wurde das Erfolgsgeheimnis des deutschen Mittelstandes vorgestellt: der Aufbau von sog. Wirtschaftsklustern. Besonders ländlichen Gebieten ist es durch die Etablierung von hochspezialisierten Clustern gelungen, sich im Kampf der Globalisierung zu behaupten. In einer ähnlichen Art und Weise ist es der Gebietsverwaltung der Region Kaluga gelungen die Region von sowjetischen Altlasten zu befreien und erfolgreich in den Prozess der Globalisierung einzubinden. Die Region Kaluga selbst liegt ca. 180 km südlich von Moskau und die Hauptstadt Kaluga hat ca. 350.000 Einwohner. In den 90er Jahren war die Stadt durch das Wegbrechen der Industrie wie der Großteil der anderen russischen Regionen auch vor allem von Zerfall geprägt. Damit stellte das Gebiet auf den ersten Blick nicht die erste Adresse für ausländische Direktinvestitionen dar. Das änderte sich, als im Jahr 2006 der Automobilkonzern VW einen Vertrag für den Bau eines Produktionswerks in Kaluga unterschrieb⁴⁶⁶. Ausschlaggebend waren das überzeugende Konzept der Gebietsverwaltung mit enormen steuerlichen Vergünstigungen, das Fachkräftepotenzial und die Verlässlichkeit der jungen Gebietsregierung, die eine neue russische Elite repräsentiert⁴⁶⁷. Mit einer internationalen Offenheit und intelligenter Werbung ist es nachfolgend außerdem gelungen, Zulieferbetriebe um das Produktionswerk von VW herum anzusiedeln. Nicht nur internationale Automobilhersteller wie Volvo oder Peugeot, um nur einige Beispiele zu nennen, haben sich Volkswagen angeschlossen und Produktionswerke in Kaluga errichtet, auch Zulieferbetriebe wie z.B. der deutsche Konzern Continental produziert neben Reifen auch Motorenteile in unmittelbarer Nähe⁴⁶⁸. Die Region Kaluga hat es also geschafft, ein Automobilcluster zu schaffen, dass mit internationaler Spitzentechnologie ausgestattet ist. Das Beispiel Kaluga belegt allerdings in exemplarischer Weise die Annahmen, die in Form der Thesen aufgestellt wurden und anhand der Ergebnisse der Analyse belegt zu sein scheinen. Das

⁴⁶⁶ Kruschke, Guido: VW investiert Milliarden in Russland, in: <http://www.automobilproduktion.de/2013/11/vw-konzern-investiert-milliarden-in-russland/>, vom 26.11.2013

⁴⁶⁷ Gathmann, Moritz: Aufbruch in Kaluga, in: Moskauer Deutsche Zeitung, vom 17.10.2006.

⁴⁶⁸ http://www.continentalcorporation.com/www/presseportal_com_de/themen/pressemitteilungen/3_automotive_group/powertrain/powertrain/press_releases/pr_2012_12_13_kaluga_production_de.html, Pressemitteilung vom 13.12.2012

ökonomische Potential vor dem VW-Coup war gegenüber anderen Regionen nicht herausragend, sodass dies allein kein Grund gewesen sein kann, ganz im Gegenteil zur Attraktivität, die die Nähe zur Metropole Moskau ausstrahlt. Für die Größe von nur 350.000 Einwohnern hat Kaluga eine überdurchschnittlich hohe Dichte an Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen anzubieten. In keiner Weise konnte jedoch von einem gut ausgebauten Netzwerk deutscher Institutionen in der Region gesprochen werden, das für deutsche Unternehmen hätte den Ausschlag geben können. Abgesehen von den unternehmenseigenen Gründen, die VW veranlasst hat nach Kaluga zu gehen, hat aber der Mechanismus der Internationalisierung hier vorbildlich funktioniert. Durch die Präsenz eines weltweit bekannten Unternehmens wurde die Region auch für Unternehmen der gleichen Branche attraktiv. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang außerdem, dass zwar das weltoffene und engagierte Konzept der Gebietsverwaltung mit ausschlaggebend war, dies jedoch aus transformationstheoretischer Sicht (noch) nicht das gewünschte Ergebnis erzielt hat. Durch Druck und Einfluss von außen, sowie den Import einer gewissen Arbeitsmentalität und eines Wertekanons (die ein ausländisches Unternehmen zweifelsohne mitbringt), sollten eine Einflussnahme und die Übertragung dieser Werte auf exekutive Entscheidungsträger ermöglichen. Es ist wohl auch unbestritten, dass im Fall Kaluga gute Kontakte zur Gebietsverwaltung bestehen, was aber im Umkehrschluss auch beweist, dass der „Exportwert-Demokratie“ eine untergeordnete Rolle spielt. Denn auch die Machthaber der Gebietsregierung von Kaluga pflegen enge und gute Beziehungen zur Zentralregierung in Moskau, sodass nur von einem indirekten Einfluss gesprochen werden kann. Gemeint ist damit die Implementierung und Adaption der Arbeitskultur und der Wertekanon, den internationale Unternehmen importieren.

10.2. Regionalpartnerschaft Karlsruhe-Krasnodar

Neben der geographischen Komponente, die sicherlich kulturelle Nähe impliziert⁴⁶⁹, scheinen eben auch sog. „soft skills“ bei der Standortwahl eine Rolle zu spielen. Was damit gemeint ist, soll exemplarisch an der Kooperation der Region Karlsruhe und dem Gebiet Krasnodar verdeutlicht werden. Generell ist zu überlegen, ob nicht Städte-

⁴⁶⁹ Meint die kulturelle Nähe des europäischen Teils Russlands zu westeuropäischen Staaten.

/Regionalpartnerschaften im Rahmen der Transformationsförderung eine der am meisten geeigneten Förderinstrumente darstellen. Durch über Jahre gewachsene Strukturen und den Aufbau von bilateralen Netzwerken kann mitunter mehr Einfluss auf die Gegenseite genommen werden, als durch staatlich verordnete Maßnahmen. Welche Chancen und welche Probleme es gibt, wird im Folgenden am Beispiel der Städtepartnerschaft zwischen Karlsruhe und Krasnodar demonstriert. Die Partnerschaft entstand wie viele andere deutsch-russische Partnerschaften im Zuge der Perestrojka, als zum Zeichen des Wandels und der Annäherung Bündnisse geknüpft wurden. Die Städtepartnerschaft wurde 1992, also kurz nach dem Ende der Sowjetunion, offiziell begründet, wobei schon vorher über den Stadtjugendausschuss mit Jugendaustauschprogrammen der Stadt Karlsruhe Kontakte in die Region am Kuban bestanden. Die Wurzeln findet die Kooperation in humanitären Hilfsaktionen, die die russische Seite Anfang der 90er Jahre erreichte. Durch Bürgerengagement von Karlsruher Seite konnten medizinische Hilfslieferungen nach Russland transportiert werden. Auf Grundlage dieses zivilgesellschaftlichen Engagements ist in Karlsruhe der Bürgerverein „Freundschaftsgesellschaft Karlsruhe-Krasnodar“ entstanden, quasi ein Projektträger der von offizieller Seite durchzuführender Projekte und gesellschaftliches Fundament der Partnerschaft. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre konnten zahlreiche Projekte initiiert und nachhaltig etabliert werden sowie ein breites Netzwerk in die Region um Krasnodar aufgebaut werden. Wichtiger Bestandteil der Arbeit sind die Möglichkeit des Schüleraustausches, der Weiterbildung von Krankenschwestern und Handwerkern in Karlsruher Betrieben zur Förderung des Kleinhandwerks in Russland sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Arbeit an der Aufrechterhaltung eines lebendigen Dialogs mit der Partnerschaft in den Medien und auf diversen Veranstaltungen. Das Beispiel zeigt, dass auch ein „bottom-up“-Ansatz möglich ist. Der nächste Schritt wäre über die Existenz solcher Netzwerke auch Unternehmen aus beiden Regionen zusammenzubringen und Synergieeffekte zu schaffen, also regionale Netzwerke zu Motoren der Transformation in Russlands Regionen zu machen. Gerade die Region Karlsruhe, die mit vielen innovativen Clustern und mit dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) über ein enormes wirtschaftliches Potential verfügt, könnte über bestehende Kontakte Erfahrungen mit Partnern aus Krasnodar teilen. Durch gezielte Maßnahmen könnten Karlsruher Unternehmen und Institutionen russischen Partnern als Pate bei der Bewältigung der Transformationsprobleme zur Seite stehen.

Dabei bestehen aber zwei wesentliche Probleme, die sich auch allgemein auf die deutsch-russischen Beziehungen übertragen lassen und deswegen die Partnerschaft Karlsruhe-Krasnodar so symbolträchtig erscheinen lassen: Trotz guter, bestehender Kontakte konnte sich noch kein Karlsruher Unternehmen motivieren den Schritt in die Partnerregion in Russland zu wagen. Als Gründe dafür werden hohe Markteintrittsschwellen, fehlendes Russland bezogenes Know-How und Vorbehalte gegenüber Russland genannt, resultierend aus dem in Deutschland vermittelten Russlandbild. Eine Ansprechperson oder eine Kontaktinstitution, wie z.B. eine regionale Wirtschaftsförderung könnte Abhilfe schaffen. Zweitens spielt der eben erwähnte Fakt der zivilgesellschaftlichen Abfederung keine unwichtige Rolle. Auf deutscher Seite wird die Partnerschaft nicht nur von der Regionaladministration getragen, sondern von Bürgern gleichermaßen mitgetragen. Dies ist auf russischer Seite nicht der Fall. Dort wird die Partnerschaft, wie so häufig, ausschließlich von der Regionaladministration getragen unter Ausschluss der Beteiligung durch die Bürger, sodass die Möglichkeit des Entstehens zivilgesellschaftlichen Engagements im Keim erstickt wird und letztendlich den Unterschied zwischen einer konsolidierten Demokratie und einem im Transformationsmodus stecken gebliebenen Land ausmacht.

10.3. Regionalpartnerschaft Hamburg-Sankt Petersburg

Ein weiteres Musterbeispiel an interregionaler Kooperation im Rahmen dieser Arbeit stellt die Partnerschaft zwischen Sankt-Petersburg und Hamburg dar, die sich seit 1957 als erste deutsch-russische Städtepartnerschaft ungeachtet des Kalten Krieges und sonstigen Schwankungen in den deutsch-russischen Beziehungen entwickelt hat. Auf Initiative der Stadt Leningrad hin, die als Zeichen der Völkerverständigung auf die Stadtverwaltung Hamburg zuzuging und eine Kooperation aufgrund der vielen Gemeinsamkeiten beider Städte initiierte, entstanden über ein halbes Jahrhundert hinweg partnerschaftliche Beziehungen, die sich in Netzwerken aller gesellschaftlichen Subsysteme niederschlagen und die ein gemeinsames Institutionengefüge hervorgebracht haben, wie es für jede andere Städte-/Partnerschaft Vorbild sein

sollte⁴⁷⁰. Heute wird von über 30000 Kontakten zwischen beiden Städten ausgegangen. Highlights der Partnerschaft sind sicherlich die jeweils eingerichteten Außenwirtschaftsbüros zur Unterstützung lokaler Unternehmen im jeweiligen Partnerland. Darüber hinaus wurden gemeinsame Aus-/und Weiterbildungsprogramme ins Leben gerufen, die gemeinsame (duale) Studiengänge und Abschlüsse beinhalten, mehrere Praktikantenprogramme, zahlreiche Schulpartnerschaften und eine Kooperation zwischen Hamburger und Sankt Petersburger Kliniken. Des Weiteren gibt es mehrere Städtepartnerschaftsprojekte, wovon das Environmental Centre for Administration and Technology ECAT)⁴⁷¹ besonders hervorzuheben ist, das als EU-geführtes Projekt in die Städtepartnerschaft integriert wurde. Das Projekt selbst zielt auf die Integration ökologischer Aspekte in das tägliche Leben einer Gesellschaft und damit verbundene nachhaltige Städtebaukonzepte ab. Daneben gibt es weiter knapp 30 Hamburger Vereine⁴⁷² und Wohltätigkeitseinrichtungen, die auf zivilgesellschaftlicher Ebene für die Aufrechterhaltung einer lebendigen Städtepartnerschaft sorgen. Im Laufe der langen Jahre hat es ebenfalls viele Hamburger Unternehmen in die Partnerstadt an der Ostsee gezogen:“ der Germanische Lloyd, Hamburger Messe und Congress GmbH, Otto AG, 3B Scientific GmbH, Blohm + Voss, Beiersdorf AG, Hauni Maschinenbau AG, OSKO, Jungheinrich AG, Norddeutsche Affinerie AG, Bruhn-Gruppe, Tchibo GmbH, Mühlhan, Kühne + Nagel, Imtech Hamburg GmbH, Russia Consulting, August Töpfer & Co., EuroCom Maschinen-Anlagen-Technik & Consulting GmbH, MAS Elektronik AG und Rochem UF-System GmbH⁴⁷³. Nach China ist Russland das zweitwichtigste Partnerland des Hamburger Hafens. Es ist folglich beiden Städten gelungen durch intensive Zusammenarbeit gemeinsame Leuchttürme der Kooperation zu erörtern und diese in gemeinsamen Clustern umzusetzen. Beiden Städten ist dabei sicherlich ihre ähnliche Struktur zur Nähe am Wasser zu Gute gekommen. Sankt Petersburg war schon immer die internationalste russische Stadt und ist daher auf dem Weg der Transformation an einer Spitzenposition. Es wäre vermessen, dies alleine auf die

⁴⁷⁰ <http://www.hamburg.de/stpetersburg/chronologie/206082/chronologie-1.html> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

⁴⁷¹ <http://www.ecat.lt/index.php?tid=&stid=&lvl=&lid=&&lang=2> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

⁴⁷² Die Liste der vertretenen Organisationen siehe unter <http://www.hamburg.de/stpetersburg/akteure/> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

⁴⁷³ <http://www.hk24.de/international/laenderinformationen/europa/russland/362224/Petersburg.html> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

Partnerschaft mit Hamburg zurückzuführen. Einen großen Beitrag zur Unterstützung haben die vielen gemeinsamen Projekte und Berührungspunkte aber sicherlich geleistet.

11. Fazit

Das letzte Kapitel der Arbeit ist nun dem Fazit gewidmet, das damit beginnt, die Validität der aufgestellten Thesen anhand der empirischen Bearbeitung der Daten darzulegen.

These 1: ist insofern bestätigt, als tatsächlich die Wirtschaftspolitik der vorherrschende Politikzweig in Bezug auf Russland ist. Variable 5 (deutsches Netzwerk DTNETZ) wurde in die Modellrechnung eingebaut um zu überprüfen, ob Unternehmen vornehmlich in russische Regionen gehen, in denen auch deutsche Institutionen aus dem politischen und gesellschaftlichen Bereich sind. Belegt wurde allerdings, dass das nicht der Fall ist. Die Region Sverdlovsk ist dafür das empirisch überprüfte Beispiel. Vielmehr hatte die Variable deutsche Unternehmen vor Ort (DTU) Signifikanz, die beweisen sollte, dass die Präsenz vornehmlich deutscher Unternehmen in einer russischen Region dafür sorgen kann, dass andere Unternehmen nachziehen. Auch wenn die Region Kaluga nicht primärer Gegenstand der Untersuchung war, so belegt sie diese Annahme doch sehr zutreffend, wobei in diesem Zusammenhang noch eine Einschränkung zu machen ist: wenn deutsche Unternehmen in russische Regionen gehen, die nicht im unmittelbaren Umkreis der beiden Metropolen Moskau oder Sankt-Petersburg liegen, sind es meist Großkonzerne, die mit entsprechender Gestaltungsmacht gegenüber einer Regionaladministration ausgestattet sind.

These 2: sollte nahe legen, dass die Transformation, einem bottom-up-Ansatz folgend, ihren Ausgangspunkt auf der Subebene in den Regionen finden sollte um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen. Das bedeutendste Relikt aus Sowjetzeiten war dabei, die Strukturen des Sowjetföderalismus zu beseitigen, die einen unnatürlichen Wirtschaftsaufbau und mangelnden Wettbewerb hervorbrachten. Die 90er Jahre allerdings lösten das Problem nicht in Ansätzen, sodass Vladimir Putin nach seinem Amtsantritt 2000 zunächst keine echte Alternative hatte, als das föderale System zu rezentralisieren, wollte er einen Staatszerfall verhindern. Das widerspricht jedoch nicht

der These, dass die Regionen selbst zentraler Ausgangspunkt für eine gelungene Transformation sind und dass diese ganz entscheidend vom Engagement einer Regionalregierung (auch wenn diese zunächst kremltreu ist) abhängt, Reformen selbständig anzugehen. Denn schon der geographischen Größe des Landes geschuldet, können nicht alle notwendigen Reformen und vor allem nicht in einem adäquaten Zeitraum, von der Zentralregierung bewältigt werden.

These 3: In Anlehnung an den modernisierungstheoretischen Gedanken nach Parsons/Lipset wurde angenommen, dass in Russland nicht die Kausalitätskette gilt, mithilfe steigenden Wohlstands einen höheren Bildungsstand in der Bevölkerung zu generieren. In Russland ist Umgekehrtes der Fall: Nur durch die Reformierung des Bildungs- und Wissenschaftssystem ist es möglich, die russische Wirtschaft durch Innovationsorientierung international wettbewerbsfähig zu machen und innovative Zweige zu schaffen. Dass man in Russland diese Notwendigkeit erkannt hat, zeigen die Reformen der Akademie der Wissenschaften. Allerdings wurde dieser Reformschritt erst knapp ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des alten Systems, in dessen Strukturen das Forschungs- und Wissenschaftssystem bis dato verharrte, angegangen, sodass mit einer längeren Umsetzungsperiode zu rechnen ist. Die absolute Fokussierung auf staatliche Kontrolle konnte auch bei der Reformierung der Universitäts- und Forschungslandschaft nicht abgelegt werden. Die neu geschaffenen Föderalen Forschungsuniversitäten sind von der Finanzierung aus Moskau abhängig, ebenso die Akademie der Wissenschaften, der durch die Schaffung der Föderalen Agentur Wissenschaftlicher Organisationen (Federal'noe Aгенство Naučnych Organizacij FANO) ihre relative Unabhängigkeit genommen wurde und absoluter staatlicher Kontrolle unterworfen wurde. Trotz dieses Trends ist Russland das erfolgreichste und aktivste Land im Rahmen der Drittstaatenkooperation der EU im Bereich Forschung und Wissenschaft. Der Mechanismus der bilateralen Wissenschaftsförderung über das WTZ-Abkommen und die Einbindung in ein multilaterales Wissenschafts- und Forschungsnetzwerk bietet für die russischen Regionen eine einzigartige Möglichkeit, erstens an innovativen Technologien selbst mit zu forschen und diese dann schließlich auch in die Region selbst zu importieren. Als ein „lessons learned“ Effekt könnte bei bilateraler oder multipolarer Kooperation die

Übernahme des internationalen Wertekanons sein, der aus Ländern mit gefestigter Demokratie in ein Forschungskonsortium miteingebracht wird.

These 4: Gedanklicher Ausgangspunkt bei der vierten These war, dass von auswärtigen Staaten unternommene Maßnahmen zur Unterstützung des Transformationsprozesses häufig als Einmischung (miss-)verstanden werden, sodass der Handlungsrahmen externer Akteure eng begrenzt ist. Unterstützt wird diese Annahme von der Tatsache, dass von deutscher Seite kein zielgerichtetes Programm zur Förderung des politischen und gesellschaftlichen Wandels in den russischen Regionen initiiert wurde. Das Bundesministerium für Wirtschaft sorgt lediglich für die Absicherung getätigter Investitionen⁴⁷⁴. Der Titel der Gemeinsamen Erklärung über die Strategische Partnerschaft auf dem Gebiet der Bildung, Forschung und Innovation verrät bereits, worauf die bilaterale Kooperation in beiderseitigem Interesse hinausläuft: auf eine strategische Modernisierungspartnerschaft, von der Deutschland export-technisch profitiert und Russland vom Import neuester Technologien. Daraus leitet sich ab, dass externe Demokratieförderung nur eine untergeordnete Rolle spielt, die, wenn überhaupt, indirekt über zunehmende Modernisierung installiert werden könnte, was wiederum These 3 nochmals unterstreicht.

Abschließend sollen ebenfalls die beiden arbeitsleitenden Fragen beantwortet werden, wie erstens der Transformationsfortschritt der dargestellten russischen Regionen zu bewerten ist und wie zweitens der deutsche Anteil dabei messbar gemacht werden kann:

- Das dringlichste Problem Russlands seiner Rohstoffabhängigkeit zu entkommen, konnte noch nicht behoben werden. Belegt durch die hohen BRP-Wachstumsraten und dem relativen Reichtum der Erdöl- und Erdgasregionen, wird sichtbar, dass andere Regionen es noch nicht in ausreichendem Maße geschafft haben marktwirtschaftliche Strukturen zu schaffen und innovative Technologien zu entwickeln, die die Rohstoffabhängigkeit relativieren könnten.

⁴⁷⁴ Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie bietet Bundesgarantien für Direktinvestitionen im Ausland an, für Unternehmen, die ihren Sitz in Deutschland haben. Ziel ist, dass die Bundesregierung Unternehmen bei Direktinvestitionen im Ausland durch die Übernahme von Garantien zur Absicherung gegen politische Risiken unterstützt.

- Das zeigt sich auch darin, dass diese rohstoffreichen Regionen in beträchtlichem Maße ausländische Direktinvestitionen akquirieren, obwohl sie entgegen dem Ergebnis der Untersuchung nicht in unmittelbarer Nähe der beiden Metropolen Moskau und Sankt-Petersburg gelegen sind.
- Der Fokus darauf, die Entwicklungsabstände zwischen Moskau und Sankt-Peterburg und den restlichen russischen Regionen zu verringern, wurde mit verschiedensten in der Untersuchung erwähnten Programmen (Sonderwirtschaftszonen, Vereinigung russischer innovativer Regionen etc.) erst unter der zweiten Amtszeit Vladimir Putins gelegt. Daher ist der jetzige Zeitpunkt möglicherweise zu früh um ein finales Fazit zur Transformation der Regionen zu ziehen, zumindest was den ökonomischen Aspekt betrifft.
- Was den politischen Aspekt angeht, so fällt das Fazit eindeutig aus. Hat es in den 90er Jahren noch Gouverneure gegeben, die unterschiedlichen Parteien angehört haben und die auch einen oppositionellen Kurs gegenüber der Zentralregierung eingeschlagen haben, so wurde diese Tendenz unter den Föderalismusreformen Putins eingeebnet. In allen (untersuchten) Regionen sind Gouverneure installiert, die entweder Mitglied der Kremlpartei sind und so die finanzielle Lage der Regionen und ihre eigene Machtposition abzusichern versuchen, oder sie gehen zumindest nicht auf Konfrontationskurs mit der Zentralregierung, was einen lebendigen politischen Dialog im Keim erstickt und Demokratisierungsabsichten nach Maßstäben, wie sie zu Beginn der Arbeit dargelegt wurden, auch für die fernere Zukunft unwahrscheinlich werden lassen.
- Der Gedanke, dass die Präsenz deutscher Institutionen in einer Region Hand in Hand geht mit der Steigerung der Attraktivität einer Region für deutsche Unternehmen und somit wirtschaftliche Modernisierung von gesellschaftlicher unterfüttert werden könnte, wurde durch die Auswertung widerlegt.
- Als einzig messbare Größe zur Bewertung des Engagements eines Landes in einem anderen, in diesem Fall in einer Region, konnten ausländische Direktinvestitionen ausgemacht werden, von denen ein positiver Effekt auf die lokale Wirtschaft mit Anreizstrukturen für lokale Unternehmen erwartet wird. Diese fließen aber von deutscher Seite nicht (mit Ausnahme von St. Petersburg),

wie evtl. zu erwarten gewesen wäre, in Regionen, die sich im Laufe der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen besonders hervor getan haben, sondern in Regionen, die sich um die Agglomerationen Moskau und Sankt-Petersburg befinden. Folglich, kann man von einer geographischen Trennung ausgehen, was das Engagement Deutschlands, und insbesondere deutscher Unternehmen betrifft. Es beschränkt sich auf den europäischen Teil Russlands, während der asiatische Teil Russland in dieser Hinsicht mehr an die Länder Asiens wendet.

- Folglich ist der deutsche Anteil an Transformationsbemühungen in zwei Aspekte einzuteilen: durch die Präsenz deutscher Unternehmen, wird modernste Technologie transportiert und Ausbildungs- und Wertesysteme exportiert. Daher ist der Anteil zumindest an der wirtschaftlichen Modernisierung der Regionen, die sich aber auch wieder auf die Regionen um Moskau und Sankt-Petersburg konzentrieren, als relativ hoch einzuschätzen. Dies trifft nur zum Teil auf die untersuchten Regionen zu. Denn Voraussetzung ist, dass deutsche Direktinvestitionen in erheblichem Maße in eine Region fließen.
- Der zweite Aspekt der politischen Transformationshilfe ist auf Grundlage des eben Beschriebenen als gering einzustufen. Zumal dieser Bereich Limitationen von russischer Seite erfährt, die dies als Einmischung in innere Angelegenheiten sehen würde. Die politische und gesellschaftliche Transformation muss also von der russischen Gesellschaft alleine gemeistert werden. Aber auch ein weiterer Aspekt sollte hier noch mit in die abschließenden Gedanken einbezogen werden. So positiv sich internationale Direktinvestitionen auch auswirken mögen, so mögen sie auch gleichzeitig einen negativen Effekt haben: wie am Beispiel Kaluga besonders deutlich gezeigt wird, haben die Großkonzerne ein gutes Verhältnis zur Regionaladministration, was gleichzeitig aber zur Festigung und Unterstützung des autoritären Regimes führen kann, sodass sich der ursprünglich gewünschte Effekt ins Gegenteil verkehren kann.
- Um Einflusspielräume zu erhalten muss eine gemeinsame Vertrauensbasis bestehen, die über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte gereift ist. Diese kann am besten über regionale oder Städtepartnerschaften entstehen, da sie sich auf einen

engeren Kreis an Personen und Akteuren beschränkt und Kommunikationswege kurz sind. Das beste Beispiel einer solchen Partnerschaft sind Hamburg und Sankt-Peterburg, die über Jahrzehnte hinweg durch enge Kontaktpflege Prioritäten einer gemeinsamen Handlungsbasis ausmachen konnten und diese sogar institutionalisiert haben. Diese Regionalpartnerschaft könnte als Beispiel für viele weitere Partnerschaften zwischen deutschen und russischen Regionen dienen, die dann als interregionale Netzwerke zum Motor der Transformation der russischen Region werden.

Knapp ein Vierteljahrhundert nach den Umwälzungen in Osteuropa und dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat Russland also immer noch einen weiten Weg zu gehen, sowohl auf dem Pfad der ökonomischen Transformation, als auch auf dem der politischen Transformation, wobei der Weg der ökonomischen Transformation naturgemäß schon weiter beschritten wurde als der politische und gesellschaftliche Transformationsweg, nicht zuletzt, weil an der ökonomischen Transformation aus internationaler Sicht, und hier ist vor allem der deutsche Standpunkt hervorzuheben, ein größeres allgemeines Interesse besteht.

Die ersten beiden Legislaturperioden Vladimir Putins als Präsident der Russischen Föderation hinterlassen ein ambivalentes Bild. Die Zahlen der wirtschaftlichen Entwicklung bescheinigen ihm für diesen Zeitraum, dass er nach den chaotischen 90er Jahren Stabilität und Verlässlichkeit gebracht hat, was ihm vor allem internationale Wirtschaftspartner danken werden. Dies geschah allerdings zu Lasten politischer Freiheiten. Mit seinem Amtsantritt 2000 erlebten auch die Regionen einen Aufschwung. Auch wenn seine Rezentralisierungsmaßnahmen aus Föderalismus-theoretischer Sicht skeptisch beäugt werden müssen, haben sie doch durch die Herstellung eines einheitlichen Rechtsraums für ein stabiles Miteinander der Föderationssubjekte innerhalb des Staatsverbandes gesorgt. In jeder untersuchten Region hat sich im Zeitraum von 2000 bis 2010 das Bruttoregionalprodukt und das Bruttoregionalprodukt pro Kopf vervielfacht. Dass Investoren positiv auf die Maßnahmen reagiert haben, zeigt, dass nach einer Abtastphase in der ersten Amtszeit ab 2005 die ausländischen Direktinvestitionen deutlich angestiegen sind. Auffällig ist dabei auch, dass der Ural für ausländische und besonders deutsche Investitionen eine natürliche Grenze darzustellen scheint, da der europäische Teil Russlands im Hinblick auf Direktinvestitionen deutlich

den Vorzug erhält. Selbst Ekaterinburg als industrielle Hauptstadt des Urals bekommt diese Tendenz zu spüren. Eine Ausnahme stellen in dieser Hinsicht die Erdöl- und Erdgas fördernden Regionen dar, die trotz zum Teil mangelhafter Anbindung an Infrastruktur Ziel von Direktinvestitionen sind, da es im ureigensten deutschen bzw. europäischen Interesse liegt, die sichere Lieferung von Energie zu garantieren.

Das größte Problem, das der sowjetische Wirtschaftsföderalismus hinterlassen hat, konnte bis heute noch nicht behoben werden: das Abfedern der sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen des Niedergangs völlig veralteter Industriegiganten, die zu Zeiten des Kommunismus für die Infrastruktur ganzer Städte zuständig waren und eine Unterentwicklung des KMU-Sektors zur Folge hatte. Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit dieser Großkonzerne in Kombination mit dem Fehlen kleiner, spezialisierter (Handwerks-)betriebe verhindert bis heute die Entwicklung Russlands zum wirtschaftlichen Spitzenstandort. Um in diesem Sektor aufzuholen, bedarf es erstens einer Weiterreformierung des Bildungssystems mit mehr zielgerichteter Ausbildung handwerklicher Fachkräfte und zweitens internationaler Expertise, die diesen Prozess begleitet. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde Ende 2013 getan mit der Ausweitung der Initiative des deutschen Ministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), dem Deutschen Industrie- und Handelskammertrags (DIHK) und den deutschen Außenhandelskammern zur Implementierung des deutschen dualen Ausbildungssystems in Russland⁴⁷⁵. Dazu wurden 10 Pilotregionen ausgewählt, in denen in deutsch-russischer Kooperation das klassische deutsche Berufsbildungssystem zur Deckung des Fachkräftebedarfs installiert wird⁴⁷⁶. Durch den Export von Unternehmen, Bildungs- und Forschungsstrukturen werden Werte zwangsläufig mitexportiert, die als Werte des Herkunftslandes (im untersuchten Fall Deutschland) vom Zielland bzw. der Zielregion aufgenommen, verarbeitet und im besten Fall adaptiert werden.

⁴⁷⁵ <http://russland.ahk.de/news/single-view/artikel/mittelstandsinitiative-russland-ahk-mit-durchschlagendem-erfolg-bei-geschaeftsvisa-und-dualer-berufsausbildung/?cHash=5daab82f53a1408baaf8d7cc2fe45d89> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

⁴⁷⁶ Die 10 Pilotregionen sind: Kaluga, Uljanovsk, Krasnojarsk, Perm, Sverdlovsk, Gebiet Moskau, Jaroslavl, Nišnij Novgorod, Vologograd und die Republik Tatarstan, siehe: <http://russland.ahk.de/news/single-view/artikel/start-des-systems-der-dualen-berufsbildung> (letzter Zugriff: 30.03.2014)

Die Möglichkeit diesen Prozess möglichst effizient und zielgerichtet umzusetzen, stellen interregionale Netzwerke dar, die für die Unterstützung des Transformationsprozesses in russischen Regionen von entscheidender Bedeutung sein können. Einige der untersuchten russischen Regionen verfügen über Partnerregionen in Deutschland mit enormem Potential, das sich russische Regionen durchaus zu eigen machen könnten. Für den untersuchten Zeitraum wurde deutlich, dass vor allem Unternehmen die entscheidenden Akteure in den deutsch-russischen Beziehungen waren, das Entwicklungspotential für darüber hinaus gehende oder darauf aufbauende Kooperation ist jedoch noch lange nicht erschöpft. Zum Teil wurde das Potential (siehe Hamburg-Sankt Petersburg) schon erkannt und gemeinsame Institutionen geschaffen, die unabhängig sind vom Gütegrad der deutsch-russischen Beziehungen auf zentralstaatlicher Ebene. Dies könnte langfristig auch dazu führen, dass das Vorherrschen der Wirtschaftspolitik mit Unternehmen als entscheidendem gesellschaftlichen Akteur von institutionalistischen Theorieansätzen verdrängt wird, denn auch wenn es derzeit keine Anzeichen für eine nachhaltige Kehrtwende der russischen Führung zu einem demokratischen Wandel nach westlichem Vorbild gibt, so können doch interregionale Netzwerke unabhängig von der zentralstaatlichen Ebene dafür sorgen, Vorurteile und kulturelle Barrieren transnational abzubauen und durch Wertaustausch gesellschaftlichen und politischen Wandel in der russischen Gesellschaft in den Regionen langsam voranzutreiben, sodass die lange Tradition deutsch-russischer Beziehungen auf allen gesellschaftlichen Ebene noch lange Bestand hat.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Theoretische Einbindung	27
Abbildung 2: Lohn- und BIP-Entwicklung in Deutschland	48
Abbildung 3: FIG in Russland	83
Abbildung 4: Entwicklung des nationalen BIP	105
Abbildung 5: Entwicklung des durchschnittlichen Monatslohns (inflationbereinigt)	105
Abbildung 6: Defizitentwicklung des russischen Nationalhaushaltes	106
Abbildung 7: Entwicklung des Rohölpreises im Jahresdurchschnitt	106
Abbildung 8: Entwicklung des Außenhandels in Mio. US-Dollar	130
Abbildung 9: Umfrageergebnis deutscher Unternehmen	142
Abbildung 10: Funktionsweise „most-similar-case design	153
Abbildung 11: Abbildung 10: steuerliche Vergünstigungen in SWZ von SPB	159
Abbildung 12: wirtschaftliche Entwicklung SPB [1]	160
Abbildung 13: wirtschaftliche Entwicklung SPB [2]	160
Abbildung 14: wirtschaftliche Entwicklung LEN [1]	160
Abbildung 15: wirtschaftliche Entwicklung LEN [2]	161
Abbildung 16: deutsche Institutionen in SPB/LEN	164
Abbildung 17: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach SPB/LEN	164
Abbildung 18: wirtschaftliche Entwicklung KRA [1]	169
Abbildung 19: wirtschaftliche Entwicklung KRA [2]	169
Abbildung 20: deutsche Institutionen in KRA	170
Abbildung 21: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach KRA	170
Abbildung 22: wirtschaftliche Entwicklung JNAO	173
Abbildung 23: wirtschaftliche Entwicklung JNAO [2]	174
Abbildung 24: deutsche Institutionen in JNAO	174
Abbildung 25: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach JNAO	174

Abbildung 26: wirtschaftliche Entwicklung SVX [1]	180
Abbildung 27: wirtschaftliche Entwicklung SVX [2]	180
Abbildung 28: deutsche Institutionen in SVX	181
Abbildung 29: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach SVX	182
Abbildung 30: wirtschaftliche Entwicklung TJU [1]	185
Abbildung 31: wirtschaftliche Entwicklung TJU [2]	186
Abbildung 32: deutsche Institutionen in TJU	186
Abbildung 33: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach TJU	187
Abbildung 34: wirtschaftliche Entwicklung KAL [1]	191
Abbildung 35: wirtschaftliche Entwicklung KAL [2]	191
Abbildung 36: deutsche Institutionen in KAL	192
Abbildung 37: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach KAL	192
Abbildung 38: wirtschaftliche Entwicklung MAR [1]	196
Abbildung 39: wirtschaftliche Entwicklung MAR [2]	196
Abbildung 40: deutsche Institutionen in MAR	197
Abbildung 41: Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach MAR	197
Abbildung 42: Venn-Diagramm der QCA-Ergebnisse	204
Abbildung 43: Zufluss dt. FDI in die Zentralregion [Tsd. US-Dollar]	215

Literaturverzeichnis

Abramovskij, A.P. und Lednev, V.P. 2000. *Ural: Vek dvatcatij. Ljudi, Sobytija, Zhizn'*. Ekaterinburg : s.n., 2000.

Adomeit, Hannes und Kupferschmidt, Frank. 2008. Russland und die NATO. Krise verwalten oder Potentiale entwickeln? *SWP-Studie*. 2008, 03.

AHK Moskau<http://russland.ahk.de/publikationen/umfragen/konjunkturumfrage>. . [06. 10 2013.]

AHK Moskau <http://russland.ahk.de/publikationen/umfragen/regionalumfrage>. [06. 10 2013.]

AHK Moskau

http://russland.ahk.de/fileadmin/ahk_russland/Dokumente/Publikationen/Umfragen/Regionalumfrage_2012/2012_09-13_Regionen_Umfrage_de.pdf. [06. 10 2013.]

AHK Moskau <http://russland.ahk.de/news/single-view/artikel/mittelstandsinitiative-russland-ahk-mit-durchschlagendem-erfolg-bei-geschaeftsvisa-und-dualer-berufsausbildung/?cHash=5daab82f53a1408baaf8d7cc2fe45d89> . [30. 03 2014.]

AHK Moskau <http://russland.ahk.de/news/single-view/artikel/start-des-systems-der-dualen-berufsbildung> . [30. 03 2014.]

Auswärtiges Amt http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/RussischeFoederation/Innenpolitik_node.html . [29. 09 2011.]

Auswärtiges Amt http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Russland/Russland-und-EU_node.html . [12. 03 2014.]

Archipov, G.A. und Chlebnikov, A.V. 1966 . Avtonomnaja Marijskaja Socialisticheskaja Respublika, in: Evgenij Shukov. *Sovetskaja Istoricheskaja Enciklopedija Tom 9*. Moskva, 1966 .

Arnold, Jürgen: *Die Rechtsstellung der nationalen Gebietseinheiten der Sowjetunion. Staatlichkeit, Souveränität und Autonomie im Sowjetföderalismus*. Köln : Universität Köln, 1973.

Astina, Natascha: Schamanen und Pflanzendrogen, St. Petersburg und die Landbevölkerung. Der Beitrag Johann Gottlieb Georgis zu den Kenntnissen über Russland, in: Dittmar Dahlmann. *Die Kenntnis Russlands im deutschsprachigen Raum im 18. Jahrhundert*. Göttingen : V+R unipress, 2006.

Avramenko, A.A. und Fisunov, K.V.: Rol' Ozenki Effektivnosti Realisacii Gosudarstvennogo Zakaza v Stimulirovanii Razvitija Ekonomiki Sub'ekta RF, in: Friedrich-Ebert-Stiftung und Ural'skij Institut Presidentskoi Akademii. *Prostranstvennaja Politika Razvitija Ekonomiki Sub'ektov Federazii. Vyravnavanie ili Differenciacija*, Ekaterinburg, 2013.

Awakjan, Suren: Der Status der Subjekte und die Finanzierung der regionalen Politik der Russischen Föderation , in: Johannes Traut. *Verfassung und Föderalismus Russlands im internationalen Vergleich*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1995.

Baschaev, A.N.; Uchastie Kalmykov v russko-tureckich Vojnach Vtoroj Poloviny XVII , in: *Vestnik Kalmyckogo Instituta Gumanitarnych Issledovanij RAN*. 2008.

Bell, Claudia: *Der fiskalische Föderalismus in der Russischen Föderation: finanzwissenschaftliche Analyse der föderalen Neuordnung in einer Transformationsökonomie*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1998.

Bell, Claudia/ Götz, Roland: Die wirtschaftliche Dimension von Regionalismus in der Russischen Föderation, in: Andreas Kappeler. *Regionalismus und Nationalismus in Russland* . Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1996.

Berghorn, Gregor. Gate Germany. *Hochschulen in Russland*, in: http://www.gate-germany.de/fileadmin/bilder/Expertenwissen/laenderprofile_russland.pdf. [16. 04 2014.]

Berg-Schlosser, Dirk.: *Aktuelle Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft. Einführung in konfigurationelle (QCA) und makro-quantitative Verfahren*. Opladen: Budrich, 2012.

Bertelsmann-Stiftung: Bertelsmann-Transformations-Index, in: <http://www.bti-project.de/index/methode>. [16. 04 2014.]

Bertelsmann-Stiftung: Bertelsmann-Transformations-Index. [Online] http://www.bti-project.de/uploads/tx_jpdownloads/BTI2012_Codebook.pdf. [16.04.2014]

Bienen, Derk/ Freund, Corinna/ Rittberger, Volker: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus, in: *Tübinger Papiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Bd.33*, 1999.

Bohn, Thomas: Bauernmetropole und sozialistische Großstadt - Sankt-Petersburg/Leningrad im Industriezeitalter, in: Hubel, von Puttkamer und Steltner: *Ein europäisches Russland oder Russland in Europa? 300 Jahre Sankt-Petersburg*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2004.

Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Wolfgang Merkel. *Systemwechsel 1 - Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*. Opladen : Leske+Budrich, 1994.

BPB: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/137886/dokumentation-regelungen-zur-wahl-der-gouverneure> . [05. 11 2013.]

Brade, Isolde/ Pitserski, Dmitri/Perzik, Jewgeni: Die Raum-, Regional- und Städteplanung in der früheren UdSSR, in: Isolde Brade und Frank-Dieter Grimm. *Städtesysteme und Regionalentwicklungen in Mittel- und Osteuropa, Russland, Ukraine, Polen*. Leipzig : Institut für Länderkunde, 2000.

Brandes, Detlef: Die Schwarzmeer-Deutschen. Ihr Verhältnis zu anderen ethnischen Gruppen und zum russischen Staat 1787-1914, in: Thomas und Wulff. *Deutsch-russische Beziehungen - Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917*. Berlin : Akad.-Verlag, 1992.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: <http://www.bmbf.de/de/2513.php> . [27. 02 2014.]

Bundesministerium für Bildung und Forschung: <http://www.bmbf.de/de/2513.php> . [27. 02 2014.]

Bundesministerium für Wirtschaft: *Factbook German Mittelstand*, in:
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/factbook-german-mittelstand,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> . [19. 04 2013.]

Cherkasov, Vitaly: Verwaltungsreformen und Wirtschaft, in: Dieter Duwendag. *Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen* . Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2002.

Constitution.ru: <http://www.constitution.ru/de/index.htm> . [24. 01 2013.]

Continental Corporation: Pressemitteilung vom 13. 12 2012, in: http://www.continental-corporation.com/www/presseportal_com_de/themen/pressemitteilungen/3_automotive_group/power_train/press_releases/pr_2012_12_13_kaluga_production_de.html. [16. 04 2014.]

Cubajs, Anatolij: <http://chubais.ru/biografiya/> [21. 12 2012.]

Derluguian, Georgi/ Cipko, Serge. 1997. The Politics of Identity in a Russian Borderland Province: The Kuban Neo-Cossack Movement 1989-1996. *Europe-Asia Studies. Bd. 49*,1997.

Deutsch-Russischer Austausch:
http://www.austausch.org/fileadmin/user_upload/veroeffentlichungen/Deutsch_in_Petersburg.pdf . [18. 01 2014.]

Dmitrieva, Oksana: Die regionale Entwicklung in Russland im Zeitraum der Wirtschaftsreformen, in: Klaus Segbers. *Russlands Zukunft: Räume und Regionen* . Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1994.

Donnert, Erich: *Sankt-Petersburg. Eine Kulturgeschichte*. Weimar; Köln : Böhlau, 2002.

Druschke, Markus: <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=448&stayInsideTree=>. [04. 02 2014.]

Erdmann, Gero/ Kneuer, Marianne: *Externe Faktoren der Demokratisierung*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2008.

EU Kommission: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/russia/russia_en.htm . [27. 02 2014.]

EU Kommission: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/overview/how-does-enpi-work_en.htm . [12. 03 2014.]

Fesser, Gerd: Akteur der Bismarckschen Russlandpolitik. Bernhard von Bülow's diplomatische Tätigkeit in St. Petersburg, 1884-1888, in: Thomas und Wulff. *Deutsch-russische Beziehungen - Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917*. Berlin : Akad.-Verlag, 1992.

Freise, Matthias: *Externe Demokratieförderung in post-sozialistischen Transformationsstaaten*. Münster: LIT-Verlag, 2004.

- Fruchtmann, Jakob:** *Der russische Föderalismus unter Präsident Putin: Diskurse - Realitäten.* Bremen : Univ. Diss., 2003.
- Fruchtmann, Jakob:** Die Entwicklung des russischen Föderalismus - eine Zwischenbilanz, in: Buhbe, Matthes Buhbe/ Gorzka, Gabriele: *Russland heute: Rezentralisierung des Staates unter Putin.* Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.
- Fund for Assistance to Small and Innovative Enterprises:** <http://www.fasie.ru/o-fonde> . [12. 03 2014.]
- Gathmann, Moritz:** Aufbruch in Kaluga, in: Moskauer Deutsche Zeitung vom 17.10.2006.
- Gebietsverwaltung Sverdlovsk:** <http://www.midural.ru/100034/100083/100309/> [03. 01 2014.]
- Gebietsverwaltung Tjumen':** <http://www.tyumenobl.ru/his/> . [22. 01 2014.]
- Gebietsverwaltung Tjumen':** http://admtjumen.ru/ogv_ru/about/history.htm . [22. 01 2014.]
- Gebietsverwaltung Tjumen'** https://www.admtjumen.ru/ogv_ru/about/65.htm. [22. 01 2014.]
- Gel'man, Vladimir:** Reform retour - Russlands kommunale Selbstverwaltung vor dem Aus? *Osteuropa.* Jg. 53. Bd. 9-10, 2003.
- Germany Trade and Invest.** http://www.gtai.de/DE/Content/__SharedDocs/Anlagen/PDF/Anlagen-Recht-kompakt/recht-kompakt-russland,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/recht-kompakt-russland?show=true. [29. 09 2011.]
- Goehrke, Carsten:** Das Russländische Imperium im Windschatten. *Osteuropa*, Jg. 57. Bd 04, 2007.
- Götz, Roland:** Die Ostseegaspipeline, in: *SWP-Aktuell. Heft 9,2005.*
- Götz, Roland/ Bell, Claudia:** Die wirtschaftliche Dimension von Regionalismus in der Russländischen Föderation, in: Andreas Kappeler. *Regionalismus und Nationalismus in Russland.* Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1996.
- Grau, Conrad:** Institutionen und Personen in Berlin und Petersburg in den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen, in: Thomas/ Wulff. *Deutsch-russische Beziehungen. Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917.* Berlin : Akad.-Verlag, 1992.
- Grigorev, Oleg:** Die geopolitische Dynamik Russlands, in: Klaus Segbers. *Russlands Zukunft: Räume und Regionen.* Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1994.
- Huber, Maria:** Gutscheine für die neue Zeit, in: die Zeit vom 02.10.1992.
- Hacke, Christian. 1997.** Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur NATO-Osterweiterung, in: August Pradetto. *Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO.* Opladen : Westdeutscher Verlag, 1997.
- Haftendorn, Helga:** *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung.* Stuttgart, München : Dt. Verl.-Anst, 2001.

Hallo Deutschland: <http://www.regionen.ru/> . [16. 04 2014.]

Handels- und Industriekammer der Russischen Föderation in Deutschland: <http://www.hik-russland.de/images/stories/russland-wirtschaft-dateien/russland-investition-ueberblick.pdf> S.24. . [21. 12. 2012.]

Handelskammer Hamburg:

<http://www.hk24.de/international/laenderinformationen/europa/russland/362224/Petersburg.html;jsessionid=832165D94C69C91B9EA70B7253DDBBAA.repl1> . [19. 01 2014.]

Handelskammer Hamburg:

<http://www.hk24.de/international/laenderinformationen/europa/russland/362224/Petersburg.html>
[30. 03 2014.]

Harder-Gersdorff, Elisabeth: Sankt-Petersburg in der Geschichte der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen des 18. Jahrhunderts, in: Hubel/ von Puttkamer/ Steltner: *Ein europäisches Russland oder Russland in Europa? 300 Jahre Sankt-Petersburg*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2004.

Heinecke, Susann: *Deutsche Russlandpolitik 1991-2005. Entwicklung und gesellschaftliche Einflüsse in außenpolitischen Entscheidungsprozessen*. Köln : Univ. Diss. Köln, 2011.

Heinemann-Grüder, Andreas: *Föderale Autonomie in Russland und in der GUS*, in: <http://www.cap.uni-muenchen.de/download/2001/ra/Heinemann1.pdf>, 2002.

Heyer, Andreas: Die Neureichen Russlands - Gewinner der Transformation, in: <http://f4.hs-hannover.de/fileadmin/media/doc/f4/Aktivitaeten/Veroeffentlichungen/2003/arb87.pdf> , 2003.

Hishow, Ognian: *Von der Sowjet- in die Weltwirtschaft: Russlands Transformationsprozess und seine Perspektiven*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2004.

Hofmann, Peter: Anton Friedrich Büsching und Russland, in: Dittmar Dahlmann. *Die Kenntnis Russlands im deutschsprachigen Raum im 18. Jahrhundert*. Göttingen : V+R unipress, 2006.

Höhm, Hans-Hermann: Die Wirtschaft Russlands in der GUS: Krise, Desintegration und Perspektiven für Konsolidierung un Systemwechsel, in: Bogomolov und Vogel. *Russland und Deutschland - Nachbarn in Europa*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1992.

Hück, Wolfgang: *Russland spielt wieder die deutsche Karte. Eine historisch politische Analyse der deutsch-russischen Beziehungen*. Stuttgart, München : Moderne Verlagsgesellschaft, 1991.

Ivanenko, Vlad: Russlands Platz auf dem Weltmarkt - Exportstruktur und Integrationsoptionen . *Osteuropa*. Jg.57,Bd.04, 2007.

Jarygina, Tatjana/Macenko, Grigorij: Regionale Prozesse in der ehemaligen UdSSR und im neuen Russland, in: Klaus Segbers. *Russlands Zukunft: Räume und Regionen* . Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1994.

Jawlinskij, Grigorij: *Reform von unten - die neue Zukunft Russlands*. Gütersloh : Verl. Bertelsmann-Stiftung, 1994.

Jünemann, Annette/ Knodt, Michele: *Externe Demokratieförderung durch die EU*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2007.

Jünemann, Annette/ Knodt, Michele: Externe Demokratieförderung durch die EU. Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien im Vergleich - ein Tagungsbericht. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Bd.01, 2006.

Kantor, Vladimir: Russland im deutschen Zauberspiegel - Ivan Turgenev, in: Hermann und Keller. *Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen* . München: Fink-Verlag, 2003.

Kazjanov, V.V.: *Istorija Kubani*. Krasnodar : Krasnodarskij Gosudarstvennij Universitet, 2005.

Keil, Rolf-Dietrich: Gogols Deutsche. Folklore-Erfahrung-Fiktion, in: Hermann/ Keller. *Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen* . München : Fink-Verlag, 2003.

Keller, Mechthild:Wegbereiter der Aufklärung - Gottfried Wilhelm Leibniz' Wirken für Peter den Großen und sein Reich, in: Hermann/Keller. *Zauber und Abwehr. Zur Kulturgeschichte der deutsch-russischen Beziehungen* . München : Fink-Verlag, 2003.

Kent, Ray: *Using fsQCA. A brief Guide and Workshop for Fuzzy-set Qualitative Comparative Analysis*. Stirling : University of Stirling, 2008.

Keohane, Robert O.: Neoliberal Institutionalism: a Perspective on World Politics. *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*. Boulder : Westview Press, 1989.

KfW Entwicklungsbank:

http://www.kfwentwicklungsbank.de/ebank/DE_Home/Laender_und_Programme/Europa/Regionales_Engagement/Transform/index.jsp . [09. 03 2013.]

KfW Entwicklungsbank: http://www.kfwentwicklungsbank.de/ebank/DE_Home/Laender_und_Programme/Europa/Russland/Leuchtturmprojekte_1.jsp. [09. 03 2013.]

Kirkov, Peter: Das Konzept freier Wirtschaftszonen in Russland: seine Entwicklung von Herbst 1998 bis Herbst 1992, in: Klaus Segbers. *Russlands Zukunft: Räume und Regionen*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1994.

Kljankin, Igor: Die postkommunistische Demokratie und ihre historischen Besonderheiten in Russland, in: Bogomolov und Vogel. *Russland und Deutschland - Nachbarn in Europa*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1992.

Kooperation International: <http://www.kooperation-international.de/clusterportal/cluster-sankt-petersburg.html#c8371> . [20. 01 2014.]

Kronenberg, Volker: Grundzüge deutscher Außenpolitik 1949-1990, in: *Informationen zur politischen Bildung*, 2009.

- Kropp, Sabine:** *Dezentralisierung und Transformation in Russland*, in: Zentrum für Föderalismusforschung, Universität Tübingen, 1996.
- Krüger, Ralf:** *Wachstums- und Verteilungswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern*. Gießen : Univ. Diss., 2003.
- Kruschke, Guido:** VW investiert Milliarden in Russland. *Automobilproduktion* . Pressemitteilung vom 26. 11 2013, in: <http://www.automobil-produktion.de/2013/11/vw-konzern-investiert-milliarden-in-russland/> [16. 04 2014.]
- Kusber, Jan:** *Kleine Geschichte Sankt-Petersburgs*. Regensburg : Pustet, 2009.
- Lallukka, Seppo:** *From fugitive Peasants to Diaspora. The eastern Mari in tsarist and federal Russia*. Helsinki : Suomalaisen Tiedeakatemia, 2003.
- Land, Rainer:** Teilhabe und Lohnentwicklung in Deutschland und im internationalen Vergleich von der Nachkriegszeit bis heute, in: SOEB-Arbeitspapier 04, 2008.
- Latawski, Paul/ Smith, Martin:** *The Kosovo Crisis and the Evolution of post-cold War European Security*. Manchester : Manchester University Press, 2004.
- Lauth, Hans-Joachim/ Pickel, Gert/Pickel, Susanne:** *Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung* . Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften , 2009.
- Lipset, Seymour Martin:** *Political Man*. London: Heinemann, 1959.
- Lipset, Seymour Martin/Lakin, Jason M.:** *The democratic century*. Oklahoma: University of Oklahoma Press, 2004.
- Lösch, Dieter/ Steffen, Olaf:** *Das Wirtschaftssystem der Perestrojka*. Hamburg : Verlag Weltarchiv, 1991.
- Luchterhandt, Otto:** Zum Entwicklungsstand der Föderalismus in Russland, in: Andreas Kappeler. *Regionalismus und Nationalismus in Russland*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1996.
- Luchterhandt-Michaleva, Galina:** Russlands Regionen in der Politik. Zum Verhältnis von Zentrum und Peripherie in der Russländischen Föderation, in: *Der Bürger im Staat*. Bd. 51, Heft 2-3, 2001.
- Mangold, Klaus.** Ostausschuss der deutschen Wirtschaft, in: <http://www.ost-ausschuss.de/herzst-ck-der-deutsch-russischen-wirtschaftsbeziehungen> . [28. 02 2013.]
- Marenkov, Dmitry:** *Recht kompakt: Russland. Informationen zum Wirtschaftsrecht in Russland*. Bonn : Germany Trade & Invest , 2012.
- Markusen, James/ Venables, Anthony.** 1999. Foreign Direct Investment as a Catalyst for Industrial Development . *European Review* 43, 1999.
- Mauß, Hanns/Harnisch, Sebastian/ Grund, Constantin:** *Deutschland auf Abwegen? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2003.

Maximov, K.N.: *Kalmykia in Russia's Past and Present National Policies and Administrative System*. s.l. : CEU Press, 2008.

Meier, Christian: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen unter Putin. *SWP-Studie 11*, 2004.

Meissner, Boris: *Auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen*. Berlin : Berlin-Verl. Spitz, 2000.

Meissner, Boris: *Partei, Staat und Nation in der Sowjetunion*. Berlin : Duncker und Humbolt, 1985.

Meissner, Boris: Sowjetföderalismus und staatsrechtliche Stellung der Nationalitäten der RSFSR bis 1991, in: Andreas Kappeler. *Regionalismus und Nationalismus in Russland*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1996.

Meissner, Boris: *Vom Sowjetimperium zum eurasischen Staatensystem: die russische Außenpolitik im Wandel und in der Wechselbeziehung zur Innenpolitik*. Berlin: Duncker und Humblot, 1995.

Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation - Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.

Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen : Leske+Budrich, 1999.

Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation. Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Klaus von Beyme und Claus Offe. *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1996.

Mommsen, Margareta: Das "System Jelzin" - Struktur und Funktionsweise des russischen Superpräsidialismus, in: Merkel und Busch. *Demokratie in Ost und West*. Frankfurt : Suhrkamp-Verlag, 1999.

Mommsen, Margareta: Das politische System Russlands, in: Wolfgang Ismayr. *Die politischen Systeme Osteuropas*. Opladen : Leske+Budrich, 2004.

Montinola, Gabriella/ Quian, Yingyi/Weingast, Barry: Federalism, Chinese Style. *World Politics*. 48, 1995.

Moravcsik, Andrew: Taking Preferences seriously. A liberal Theory of International Politics. *International Organization*. Bd 51, Heft 09, 1997.

Muksinov, Irik: Die geschichtliche Entwicklung des sowjetischen Föderalismus und die Zukunft der Union der SSR, in: Gerhard Stuby. *Föderalismus und Demokratie. Ein deutsch-sowjetischen Symposium*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1992.

Nato Russia Council: http://www.nato-russia-council.info/OffDocs_Detail.aspx?OffDocsID=1174. [28. 02 2013.]

Nordstream: <http://www.nord-stream.com/de/the-pipeline/project-significance.html>. [22. 12 2013.]

Nordstream: <http://www.nord-stream.com/de/our-company.html>. [22. 12 2013.]

- Nove, Alec:** *Das sowjetische Wirtschaftssystem*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1981.
- Nußberger, Angelika/Mommsen, Margareta:** *Das System Putin*. München : Beck-Verlag, 2007.
- Pearson, Raymond:** The historical background to Soviet Federalism, in: Alastair McAuley. *Soviet Federalism*. Leicester : Leicester University Press, 1991.
- Perovic, Jeronim:** Regionalisierung unter Putin. Alte Muster - neue Trends. *Osteuropa*. Jg.52, Bd. 04, 2002.
- Petrova, V.P:** *Nenzy v Istorii Jamalo-Neneckogo Avtonomnogo Okruga*. Tomsk : Isdatel'stvo Tomskogo Universiteta, 1999.
- Pleines, Heiko:** *Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära*. Hamburg : LIT-Verlag, 2003.
- Pradetto, August:** Nationale Sicherheit, NATO-Osterweiterung und neue europäische Ordnung, Perzeptionen und Strategien maßgeblicher Akteure. *Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO*. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1997.
- Preuß, Ulrich:** Sozialökonomische und politische Aspekte des Verhältnisses von Föderalismus und Demokratie, in: Gerhard Stuby. *Föderalismus und Demokratie. Ein deutsch-sowjetisches Symposium*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1992.
- Pridham, Geoffrey:** Rethinking Regime Change Theory and the International Dimension of Democratisation: Ten Years after in East-Central Europe, in: Pridham und Agh. *Prospects for Democratic Consolidation in East-Central Europe*. Manchester : Manchester University Press, 2001.
- Prostenko, Oleg:** Marktrefomen und unternehmerische Tätigkeit in Russland, in: Dieter Duwendag. *Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen* . Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2002.
- Przeworski, Adam:** *Democracy and Development. Political Institutions and Well-being in the World 1950-1990*. Cambridge : Cambridge University Press, 2000.
- Reiber, Tatjana:** Instrumente der Demokratieförderung: wer, wann, wie? Eine Strukturierung der Erfolgsbedingungen, in: Gero Erdmann und Marianne Kneuer. *Externe Faktoren der Demokratisierung*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2008.
- Rossiiskaja Associacija Innovacionnykh Regionov:** www.i-regions.org/association/about.php. [26. 04 2014.]
- Rüb, Friedbert:** Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Wolfgang Merkel. *Systemwechsel 1 - Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen : Leske+Budrich, 1994.
- Rudolph, Robert:** *Stadtzentren russischer Großstädte in der Transformation - Sankt-Petersburg und Jekaterinburg*. Leipzig : Institut für Länderkunde, 2001.

Sandschneider, Eberhard: *Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen.* München : Center for Applied Policy Research, 2003.

Sandschneider, Eberhard: Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, in: Wolfgang Merkel. *Systemwechsel 1 - Theorie, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung.* Opladen : Leske + Budrich, 1996.

Schippan, Michael: Probleme einer "Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen", in: Thomas/Wulff. *Deutsch-russische Beziehungen - Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917.* Berlin : Akad.-Verlag, 1992.

Schmedt, Claudia: *Russische Außenpolitik unter Jelzin. Internationale und innerstaatliche Einflussfaktoren außenpolitischen Wandels .* Frankfurt Main : Lang, 1997.

Schneider, Carsten/Wegemann, Claudius: *Qualitative Comparative Analysis und Fuzzy Sets. Ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen .* Opladen: Budrich, 2007.

Schubert, Klaus/Klein, Martina: *Das Politiklexikon.* Bonn: Dietz, 2006.

Schulze, Peter: Aufstieg und Fall der russischen Oligarchie: die Symbiose von ökonomischer und politischer Macht im neuen Russland, in: Schulze/ Spanger. *Die Zukunft Russlands - Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise.* Frankfurt : Campus-Verlag, 2000.

Schwanitz, Simone: *Russlands Regionen als neue Machtzentren. Föderale und regionale Entscheidungsstrukturen am Beispiel der Privatisierung des Rüstungssektors.* Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1998.

Segbers, Klaus: Russland einbinden, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 07, 1999.

Shevtsova, Lilia: *Yeltsin's Russia: Myths and Reality.* Washington : Carnegie Endowment for International Peace, 1999.

Siemens::

<http://www.siemens.com/press/de/pressemitteilungen/?press=/de/pressemitteilungen/2008/mobility/imo200809046.htm> . [22. 12 2012.]

Slider, Darrell: Governors versus Mayors: The regional Dimension of Russian local Government, in: Alfred B. Evans und Vladimir Gel'man. *The Politics of Local Government in Russia.* Boulder, New York, Toronto, Oxford : Rowman and Littlefield, 2004.

Spindler, Manuela: Interdependenz, in: Siegfried Schieder und Manuela Spindler. *Theorien der Internationalen Beziehungen.* Opladen: Budrich, 2006.

Staack, Michael: *Handelsstaat Deutschland.* Paderborn, München : Schöningh, 2000.

Stadt Hamburg: <http://www.hamburg.de/stpetersburg/chronologie/206082/chronologie-1.html> . 30. 03 2014.]

Stadt Hamburg: <http://www.hamburg.de/stpetersburg/akteure/> . [30. 03 2014.]

Steffen, Olaf: *Die Einführung des Kapitalismus in Russland. Ursachen ,Programme und Krise der Transformation.* Hamburg : Lit-Verlag, 1997.

Stoner-Weiss, Kathryn: *Resisting the state: Reform and Retrenchment in post-soviet Russia.* Cambridge : Cambridge University Press, 2006.

Strasky, Jan/ Pashinova, Tamara.: *What drives FDI to Russian Regions.* Frankfurt am Main : Deutsche Bank Research, 2012.

Sudavcov, N.D.: Kalmykija v Sostave Stavropol'skogo Kraja v Period Vosstanovlenija Avtonomii Kalmyckogo Naroda (1957-1958), in: *Vestnik Kalmyckogo Instituta Gumanitarnych Issledovanij RAN*, 2010.

Timmermann, Heinz: Russlands Außen- und Sicherheitspolitik: die europäische Richtung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B16-17, 2003.

Timmermann, Heinz: Was erwartet Europa von Russland, in: Bogomolov und Vogel. *Russland und Deutschland - Nachbarn in Europa.* Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1992.

Toje, Hege: Cossack Identity in the New Russia: Kuban Cossack Revival and Local Politics . *Europe-Asia Studies*, Bd. 58, Heft 07, 2006.

Trenin, Dmitri: Russland richtig verstehen, in: Buhbe/Gorzka: *Russland heute - Rezentralisierung des Staates unter Putin.* Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.

Trojckij, Sergej: *Očerki Istorii Kalmyckoj ASSR.* Moskva : Isdatel'stvo Nauka, 1967.

Tschirikova, Alla: Die Putinschen Reformen und die Positionierung der regionalen Eliten. [Buchverf.] Buhbe/Gorzka. *Russland heute - Rezentralisierung des Staates unter Putin.* Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.

UN. Human Development Index, in: <http://hdr.undp.org/en/statistics/hdi/> .[01.05.2014]

Verfassungen der Welt: <http://www.verfassungen.net/rus/foederationsvertrag92.htm> . [08. 01 2013.]

von Beyme, Klaus: *Der Föderalismus in der Sowjetunion. Der Föderalismus als Verfassungsproblem im totalitären Staat.* Heidelberg : Quelle Meyer, 1964.

von Beyme, Klaus :Föderalismus (asymmetrischer) und Regionalismus - regionales Bewusstsein in vergleichender Perspektive, in: Ines Härtel. *Handbuch Föderalismus - Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt.* Heidelberg : Springer, 2012.

von Beyme, Klaus: Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung, in: Wolfgang Merkel und Sandschneider Eberhard. *Systemwechsel 3 - Parteien im Transformationsprozess.* Opladen : Leske + Budrich, 1997.

von Beyme, Klaus: *Reformpolitik und sozialer Wandel in der Sowjetunion.* Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 1988.

von Steinsdorff, Silvia/ Bos, Ellen: Zu viele Parteien- zu wenig System. Zur verzögerten Entwicklung eines Parteiensystems im post-sowjetischen Russland, in: Wolfgang Merkel. *Systemwechsel 3 - Parteien im Transformationsprozess*. Opladen : Leske + Budrich, 1997.

Wagensohn, Tanja: *Von Gorbatschow zu Jelzin. Moskaus Deutschlandpolitik (1985-1995) im Wandel*. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2000.

Watschnadse, Georgi: *Russland ohne Zensur. Eine Bilanz*. Frankfurt Main : Zweitausendeins, 2003.

Wechlin, Daniel: *Politische Ränkespiele um die Gouverneurswahlen in Russland*, in: Neue Züricher Zeitung vom 13.10.2012.

Weingast, Barry: The economic Rule of political Institutions: market-preserving Federalism and economic Development. *Journal of Law, Economics and Organization*. Bd. 11, 1, 1995.

Welfens, Paul: Grundlegende Transformationsprobleme in Russland: Strukturwandel, Liberalisierung, Kapitalmarktentwicklung und Infrastrukturmodernisierung. *Systemtransformation in Deutschland und Russland*. Heidelberg : Physica-Verlag, 1999.

Welfens, Paul: Überwindung der Transformationskrise in Russland, in: Welfens und Wiegert. *Transformationskrise und neue Wirtschaftsreformen in Russland*. Heidelberg : Physica-Verlag, 2002.

Welfens, Paul, et al.: *Systemtransformation in Deutschland und Russland*. Heidelberg : Physica-Verlag, 1998.

Wilke, Natalia/Afanasyeva, Anna/ Sapegina, Elena. 2011. *Investitionsbedingungen in Sankt-Petersburg*. Sankt-Petersburg : Rechtsanwaltsgesellschaft Beiten&Burkhard, 2011.

Wirtschaftsinformationen Amtsbezirk Generalkonsulat Jekaterinburg:

<http://www.germania.diplo.de/contentblob/3356440/Daten/3226753/pdfgebietsprofiljamalnenzen.pdf>
. [16. 04 2014.]

Wirtschaftslexikon Gabler: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/regionalpolitik.html> . [19. 09 2012.]

Worldbank: <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GNP.PCAP.CD>. [30. 03 2014.]

Worldbank: <http://databank.worldbank.org/data/download/GDP.pdf>. [30. 03 2014.]

Worldbank: World Bank Atlas Method, in: <http://data.worldbank.org/about/country-classifications/world-bank-atlas-method>. [30. 03 2014.]

Wulff, Dietmar: Primat der Innen-/Außenpolitik bzw Wirtschaft oder wechselnde Prioritäten, in: Thomas/ Wulff. *Deutsch-russische Beziehungen - Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917*. Berlin : Akad.-Verlag, 1992.

Zubkov, K.I.: Cerkov' i Gosudarstvo v Pole kul'turnoj Diffusii: Predposylki Petrovskoj Modernisacii Rossii, in: V.V. Alekseev. *Ural'skij Istoricheskij Vestnik No.10-11*. Ekaterinburg: 2005.

Weitere Quellen:

Daten:

Alle in der Arbeit verwendeten und verarbeiteten Daten sind der Datenbank des Statistikportals EMISS (Edinaja Mežvedomstvennaja Informacionno-Statističeskaja Sistema) des russischen föderalen Dienstes für staatliche Statistik (Rosstat) unter www.fedstat.ru/indicators/start.do entnommen.

Originaldokumente:

- O Konceptii Social'no-ekonomičeskogo Razvitija Sankt-Peterburga do 2020 goda (Pravitel'stvo Sankt-Peterburga Postanovlenie ot 28 Marta 2012 goda N 75)
- Konzepcija Social'no-ekonomičeskogo Razvitija Leningradskoj Oblasti na Period do 2025 goda
- Zakon Krasnodarskogo Kraja „O Strategii Social'no-ekonomičeskogo Razvitija Krasnodarskogo Kraja do 2020 goda“ N 1465-K3 ot 16 Aprelja 2008 goda
- Strategija Social'no-ekonomičeskogo Razvitija Jamalo-Neneckogo Avtonomnogo Okruga do 2020 goda
- Konzepcija Dolgosročnogo Social'no-ekonomičeskogo Razvitija Tjumenskoj Oblasti do 2020 goda i na Perspektivu do 2030 goda (Pravitel'stvo Tjumenskoj Oblasti ot 25.05.2009 No. 652)
- Strategija Social'no-ekonomičeskogo Razvitija Sverdlovskoj Oblasti do 2020 goda
- Strategija Social'no-ekonomičeskogo Razvitija Respubliki Kalmykija na Period do 2020 goda (Pravitel'stvo Respubliki Kalmykija ot 30.12.2008 No. 465)
- O Strategii Innovacionnoj Dejatel'nosti v Respublike Marij El na 2013-2020 gody (Pravitel'stvo Respubliki Marij El ot 06.07.2012 No.246)

